

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2015

Beteiligungsbericht 2015

der Stadt Remscheid

Herausgeber: Stadt Remscheid
Der Oberbürgermeister
Fachdezernat Finanzen
Kämmerei
Beteiligungsmanagement

Vorwort

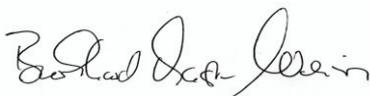
Der Frage der optimalen Erfüllung kommunaler Aufgaben kommt in Zeiten immer knapper werdender Finanzressourcen, einhergehend mit einer wachsenden Anzahl öffentlicher Aufgaben, eine herausragende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund des deutlich eingeschränkten Handlungsspielraumes der Kommunen im Bereich der Investitionstätigkeit geben zudem organisatorische oder interkommunale Gesichtspunkte den Ausschlag für die Beteiligung an bzw. Gründung einer Unternehmung des privaten oder auch öffentlichen Rechts. Im Prozess dieser Entscheidungsfindung steht bei der Stadt Remscheid der Gedanke im Vordergrund, den Bürgerinnen und Bürgern einen optimalen und kostengünstigen Service anzubieten und zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren. Diesem Gedanken Rechnung tragend, werden auch bestehende Beteiligungen bei geänderten Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit unter dem Aspekt der ökonomischen Ressourcennutzung überprüft, so dass auch hier sinnvolle Anpassungen vorgenommen werden.

Die Stadt Remscheid hat daher einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehrs werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der traditionellen Verwaltung wahrgenommen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Unternehmen und Beteiligungen haben im Geschäftsjahr 2015 wertvolle Leistungen und Dienstleistungen für die Remscheider Bürgerinnen und Bürger erbracht. Für diese Arbeit gilt auch an dieser Stelle mein herzlicher Dank.

Der vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015 verfolgt neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht vor allem die Absicht, den Umfang der wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen der Stadt Remscheid transparent zu machen. Darüber hinaus dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben als einheitliche Informationsbasis. Der Beteiligungsbericht enthält Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen auf Basis der Jahresabschlüsse der Jahre 2013 bis 2015 und bis zur Drucklegung eventuell schon bekannter Veränderungen in der Beteiligungsstruktur.

Remscheid, im Januar 2017



Mast-Weisz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis:

| | Seite |
|---|--------------|
| Vorwort | |
| 1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid | 9 |
| 1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen | 9 |
| 1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen | 10 |
| 1.3 Wahl der Unternehmensform | 13 |
| 1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid | 15 |
| 1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung | 15 |
| 2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick | 17 |
| 2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2015 (tabellarische Darstellung) | 17 |
| 2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2015 (grafische Darstellung) | 19 |
| 3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid | 21 |
| 3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH | 21 |
| 3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid | 38 |
| 3.3 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L. | 56 |
| 3.4 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -..... | 57 |
| 3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid | 66 |
| 3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung | 71 |
| 3.7 RW Gesellschaft öffentlich rechtlicher Anteilseigner III mbH | 80 |
| 3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH | 82 |
| 3.9 Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH | 97 |
| 3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG | 110 |
| 3.11 Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH..... | 112 |
| 3.12 Sana-Klinikum Remscheid GmbH..... | 124 |
| 3.13 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA) | 135 |
| 3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal | 137 |

| | | |
|---------------|---|------------|
| 3.15 | RWE Aktiengesellschaft | 149 |
| 4. | Maßgebliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid | 151 |
| 4.1 | EWR GmbH | 151 |
| 4.2 | Park Service Remscheid GmbH | 164 |
| 4.3 | H ₂ O GmbH | 173 |
| 4.4 | BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid | 183 |
| 4.5 | ELBA – Omnibusreisen GmbH | 191 |
| 4.6 | Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH | 192 |
| 5. | Eigenbetriebe | 201 |
| 5.1 | TBR Technische Betriebe Remscheid | 201 |
| 6. | Sonstiges | 223 |
| 6.1 | Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid | 223 |
| Anhang | Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen | 227 |
| | Anlage 2: Begriffserläuterungen | 229 |
| | Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen | 233 |
| | Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz | 249 |

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Bewirtschaftung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 Abs. 1 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 Abs. 2 GO NRW).

1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

Öffentlich-rechtliche Unternehmensformen

Regiebetrieb

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbstständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“, sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbstständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

Privatrechtliche Unternehmensformen

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Aktiengesellschaft

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Eingetragene Genossenschaft

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Personengesellschaften

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

1.3 Wahl der Unternehmensform

Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind in § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- bei Unternehmen (§107 Abs. 1) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert, die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann,
- bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung in den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung (§107a Abs. 1), wenn die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei Einrichtungen (§107 Abs. 2) ein berechtigtes Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften geprüft werden,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

- d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im Wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. beteiligt.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2015 organisatorisch im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters dem Zentraldienst Verwaltungssteuerung und Informationstechnologie zugeordnet.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Beteiligungsbericht als Informationsquelle

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant ist, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind -mit wenigen Ausnahmen- die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2015 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2015. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2016 wird eingegangen.

Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes.

2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2015 ist die Stadt Remscheid an 15 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 77 Mio. € beteiligt, davon werden 12 als GmbH bzw. gemeinnützige GmbH, 2 als Aktiengesellschaft und 1 als GmbH & Co. KG geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 100,00 und 0,02 v.H. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

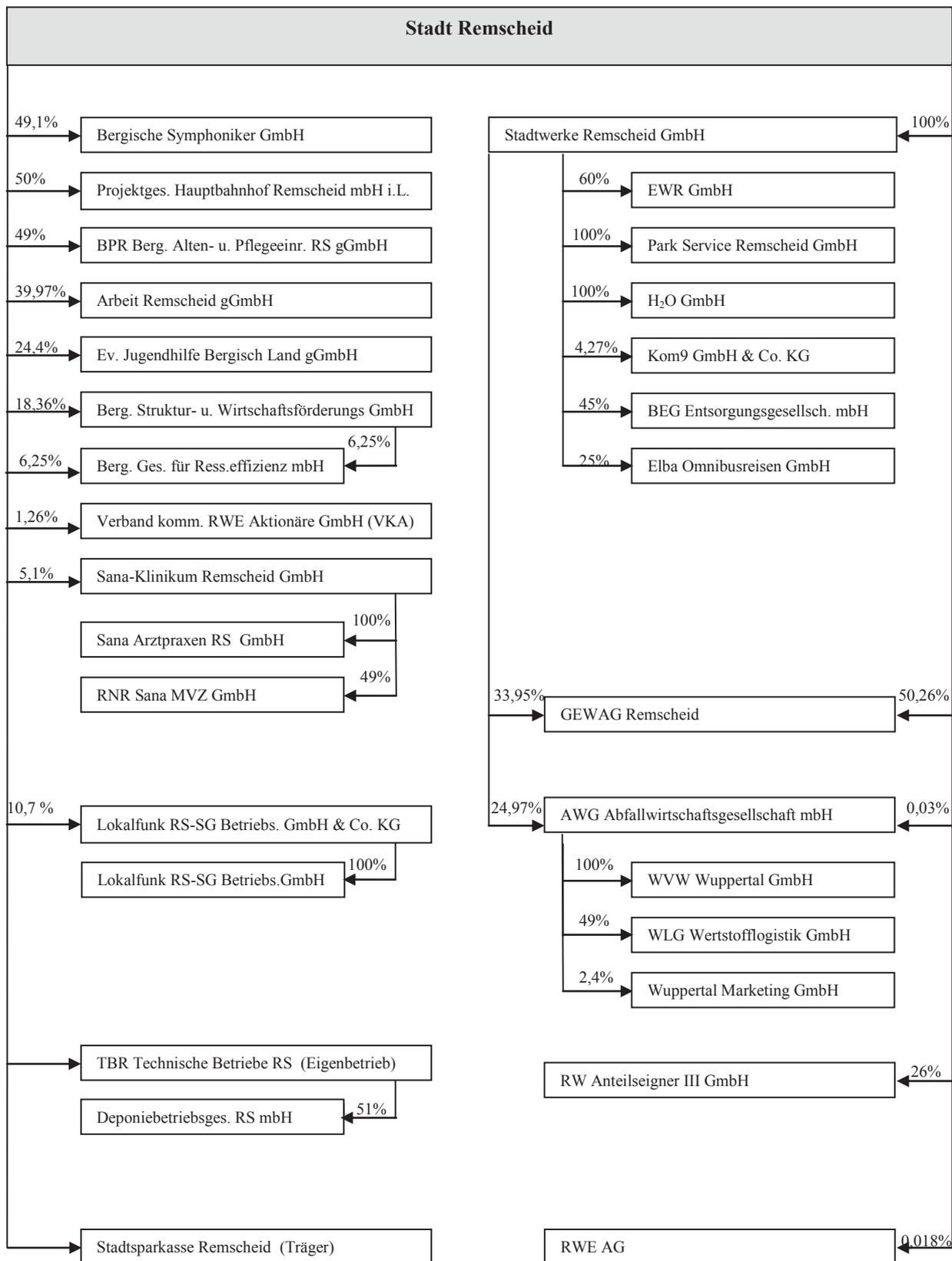
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2015

| Beteiligung | Grund-/Stammkapital in € | Anteil in € | Anteil in % | Anteilseigner |
|---|--------------------------|----------------------|---------------|---|
| Stadtwerke Remscheid GmbH | 74.666.800,00 | 74.666.800,00 | 100,00 | Stadt Remscheid |
| <i>Beteiligung an:</i> | | | | |
| EWB GmbH | 17.500.000,00 | 10.500.000,00 | 60,00 | |
| Park Service Remscheid GmbH | 100.000,00 | 100.000,00 | 100,00 | |
| H ₂ O GmbH | 200.000,00 | 200.000,00 | 100,00 | |
| AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH | 5.000.000,00 | 1.248.475,00 | 24,97 | |
| Elba Omnibusreisen GmbH | 250.000,00 | 62.500,00 | 25,00 | |
| KOM 9 GmbH & Co. KG | 874.559.999,97 | 37.305.918,98 | 4,27 | |
| BEG Entsorgungsgesellschaft mbH | 25.000,00 | 11.250,00 | 45,00 | |
| GEWAG | 3.525.000,00 | 1.196.656,87 | 33,95 | |
| GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid | 3.525.000,00 | 1.771.562,09 | 50,26 | Stadt Remscheid |
| | | 1.196.656,86 | 33,95 | Stadtwerke Remscheid GmbH |
| | | 319.425,92 | 9,06 | 9 Industrie- und Handelsfirmen |
| | | 237.355,13 | 6,73 | 12 Privatpersonen |
| Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L. | 100.000,00 | 50.000,00 | 50,00 | Stadt Remscheid |
| | | 50.000,00 | 50,00 | LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH |
| Bergische Symphoniker GmbH | 26.000,00 | 12.766,00 | 49,10 | Stadt Remscheid |
| | | 12.766,00 | 49,10 | Beteiligungsges. Stadt Solingen mbH |
| | | 468,00 | 1,80 | Stiftung Bergische Symphoniker |
| BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid | 25.000,00 | 12.250,00 | 49,00 | Stadt Remscheid |
| | | 12.750,00 | 51,00 | Bergische Diakonie Aprath |
| Arbeit Remscheid gGmbH | 153.100,00 | 61.200,00 | 39,97 | Stadt Remscheid |
| | | 38.250,00 | 24,98 | Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep |
| | | 19.150,00 | 12,51 | Kreishandwerkerschaft Remscheid |
| | | 19.150,00 | 12,51 | Arbeitgeber-Verband RS e.V. |
| | | 15.350,00 | 10,03 | Limes GmbH |
| RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH | 25.000,00 | 6.499,00 | 26,00 | Stadt Remscheid |
| | | 10.398,00 | 41,60 | STAOG Stadtwerke Oberhausen GmbH |
| | | 8.103,00 | 32,40 | Westfälisch-Lippische Vermögens-Verwaltungsgesellschaft mbH |

| Beteiligung | Grund- /Stammkapital in € | Anteil in € | Anteil in % | Anteilseigner |
|---|---|---|--|---|
| Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH | 50.000,00 | 12.200,00 12.200,00 12.800,00 12.800,00 | 24,40 24,40 25,60 25,60 | Stadt Remscheid Walter-Frey-Stiftung Ev. Kirchenkreis Leverkusen Ev. Kirchenkreis Lennep |
| Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH | 50.100,00 | 9.200,00 9.200,00 9.200,00 2.550,00 3.600,00 8.850,00 7.500,00 | 18,36 18,36 18,36 5,09 7,20 17,66 14,97 | Stadt Remscheid Stadt Solingen Stadt Wuppertal Stadtparkasse Remscheid Stadtparkasse Solingen Stadtparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid |
| <i>Beteiligung an:</i> Berg. Gesell. für Ressourceneffizienz mbH | 25.000,00 | 1.562,00 | 6,25 | |
| Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditisten: Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH | 512.000,00 26.000,00 | 54.784,00 384.000,00 73.216,00 26.000,00 | 10,70 75,00 14,30 100,00 | Stadt Remscheid Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges. mbH & Co. KG Stadt Solingen |
| Berg. Gesell. für Ressourceneffizienz mbH | 25.000,00 | 1.563,00 1.562,00 | 6,25 6,25 | Stadt Remscheid Bergische Entwicklungsagentur 7 weitere Gesellschafter |
| Sana – Klinikum Remscheid GmbH <i>Beteiligung an:</i> Sana Arztpraxen Remscheid GmbH RNR Sana MVZ GmbH | 3.100.000,00 25.000,00 25.000,00 | 158.100,00 2.941.900,00 25.000,00 12.250,00 | 5,10 94,90 100,00 49,00 | Stadt Remscheid Sana Kliniken AG |
| Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA) | 127.822,97 | 1.615,68 126.207,29 | 1,26 98,74 | Stadt Remscheid 70 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts |
| AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH | 5.000.000,00 25.000,00 25.000,00 210.000,00 | 1.525,00 3.523.475,00 1.248.475,00 225.000,00 1.525,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00 | 0,03 70,47 24,97 4,50 0,03 100,00 49,00 2,40 | Stadt Remscheid Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal |
| RWE AG | 1.574.000.000,00 | 278.988,80 1.573.721.011,20 | 0,018 99,982 | Stadt Remscheid Weitere Aktionäre |
| Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH | 250.000,00 | 127.500,00 122.500,00 | 51,00 49,00 | TBR (Sondervermögen der Stadt Remscheid) DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH |

2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2015 (grafische Darstellung)



3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH
Neuenkamper Straße 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191/16-40

Gründungsjahr: 1843

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|-----------------|---------------|--------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 74.666.800,00 | 100,00 |

Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen Gesellschaften

| | | Stammkapitalanteil | |
|--|----|--------------------|--------|
| | | in T€ | in % |
| EWR GmbH | | 10.500 | 60,00 |
| - Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG | *1 | 6.838 | 5,30 |
| - BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH | | 22 | 22,00 |
| - Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG | *1 | 7.302 | 4,68 |
| Park Service Remscheid GmbH | | 100 | 100,00 |
| H ₂ O GmbH | | 200 | 100,00 |
| AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal | | 1.248 | 24,97 |
| - WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH | | 25 | 100,00 |
| ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal | | 63 | 25,00 |
| BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid | | 11 | 45,00 |
| - Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert | | 133 | 26,00 |
| - DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH | | 13 | 50,00 |
| - DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG | *2 | 256 | 50,00 |
| - DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH | | 51 | 33,33 |
| - GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH | | 63 | 41,00 |
| GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid | *3 | 1.197 | 33,95 |
| KOM9 GmbH & Co. KG | *1 | 37.306 | 4,27 |
| - Thüga AG | *3 | 85.355 | 38,41 |

*1) Kapitalanteil *2) Kommanditkapital, *3) Gezeichnetes Kapital

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Vermeidung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

| | | |
|---------------------|-------------------|-------------------------------|
| Hans-Peter Meinecke | | Vorsitzender |
| Karl-Heinz Humpert | Ratsmitglied | Stellvertretener Vorsitzender |
| Wolf Lüttinger | Ratsmitglied | |
| Beatrice Schlieper | Ratsmitglied | |
| Burkhard Mast-Weisz | Oberbürgermeister | |
| Waltraud Bodenstedt | Ratsmitglied | |
| Kai Kaltwasser | Ratsmitglied | |
| Susanne Pütz | Ratsmitglied | |
| Ilona Kunze-Sill | Ratsmitglied | |
| Sven Wolf | Ratsmitglied | |

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 28.01.2015, 22.06.2015 und 27.08.2015 wurde laut Ratsbeschluss vom 19.02.2015 Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann zum Vertreter und Herr Niklas Luhmann zum 1. stellvertretenden Vertreter bestellt. Als 2. stellvertretender Vertreter wurde Herr Christian Schenk in die Gesellschafterversammlung bestellt.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | € | € | € |
| Ausschüttung | 3.597.264,98 | 1.345.498,94 | 1.421.077,31 |
| Umlagen SPNV | 206.000,00 | 197.000,00 | 198.000,00 |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/-innen | 246 | 244 | 243 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

| Betriebsbereich | Leistung | 2013 | in % | 2014 | in % | 2015 | in % |
|------------------|----------------|--------|------|--------|------|--------|------|
| Verkehrsbetriebe | Fahrgäste Tsd. | 17.570 | -2,8 | 16.922 | -3,7 | 16.770 | -0,9 |
| | Umsatz T€ | 13.214 | -0,9 | 12.184 | -7,8 | 13.162 | 8,0 |

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

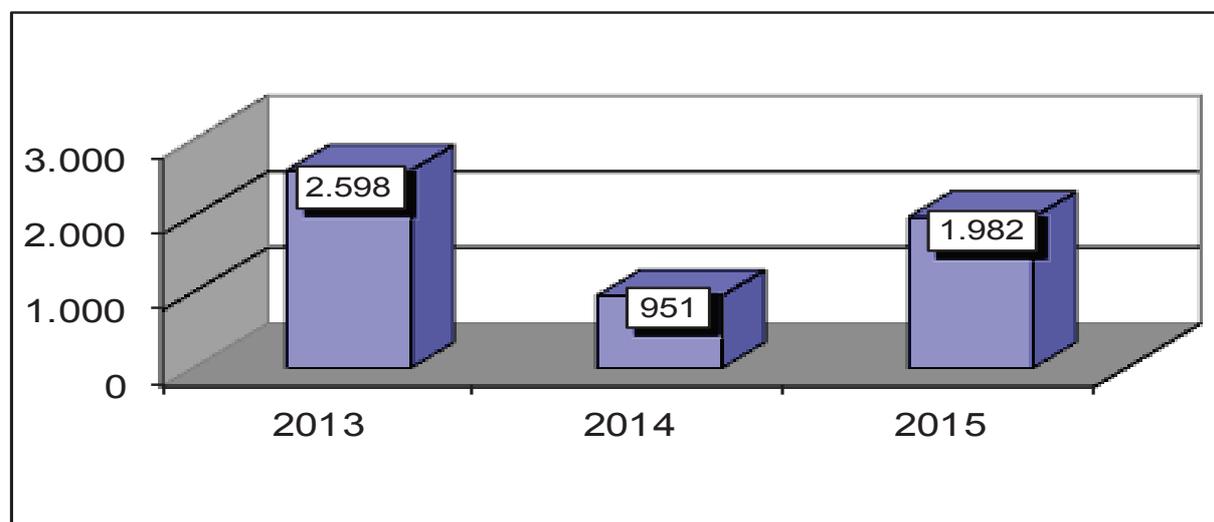
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 121 | 0,08 | 156 | 0,11 | 96 | 0,06 |
| Sachanlagen | 14.001 | 9,22 | 13.051 | 8,87 | 11.799 | 7,60 |
| Finanzanlagen | 120.618 | 79,43 | 120.616 | 82,00 | 124.624 | 80,28 |
| Anlagevermögen | 134.740 | 88,73 | 133.823 | 90,98 | 136.519 | 87,94 |
| Vorräte | 468 | 0,31 | 604 | 0,41 | 502 | 0,32 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 16.474 | 10,85 | 12.298 | 8,36 | 12.959 | 8,35 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 170 | 0,11 | 361 | 0,25 | 5.256 | 3,39 |
| Umlaufvermögen | 17.112 | 11,27 | 13.263 | 9,02 | 18.717 | 12,06 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Aktiva | 151.852 | 100,00 | 147.086 | 100,00 | 155.236 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 74.667 | 49,17 | 74.667 | 50,76 | 74.667 | 48,10 |
| Kapitalrücklage | 21.450 | 14,13 | 21.450 | 14,58 | 21.450 | 13,82 |
| Gewinnrücklagen | 2.376 | 1,56 | 3.376 | 2,30 | 2.843 | 1,83 |
| Jahresüberschuss | 2.598 | 1,71 | 952 | 0,65 | 1.982 | 1,28 |
| Eigenkapital | 101.091 | 66,57 | 100.445 | 68,29 | 100.942 | 65,02 |
| Sonderposten mit Rücklagenanteil | 2.640 | 1,74 | 2.553 | 1,74 | 2.466 | 1,59 |
| Empfangene Ertragszuschüsse | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 3.551 | 2,34 | 4.894 | 3,33 | 5.091 | 3,28 |
| Verbindlichkeiten | 44.570 | 29,35 | 39.194 | 26,65 | 46.737 | 30,11 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 151.852 | 100,00 | 147.086 | 100,00 | 155.236 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|---------------|---------------|---------------|
| GuV-Position | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 13.280 | 12.338 | 13.919 |
| Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen | 0 | 56 | -11 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 2.623 | 2.249 | 2.074 |
| Erträge aus Gewinnabführung | 9.997 | 8.240 | 9.184 |
| Erträge aus Beteiligungen | 5.968 | 4.748 | 4.937 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 30 | 180 | 151 |
| Erträge | 31.898 | 27.811 | 30.254 |
| Materialaufwand | 6.657 | 6.107 | 7.015 |
| Personalaufwand | 11.419 | 12.458 | 12.276 |
| Abschreibungen | 1.929 | 1.928 | 1.954 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 2.878 | 2.576 | 2.963 |
| Abschreibungen auf Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 78 | 127 | 84 |
| Aufwendungen aus Verlustübernahme | 3.590 | 3.527 | 3.727 |
| Aufwendungen | 26.551 | 26.723 | 28.019 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 5.347 | 1.088 | 2.235 |
| Außerordentliche Aufwendungen/Erträge | 9.178 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | -1.111 | -137 | -253 |
| Jahresüberschuss (+) | 13.414 | 951 | 1.982 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |
| Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage | 0 | 0 | 0 |
| Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage | 24.038 | 0 | 0 |
| Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung) | 0 | 0 | 0 |
| Einstellung in die Gewinnrücklage | -34.854 | 0 | 0 |
| Bilanzgewinn | 2.598 | 951 | 1.982 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

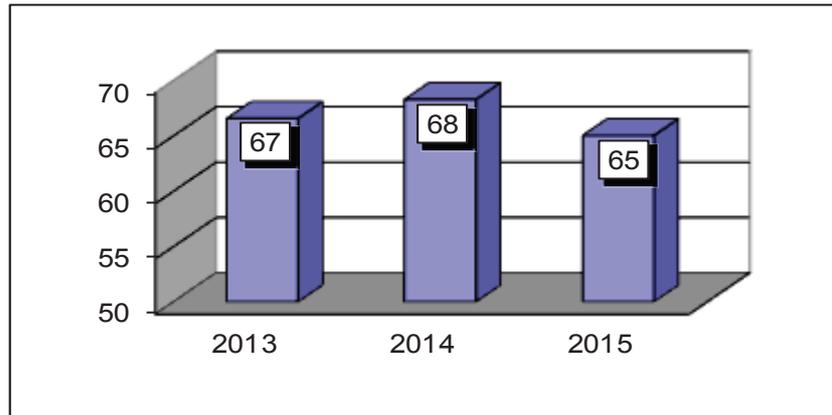
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 2.598 | 951 | 1.982 |



Kennzahlen

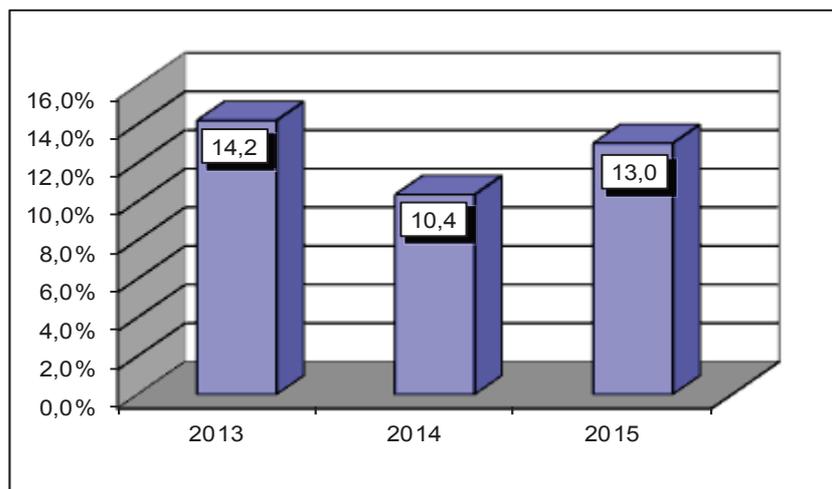
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|---------|---------|---------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 101.092 | 100.445 | 100.942 |
| Bilanzsumme | 151.853 | 147.086 | 155.236 |
| % EK | 67 | 68 | 65 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|--------------|--------------|--------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 2.598 | 951 | 1.982 |
| Abschreibungen | 1.929 | 1.928 | 1.954 |
| | 4.527 | 2.879 | 3.936 |
| Gesamterträge | 31.898 | 27.811 | 30.254 |
| Cash-Flow | 14,2% | 10,4% | 13,0% |



Zusammengefasster Lagebericht für die Stadtwerke Remscheid GmbH und den Konzern Stadtwerke Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) erbringt im Rahmen ihres operativen Geschäftsfeldes „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“ Verkehrsdienstleistungen in Remscheid und Umland. Die Stadtwerke Remscheid betätigen sich ebenfalls als Konzernmuttergesellschaft mittelbar über ihre zum Konsolidierungskreis gehörenden Beteiligungen an der EWR GmbH (EWR), in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energie- und Wasserversorgung sowie Energiedienstleistungen und über die Park Service Remscheid GmbH (PSR) auf dem Gebiet des ruhenden Verkehrs. Über die ebenfalls zu konsolidierende Beteiligung an der H₂O GmbH (H₂O), Remscheid, werden öffentliche Bädereinrichtungen im Stadtgebiet unterhalten und betrieben. Zwischen der Konzernmutter und ihren Tochtergesellschaften bestehen über Ergebnisabführungsverträge jeweils körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaften.

Darüber hinaus unterhalten die Stadtwerke weitere mittelbare und unmittelbare Beteiligungen, die den Zweck der Gesellschaft fördern. Die kaufmännische Betriebsführung wird für die zum Konsolidierungskreis gehörenden Gesellschaften von der EWR wahrgenommen.

Alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Remscheid ist die Stadt Remscheid. Die Geschäftsanteile der EWR werden von der Stadtwerke Remscheid GmbH (60 %), der Thüga AG (20 %) und von der RWE Deutschland AG (20 %) gehalten. Die Geschäftsanteile von PSR und H₂O befinden sich zu 100 % im Eigentum der Stadtwerke Remscheid.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

II. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und im Konzern

1. Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen

Die IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid überschrieb ihren Konjunkturlagebericht im Frühjahr 2015 mit „Schwacher Euro und niedriger Ölpreis stimulieren die bergische Konjunktur“. Das insgesamt hohe konjunkturelle Niveau drückte sich im Geschäftslageindex - das ist die Differenz der Antworten „gut“ und „schlecht“ - aus, der seit dem Jahresanfang von + 19 Punkte auf + 44 Punkte anstieg. Die Herbstumfrage erreichte mit + 33 Punkten nicht das Niveau des Frühjahrs, wenngleich immer noch von einer robusten Konjunkturlage gesprochen wird. Im Städtevergleich folgte Remscheid diesem Trend und nahm hinter Wuppertal den zweiten Platz ein. Der Vergleich der Industrieumsätze 2015/14 sowie der Änderungsrate der industriellen Exportumsätze in Remscheid sind nicht zwingend ein Spiegelbild der Umfrageergebnisse. Die Industrieumsätze nahmen im Jahr 2015 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % ab, während für den IHK-Bezirk noch ein Plus von 0,5 % ermittelt wurde. Noch deutlicher fällt die Änderungsrate der industriellen Exportumsätze im Jahresvergleich aus: Während in Remscheid ein Minus von 3,6 % registriert wurde, wuchs der Umsatzanteil im IHK-Gebiet um 4,2 %.

Die Arbeitsmarktdaten der Region folgten grundsätzlich den allgemein stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Im IHK-Bezirk verharrte die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2015 gegenüber Dezember 2014 bei 9,0 %. In Remscheid stieg die Quote hingegen von 8,0 % auf 8,7 %. Die bergischen Arbeitsmarktdaten erreichen allerdings nicht das Niveau des NRW-Landeswertes, das sich zum Jahresende bei 7,7 % nach 7,8 % im Vorjahr einstellte.

Die von der IHK für den bergischen Raum im abgelaufenen Geschäftsjahr attestierte robuste Konjunkturlage zeigt sich bei der Remscheider Wirtschaft - insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Industrieumsätze - nicht zwingend. Die Ertragslage der Stadtwerke Remscheid und ihrer Tochtergesellschaften ist vom wirtschaftlichen Umfeld nicht abzukoppeln und wird je nach Gesellschaft bzw. Geschäftsfeld unterschiedlich stark beeinflusst. Beispielsweise sind die Entwicklungen der Personal- und Treibstoffkosten in der Verkehrswirtschaft der Stadtwerke maßgebliche Einflussfaktoren. Rückläufige Industrieumsätze sowie Witterungseinflüsse spiegeln sich im Energieabsatz unserer Tochtergesellschaft EWR wider. Alle Geschäftsfelder des Konzerns haben sich gemeinsam auf einen mehr oder weniger bestimmenden Einflussfaktor einzustellen: Die stagnierende Einwohnerzahl Remscheids.

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und im Konzern

Die **Umsatzerlöse der SR** übertrafen das Niveau des Vorjahres um etwa 1,6 Mio. € (+ 12,8 %) und erreichten eine Gesamtgröße von ca. 13,9 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Diese auf den ersten Blick erfreuliche Erlösentwicklung trägt: Beim Fahrgastaufkommen setzte sich der seit Jahren festzustellende Trend rückläufiger Fahrgastzahlen fort. Insbesondere die sinkenden Schülerzahlen hinterlassen ihre Spuren. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 16,77 Mio. Fahrgästen rechnerisch um 0,9 % unter dem Stand des Vorjahres. Generell bleibt bei der Entwicklung des Fahrgastaufkommens zu beachten, dass es sich bei den mit Hilfe von verbund-einheitlichen Fahrtenhäufigkeiten ermittelten Zahlen um eine statistische Größe handelt, die nicht das tatsächliche Fahrgastaufkommen in unserem Verkehrsgebiet wiedergeben kann, sondern nur Richtungen aufzeigt. Der Erlösvergleich aus dem VRR-Linienverkehr (kassen-technische Einnahmen) 2015 zu 2014 zeigt unter Berücksichtigung der VRR-Tarifpreis-erhöhung zum 01. Januar 2015 (im gewichteten VRR-Mittel um 3,8 %) als Folge der Fahrgastrückgänge immerhin noch ein Einnahmeplus von rund 0,3 Mio. € oder 2,5 %.

Die Erlöse des Vorjahres waren entscheidend von der noch strittigen Einnahmeaufteilung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) für den Zeitraum 2009 bis 2014 beeinflusst. Die möglicherweise rückwirkende Mehrbelastungen für die Gesellschaft, die mit insgesamt 1,3 Mio. € für diesen Zeitraum zu beziffern war, wurde als ungewisse Verbindlichkeit gegen die Erlöse gebucht. Insofern fällt der Erlösvergleich 2015/14 so deutlich positiv aus. Die Erlöse des Berichtsjahres berücksichtigen eine Aufstockung der ungewissen Verbindlichkeit. Wir verweisen auf weitere Ausführungen hierzu auf die Ziffer V.1 des Lageberichtes.

Die **Umsatzerlöse im Konzern** der SR stiegen gegenüber dem Vorjahr von 170,1 Mio. € auf 173,7 Mio. € (+ 2,1 %). Dieser Zuwachs ist neben den zuvor beschriebenen Einflüssen aus dem ÖPNV im Wesentlichen der Umsatzentwicklung bei der **EWR** geschuldet. Die Außenerlöse nahmen dort - saldiert über alle Sparten - um 1,5 % auf 156,9 Mio. € zu. Bestimmender Auslöser waren hier im Mittel niedrigere Temperaturen - insbesondere in der ersten Jahreshälfte - die uns höhere Absatzmengen in den Geschäftsfeldern Gas und Wärme bescherten. Erfreulich entwickelte sich der Wasserabsatz. Der seit Jahren anhaltende Trend

rückläufiger Wasserverbräuche als Ergebnis sinkender Einwohnerzahlen und Sparbemühungen wurde erstmals gestoppt: Im Berichtsjahr blicken wir auf einen Zuwachs, der in diesem Bereich für 0,6 Mio. € höhere Erlöse sorgte. Lediglich in der Strom-versorgung registrierten wir keine Erlössteigerung. Trotz des saldierten Mengenzuwachses in eigenen und fremden Netzgebieten sehen wir einen Umsatzrückgang von insgesamt ca. 1,2 Mio. €. Hierfür zeichnen zum Teil die spezifisch höher zu bewertenden Mindermengen im eigenen Netzgebiet verantwortlich, die auf der Erlösseite nicht durch den deutlich gestiegenen Lieferumfang in fremde Netzgebiete kompensiert werden konnten.

Bei unserer Sauna- und Bädergesellschaft, der **H₂O GmbH**, verfehlte die Summe der **Gesamterlöse** und **sonstigen betrieblichen Erträge** beider Betriebsstätten - also einschließlich Pachteinnahmen aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich sowie neutrale Erträge - mit rund 4,44 Mio. € den Vorjahreswert um 0,18 Mio. €. Gesunkene Besucherzahlen und die nicht umfänglich an unsere Saunakunden weitergegebene Umsatzsteuererhöhung zum 01.07.2015 von 7 % auf 19 % sind hier ursächlich zu nennen. Wie in 2014 wurden - allerdings auf einem etwas niedrigerem Niveau - hiervon ca. 4,1 Mio. € und somit rund 92 % der Gesamterlöse durch das Sauna- und Badeparadies bestritten. Damit wird einmal mehr die herausragende Stellung dieser Einrichtung bestätigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr zählten wir in beiden Einrichtungen, dem Sportbad und dem Sauna- und Badeparadies, insgesamt rund 611.300 Gäste und damit etwa 16.600 Besucher oder 2,6 % weniger als im Vorjahr. Differenziert zeigt sich folgendes Bild: Im Sauna- und Badeparadies registrierte die Gesellschaft hiervon ca. 480.600 Besucher und damit gleichermaßen 2,6 % weniger gegenüber dem Vorjahr. Der in diesen Besucherzahlen enthaltene wirtschaftlich erfolgreiche Saunabereich (einschließlich Massagen) - auf ihn entfallen etwa 108.300 Gäste (im Vorjahr 112.700) - zeigt mit einem Rückgang von 3,9 % eine etwas stärkere Ausprägung auf.

Nach dem Unterschlagungsfall in 2014, der auch zurückliegende Jahre umfasste, kann die **PSR GmbH** nunmehr im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 auf einen geordneten und insgesamt wirtschaftlich positiven Geschäftsverlauf blicken. Die im Zusammenhang mit dem Unterschlagungsvorgang von uns angestregten strafrechtlichen und zivilrechtlichen Verfahren dauern zum Zeitpunkt der Berichterstattung an.

Die **Gesamterlöse** aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen überschritten im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Wert von 1,11 Mio. € erneut die Millionengrenze. Damit wurde die korrespondierende Vorjahresgröße - diese bereinigt um die unterschlagenen Erlöse - um 3,8 % überschritten. Die ab August 2014 vorgenommene moderate Taktanpassung für Kurzparker in zwei Parkhäusern der PSR stützt diese positive Entwicklung trotz einer erneut rückläufigen Anzahl der Parkvorgänge in diesem Kundensegment.

Die **betrieblichen Aufwendungen der Stadtwerke Remscheid** - etwa 24,3 Mio. € gegenüber 23,1 Mio. € im Vorjahr - werden insbesondere durch Material- und Personalkosten, die Abschreibungen sowie die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Größte Einzelposten beim **Materialaufwand** sind mit gut 2,0 Mio. € die Treibstoffkosten zum Betrieb der Busflotte, die im Wesentlichen durch günstigere Einstandspreise gegenüber 2014 um mehr als 10 % geringer ausgefallen sind. Die ebenfalls dem Materialaufwand zuzurechnenden Fremdfahrleistungen bewegen sich mit ca. 1,6 Mio. € um 4,2 % unter dem Niveau des Vorjahres.

Aufgrund des personalintensiven Fahrbetriebes sind die **Personalkosten** der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke. Auf diese Kostengröße entfielen rund 12,3 Mio. € gegenüber 12,5 Mio. € im Jahr zuvor. Dieses wurde im besonderen Maße durch eine Aufstockung der Rückstellung für die mittelbare Versorgungsverpflichtung gegenüber Mitarbeitern beeinflusst, die sich aus einer drohenden Unterdeckung der Finanzierung über die kommunale Zusatzversorgungskasse ergeben kann.

Zum 31.12.2015 beschäftigten die SR 251 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 7 Belegschaftsmitglieder mehr als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich bis zum Jahresende um 6 erhöht und auf 239 Personen eingestellt. Auf Konzernebene verringerte sich hingegen die Anzahl der Beschäftigten (kostenrelevante Vollzeitkräfte in Klammern) um 5 (5) auf 547 (506). Zum Bilanzstichtag befanden sich 10 junge Menschen (+ 2) im Verkehrsbetrieb der SR (26 im Konzern) in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen - einer Ausbildungsquote bei SR von nahezu 13 %.

Die **Abschreibungen** und **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verliefen planmäßig und flossen insgesamt mit etwa 4,9 Mio. € gegenüber 4,5 Mio. € im Vorjahr in die Ergebnisrechnung der Stadtwerke ein.

Auf Ebene des **Konzerns** sind die **betrieblichen Aufwendungen** über alle Aufwandsarten per Saldo von ca. 174,2 Mio. € um 3,0 Mio. € oder 1,7 % auf 177,2 Mio. € gestiegen. Diese Mehraufwendungen sind in Summe das Ergebnis höherer Material- und Sachaufwendungen (+ 2,2 Mio. €) und sonstiger betrieblicher Aufwendungen einschließlich Abschreibungen (+ 0,6 Mio. €). Die Personalaufwendungen stiegen konzernweit lediglich um 0,2 Mio. € oder 0,6 % auf 31,8 Mio. € an.

Die Stadtwerke Remscheid haben im Geschäftsjahr 2015 ein ausgesprochen erfreuliches **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von mehr als 2,2 Mio. € (1,1 Mio. € i. Vj.) erwirtschaftet und damit das Vorjahresergebnis verdoppelt. Gegenüber unserer im ursprünglichen Wirtschaftsplan 2015 gesetzte Zielmarke fällt das Ergebnis sogar um 1,6 Mio. € besser aus.

Neben den Erträgen aus der Gewinnabführung der EWR und PSR, den Erträgen aus Dividenden und den übrigen Beteiligungen wie AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (AWG), BEG, ELBA und Kom9, trug auch der Verkehrsbetrieb durch einen geringeren Betriebsverlust (ca. - 0,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr) zum Gesamtergebnis der Stadtwerke Remscheid bei.

Nach Abzug der Ertragsteuern sowie sonstigen Steuern weist die Gesellschaft einen **Bilanzgewinn** in Höhe von gerundet 2,0 Mio. € gegenüber 1,0 Mio. € im Vorjahr aus. Dieser Gewinn ist bereits um die Ausgleichszahlungen an die Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga AG und die RWE Deutschland AG, gemindert.

Der **Konzernbilanzgewinn** der Stadtwerke Remscheid ist wie in Vorjahren gleichlautend mit dem Bilanzgewinn aus dem Einzelabschluss der Gesellschaft.

3. Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft und im Konzern

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist Bestandteil der kaufmännischen Serviceleistungen der EWR und darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätsla-

ge ist jederzeit über die konzernweite Liquiditätssteuerung gesichert. Zum Bilanzstichtag verfügten die Stadtwerke über flüssige Mittel in Höhe von 5,2 Mio. € (0,4 Mio. i. Vj.) und der Konzern über 7,1 Mio. € (9,9 Mio. € i. Vj.)

Wie bereits im Vorjahr bestanden bei den Stadtwerken zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres keine mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im Konzern wurden Darlehen von Kreditinstituten planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 10,7 Mio. € (11,7 Mio. € i. Vj.). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nehmen im Konzern 5,4 % der Bilanzsumme ein.

Im Jahr 2015 wurden bei den Stadtwerken **Investitionen** in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von knapp 0,7 Mio. € (1,4 Mio. € i. Vj.) getätigt. Mit diesem Volumen blieb die Gesellschaft allerdings um 1,1 Mio. € unter dem revidierten Planansatz. Die Erneuerung der Heizungs- und Steuerungstechnik (einschließlich BHKW) wurde entgegen der Planung nicht investiv, sondern über Unterhaltungsmaßnahmen abgewickelt. Bei den Finanzanlagen gelang es, die Anteile an der Kom9 GmbH & Co. KG und damit die mittelbare Beteiligung an der Thüga AG aufzustocken. Hierfür wurden 4,0 Mio. € eingesetzt.

Der Konzern verausgabte im abgelaufenen Geschäftsjahr konsolidiert insgesamt rund 7,8 Mio. € (Vj. 10,2 Mio. €) für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Hiervon entfielen gerundet 9 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 81 % auf die EWR und 9 % auf die H₂O. Die PSR verausgabte gerundet mit 1 %, nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel. Im Bereich der Finanzanlagen wurden zusätzlich 5,8 Mio. € (Vj. 0,7 Mio. €), davon für die bestehenden Beteiligungen der EWR (Green GECCO und Thüga Erneuerbare Energien) saldiert 1,8 Mio. € und die bereits erwähnten 4,0 Mio. € für die Aufstockung der Kom9-Beteiligung investiert. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf vorhandene Liquidität im Konzern zurückgegriffen werden. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Konzern beläuft sich auf 11,3 Mio. € (Vj. 9,0 Mio. €).

Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Stadtwerke 88,0 % der Bilanzsumme gegenüber 91,0 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein. Auf Konzernebene sind es 85,4 % im Vergleich zum Vorjahreswert von 84,3 %.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage ist festzustellen, dass die Bilanzsumme der Stadtwerke Remscheid um ca. 8,1 Mio. € auf etwa 155,2 Mio. € gestiegen ist. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 100,9 Mio. € (Vj. 100,4 Mio. €) oder etwa 65 % (Vj. 68 %) der Bilanzsumme.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung der Stadtwerke setzen wir - getrennt nach Verkehrswirtschaft und Unternehmensbeteiligungen - spartenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite in differenzierte Erfolgsrechnungen mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Verkehrseinnahmen gegliedert nach Tickettarifen und Fahrgastzahlen, Betriebskosten im Fahrbetrieb und Werkstattbereich einschließlich Kostendeckungsgrad sowie Erträge und Kosten je beförderte Person. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung im Fokus. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Dieses Berichtswesen und zugleich Steuerungsinstrument kommt konzernweit zum Einsatz und findet in den Stadtwerke-Konzernunternehmen auf die jeweiligen Belange abgestellt mit der gleichen Methodik Anwendung.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt (somit auch unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und Energieeffizienz im Betrieb unserer Omnibusse) sowie unserer Mitarbeiter. Die Pünktlichkeit unserer Busflotte im ÖPNV als wichtiger Bestandteil unserer Serviceleistungen wird stetig und regelmäßig im Liniennetz analysiert und optimiert. Wie im Jahr zuvor lagen im Berichtsjahr wieder ca. 96 % aller Abfahrten im Pünktlichkeitsbereich zwischen 0 und 5 Minuten, ein vergleichsweise sehr guter Wert.

Die Stadtwerke Remscheid und die EWR haben das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Bereits seit 1996 verfügen wir über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Die Zertifizierung muss alle drei Jahre erneuert werden; zuletzt geschah dies mit sehr gutem Ergebnis im November 2013. Im Rahmen des alljährlichen Umweltaudits Anfang November 2015 wurde die erteilte Zertifizierung uneingeschränkt bestätigt.

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 6 meldepflichtige Arbeitsunfälle gegenüber nur 3 im Vorjahr. Im Konzern verzeichneten wir mit 18 sowohl meldepflichtigen, als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen in Summe 6 mehr als im Jahr zuvor. Allerdings sanken die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltagelänge recht deutlich von 204 auf 169 Tage.

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind sowohl bei den Stadtwerken als auch im Konzern keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

IV. Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2015 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2016 bis 2019, erwarten wir für das Jahr 2016 einen **Bilanzgewinn** für die **Stadtwerke** - deckungsgleich mit dem **Konzernbilanzgewinn** - in Höhe von 0,4 Mio. € gegenüber 2,0 Mio. € im Berichtsjahr. Für den Prognosezeitraum 2017 bis 2019 rechnen wir mit einem mittleren korrespondierenden Jahresergebnis von etwa 0,3 Mio. €. Diese Ergebnisse verstehen sich nach Verlustverrechnung aus der Verkehrswirtschaft und dem Bäderbetrieb sowie den Ausgleichszahlungen an die außenstehenden Gesellschafter der EWR, der Thüga AG und RWE Deutschland AG. Bei dieser Prognose haben wir auf der Aufwands- und Ertragsseite der SR und ebenso bei unserem größten Aktivposten unserer Beteiligungen, der EWR, wieder ein Normaljahr unterstellt. Damit bewegen wir uns tendenziell unterhalb der ausgesprochen guten Ergebnislage des Berichtsjahres. Diese Entwicklung überrascht nicht und es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Gesellschaft und ihrer Tochterunternehmen, diese Ziele zu erreichen.

In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres sehen wir im Remscheider Verkehrsgebiet Fahrgastzahlen, die um etwa - 0,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum niedriger ausfallen. Der Trend der letzten Jahre hat sich in dieser Hinsicht abgeschwächt. In Folge der VRR-Tarifpreiserhöhungen zum 01. Januar 2016 - im Mittel von 3,8 % - steigen die Einnahmen aus dem VRR/VRS-Linienverkehr allerdings nur um knapp 2 % gegenüber dem ersten Quartal 2015. Stagnierende Einwohner- und Schülerzahlen sind gewichtige Faktoren, die auf das Fahrgastaufkommen und die hieraus resultierenden Einnahmen Einfluss nehmen.

Ein wichtiges Ertragselement für die Stadtwerke Remscheid - gepaart mit Erträgen aus weiteren Finanzbeteiligungen - stellt die Beteiligung an Kom9 und somit an der Thüga AG dar. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Gesamtergebnis der Gesellschaft. Die für 2016 prognostizierte Dividende erfüllt unsere Erwartungen.

Laut IHK-Konjunkturbericht konstatiert die bergische Wirtschaft zum Jahresanfang 2016 eine weiterhin gute konjunkturelle Lage mit günstigen Aussichten für das laufende Geschäftsjahr. Allerdings zeigen die bergischen Großstädte ein uneinheitliches Bild. Remscheid hat sich im Städteranking scheinbar etwas erholt.

Absatzwirtschaftlich können wir bei unserer Energieversorgungstochter **EWR** im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahrs - insbesondere in der Gasversorgung - eine durchaus solide Entwicklung konstatieren. Die im Vergleich zum langjährigen Mittel niedriger ausgefallenen Temperaturen bescherten uns in diesem Segment einen guten Start. Allerdings sehen wir bei den industriellen Kunden sowohl auf der Strom- als auch Gasseite eine spürbare Zurückhaltung im Bezugsverhalten, die es zu beobachten gilt. Über alle Sparten betrachtet sind wir mit dem absatzwirtschaftlichen Verlauf des ersten Quartals im Vergleich zu unserer Wirtschaftsplanung nicht unzufrieden, allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt noch keine hinreichenden Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2016 gezogen werden.

Die ersten drei Monate des neuen Geschäftsjahres der **H₂O GmbH** übertreffen zwar hinsichtlich der Besucherströme insgesamt sowohl im Ist/Ist- als auch Plan/Ist-Vergleich unsere Erwartungen, die erzielten Nettoeinnahmen erreichen jedoch noch nicht unsere Prognosen. Bei der in der Parkraumbewirtschaftung tätigen **PSR** rechnen wir mit einer stabilen Ertragslage und gehen wieder von einem positiven Jahresergebnis für 2016 aus. Auch hier sehen wir hinsichtlich der Einnahmeentwicklung insgesamt eine über unserer Planung und den Vorjahreswerten liegende positive Tendenz. Auch für diese beiden Gesellschaften gilt, dass wir zum Berichtszeitpunkt noch keine abschließende Gesamtschätzung auf das Jahres 2016 geben können.

Im Jahr 2016 wird das **Investitionsprogramm** bei den **Stadtwerken** voraussichtlich Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von rund 1,0 Mio. € umfassen. Neben den verkehrstypischen Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen steht die Erneuerung der alten Betankungsanlage auf der Agenda. Die Modernisierung unserer Busflotte ist vorerst abgeschlossen.

Für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im **Konzern** sind in unsere Planung für das laufende Geschäftsjahr Finanzmittel in Höhe von rund 10,0 Mio. € eingestellt. Hiervon entfallen gerundet 10 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 82 % auf die EWR und 7 % auf die H₂O. Die PSR wird mit 0,1 Mio. € nur geringfügige Investitionsmittel benötigen. Im Bereich der Finanzanlagen der EWR wurden zusätzlich

3,0 Mio. € für die Stärkung der bestehenden Finanzbeteiligungen auf dem Gebiet der regenerativen Energien in die Planung eingestellt.

Für den Prognosezeitraum 2017 und 2018 rechnen wir für die Stadtwerke mit einem mittleren jährlichen Investitionsansatz von etwa 0,9 Mio. €. Erst in 2019 wächst der Investitionsbedarf durch die planmäßige Ersatzbeschaffung von Bussen auf 3,0 Mio. € an. Im Konzern beträgt der Ansatz für Investitionen - einschließlich Finanzanlagen - im jährlichen Mittel ca. 12,7 Mio. €, der dann in 2019 voraussichtlich auf 14,8 Mio. € anwächst.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft und aller Konzernunternehmen ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden wir voraussichtlich ergänzend langfristige Fremdmittel einsetzen.

V. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken - nach den Prioritäten A bis C abfallend klassifiziert - werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Zum Jahreswechsel 2015/2016 werden im Konzern sechs Risiken identifiziert und bewertet, davon zwei ausschließlich und eins gemeinsam mit der EWR die Stadtwerke betreffend. Für die PSR und H₂O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen.

Ein Risiko, wie im letzten Jahr das ÖPNV-Finanzierungssystem, betrifft ausschließlich die Stadtwerke Remscheid und wird in der Prioritätenklasse C geführt. Vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten gewisse beihilferechtliche Risiken erwachsen, wenn zugeschiedene Ausgleichsleistungen die später nachgewiesenen Aufwendungen übersteigen. Mit Schreiben vom 19. April 2011 des VRR wurde darüber informiert, dass das VRR-Finanzierungssystem im Beihilfeprüfverfahren Langenfeld von der EU-Kommission jedoch anerkannt wurde.

Das im letzten Geschäftsjahr hinzugekommene und in der Prioritätenklasse C geführte Risiko aus der strittigen Einnahmeaufteilung für den Zeitraum 2009 bis 2014 und der damit einhergehenden drohenden Rückzahlungsverpflichtungen an den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) wurde neu beurteilt und um das Berichtsjahr erweitert. Die bereits gebildete Rückstellung wurde auf knapp 1,6 Mio. € aufgestockt.

Ein gemeinsames mit der EWR identifiziertes Risiko erwächst aus den vom Statistischen Landesamt prognostizierten Bevölkerungszahlen für Remscheid und damit verbundenen Gefahren sinkender Einnahmen für die Gesellschaften. Die restlichen drei Risiken betreffen ausschließlich die EWR. Eins dieser Risiken (rechtsunsichere Preisanpassungsklauseln) wird zwar noch in der Prioritätenklasse B geführt, die aktuelle Rechtslage und die in den Jahren 2012/2015 gebildete und angepasste Rückstellung dürfte jedoch bei der nächsten Risikobeurteilung eine Rückstufung in die Prioritätenklasse C zulassen, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Bei einem weiteren, gegenwärtig in die Prioritätsklasse C zurückgestuften Risiko, handelt es sich um die potenzielle Gefahr der kartellrechtlich veranlassten Kürzung unseres Wasserpreises. Auf Basis fundierter Ausarbeitungen und Analysen haben wir positive Gespräche mit der Landeskartellbehörde geführt, die im Ergebnis unsere Einschätzung unterstreichen, das Risiko zurückzustufen. Bei dem letzten unter der Klasse C geführten Risiko handelt es sich um die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte.

Darüber hinaus bestehen keine Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowohl der Stadtwerke als auch des Konzerns nachhaltig negativ beeinflussen können oder den Bestand der Gesellschaft und ihrer Töchter gefährden.

2. Chancenbericht

Neben der Risikobetrachtung sehen wir auch Chancenpotenzial bei den **Stadtwerken** und im Konzern. Für den Verkehrsbetrieb erwachsen Möglichkeiten, einen Mehrwert aus der vom VRR begonnenen Digitalisierungsstrategie zu ziehen. Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sind für einen reibungslos funktionierenden ÖPNV nach wie vor unschlagbare Parameter für die Kundenzufriedenheit. Darüber hinaus erwartet der Fahrgast weitere Serviceleistungen, die für einen attraktiven ÖPNV sprechen. Die Smartphone-Applikationen (Apps) sind ein erfolgreiches und in seiner Bedeutung stetig und rasant wachsendes Angebot und ermöglichen auch den Ticketkauf von unterwegs. Wir wollen mit diesen neuen Möglichkeiten potenzielle Fahrgäste ansprechen und Mehrwerte schaffen.

Mit Inkrafttreten des novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01. Januar 2013 wurde als wesentlicher Bestandteil die Möglichkeit der Direktvergabe von Verkehrsleistungen durch Kommunen an ihre kommunalen Verkehrsunternehmen verankert. Im Hinblick auf die Ende 2017 auslaufende Betrauung hatte der Rat der Stadt Remscheid im Frühjahr 2015 bereits den Grundsatzbeschluss gefasst, den öffentlichen Personennahverkehr direkt an die Stadtwerke Remscheid als internen Betreiber zu vergeben. Die Schaffung und Umsetzung aller hierfür notwendigen rechtlichen und vertraglichen Voraussetzungen befinden sich termingerecht in der Abstimmung.

Bei der **EWR** nutzen wir in der Breite das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz. Der Ausbau unserer Beteiligungen im Segment der regenerativen Energieerzeugung ist im Geschäftsjahr 2015 weiter fortgeschritten. Während bei der Beteiligung „Green GECCO“ nach dem fünften Windpark in 2014 im Berichtsjahr keine neuen Projekte entwickelt bzw. umgesetzt wurden, konnte die Thüga Erneuerbare Energiengesellschaft (THEE) zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres einen in 2015 fertiggestellten Windpark im Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt) erwerben. Früchte trägt auch das eigene Projektentwicklungsgeschäft der THEE. Zwei Windparks befinden sich aktuell in der Bauphase und sollen noch im ersten Halbjahr 2016 ans Netz gehen. Mit diesen beiden Parks wird die THEE ihr Bestandsportfolio auf über 230 MW ausbauen.

Neben unserem Engagement in Finanzanlagen der regenerativen Energieerzeugung haben wir eine Vielzahl eigener Projekte, beispielsweise mit der Erneuerung des BHKW im Sportbad am Park oder der energetischen Modernisierung des Verkehrsbetriebes im Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen“ umgesetzt bzw. optimiert, die ebenfalls neue Chancenpotenziale eröffnen.

Die mit der Energiewende einhergehenden Anforderungen an Netzinfrastrukturen und dem damit verbundenen Datentransport resultieren nicht allein aus dem Energiewirtschaftsgesetz und dem noch im laufenden Jahr zu erwartenden Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Den bereits vor zwei Jahren eingeschlagenen Weg, strukturiert und gezielt unser Breitbandnetz auszubauen, verfolgen wir weiterhin konsequent. Neben der Weiterentwicklung der EWR als Infrastrukturdienstleister sind wir in konkrete Überlegungen und Untersuchungen eingetreten, im Rahmen einer Kooperation mit der Thüga AG auch als umfänglicher Dienstleister mit eigenen Produkten in die Breitbandversorgung unserer Energie- und Wasserkunden einzutreten.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg, die Gesellschaft **EWR** als „den“ lokalen Energieeffizienz- und Energiedienstleister zu etablieren. Hierzu zählen insbesondere der weitere Ausbau des Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“, das Wachstumspotenziale ausweist, sowie die sich eröffnenden Chancen aus dem Breitbandausbau zu ergreifen.

Aufenthaltsqualität in unseren Einrichtungen, Kundenorientierung und Kontinuität stehen im Fokus unseres Handelns. Die **H₂O GmbH** und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz einer rückläufigen Besucherentwicklung ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus festigen. Der auch in 2015 fortgesetzte „Verschönerungskurs“ und insbesondere die Erneuerung der Filtertechnik und der damit einhergehenden verbesserten Wasserqualität, die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit rund um den Kunden sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurden wieder mit guten Besucherzahlen honoriert. Unsere Saunalandschaft ist über die Stadtgrenzen hinaus eine anerkannte und beliebte Einrichtung, die höchste Qualitätsmaßstäbe erfüllt. Diese Kundenresonanz eröffnet uns die Chance, die Position des H₂O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen.

Eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen, eröffnen uns die Chancen, die Einnahmen der **PSR** zu steigern und damit die Ertragslage zu stärken. Zusätzlich flexibilisierte Vertragsvarianten für unsere Kunden im Segment der Dauerparker finden großen Zuspruch und sichern das erreichte Erlösniveau in diesem Geschäftsfeld. Mit dem Eigentümer des Parkhauses Zentrum Süd wurde zum Januar 2016 ein erweiterter Dienstleistungsvertrag geschlossen, der uns zusätzliche Einnahmen generiert und die Wertschöpfung der Gesellschaft verbessert. Wie bereits erwähnt, bietet die PSR-Parkwertkarte für unsere Kunden Preisvorteile und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

VI. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Stadtwerke sowie die zum Konsolidierungskreis gehörenden Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Stadtwerke ist in die konzernweit eingesetzten Finanz- und Liquiditätsplanung eingebunden und wird zentral von der EWR wahrgenommen.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 20. April 2016

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
 Hochstraße 1-3
 42853 Remscheid
 Tel. 02191/4644-0

Gründungsjahr: 1918

| Aktionäre | Aktien | Gezeichnetes Kapital | |
|--------------------------------|---------------|----------------------|---------------|
| | | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 34.602 | 1.771.562,09 | 50,26 |
| Stadtwerke Remscheid GmbH | 23.373 | 1.196,656,86 | 33,95 |
| 9 Industrie- und Handelsfirmen | 6.239 | 319.425,92 | 9,06 |
| 12 Privatpersonen | 4.636 | 237.355,13 | 6,73 |
| <u>Gesamt</u> | <u>68.850</u> | <u>3.525.000,00</u> | <u>100,00</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

| | |
|---|-------------------|
| Lothar Sill, Vorsitzender | Ratsmitglied |
| Markus Kötter, stellvertr. Vorsitzender | Ratsmitglied |
| Günter Bender | Ratsmitglied |
| Waltraud Bodenstedt | Ratsmitglied |
| Markus von Dreusche | |
| Gabriele Eschbach | |
| Georg Famulla | |
| Prof. Dr. Thomas Hoffmann | |
| Dipl. Betriebswirt Peter Krack | |
| Gabriele Leitzbach | Ratsmitglied |
| Uwe Manthei | |
| Andreas Martin | |
| Burkhard Mast-Weisz | Oberbürgermeister |
| Christoph Pilz | |
| Norbert Schmitz | Ratsmitglied |

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war lt. Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2015 T€ 530,8

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------|-----------|-----------|-----------|
| | € | € | € |
| Dividende | 75.728,21 | 75.728,21 | 75.728,21 |
| Depotgebühren | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

Anzahl der Beschäftigten (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

| Geschäftsbereich | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|------------------------|-----------|----------|--------------|-------------|-------------|------------|
| | Vollzeit | Teilzeit | Vollzeit | Teilzeit | Vollzeit | Teilzeit |
| Kaufmännischer Bereich | 26 | 2 | 25,75 | 2,75 | 25,5 | 2,5 |
| Technischer Bereich | 10 | 3 | 11 | 2 | 11 | 2 |
| Gesamt | 36 | 5 | 36,75 | 4,75 | 36,5 | 4,5 |
| Auszubildende | 3 | | 2,5 | | 2 | |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

| Bewirtschafteter Bestand -Anzahl- | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----------------------------------|-------|-------|-------|
| Häuser | 1.085 | 1.066 | 1.057 |
| Wohnungen | 6.401 | 6.342 | 6.326 |
| Gewerbliche Einheiten | 91 | 88 | 89 |
| Garagen und Einstellplätze | 1.906 | 1.918 | 1.914 |
| gesamt jeweils per 31.12. | 9.483 | 9.414 | 9.386 |

| Grundbesitz -in qm- | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------------|---------|---------|---------|
| Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte | 852.454 | 852.825 | 846.887 |
| In Bebauung befindliche Grundstücke | 2.922 | 193 | 193 |
| Unbebaute Grundstücke | 40.964 | 31.866 | 31.866 |
| gesamt jeweils per 31.12. | 896.340 | 884.884 | 878.946 |

Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-

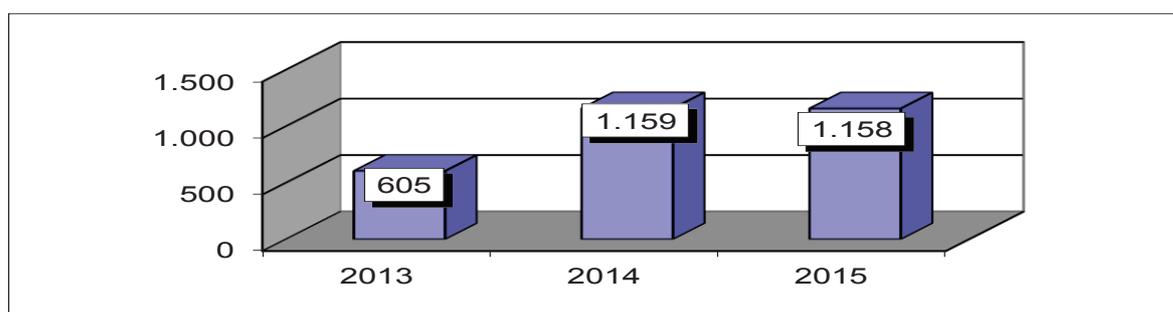
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 46 | 0,02 | 31 | 0,01 | 12 | 0,01 |
| Sachanlagen | 205.718 | 94,14 | 203.110 | 92,91 | 205.557 | 93,64 |
| Finanzanlagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 205.764 | 94,16 | 203.141 | 92,92 | 205.569 | 93,64 |
| Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte | 10.016 | 4,58 | 8.958 | 4,10 | 9.162 | 4,17 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 736 | 0,34 | 609 | 0,28 | 710 | 0,32 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel und Bausparguthaben | 1.950 | 0,89 | 5.864 | 2,68 | 4.053 | 1,85 |
| Umlaufvermögen | 12.702 | 5,81 | 15.431 | 7,06 | 13.925 | 6,34 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 64 | 0,03 | 48 | 0,02 | 32 | 0,01 |
| Aktiva | 218.530 | 100,00 | 218.620 | 100,00 | 219.526 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 3.525 | 1,61 | 3.525 | 1,61 | 3.525 | 1,61 |
| Kapitalrücklage | 826 | 0,38 | 826 | 0,38 | 826 | 0,38 |
| Gewinnrücklagen | 39.495 | 18,07 | 40.199 | 18,39 | 41.178 | 18,76 |
| Jahresüberschuss(+) | 605 | 0,28 | 1.159 | 0,53 | 1.158 | 0,53 |
| Jahresfehlbetrag(-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+) | -302 | -0,14 | -580 | -0,27 | -579 | -0,26 |
| Eigenkapital | 44.149 | 20,20 | 45.129 | 20,64 | 46.108 | 21,00 |
| Rückstellungen | 2.075 | 0,95 | 2.197 | 1,00 | 2.521 | 1,15 |
| Verbindlichkeiten | 172.306 | 78,85 | 171.294 | 78,35 | 170.897 | 77,85 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 218.530 | 100,00 | 218.620 | 100,00 | 219.526 | 100,00 |

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|---------------|---------------|---------------|
| GuV-Position | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 34.048 | 34.416 | 33.395 |
| Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen | -37 | -1.003 | 279 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 439 | 321 | 314 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 972 | 1.563 | 1.881 |
| Erträge aus Beteiligungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge | 13 | 6 | 5 |
| Erträge | 35.435 | 35.303 | 35.874 |
| Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen | 19.079 | 17.743 | 18.328 |
| Personalaufwand | 2.949 | 3.094 | 3.204 |
| Abschreibungen | 5.591 | 5.783 | 5.706 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 1.340 | 1.851 | 1.774 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 4.591 | 4.387 | 4.115 |
| Aufwendungen | 33.550 | 32.858 | 33.127 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 1.885 | 2.445 | 2.747 |
| Steuern vom Einkommen und Ertrag | 81 | 81 | 81 |
| Sonstige Steuern | 1.199 | 1.205 | 1.508 |
| Jahresüberschuss (+) | 605 | 1.159 | 1.158 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |
| Entnahmen aus Gewinnrücklagen | 0 | 0 | 0 |
| Einstellungen in Gewinnrücklagen | 302 | 579 | 579 |
| Bilanzgewinn | 303 | 580 | 579 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

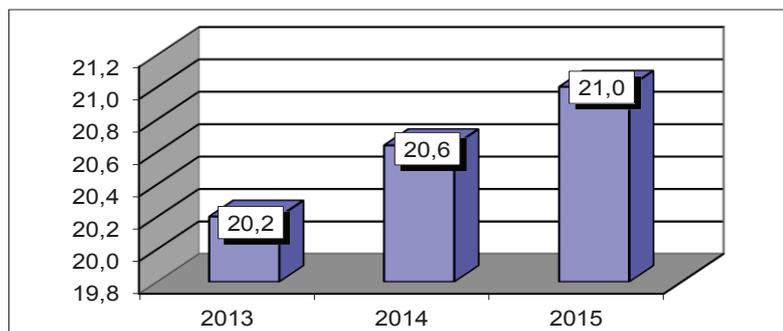
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 605 | 1.159 | 1.158 |



Kennzahlen

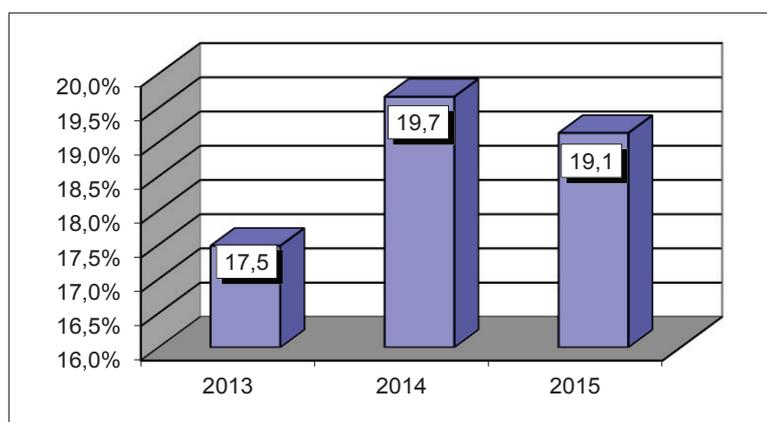
Eigenkapital-Quote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 44.149 | 45.129 | 46.108 |
| Bilanzsumme | 218.530 | 218.620 | 219.526 |
| % EK | 20,2 | 20,6 | 21,0 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|--------------|--------------|--------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 605 | 1.159 | 1.158 |
| Abschreibungen | 5.591 | 5.783 | 5.706 |
| | 6.196 | 6.942 | 6.864 |
| Gesamterträge | 35.435 | 35.303 | 35.874 |
| Cash-Flow | 17,5% | 19,7% | 19,1% |



Lagebericht 2015

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie stellt des weiteren Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereit.

1.2. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wachstumsimpulse für die Weltwirtschaft waren im Berichtsjahr verhalten und führten nach Aussage des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu einem Aufschwung der

Konjunktur von um die 3,1 %. Als stabile Stütze dieser globalen Entwicklung zeigte sich insbesondere die US-Wirtschaft, die getragen von einem lebhaften privaten Konsum und soliden Unternehmensinvestitionen ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 2,4 % verzeichnen konnte. Dagegen waren die Schwellen- und Entwicklungsländer, aber auch China, Russland und Volkswirtschaften in Südamerika durch eine nachlassende und unbefriedigende konjunkturelle Entwicklung geprägt. Die Ursachen waren in den Weltwirtschaftsregionen vielfältig und fanden ihren Grund sowohl in Wirtschaftssanktionen, innenpolitischen Problemen wie auch geringer Importnachfrage. Für das laufende Jahr erwartet der IWF in seinem Konjunkturausblick ein Wachstum von 3,4 %. Von Experten wird die Einschätzung geteilt, dass insbesondere Russland und Brasilien sich von ihren Konjunkturreinbrüchen erholen werden.

Die Verfestigung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) Jahresverlauf 2015 hat die Analysten positiv überrascht. Insbesondere der Griechenlandkrise wurden mögliche weitere negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsraum angelastet, die aber entgegen der Vorhersage nicht eintraten. Es konnte somit durch eine expansive Währungspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), einen niedrigen Ölpreis, steigende Realeinkommen der privaten Haushalte, eine niedrige Inflation sowie einen schwächeren Euro ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 1,5 % erwirtschaftet werden. Erfreulich war auch, dass langjährige Krisenländer wie Irland und Spanien mit die höchsten Zuwachsraten aufweisen konnten.

Insgesamt hat sich die Arbeitslosenquote in der Euro-Zone mit 10,4 % zum Ende des Jahres 2015 weiter verringert, wie die EU-Statistikbehörde Eurostat mitteilte. Das ist der niedrigste Stand seit Herbst 2011. Von den 19 Ländern mit der Gemeinschaftswährung führt Griechenland mit 24,5 % gefolgt von Spanien mit 20,8 % die Tabelle an, während Deutschland und Tschechien mit je 4,5 % erfolgreich den Schluss bilden. Nach wie vor sind junge Menschen unter 25 Jahren zu rund 22 % ohne Job.

Mit mehr als 43 Millionen Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt und etwas weniger als 2,7 Millionen Arbeitslosen im Dezember 2015 setzte sich in Deutschland der seit Jahren anhaltende positive Trend fort. Dadurch konnte in fast allen Wirtschaftsbereichen die Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 1,6 % belebt werden. Die Bereiche Information und Kommunikation (+ 2,9 %) Unternehmensdienstleistung (+ 2,8 %) und produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (+ 2,2 %) legten spürbar zu, während es in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (-2,1%), Finanz- und Versicherungsdienstleistung (- 1,0 %) und das Baugewerbe (-0,2 % nach einem kräftigen Anstieg im Vorjahr) zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung kam.

Wie das Statistische Bundesamt im Januar 2016 veröffentlichte, kann Deutschland auf ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum im Berichtsjahr zurückblicken. Es endete mit einem 1,7 % höheren preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorjahr.

Wachstumsimpulse konnte die deutsche Wirtschaft sowohl durch inländischen Konsum, Ausrüstungs- und Bauinvestitionen als auch durch den Außenhandel verzeichnen, wenn auch jeweils in deutlich unterschiedlicher Ausprägung.

Der inländische Konsum stellte sich als wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft heraus. Private und öffentliche Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,1 % höher als im Jahr zuvor. Investitionen in Ausrüstungen (+ 3,6 %), das sind im Wesentlichen Maschinen und Geräte einschließlich Fahrzeuge, in Wohn- und Nichtwohnbauten (+ 0,2 %) und sonstige Anlagen stiegen zusammengefasst um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr. Der deutsche Außenhandel leistete einen vergleichsweise geringen Beitrag zum BIP-Wachstum und zwar in Höhe des Außenbeitrages, der sich aus der Differenz zwischen Importe (+ 5,7 %) und Exporte (+ 5,4 %) ergibt.

Die Arbeitnehmerentgelte sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahmen an der wirtschaftlichen Entwicklung teil und legten im Jahr 2015 kräftig zu. Zwar stiegen auch

die Summe der Lohnsteuer und Sozialbeiträge, aber saldiert nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2015 um 2,8 % zu und belief sich auf 1.758 Milliarden Euro. Neben den in jeweiligen Preisen berechneten gestiegenen Konsumausgaben der Privathaushalte standen weitere Mittel für das Sparen zur Verfügung, die zu einer leicht zum Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte gestiegene Sparquote von 9,7 % führte.

Für den Glauben an eine dynamische Entwicklung des Weltwirtschaftsklimas als auch des Wirtschaftsklimas für den Euro-Raum im Jahr 2016 fehlt es nach Einschätzung der vom Ifo Institut aus München befragten und weltweit agierenden Unternehmen an Zuversicht. Auch der starke Rückgang der Ölpreise scheint keinen positiven konjunkturellen Effekt zu haben. In Deutschland könnte nach Ansicht der Experten aufgrund der starken Binnennachfrage die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 1,8 % liegen.

Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die seit Jahren vorherrschende Meinung, dass Deutschland in den angespannten Wohnungsmärkten mehr bezahlbaren Wohnraum benötigt, hat sich durch den gewaltigen Zustrom von Flüchtlingen noch einmal verstärkt. Der zusätzliche Wohnungsbedarf musste aufgrund der hohen Zuwanderungszahl allein im Jahr 2015 von über 1 Million Menschen deutlich nach oben angepasst werden und beträgt nunmehr nach Auffassung des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. über 800.000 Wohnungen.

Trotz der rund 260.000 neuen Einheiten im Jahr 2015 und angesichts der aufgrund von Baugenehmigungen zu erwartenden 290.000 Neubauwohnungen im Jahr 2016 kann aufgrund der Folgen aus der demografischen Entwicklung, der Binnenwanderung in die Ballungsgebiete sowie dem Zuzug von Menschen, die vor Krieg, anderen politischen und ethnischen Konflikten und Armut geflohen sind, dem Wohnungsbedarf im unteren Preissegment nicht ausreichend Rechnung getragen werden.

Insbesondere in den prosperierenden Regionen erhöht die Flüchtlingszuwanderung den Handlungsdruck der Verantwortlichen, während es in Rand- und ländlichen Gebieten weniger zu Engpässen bei der Wohnraumversorgung aufgrund eines Wohnungsüberhanges kommt. Ausnahmen bilden dabei nicht vorhandene geeignete Erstaufnahmeeinrichtungen.

Großstädte, Ballungszentren und Universitätsstädte, noch nie haben so viele junge Menschen studiert wie im Wintersemester 2014/2015, sind die Gewinner der Binnen- und Außenwanderung. Der ländliche Raum verliert dagegen deutlich an Einwohnern. Nur knapp 28 % aller Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland weisen eine wachsende Bevölkerungszahl aus. Bundesweit werden schrumpfende Regionen zukünftig einen immer höheren Anteil ausmachen. Auf lange Sicht folgt auch die Zahl der Haushalte der Schrumpfung der Bevölkerung.

Dem Statistischen Bundesamt zufolge sind im Jahr 2015 die Baugenehmigungen für Wohnungen um 23.836 (8,4 %) auf 308.687 Einheiten gestiegen. Erstmals wurde seit dem Jahr 2000 die Marke von 300.000 genehmigten Wohnungen überschritten. Bei allen Wohngebäudetypen war ein Anstieg zu verzeichnen: Bei den Einfamilienhäusern um 7.119 (8,1 %) auf 95.287 Einheiten, Zweifamilienhäusern um 1.018 (5,3 %) auf 20.170 Einheiten, Mehrfamilienhäusern um 8.899 (6,9 %) auf 136.961 Einheiten, Wohnheime um 1.321 (12,5 %) auf 11.928 Einheiten. Rückläufig war dagegen die Zahl der Baugenehmigungen bei Eigentumswohnungen um 1.636 (2,3 %) auf 70.534 Einheiten und Nichtwohngebäude um 1.413 (27,4 %) auf 3.737 Einheiten. Besonders deutlich stieg die Genehmigungszahl bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden um 6.892 (20,4%) auf 40.604 Einheiten.

Es ist zu erwarten, dass sich aufgrund der Flüchtlingssituation der positive Trend bei den Baugenehmigungen auch im Jahr 2016 fortsetzt, denn die Investitionsbereitschaft insbesondere der ehemals gemeinnützigen Wohnungswirtschaft scheint gegeben, allerdings

erstreckt sich die Vorbereitungsphase von Neubaumaßnahmen bekanntermaßen über viele Monate, wobei sie insbesondere durch eine zweitaufwendige Grundstücksakquise in Ballungsgebieten zusätzlich erschwert wird.

Wenn auch seit Monaten der Fokus auf den Folgen der Migration liegt, so haben diese die bisherigen Herausforderungen der Wohnungswirtschaft lediglich überlagert oder in angespannten Wohnungsmärkten sogar noch verstärkt. Weiterhin werden Lösungsansätze und Wege gesucht, um einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, wohnliche Voraussetzungen zu schaffen, die die Anforderungen aus einer überalternden Mieterschaft erfüllen, und parallel bezahlbaren Wohnraum in zukunftsfähigen Quartieren zur Verfügung zu stellen.

Seit drei Jahren ist mit rund 112.000 Personen die Größe der Bevölkerung Remscheids konstant. Nach einer im Herbst 2015 vorgenommenen Vorausschätzung durch die Statistikstelle der Stadt Remscheid würde die Bevölkerung bis zum Jahr 2035 um 11.000 Personen abnehmen. Das geburtenstarke Jahr 2014 ist leider kein Signal für eine nachhaltige Trendwende gewesen, sondern der Anfang einer Periode wieder sinkender Geburtenzahlen, die auch mit einer steigenden Anzahl von Sterbefällen einhergehen wird. Abwanderungstendenzen in wirtschaftlich starke Regionen mit einem attraktiven Arbeitsplatzangebot von vorwiegend jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren steht derzeit ein Zuzug von Migranten gegenüber, was den positiven Wanderungssaldo begründet.

Die Lage am regionalen Wohnungsmarkt ist weiterhin als entspannt zu bezeichnen und gibt Mieterhöhungsphantasien kaum Spielraum. Selbst die Weitergabe der durch Modernisierungen ausgelösten Investitionskosten zur Einsparung von Energie oder Wertverbesserung der Wohnung bzw. des Hauses ist im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten aufgrund der wirtschaftlichen Lage vieler Haushalte und eines Wohnungsüberhanges nur bedingt umsetzbar.

Nicht selten kann erst durch den zeitlich befristeten Verzicht auf Ansatz einer angemessenen Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals eine marktfähige Miete vereinbart werden. Eine daraus abgeleitete Reduzierung der Investitionstätigkeit für Werterhaltung, Optimierung und Erneuerung des Immobilienportfolios hätte jedoch zur Folge, dass sich die Vermarktungschance der Wohnungen deutlich verschlechtern und infolge die Ertragskraft des Unternehmens geschwächt würde.

Zukunftsorientierte Investitionen sind somit unumgänglich zur Sicherung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft. Gleichzeitig tragen sie aber auch zu einem positiven Erscheinungsbild und zur Attraktivität der Stadt als Wohnort bei.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.157,6. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Bestandsentwicklung

Veränderte Anforderungen des Wohnungsmarktes, insbesondere in Folge des demographischen Wandels, sich verändernder Wohnbedürfnisse und einer seit einem Jahr verstärkten Zuwanderung von Asylsuchenden und Armutsflüchtlingen erfordern von der Wohnungswirtschaft neue Konzepte der Bestandsentwicklung.

Die Optimierung des Bestandsportfolios und die Vermeidung unwirtschaftlicher Investitionen können nur auf Basis der fortwährenden Ermittlung von Art, Umfang und Dringlichkeit zwingender oder wünschenswerter Investitionen, der Bewertung der Standortqualität sowie der fortwährenden Beobachtung der Nachfrageentwicklung in den differenzierten Teilmärkten gelingen.

Für eine qualifizierte Berechnung des durch die Integration von Flüchtlingen zusätzlich benötigten mittelfristigen Wohnraums fehlen ausreichend sichere Informationen. Es liegen

keine verlässlichen Daten über Familiengröße, Alter oder im Besonderen der langfristigen Bleibeabsichten der Menschen, sofern überhaupt ein Bleiberecht erteilt wird, vor.

Im Gegensatz zu den boomenden Regionen, wo die Lösung vorrangig im Neubau, in der Dachaufstockung oder Nachverdichtung im Bestand liegt, können in Remscheid zahlreiche leer stehende Wohnungen wieder mobilisiert werden, um die bleibenden Flüchtlingshaushalte mit Wohnraum zu versorgen.

Sobald sich Bleibeperspektive, der mögliche Familiennachzug und die durchschnittliche Haushaltsgröße konkretisieren, wird auch eine Bedarfsberechnung für die Zuwanderer möglich sein, die die Basis für nachhaltige Handlungsstrategien in lokalen und regionalen Räumen bildet. Durch eine Verteilung der Flüchtlinge, die die lokale demografische Entwicklung berücksichtigen und kompensieren würde, wäre den stagnierenden oder schrumpfenden Märkten ebenso geholfen, wie den ohnehin angespannten Wohnungsmärkten.

Auf den mengenmäßigen Bestand hatte der Zustrom von Flüchtlingen im Jahr 2015 keine Auswirkungen, gleichwohl wurde die mittelfristige Abrissstrategie von zunehmend dauerhaft leer werdenden Immobilien überarbeitet und bereits länger leer stehender Wohnraum qualitativ ertüchtigt.

Unabhängig davon hat sich der Immobilienbestand dahingehend verändert, dass durch die Privatisierung von Gebäuden sich Zahl der Häuser in diversen Quartieren um 10 Einheiten mit insgesamt 13 Wohnungen reduziert hat. Eine weitere Abnahme des Bestandes um 3 Einheiten fand ihre Ursache in der Zusammenlegung von Wohnungen im Zusammenhang einer Modernisierungsmaßnahme.

Vier Pkw-Stellplätze mussten aus feuerpolizeilichen Gründen zurückgebaut werden.

Durch den Neubau einer Kindertageseinrichtung erhöhte sich der Zahl der Gewerbeimmobilien.

Zum 31.12.2015 bewirtschaftete die Gesellschaft einen Eigenbestand von 6.326 Wohnungen, 89 gewerbliche Einheiten und 1.914 Garagen bzw. Stellplätzen mit einer Wohn- und Nutzfläche von 437.741 qm (Vorjahr: 437.844 qm). Der öffentlich geförderte und preisgebundene Wohnraum hat sich im vergangenen Jahr auf 1.478 Einheiten leicht vermindert.

Immobilienbewirtschaftung

Im Berichtsjahr 2015 war die Flüchtlingswelle das beherrschende Thema auch in der Wohnungswirtschaft. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurde der Zuzug von knapp zwei Millionen ausländischen Personen registriert. Durch den Fortzug von rund 860.000 Menschen ergibt sich ein Wanderungssaldo von über 1,1 Millionen.

In vielen Großstädten und Metropolregionen in Deutschland ist bezahlbarer Wohnraum zur Mangelware geworden. Wirksame Entlastung des Nachfrageüberhanges im unteren Mietpreissegment kann in den Wachstumsregionen fast ausschließlich durch Neubau eintreten.

Derzeit verfügt die Gesellschaft als verlässlicher Partner der Kommune über angemessenen Wohnraum, der für die Neuankömmlinge zu einem neuen Zuhause werden kann. Dies gelingt aber auch nur dann, wenn die übrige Bevölkerung sich nicht durch verstärkt auftretende fremde Kulturen, Religionen und Sprachen Ängsten ausgesetzt fühlt und keine räumliche sowie soziale Grenzziehung vornimmt.

Die Gesellschaft hat im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Problematik Verantwortung übernommen und nach schnellen und unbürokratischen Lösungen gesucht, um der Stadt, die für die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylanten verantwortlich ist, bei der Wohnraumbeschaffung behilflich zu sein. Durch eine verträgliche Belegung versucht die Gesellschaft die Menschen bei der Integration zu unterstützen und überforderte Nachbarschaften zu vermeiden.

Ebenso wichtig ist es, dass ein Prozess einhergeht, der durch Sprach- und Integrationskurse den Zusammenhalt und das Miteinander fördert und die Zugangsvoraussetzungen zu Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen schafft.

Die veränderte Marktsituation hat jedoch bei der Gesellschaft nicht dazu geführt, dass die weiter wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen aus dem Blickwinkel gelangen.

Nach wie vor steht im Mittelpunkt der Bemühungen die nachfragegerechte Entwicklung des Gebäudebestandes und lebenswerter Quartiere. Dabei verfolgt die Gesellschaft vielfältigste Ansätze und geht Kooperationen und Partnerschaften ein, die im Besonderen ihren Ursprung im Engagement der Bewohner und quartiersansässiger Institutionen haben.

Gutes Wohnen definiert sich nicht nur über die Merkmale der Wohnung und des Gebäudes, sondern berücksichtigt auch die Qualität des räumlichen Umfeldes, der Nachbarschaft, der Umgebungseinflüsse oder Freizeitangebote. Aus diesem Grund ist es für die Gesellschaft wichtig, ein breitgefächertes Wohnungsangebot bereitstellen zu können, das in den wechselnden Lebensphasen den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen gerecht wird.

Die Zahl der mieterseitigen Kündigungen ist im vierten Jahr rückläufig. Seit dem Jahr 2012 haben sich die Mietbeendigungen über ein Fünftel auf 507 reduziert. Über ein Drittel der Haushalte wurden wegen Tod oder zukünftiger Heimunterkunft aufgelöst bzw. mussten durch Arbeitsplatzwechsel die Region verlassen oder haben durch Kauf einer Immobilie ihre Wohnsituation verbessert. Ansonsten sind die Gründe für den Auszug aus der Wohnung sehr vielschichtig. Die angemessene Größe spielt nach wie vor eine wichtige Rolle, aber auch die Ausstattung der Immobilie gibt mehrfach Anlass zum Wohnungswechsel.

Die Fluktuationsrate sank in 2015 aufgrund einer zurückgehenden Zahl von Mietbeendigungen (543 gegenüber 590 im Vorjahr) auf 8,6 %. Im gleichen Zeitraum wurden 609 Neuverträge für Wohnungen abgeschlossen. Da der Remscheider Wohnungsmarkt seit Jahren durch einen spürbaren Rückgang der Haushaltszahlen von Überhängen gekennzeichnet ist, konnte auch der Flüchtlings- und Asylantenstrom, der Remscheid in den vergangenen Monaten erreichte, den Leerstand nicht signifikant abbauen. Ohne den modernisierungs-, abbruch- und verkaufsbedingten Leerstand waren 732 Einheiten unbewohnt.

Es zeichnet sich anhand der Vermietungszahlen der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres ab, dass weiterer Wohnraum für Menschen aus Kriegs- und Armutsregionen benötigt wird und eine deutliche Zunahme der wieder vermieteten Einheiten zu erwarten ist.

Der durchschnittliche monatliche Mietpreis (netto-kalt) stieg von 5,02 € im Vorjahr auf 5,06 € je Quadratmeter Wohnfläche und bewegt sich damit im mittleren Preissegment des lokalen Wohnungsmarktes.

Neubautätigkeit, Modernisierungen und energetische Sanierungen

Die Gesellschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, auf Grundlage energetischer Sanierungen, Abbau von Barrieren, Aufwertung der Wohnungen, Gebäuden und des Freiraums sowie Verbesserung der sozialen Infrastruktur den Mietwohnungsbestand zukunftsfähig zu machen und damit den Anforderungen aus der demografischen Entwicklung, dem Klimawandel, den veränderten Wohnwünschen sowie der Ab- und Zuwanderung Rechnung zu tragen.

Die in den letzten Jahren durch die Politik forcierten Forderungen nach Energieeinsparung und Reduzierung von CO₂-Emissionen in Verbindung mit der augenblicklichen Gesetzeslage verteuern den Neubau und die Modernisierung der Altgebäude erheblich. Um 47 Prozent, so der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V. (VdW-Rheinland Westfalen), seien die Baukosten in den letzten 10 Jahren gestiegen.

Die Wirtschaftlichkeit der Investition, die Frage der Energieeffizienz und die Sozialverträglichkeit für die Mieter werden immer schwieriger, in Einklang zu bringen. Trotzdem darf es nicht zu einem Stillstand der Aktivitäten kommen, der bei der Gesellschaft

dazu führt, dass Wohnraum seine Gebrauchstauglichkeit und Vermietbarkeit nach und nach verliert.

Das Quartier Hasenberg in Remscheid-Lennep hat in den letzten Jahren sein Erscheinungsbild verändert. Es ist Farbe ins Spiel gekommen, die nicht aufdringlich, sondern harmonisch Akzente setzt und einzelne Gebäude sowie Gebäudereihen zu einem stimmigen Gesamtbild zusammenfügt. Der Schiefer hatte über Jahrzehnte die Gebäude gut vor Regen geschützt, aber keinen Beitrag zur Wärmeisolierung geleistet. Er ist zugunsten einer in den letzten zwei Jahren ausschließlich aus Mineralstoffen gewonnenen Dämmung gewichen.

Die energetische Sanierung, bestehend aus Fassaden- einschließlich Keller- und Dachisolierung sowie Fenster- und Türenaustausch, wurde teilweise ergänzt durch Maßnahmen zum Abbau von Barrieren durch Einbau von Aufzügen und Ausstattungsveränderungen. Zur Durchführung kamen die Arbeiten im Geschäftsjahr 2015 in den Häuserensembles Emil-Nohl-Straße 9-11, Emil-Nohl-Straße 35-39 sowie Emil-Nohl-Straße 41-45 und Schneppendahler Weg 50-54. Bei den beiden letztgenannten Hauszeilen wurden auch Aufzüge eingebaut und teilweise Wohnungen barrierefrei umgebaut. Mit einem Investitionsvolumen in Höhe von rund 4,0 Mio. € wurden 84 freifinanzierte Wohnungen aus den 1960er Jahren mit Einsatz von KfW-Mitteln saniert. Die für die zur Finanzierung der Modernisierung notwendigen Mieterhöhungen wurden gedeckelt, sodass auch nach Abschluss der Maßnahmen zeitgemäßer Wohnraum zu bezahlbaren Preisen angeboten wird.

Für das Jahr 2016 sieht die Planung die Umsetzung eines vergleichbaren Maßnahmenkataloges in 10 Häusern mit 102 Wohnungen mit Ausgaben in Höhe von rund 3,9 Mio. € vor.

Im Stadtteil Rosenhügel auf dem Grundstück Rosenhügeler Straße 63-69 ist in nur fünf Monaten ein eingeschossiger Neubau zum Betrieb einer vierzügigen Kindertagesstätte in modularer Bauweise errichtet worden. Das 2,2 Millionen teure Gebäude erfüllt alle Ansprüche an eine moderne und altersgerechte Betreuung von Kindern einschließlich der Unterdreijährigen. Der Betreiber sieht sich außerdem als Familienzentrum, Anerkannter Bewegungskindergarten und Schwerpunkt-Kita für Sprache und Integration. Auf einer Fläche von über 750 Quadratmetern ist genügend Raum entstanden für rund 60 Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren mit unterschiedlichstem kulturellem und sozialem Hintergrund.

Um die Tagesbetreuung für Kinder auch im Stadtteil Kremenholl sicherstellen und dem Rechtsanspruch der Eltern genügen zu können, ist der bedarfsgerechte Ausbau des Betreuungsangebotes erforderlich. Die Gesellschaft beabsichtigt die baulichen Voraussetzungen zu schaffen und plant auf dem Grundstück Paulstraße 12-16 ein zweigeschossiges Gebäude zu errichten, das von der Stadt Remscheid angemietet werden soll. Ein des Öfteren geäußelter konkreter Bedarf nach Wohnraum für behinderte junge Erwachsene hat die Gesellschaft veranlasst, in geeigneter innerstädtischer Lage ein Grundstück zu überplanen. Im Stadtteil Vöpelwiese/Mixsiepen auf dem Grundstück Breslauer Straße soll ein dreigeschossiges Gebäude für neun Mietparteien errichtet werden, in dem auch ein Pflegebad, ein Betreuungsbüro und weitere Gemeinschaftsräume integriert sind. Die in die Planung einbezogenen zukünftigen Mieter haben klare Vorstellungen: Sie wollen bestimmen, wo und mit wem sie wohnen. Sie wünschen bezahlbaren Wohnraum mit guter Qualität, Barrierefreiheit im und am Gebäude sowie im Wohnumfeld und einen Standort mit guter Infrastruktur.

Bestandspflege

Eine zeitnahe und intensive Bestandspflege im Wege geplanter Instandsetzungsprogramme und laufender Instandhaltung ist eine wichtige Voraussetzung für eine insgesamt gute Wohnungsversorgung wie sie seit Jahren von der Gesellschaft bereitgestellt wird.

Durch regelmäßige Prüfung und Visualisierung baulicher Zustände sowie Bewertung der Standortfaktoren und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhält die Gesellschaft Aufschluss über Perspektiven der Immobilien mit ihren möglichen Risiken oder Chancen.

Die im Rahmen der technischen Objektbetreuung zu erfüllende Verkehrssicherungspflicht nimmt in diesem Zusammenhang auch eine bedeutende Rolle ein. Neben der Beurteilung der Objekte hinsichtlich verkehrssicherheitsrelevanter Aspekte kann zeitgleich auch die Bauwerksprüfung einhergehen. Sollten im Rahmen der Verkehrssicherungsbegehung Mängel festgestellt werden, so werden diese umgehend behoben.

Zum Leistungsspektrum des Gebäudemanagements im Geschäftsjahr 2015 gehörten neben der laufenden Instandhaltung und des Einzelmodernisierungsprogramms auch die umfassenden qualitätssichernden Maßnahmen wie die Erneuerung von Wohnungseingangstüren, der Austausch von Heizungsanlagen sowie vereinzelte Dachsanierungen.

Aufgrund der Altersstruktur des Immobilienbestandes und der veränderten Wohnwünsche flossen im Geschäftsjahr 2015 für die Bestandserhaltung und Verbesserung der Objekte zuzüglich verrechneter Personal- und Sachaufwendungen und abzüglich Versicherungs- und Mietererstattungen insgesamt 8.157 T€ bzw. 18,63 € je qm Wohn- und Nutzfläche ab (Vorjahr: 18,10 €).

Seit Jahren hat es sich die Gesellschaft zur Aufgabe gemacht, bei Mieterwechsel den in nachgefragten Lagen frei gezogenen Wohnraum durch Einzelmodernisierungen den Mieterwünschen anzupassen. Die Sanierung von Wasser- und Elektroanschlüssen oder ganzen Bädern gehörte in 2015 ebenso dazu, wie die Erneuerung von Fußböden und Türen. Insgesamt wurden T€ 3.172 für 172 Maßnahmen aufgewandt.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2015 für die Stadt Remscheid 119 Wohnungen, 13 Gewerbeeinheiten und 8 Garagen. Für 5 Eigentümer umfasste der Betreuungsbestand 102 Wohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 24 Garagen. Außerdem wurden 4 Eigentümergemeinschaften mit 107 Wohnungen, 8 Gewerbeeinheiten und 31 Sammelgaragenplätze verwaltungsmäßig betreut.

Verkaufsmaßnahmen

Die Gesellschaft bietet seit dem Frühjahr 2014 in der Ortslage Remscheid-Struck auf einer Fläche von rund 9.500 Quadratmetern unbebaute Grundstücke zur Errichtung von maximal zweigeschossigen Ein- und Zweifamilienhäusern zum Erwerb an. Einzelne Käufer haben im Jahr 2015 mit dem Neubau begonnen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 4 Doppelparzellen mit einer Grundstücksfläche von 2.639 qm veräußert, sodass mit dem Vorjahresverkauf insgesamt 12 Parzellen von 32 Baugrundstücken zum 31. Dezember 2015 veräußert sind. Ebenso viele sind reserviert.

Eine andere Form der Eigentumbildung ist die Mieterprivatisierung, die für viele Menschen oftmals die einzig akzeptable und bezahlbare Gelegenheit ist, überhaupt zu Wohneigentum zu kommen. Seit nunmehr über einem Jahrzehnt nutzen ehemalige Mieter der GEWAG Remscheid die Möglichkeit, zu einem angemessenen Preis und langfristig tragbaren finanziellen Belastungen ihr Lebens- und Vorsorgekonzept in die Tat umzusetzen.

Zuvor analysiert die Gesellschaft nach betriebswirtschaftlichen Kriterien die infrage kommenden ausschließlich als Ein- oder Zweifamilienhaus nutzbaren Objekte, beurteilt deren Lage und Zustand und taxiert sie nach den marktgängigen Bewertungsmaßstäben. Es findet eine sozial verantwortliche Privatisierung statt, bei der der Mieter entscheidet, ob er Eigentümer wird oder sein dauerhaftes Nutzungsrecht behält. Die Häuser werden erst dann weiteren Interessenten zum Kauf angeboten, wenn diese unvermietet sind.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2015 zehn Immobilien in verschiedenen Stadtteilen Remscheid's aus zum Teil mehrjährig laufenden Privatisierungsmaßnahmen veräußert.

Im Einzelnen waren dies in Remscheid-Lennep die Häuser Schillerstraße 40 und Zum Stadtgarten 7, 10 und 12 sowie Höhenweg 9. Im Stadtteil Kremenholl gingen die Häuser Walterstraße 12 und 25 sowie Bernhardstraße 12 in neuen Besitz über, während im Stadtteil Hohenhagen die Veräußerung der Häuser Birkenstraße 33 und 49 erfolgte.

Die aus den Bestandsverkäufen erwirtschafteten Erlöse dienen mit dazu, das ambitionierte Instandhaltungs- und Modernisierungsprogramm zur Ertragsstabilisierung und Wertsteigerung des verbleibenden Wohnungsbestandes kontinuierlich und planmäßig fortzusetzen bzw. die Innenfinanzierung von Neubaumaßnahmen zu sichern.

Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am 31. Dezember 2015 37 Vollzeit- und 5 Teilzeitkräfte (davon 1 Arbeitsverhältnis ruhend), 2 Auszubildende und 19 geringfügig Beschäftigte.

Kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden die Grundlage für ein erfolgreich tätiges Unternehmen. Es gilt dabei, nicht nur Leistungsträger im Unternehmen zu identifizieren und zu fördern, sondern ebenso die vielseitigen Kompetenzen und das kreative Potenzial des gesamten Personals durch Schulungen und Seminare zu heben. Das Unternehmen leistet auch finanzielle Hilfe beim Besuch berufs begleitender Studiengänge und persönlicher Qualifizierungsmaßnahmen.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestmöglich zu unterstützen, bietet das Unternehmen das flexible Arbeitszeitmodell, mit dem durch eine persönliche, individuelle Arbeitszeitgestaltung Belastungssituationen im privaten sowie im beruflichen Umfeld minimiert werden können.

Die Vergütung der Arbeitnehmer erfolgte mit Ausnahme der leitenden Angestellten nach dem Vergütungstarifvertrag für die Beschäftigten in der Deutschen Immobilienwirtschaft. Daneben hilft die Gesellschaft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Aufbau einer zusätzlichen Altersversorgung durch Mitgliedschaft bei der Rheinische Versorgungskassen.

Aufsichtsrat und Vorstand danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement entscheidend dazu beitragen, dass die Ziele und Strategien erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Dank gilt auch den Mitgliedern des Betriebsrates für die stets offene und aktive Zusammenarbeit in einer vertrauensvollen Atmosphäre.

Aufsichtsratsgremium und erste Führungsebene unterhalb des Vorstandes

Der Aufsichtsrat besteht derzeit zu 20% aus weiblichen Mitgliedern (3). Der Frauenanteil soll bis 30.06.2017 jedenfalls gehalten werden. Es ist beabsichtigt, den Frauenanteil wenn möglich in den Folgejahren auf 25% bis 30% (4 Mitglieder) zu erhöhen.

Auf der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes werden derzeit vier Männer beschäftigt. Wenn eine der Stellen bis zum 30.06.2017 frei werden sollte, soll sie bei gleicher Qualifikation mit einer Frau besetzt werden.

1.3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

| | | <u>2015</u> | <u>2014</u> |
|---------------------------------|-----------|-------------|-------------|
| Eigenkapitalquote | % | 20,9 | 20,5 |
| Eigenkapitalrentabilität | % | 2,7 | 2,8 |
| Cashflow | T€ | 7.018 | 6.804 |
| Durchschnittliche Wohnungsmiete | €/qm/mtl. | 5,06 | 5,02 |

| | | | |
|------------------------|------|-------|-------|
| Instandhaltungskosten | €/qm | 18,63 | 18,10 |
| Fluktuationsquote | % | 8,6 | 9,3 |
| Leerstandsquote | % | 14,2 | 14,7 |
| davon maßnahmenbedingt | % | 2,6 | 3,0 |

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein nahezu unveränderter Jahresüberschuss von T€ 1.158 erwirtschaftet, der sich aus dem positiven Betriebsergebnis von T€ 569, aus dem Finanzergebnis von T€ -132 und dem neutralen Ergebnis von T€ 802 abzüglich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von T€ 81 ergibt.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung an Dritte wurde ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 696 erzielt. Der Ergebnisrückgang um T€ 317 gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus um T€ 233 gestiegene Aufwendungen für Instandhaltung, um T€ 115 höheren Abschreibungen sowie um T€ 301 vermehrte Grundsteuer, denen im Wesentlichen um T€ 196 erhöhte Sollmieten sowie um T€ 257 gesunkene Aufwendungen für Fremdzinsen gegenüberstehen.

Der gegenüber dem Vorjahr unveränderte und mit - T€ 9 nahezu ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung sowie Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich im Saldo aufgrund der allgemeinen Zinssituation auf dem Kapitalmarkt und der erforderlichen Aufzinsung von Pensionsrückstellungen sowie der leicht gestiegenen Nebenkosten der Geldbeschaffungskosten um T€ -11 auf T€ -121.

Der Ergebnisrückgang im Bereich der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle um T€ 380 auf T€ -118 resultierte im Wesentlichen aus um T€ -188 geringeren Erträgen aus Teilschulderlassen und um T€ 198 gestiegenen Gutachter- und Consultinghonorare.

Das neutrale Ergebnis stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 707 auf T€ 802. Erträgen von insgesamt T€ 1.212 aus im Wesentlichen Anlageverkäufen von T€ 1.104 und Erträgen aus früheren Jahren von T€ 102 stehen Aufwendungen von T€ 410 hauptsächlich für Kosten aufgrund von Abbrucharbeiten von T€ 269 und für Ausgaben im Zusammenhang mit Objektverkäufen von T€ 102 gegenüber.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag war zum Vorjahr mit T€ 81 unverändert.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich in 2015 um T€ 906 auf T€ 219.526 erhöht. Im Saldo stieg das langfristige Anlagevermögen auf T€ 205.570. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Sachanlagen von T€ 8.437 ein Abschreibungsaufwand von T€ 5.688 und Abgänge durch Verkauf von T€ 302 gegenüber. Die Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich um T€ 17 auf T€ 31. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 93,6 %.

Das Umlaufvermögen ist im mittelfristigen Bereich mit T€ 2 unverändert.

Dagegen reduzierte sich die kurzfristige Aktiva im Saldo um T€ 1.506 auf T€ 13.923. Dabei stiegen sowohl die unfertigen Leistungen, die sich aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten zusammensetzen, um T€ 279 auf T€ 9.159 als auch die übrige Aktiva um T€ 26 auf T€ 711, die im Wesentlichen auf Forderungen aus Vermietung entfällt. Dagegen sanken die liquiden Mittel und Bausparguthaben um T€ 1.811 auf T€ 4.053.

Das langfristige Eigenkapital hat sich um T€ 979 auf T€ 45.929 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,9 % (Vorjahr 20,5 %).

Mit T€ 159.277 wird das langfristige Fremdkapital, das sich aus Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 2.297 und Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern von T€ 156.980 zusammensetzt, um T€ 209 niedriger gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 72,6 % (73,0 %). Den Zuflüssen bei den langfristigen Verbindlichkeiten aus der Valutierung von Darlehen von T€ 3.967 standen planmäßige Tilgungen von T€ 4.244, vorzeitige Rückzahlungen von T€ 69 sowie Gutschriften von Tilgungszuschüssen bei valuierten KfW-Darlehen von T€ 186 gegenüber.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 136 auf T€ 14.141 erhöht und beträgt 6,4 % (Vorjahr 6,4 %) der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte von T€ 205.601 nahezu durch Eigenmittel und langfristige Verbindlichkeiten von T€ 205.206 finanziert sind und dies zu einer Unterdeckung in Höhe von T€ 395 führt. Im mittelfristigen Bereich besteht eine Kostenvorlage im Rahmen einer Verkaufsmaßnahme von T€ 2.

Die verbleibende Stichtagsliquidität von T€ -397 (Netto-Geldbedarf) setzt sich aus dem Finanzmittelbestand und kurzfristig realisierbaren Vermögenswerten von T€ 13.923 vermindert um die kurzfristigen Verpflichtungen von T€ 14.320 zusammen.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€ 7.018 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2016 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2015 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

4. Risikobericht

4.1. KonTraG

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potentiell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche.

Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und

abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

4.2. Risiken der künftigen Entwicklung

Wesentliche Risiken sind für die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Unternehmens nicht zu erkennen.

Im umsatzstärksten Segment, der Hausbewirtschaftung, werden der demografische Wandel und Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Arbeitsplätze auch in den nächsten Jahren, trotz eines zurzeit hohen Zustroms von Flüchtlingen und Asylanten, zu einer Belastung der Ertragslage durch Erlösschmälerungen führen. Eine generelle und dauerhafte Umkehr der Wohnungsmarktsituation ist im Augenblick nicht verlässlich absehbar. Auch weiterhin muss mit einer hohen Leerstandsanzahl in den Quartieren gerechnet werden, in denen aus Gründen der nicht erwarteten Nachhaltigkeit auf Maßnahmen wie die Durchführung eines umfangreichen energetischen Sanierungsprogramms, umfassender Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen sowie Einzelmodernisierungen bei Mieterwechsel bewusst verzichtet wird. In imagebelasteten Quartieren wirkt sich der Prozess des Bevölkerungswegzuges besonders drastisch aus.

Eine mögliche Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine Verminderung der Mieterlöse oder eine verstärkte Zahlungsunfähigkeit der Mieterschaft ist tendenziell nicht wahrzunehmen.

Bei der gegebenen Markt- und Liquiditätslage sowie dem grundsätzlich langfristigen Charakter der Fremdfinanzierungsmittel für das Anlagevermögen ist das Zinsänderungsrisiko derzeit begrenzt. Die nachhaltig gestiegenen Besicherungserfordernisse für Fremdfinanzierungsmittel führen dazu, dass insbesondere für die Finanzierung von energetischen Maßnahmen und barrierefreie Umbauten zusätzliche Sicherheiten durch nicht zur Einheit gehörende Grundstücke bereitgestellt werden müssen.

Das Bauträgersgeschäft ist häufig mit wirtschaftlichen Risiken behaftet. Bei jeder geplanten Maßnahme wird deren Marktfähigkeit individuell geprüft und bei Fortschritt des Projektes gegebenenfalls den veränderten Bedingungen angepasst.

Die offenbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert.

4.3. Chancen der künftigen Entwicklung

Die sichere wirtschaftliche Ausgangslage der Gesellschaft lässt einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft zu.

Der Anteil an relativ preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen nimmt auch zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region ein. Da sich das Unternehmen als erfahrener und leistungsstarker Partner in der Wohnungswirtschaft überwiegend in diesem Marktsegment bewegt und kontinuierlich seine Bestände durch Investitionen in die Qualität weiterentwickelt, verspricht es sich langfristigen Erfolg auf einem zunehmend schwierigen Wohnungsmarkt.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die Gesellschaft dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren beibehalten und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen. Für ältere und behinderte Menschen bietet sie speziell auf deren Lebenssituation zugeschnittene Wohnraumlösungen und Serviceleistungen in Kooperation mit regional ansässigen Sozialpartnern an.

Die Gesellschaft beabsichtigt, das Bauträgersgeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

4.4. Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Zur langfristigen Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen wurden im Bereich der Dauerfinanzierungsmittel Darlehen mit Laufzeiten von bis zu 10 Jahren abgeschlossen bzw. prolongiert.

Die Zinsentwicklung wird mit den im Absatz „KonTraG“ genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

5. Prognosebericht

Die Aktivitäten der Gesellschaft werden auch zukünftig stark vom Kerngeschäft Wohnungsbewirtschaftung geprägt, bei der die Betreuung der Kunden und Verwaltung der Bestände die Schwerpunkte bilden.

Die Gesellschaft erwartet aufgrund der Flüchtlingssituation einen gegenüber dem Jahr 2014 weiterhin veränderten Wohnungsmarkt, der im unteren Preissegment in den Wachstumsregionen zunehmend nicht ausreichend die Nachfrage bedienen und in den wirtschaftlichen schwachen Gegenden zu einem Abbau des Leerstandes führen kann. Es wird sich allerdings erst in den kommenden Monaten und Jahren zeigen, ob und wie lange der Flüchtlings- und Asylantenstrom auf dem Niveau des Jahres 2015 anhalten wird, wie sich die rechtliche Bleibesituation des Einzelnen entwickelt oder ob große Wanderungsbewegungen entstehen, wenn keine Wohnortpflicht gesetzlich beschlossen wird.

Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird. Sie wird sich als verantwortungsvoll handelnder Partner der Kommune dabei auch der Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnraum widmen.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen. Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie zur Bildung von Wohneigentum. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13. Oktober 1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren.

Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, 31. März 2016

GEWAG
Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
gez. Vorstand

3.3 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.
 Goltsteinstr. 87
 50968 Köln
 Tel. 0221 / 949725 - 0

Gründungsjahr: 2001

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|--|---------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 50.000,00 | 50,0 |
| LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH | 50.000,00 | 50,0 |
| <u>Gesamt</u> | <u>100.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2011 aufgelöst und befindet sich noch in Liquidation.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung; ab dem 31.12.2011 Liquidator

Werner Wirtz

Aufsichtsrat

Da die Liquidation weitgehend abgeschlossen ist, wurde auf eine Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern in der 15. Wahlperiode des Rates der Stadt Remscheid verzichtet.

Gesellschafterversammlung

3.4 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –
Konrad-Adenauer-Straße 72-74
42651 Solingen
Tel. 0212/2801583

Gründungsjahr: 1995

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---|------------------|---------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 12.766,00 | 49,10 |
| Beteiligungsgesellschaft Stadt Solingen mbH | 12.766,00 | 49,10 |
| Stiftung Bergische Symphoniker | 468,00 | 1,80 |
| <u>Gesamt</u> | <u>26.000,00</u> | <u>100,00</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

Aufsichtsrat:

| | | |
|---|-------------------|-----------------|
| Burkhard Mast-Weisz, Vorsitzender | Oberbürgermeister | Stadt Remscheid |
| Norbert Feith, stellvertr. Vorsitzender (bis 27.09.2015, danach:) | Oberbürgermeister | Stadt Solingen |
| Tim Kurzbach, stellvertr. Vorsitzender | Oberbürgermeister | Stadt Solingen |
| Reiner Daams | | Stadt Solingen |
| Björn Gottschalk | Ratsmitglied | Stadt Remscheid |
| Eric Günther | | Stadt Solingen |
| Sebastian Haug | Ratsmitglied | Stadt Solingen |
| Monika Hein | Ratsmitglied | Stadt Remscheid |
| Karl-Heinz Humpert | Ratsmitglied | Stadt Remscheid |
| Dieter Keller | Ratsmitglied | Stadt Solingen |
| Klaus Küster | Ratsmitglied | Stadt Remscheid |
| Volker Leitzbach | Ratsmitglied | Stadt Remscheid |
| Harald Lux | | Stiftung |
| Norbert Müller | Ratsmitglied | Stadt Solingen |
| Beatrice Schlieper | Ratsmitglied | Stadt Remscheid |
| Dr. Kay Zerlin | Ratsmitglied | Stadt Solingen |

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages stellen die Beteiligungsgesellschaft Stadt Solingen mbH und die Stadt Remscheid in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter der Gesellschaft unabhängig von der Höhe ihrer jeweiligen Beteiligung an der Gesellschaft für jedes Wirtschaftsjahr rechtzeitig finanzielle Mittel in Höhe von jeweils € 1.650.000,00, insgesamt somit € 3.300.000,00 zur Verfügung.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------|--------------|--------------|--------------|
| | € | € | € |
| Betriebskostenzuschuss | 1.919.565,61 | 1.650.000,00 | 1.650.000,00 |

Anzahl der Beschäftigten

| Geschäftsjahr | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 |
|-----------------------|-----------|-----------|-----------|
| Angestellte insgesamt | 81 | 80 | 79 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

| Konzertart | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 |
|-----------------------|------------------|------------------|------------------|
| Hauptkonzerte | 20 | 21 | 19 |
| davon in Remscheid | 10 | 10 | 10 |
| davon in Solingen | 10 | 11 | 9 |
| Sonderkonzerte | 51 | 46 | 45 |
| davon in Remscheid | 29 | 25 | 22 |
| davon in Solingen | 22 | 21 | 23 |
| Musiktheater | 20 | 24 | 21 |
| davon in Remscheid | 8 | 12 | 8 |
| davon in Solingen | 12 | 12 | 13 |
| Schulkonzerte | 21 | 22 | 20 |
| davon in Remscheid | 10 | 8 | 7 |
| davon in Solingen | 11 | 14 | 13 |
| Vermietungen | 50 | 41 | 51 |
| Gesamt | 162 | 154 | 156 |
| davon in Remscheid | 57 | 55 | 47 |
| davon in Solingen | 55 | 58 | 58 |
| davon bei Dritten | 50 | 41 | 51 |

| | | | |
|-------------------------------|------------|------------|------------|
| Schulmusiken (Dienste) | 240 | 298 | 266 |
| davon in Remscheid | 112 | 124 | 111 |
| davon in Solingen | 128 | 174 | 155 |

Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-

| Jahr Bilanz-Position | 2012/2013 | | 2013/2014 | | 2014/2015 | |
|---|------------|---------------|---------------|----------------|---------------|----------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Sachanlagen | 84 | 10,53 | 66 | 15,71 | 72 | 16,22 |
| Finanzanlage | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 84 | 10,53 | 66 | 15,71 | 72 | 16,22 |
| Vorräte | 1 | 0,13 | 1 | 0,24 | 36 | 8,11 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 678 | 84,96 | 310 | 73,81 | 300 | 67,57 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 5 | 0,63 | 4 | 0,95 | 2 | 0,45 |
| Umlaufvermögen | 684 | 85,71 | 315 | 75,00 | 338 | 76,13 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 30 | 3,76 | 39 | 9,29 | 34 | 7,66 |
| Aktiva | 798 | 100,00 | 420 | 100,00 | 444 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 26 | 3,26 | 26 | 6,19 | 26 | 5,86 |
| Kapitalrücklage | 30 | 3,76 | 3.330 | 792,86 | 6.630 | 1493,24 |
| Gewinnrücklagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinn-/Verlustvortrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | -3.215 | -724,10 |
| Jahresüberschuss(+) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresfehlbetrag(-) | 0 | 0,00 | -3.215 | -765,48 | -3.229 | -727,25 |
| Eigenkapital | 56 | 7,02 | 141 | 33,57 | 212 | 47,75 |
| Sonderposten mit Rücklagenanteil | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Empfangene Ertragszuschüsse | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 479 | 60,03 | 186 | 44,29 | 123 | 27,70 |
| Verbindlichkeiten | 258 | 32,33 | 87 | 20,71 | 96 | 21,62 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 5 | 0,63 | 6 | 1,43 | 13 | 2,93 |
| Passiva | 798 | 100,00 | 420 | 100,00 | 444 | 100,00 |

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

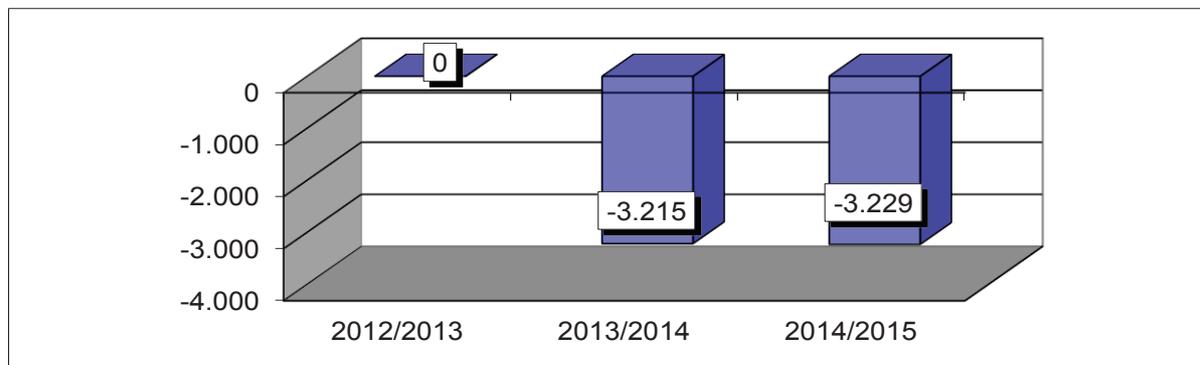
| Jahr GuV-Position | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 |
|---|---------------|---------------|---------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 960 | 944 | 905 |
| Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen | 0 | 0 | 0 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 833 | 798 | 726 |
| Erträge aus Beteiligungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 0 | 0 | 0 |
| Erträge | 1.793 | 1.742 | 1.631 |
| Bezogene Leistungen zur Verrechnung | 371 | 349 | 268 |
| Personalaufwand | 4.521 | 4.225 | 4.216 |
| Abschreibungen | 24 | 23 | 19 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 353 | 364 | 353 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Aufwendungen | 5.269 | 4.961 | 4.856 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | -3.476 | -3.219 | -3.225 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | 5 | 4 | -4 |
| Betriebskostenzuschuss * | 3.471 | 0 | 0 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | -3.215 | -3.229 |

*) ab Geschäftsjahr 2013/2014 Einzahlung in Kapitalrücklage

Entwicklung der Jahresergebnisse

| Jahr | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 |
|--------------------------------|-----------|-----------|-----------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 0 | -3.215 | -3.229 |

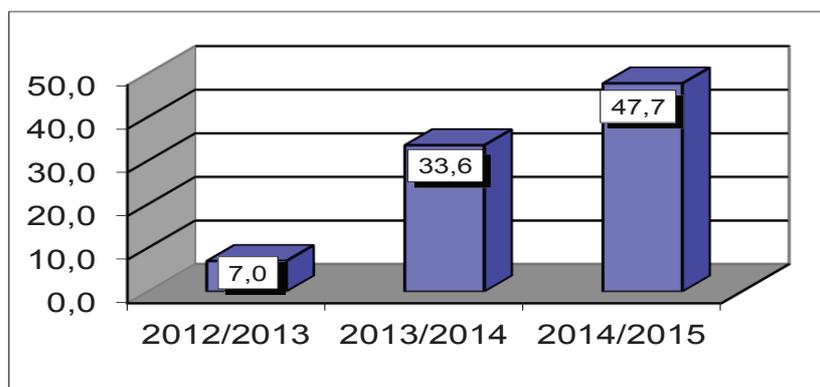
*) ab 2013/2014 Einzahlung des Betriebskostenzuschusses von T€ 3.300 in die Kapitalrücklage



Kennzahlen

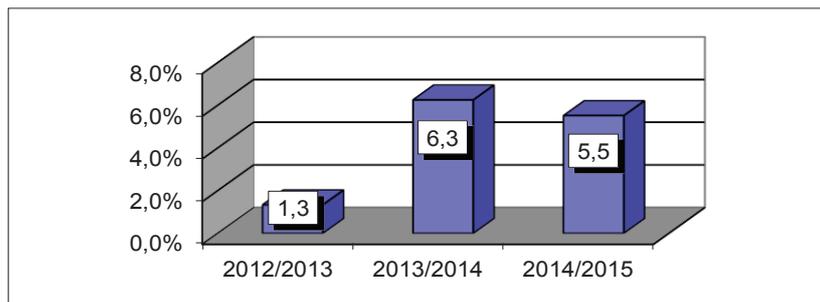
Eigenkapital-Quote

| Jahr | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 |
|--------------|-----------|-----------|-----------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 56 | 141 | 212 |
| Bilanzsumme | 798 | 420 | 444 |
| % EK | 7,0 | 33,6 | 47,7 |



Cash-Flow

| Jahr | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 |
|---------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 0 | -3.214 | -3.229 |
| Abschreibungen | 24 | 23 | 19 |
| Einz. Kapitalrückl. | 0 | 3.300 | 3.300 |
| | 24 | 109 | 90 |
| Gesamterträge | 1.793 | 1.742 | 1.631 |
| Cash-Flow | 1,3% | 6,3% | 5,5% |



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014/2015

(gekürzt um Veranstaltungsarten)

A. Grundlagen der GmbH

1. Geschäftsmodell

Die Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH ging 1995 aus einem Zusammenschluss der Remscheider Symphoniker und des Städtischen Orchesters Solingen hervor. Die gesellschaftsrechtliche Grundlage war der Gesellschaftsvertrag vom 22. August 1995, der am 05. September 2013 sachlich überarbeitet und insgesamt neu gefasst wurde.

Gegenstand der Gesellschaft ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist als gemeinnützig anerkannt.

2. Gesellschaftsrechtliche Veränderungen des Geschäftsjahres

Zur weitergehenden Existenzsicherung wurde am 28. März 2015 in Solingen und am 23. April 2015 in Remscheid für vorerst maximal zwei Spielzeiten ab dem Geschäftsjahr 2015/2016 eine Ergänzungsvereinbarung zum Grundabnahmevertrag vom 14. November 2014 beschlossen. Danach erhält die Gesellschaft 20 Prozent der Einnahmen aus Kartenverkäufen für Veranstaltungen unter Mitwirkung der Bergischen Symphoniker. Seitens der Veranstalter wurde dieser Betrag mit TEUR 90 beziffert.

Darüber hinaus erhält das Unternehmen in den Geschäftsjahren 2014/2015 und 2015/2016 von den Gesellschaftern Stadt Remscheid und Beteiligungsgesellschaft Stadt Solingen jeweils TEUR 25 € als zusätzliche Finanzmittel.

3. Grundzüge der Geschäftstätigkeit

Die Bergischen Symphoniker sind mit 155 Veranstaltungen auch weiterhin eines der meistbeschäftigten Orchester in Nordrhein-Westfalen. Das Konzertprogramm des Generalmusikdirektors findet weit über die Region hinaus Anerkennung, was auch die jährlichen Live-Mitschnitte des WDR belegen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die finanzielle Notlage der öffentlichen Haushalte hat auch weiterhin unmittelbare Auswirkungen auf den Kulturbereich. Durch die Festbetragsfinanzierung sowie über die Grundabnahmen ist die Mindestfinanzierung des Unternehmens aber grundsätzlich gewährleistet.

2. Geschäftsverlauf

Bereits bei der gesellschaftsrechtlichen Neuausrichtung des Unternehmens im Jahre 2013 war die mittel- und langfristige Finanzplanung als Aufgabe klar ersichtlich. Der Aufsichtsrat hat diese Planung an einen Arbeitskreis unter Leitung der beiden Stadtkämmerer delegiert. Im Geschäftsjahr 2014/2015 haben insgesamt 5 Arbeitssitzungen stattgefunden. Mit den dort gefundenen Lösungen sowie den durch den Abschluss 2013/2014 erzielten Anstieg des Eigenkapitals ist die Finanzierung bis einschließlich der Saison 2016/2017 gewährleistet.

Die von Peter Kuhn weiterhin engagiert geförderte Weiterentwicklung des Orchesters zeigte sich erneut in exzellenten solistischen Leistungen eigener Kräfte sowohl in den Philharmonischen Haupt- als auch in den Sonderkonzerten. Wie in jeder Saison, herausragend die Eigenproduktion in Zusammenarbeit mit der Hochschule Köln und das Konzert mit dem Chor der Bergischen Symphoniker. Einer der weiteren vielen Höhepunkte war sicherlich das Klarinettenkonzert von Johannes Brahms mit Andreas Ottensammer, Solo-Klarinetist der Wiener Philharmoniker.

Die seit vielen Jahrzehnten durchgeführte Jugendkulturarbeit wurde weiter intensiviert durch die in Zusammenarbeit mit der Organisation „rhapsody in school“ initiierten Besuche von Solisten in Schulen. Durch die Arbeit der neuen Mitarbeiterin im Bereich Kommunikation und Koordination Education vergrößerte sich die Anzahl der Schulpatenschaften des Orchesters und weitete sich die Jugendarbeit auch auf den Bereich der Vorschulen aus.

Ertragslage

Die Planung des Geschäftsjahres sah ein Defizit in Höhe von 141,13 T€ vor. Bedingt durch die neue Ausweisung der Förderbeiträge der Gesellschafter ergibt sich ein Jahresdefizit in Höhe von 3.229,36 T€. Diesem Fehlbetrag steht eine Erhöhung der allgemeinen Rücklage in Höhe von 3.300 T€ gegenüber, so dass sich hieraus gegenüber der ursprünglichen Planung eine Erhöhung des Eigenkapitals um 70,64 T€ ergibt.

Die Umsatzerlöse aus den vereinbarten Grundabnahmen fallen im Vergleich zu Vorjahren um TEUR 10 geringer aus. Ursächlich ist hierfür die Abrechnung des 1. Philh. Konzertes in Solingen noch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013/2014. Dies wird aber durch Mehreinnahmen in anderen Bereichen mehr als kompensiert.

Sonstige Veranstaltungserlöse sind Erträge aus musikalischen Tätigkeiten für wirtschaftlich Dritte.

Die Gesamtzahl der Aufführungen in der Spielzeit 2014/2015 beträgt 155 (Vj: 154). Zusätzlich zu den in der oben angeführten Tabelle aufgezeigten Veranstaltungen wirkten die Berg. Symphoniker bei jeweils sieben Konzerten in Seniorenwohnanlagen, zwei Konzerten für Sponsoren und Förderer, einem Kinderkonzert im Zirkuszelt und dem Festakt der Stadtsparkasse Solingen mit.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen gegenüber der Planung insgesamt um rd. TEUR 38 höher als erwartet aus. Dies begründet sich durch Mehreinnahmen bei den Patenschaften und dem zusätzlichen Finanzierungszuschuss der Gesellschafter.

Die Aufwendungen für Solisten und Aushilfen liegen für beide Veranstalter im Rahmen der Planung. In den Verrechnungspositionen "13. Verrechnung bez. Leistungen Dritter" und "16. Aushilfen, Solisten, Fremdleistungen Dritte" sind die durch Sponsoring finanzierten Werbemaßnahmen enthalten.

Insbesondere durch den restriktiven Einsatz von Elternzeitvertretungen und einen geringen Krankenstand konnte der Personaletat mit TEUR 177 deutlich unterschritten werden.

Die Ausgabe für die sonstigen Aufwendungen liegt insgesamt im Planbereich. Überschreitungen in Teilbereichen konnten durch Unterschreitungen in andern Bereichen kompensiert werden.

Durch die Einstellung der Festbetragsfinanzierung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft ergibt sich ein Fehlbetrag, der aber durch das Eigenkapital abgedeckt ist.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist durch die weitergehenden Maßnahmen weiterhin als gesichert anzusehen. Die Inanspruchnahme der genehmigten Kredite war bisher nicht notwendig.

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode betrug 294 T€ (Vj: ./ 297 T€). Im laufenden Geschäftsjahr waren Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.278 T€ (Vj: 2.873 T€) zu verzeichnen, während sich aus der Investitionstätigkeit ein Mittelabfluss in Höhe von 25 T€ (Vj: 5 T€) ergab.

Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit ist durch die Einzahlung der Gesellschafter in die Kapitalrücklage von 3.300 T€ (Vj: 3.300 T€) positiv.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr stets gegeben.

Vermögenslage

Die Bilanz zum 31. August 2015 weist eine Bilanzsumme von 444,14 T€ nach 420,0 T€ im Vorjahr aus. Das langfristig gebundene Vermögen beträgt 16,4 % der Bilanzsumme nach 15,7 % im Vorjahr.

Die gesteigerte Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus der Aktivierung der Ende des Geschäftsjahres eingekauften Plakate und Broschüre für die nächste Spielsaison.

Die Eigenkapitalquote beträgt 47,8 % nach 33,7 % im Vorjahr. Im Berichtsjahr wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.229 T€ erwirtschaftet. Durch die Einzahlung der Gesellschafterstädte in die Kapitalrücklage in Höhe von 3.300 T€ wurde der Fehlbetrag ausgeglichen. Saldiert ergab sich ein Anstieg des Eigenkapitals um 70,64 T€.

Das kurzfristige Fremdkapital betrug im Berichtsjahr 231,9 T€ nach 278,4 T€ im Vorjahr. Die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr um 63,8 T€ auf 122,6 T€ reduziert.

C. Prognosebericht

Die sich kurzfristig dramatisch entwickelnde Situation um die Sanierung der Oper Köln und der damit eventuell einhergehende Verlust einer wichtigen Vermarktung zeigt die Brisanz der wirtschaftlichen Betätigung im Kulturbereich. Sie zeigt aber auch, dass mit Partnern wie dem Kölner Männergesangverein solche Situationen zufriedenstellend zu lösen und langjährig zu sichern sind. Gleiches ergibt sich in ersten Gesprächen mit den andern „Stammkunden“ der Bergischen Symphoniker für die Spielzeit 2016/2017.

Deutlich wird aber bereits jetzt, dass der Wunsch der Gesellschafter auf Steigerung der Vermarktung bei wirtschaftlich Dritten wie von der Geschäftsführung bereits 2013 angezeigt, schwierig zu realisieren sein wird. Mit der Veranstaltungs-GmbH Velbert konnte zwar ein neuer Partner für die Spielzeit 2016/2017 gefunden werden, eine Kompensierung der weggefallenen Grundabnahmen bei den Gesellschaftern ist aber dadurch noch nicht erreicht.

Derzeit gibt es aber bereits konkrete Überlegungen bezüglich einer Erweiterung des Veranstaltungsspektrums um eine neue Konzertreihe. Diese soll zusätzlich zu den bestehenden Grundabnahmen in den beiden Trägerstädten angeboten werden. Hierzu hat es erste Gespräche in den Gremien des Unternehmens gegeben, die im Verlauf der Spielzeit 2015/2016 weiter konkretisiert werden sollen.

Die Umsätze und Erträge des folgenden Wirtschaftsjahres orientieren sich historisch an den Vorjahreswerten. Sie unterliegen aufgrund der Grundabnahmen der Gesellschafter nur geringen Schwankungen im Bereich der wirtschaftlich Dritten.

D. Chancen- und Risikobericht

Chancenbericht

Es ist erklärter Wille der Träger, das Orchester als wichtigen Standortfaktor zu erhalten. Hierzu kommt der Wunsch, die öffentliche Präsenz des Klangkörpers deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Hierbei soll insbesondere auch die neu angedachte Konzertreihe helfen.

Desweiteren wird insbesondere vom Arbeitskreis des Aufsichtsrates die Ausweitung des Marketings und eine Veränderung der Veranstaltungsstruktur als wichtige, kurz- bis mittelfristig zu erledigende Aufgaben angesehen. Notwendige finanzielle Mittel sollen auf geeignete Weise zur Verfügung gestellt werden.

Diese problemerkennende als auch lösungsorientierte Herangehensweise zeigt den Wunsch zur Findung mittel- und langfristiger Lösungsansätze zur Sicherung des gemeinsamen Unternehmens.

Hierzu gehört sicherlich auch die Finanzierungsbereitschaft der Gesellschafter, wobei die Umwandlung der Finanzierung in eine Festbetragsbezuschussung durch das Erwirtschaften von Überschüssen in den beiden vergangenen Wirtschaftsjahren ebenfalls erste Erfolge aufzeigt.

Risikobericht

Die stetige Überwachung und das Management von Risiken gehört zu den wesentlichen Aufgaben des Geschäftsführers. Hierbei wird er durch den Aufsichtsrat unterstützt.

Wirtschaftspläne und Liquiditätspläne werden erstellt und in regelmäßigen Abständen mit der tatsächlichen Entwicklung u.a. durch Quartalsberichte abgeglichen. Etwaige Abweichungen werden analysiert.

Die wie vor erwähnte Grundabnahmeverpflichtung der Gesellschafter garantiert die Umsatzerlöse im Bereich Haupt-, Sonder- und Schulkonzerte sowie bei Schulmusiken und Musiktheater. Die Umsätze bei wirtschaftlich Dritten basieren alle auf langjährigen Verbindungen zu den jeweiligen Veranstaltern. Hier sind Konzertausfälle zwar denkbar, die grundsätzlichen Risiken sind aber durch vertragliche Vereinbarungen (Ausfallhonorare) abgedeckt.

Die Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführers wird jährlich durch eine Ergänzung der Abschlussprüfung um eine Prüfung nach § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erweitert.

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs haben sich nicht ereignet.

F. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen wurden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Solingen, den 25. November 2015

gez. Stefan Schreiner
Geschäftsführer

3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid
gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid
Otto-Ohl-Weg 10
42489 Wülfrath
Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 2007

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---------------------------|---------------------|---------------|
| | in € | in % |
| Bergische Diakonie Aprath | 12.750,00 | 51,00 |
| Stadt Remscheid | 12.250,00 | 49,00 |
| <u>Gesamt</u> | <u>25.000,00</u> | <u>100,00</u> |

Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz und als Stellvertreter des Vertreters wurden Herr Arnd Zimmermann und Herr Niklas Luhmann bestellt.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------|------------|------------|------------|
| Kapitalrücklage | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Rangrücktrittserklärung | *75.000,00 | *75.000,00 | *75.000,00 |

*aus 2012 besteht weiterhin

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|------------|------------------------------------|------------------------------------|
| Anzahl Vollzeitäquivalente | VzÄ | VzÄ | VzÄ |
| eigene Beschäftigte | 45 | 47,7 | 52,9 |
| beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid | 59 | keine Angabe im Prüfbericht | keine Angabe im Prüfbericht |
| gesamt | 104 | keine Angabe im Prüfbericht | keine Angabe im Prüfbericht |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

| Leistungsdaten | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------------|------|------|------|
| Pflegeplätze | 204 | 204 | 204 |
| Auslastungsgrad in % | 95,9 | 96,3 | 96,7 |

Bilanzstruktur

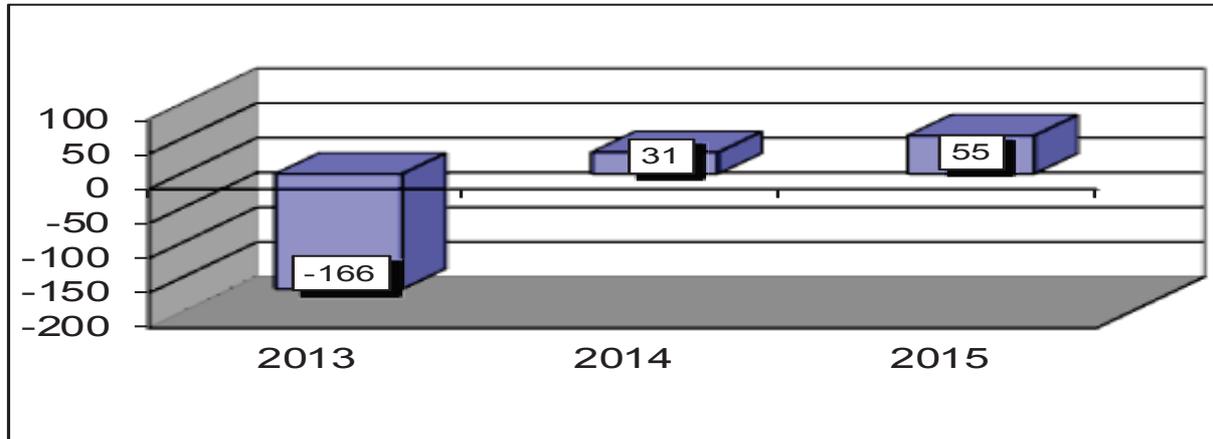
| Jahr Bilanz-Position | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Sachanlagen | 69 | 9,73 | 61 | 7,13 | 0 | 0,00 |
| Finanzanlagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 69 | 9,73 | 61 | 7,13 | 0 | 0,00 |
| Vorräte | 3 | 0,35 | 3 | 0,29 | 3 | 0,34 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 181 | 25,51 | 135 | 15,78 | 321 | 36,85 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 455 | 64,27 | 655 | 76,56 | 546 | 62,69 |
| Umlaufvermögen | 638 | 90,14 | 793 | 92,64 | 870 | 99,89 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1 | 0,14 | 2 | 0,23 | 1 | 0,11 |
| Aktiva | 708 | 100,00 | 856 | 100,00 | 871 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 25 | 3,53 | 25 | 2,92 | 25 | 2,87 |
| Kapitalrücklage | 70 | 9,89 | 70 | 8,18 | 70 | 8,04 |
| Gewinnrücklagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinn- / Verlustvortrag | -440 | -62,08 | -606 | -70,84 | -575 | -66,02 |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | -166 | -23,45 | 31 | 3,62 | 55 | 6,31 |
| Eigenkapital | -511 | -72,11 | -479 | -55,99 | -425 | -48,79 |
| Sonderposten mit Rücklagenanteil | 4 | 0,62 | 4 | 0,51 | 0 | 0,00 |
| Empfangene Ertragszuschüsse | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 251 | 35,47 | 371 | 43,37 | 373 | 42,82 |
| Verbindlichkeiten | 732 | 103,38 | 723 | 84,51 | 706 | 81,06 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 231 | 32,65 | 237 | 27,70 | 217 | 24,91 |
| Passiva | 708 | 100,00 | 856 | 100,00 | 871 | 100,00 |

Gewinn- und Verlustrechnung

| Jahr GuV-Position | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|--------------|--------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 8.172 | 8.187 | 8.695 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten | 1 | 1 | 4 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 211 | 381 | 293 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 1 | 1 | 1 |
| Erträge | 8.386 | 8.570 | 8.993 |
| Materialaufwand | 4.239 | 3.990 | 4.141 |
| Personalaufwand | 2.024 | 2.282 | 2.565 |
| Abschreibungen | 19 | 22 | 18 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 2.268 | 2.244 | 2.213 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1 | 1 | 1 |
| Aufwendungen | 8.552 | 8.539 | 8.938 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | -166 | 31 | 55 |
| Sonstige Steuern | 0 | 0 | 0 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | -166 | 31 | 55 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

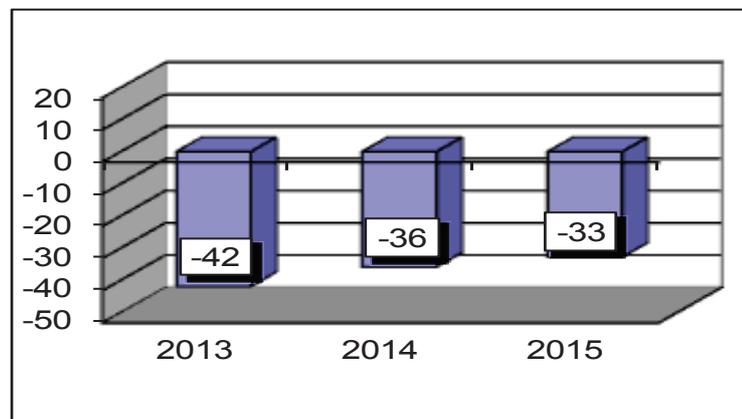
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresergebnis | -166 | 31 | 55 |



Kennzahlen

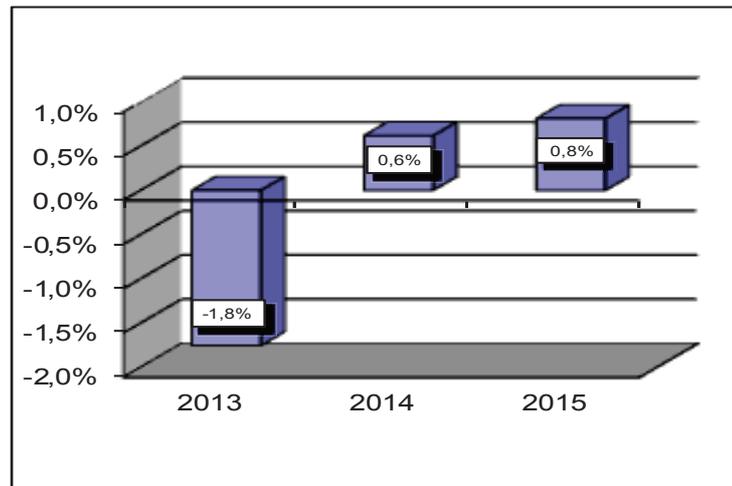
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|-------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | -511 | -479 | -425 |
| Bilanzsumme | 1.219 | 1.335 | 1.296 |
| % EK | -42 | -36 | -33 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|--------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | -166 | 31 | 55 |
| Abschreibungen | 19 | 22 | 18 |
| | -147 | 53 | 73 |
| Gesamterträge | 8.386 | 8.570 | 8.993 |
| Cash-Flow | -1,8% | 0,6% | 0,8% |



Lagebericht 2015

Da die Stadt Remscheid der Feststellung des Jahresabschlusses inkl. Lagebericht zum 31.12.2015 nicht zugestimmt hat, wird auf eine Veröffentlichung des Lageberichts verzichtet.

3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 29912

Gründungsjahr: 1999

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|--|---------------------|-------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 61.200,00 | 39,97 |
| Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep | 38.250,00 | 24,98 |
| Kreishandwerkerschaft Remscheid | 19.150,00 | 12,51 |
| Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V. | 19.150,00 | 12,51 |
| Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH | 15.350,00 | 10,03 |

Gesamt 153.100,00 100,00

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Ralf Barsties

Beirat

(bis 12.09.2015)

| | |
|-----------------------|---------------------|
| Werner Fußwinkel | |
| Burkhard Mast-Weisz | Oberbürgermeister |
| Ottmar Gebhardt | Ratsmitglied |
| Lothar Krebs | Bürgermeister |
| Michael Kleinbongartz | Ratsmitglied |
| David Schichel | Ratsmitglied |
| Thomas Brützel | Sachkundiger Bürger |
| Fritz Beinersdorf | Ratsmitglied |
| Norbert Schmitz | Ratsmitglied |
| Therese Jüttner | Ratsmitglied |
| Armin Hoppmann | |
| Christian Klauder | |

(ab 13.09.2015)

| | |
|----------------------|---------------|
| Erden Anka-Nachtwein | Ratsmitglied |
| Rainer Bannert | |
| Ottmar Gebhardt | Ratsmitglied |
| Armin Hoppmann | |
| Christian Klauder | |
| Gabriele Leitzbach | Ratsmitglied |
| Brigitte Neff-Wetzel | Ratsmitglied |
| Thomas Neuhaus | Beigeordneter |
| David Schichel | Bürgermeister |
| Lothar Sill | Ratsmitglied |

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz, Herr Beigeordneter Thomas Neuhaus, Herr Städt. Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann und Herr Niklas Luhmann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------|-------|-------|-------|
| | € | € | € |
| Zuschuss Overhead-Kosten | keine | keine | keine |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------------|------|------|------|
| Arbeitnehmer/-innen | 27 | 28 | 39 |
| im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen | | 7 | 10 |
| im Rahmen von Projekt Bürgerarbeit | 14 | 12 | |
| Auszubildende | 19 | 13 | 8 |
| gesamt | 60 | 60 | 57 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

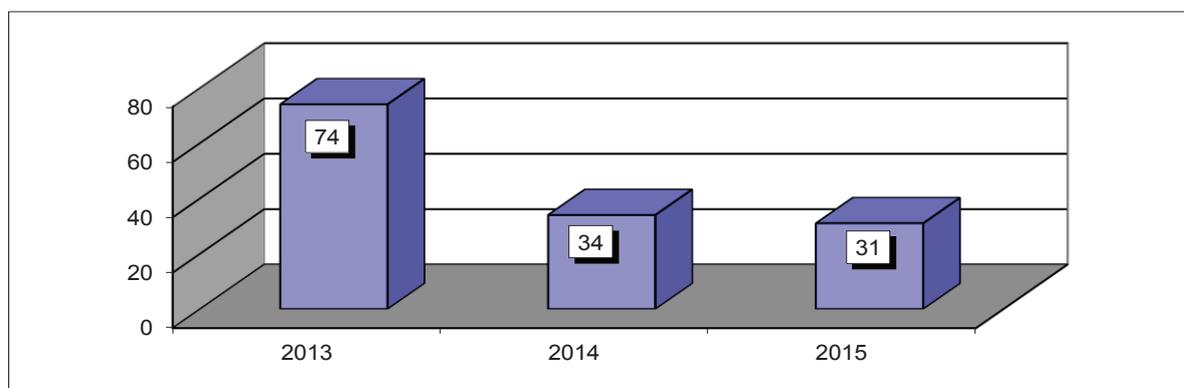
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|------------|--------|------------|--------|--------------|--------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Ausstehende Einlagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Sachanlagen | 100 | 10,94 | 106 | 11,01 | 84 | 8,05 |
| Anlagevermögen | 100 | 10,94 | 106 | 11,01 | 84 | 8,05 |
| Vorräte | 1 | 0,11 | 4 | 0,42 | 5 | 0,48 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 178 | 19,47 | 245 | 25,44 | 256 | 24,52 |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 626 | 68,49 | 600 | 62,31 | 692 | 66,28 |
| Umlaufvermögen | 805 | 88,07 | 849 | 88,16 | 953 | 91,28 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 9 | 0,98 | 8 | 0,83 | 7 | 0,67 |
| Aktiva | 914 | 100,00 | 963 | 100,00 | 1.044 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 153 | 16,74 | 153 | 15,89 | 153 | 14,66 |
| Ausstehende Einlagen | -77 | -8,42 | -77 | -8,00 | -77 | -7,38 |
| Kapitalrücklage / geb. Rücklagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-) | 538 | 58,86 | 612 | 63,55 | 646 | 61,88 |
| Jahresüberschuss (+) | 74 | 8,10 | 34 | 3,53 | 31 | 2,97 |
| Jahresfehlbetrag(-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 688 | 75,27 | 722 | 74,97 | 753 | 72,13 |
| Sonderposten für Investitionszuschüsse | 1 | 0,11 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 83 | 9,08 | 72 | 7,48 | 120 | 11,49 |
| Verbindlichkeiten | 119 | 13,02 | 122 | 12,67 | 126 | 12,07 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 23 | 2,52 | 47 | 4,88 | 45 | 4,31 |
| Passiva | 914 | 100,00 | 963 | 100,00 | 1.044 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

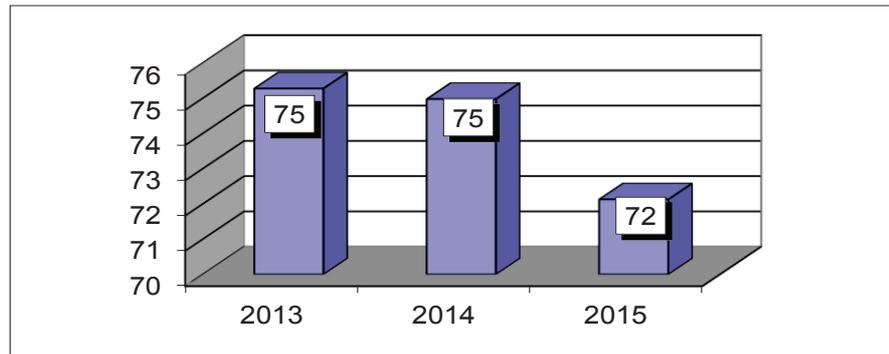
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|--------------|--------------|--------------|
| GuV-Position | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 606 | 636 | 708 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 1.577 | 1.842 | 1.955 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0 | 2 | 2 |
| Erträge | 2.183 | 2.480 | 2.665 |
| Materialaufwand | 44 | 40 | 72 |
| Personalaufwand | 1.519 | 1.810 | 1.904 |
| Abschreibungen | 37 | 49 | 40 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 507 | 545 | 613 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Aufwendungen | 2.107 | 2.444 | 2.629 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 76 | 36 | 36 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliche Aufwendungen | | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | -2 | -2 | -5 |
| Jahresüberschuss (+) | 74 | 34 | 31 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 74 | 34 | 31 |

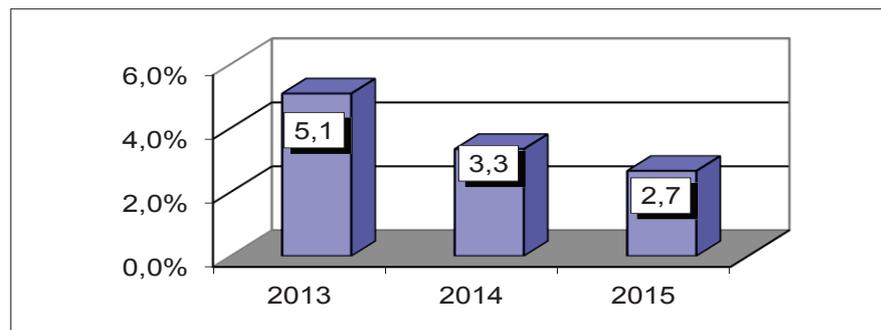
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 688 | 722 | 753 |
| Bilanzsumme | 914 | 963 | 1.044 |
| % EK | 75 | 75 | 72 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 74 | 34 | 31 |
| Abschreibungen | 37 | 49 | 40 |
| | 111 | 83 | 71 |
| Gesamterträge | 2.183 | 2.480 | 2.665 |
| Cash-Flow | 5,1% | 3,3% | 2,7% |



Lagebericht 2015

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2015 blickte die Gesellschaft auf eine stabile bis positive Entwicklung bei den Arbeitsmarktmaßnahmen. Parallel hierzu galt es einerseits, neue Projekte zu entwickeln und teilweise bereits umzusetzen (Freizeitpark Kräwinklerbrücke und Potenzialanalyse 8. Schuljahr). Zum anderen hatte die Gesellschaft als Beschäftigungsträger in seinen Zweckbetrieben in der Weise eine Talsohle zu durchschreiten, dass im Berichtsjahr in Remscheid zunächst keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsprogramme griffen. Dies hatte trotz kompensierenden ungeforderten Einstellungen eine personelle Unterbesetzung zur Folge, die die Leistungsfähigkeit und den Umsatz der Zweckbetriebe phasenweise einschränkte.

1.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld / Entwicklungen im Qualifizierungsbereich

In Remscheid waren Ende 2015 wieder 395 Personen mehr arbeitslos als im Vorjahr. Es waren in Remscheid 8,4% mehr Menschen arbeitslos als im Vorjahr. Damit stieg die Arbeitslosenquote von 8,0% auf 8,7% und erreichte fast wieder den Stand von 2013. Gleichzeitig gab es in Wuppertal (von 9,5% auf 9,3%) und Solingen (von 8,9% auf 8,7%) eine eher gegenläufige Entwicklung, dies allerdings auf einem höheren Arbeitslosenniveau.

Im Bereich SGBII gab es mit 9,4% in Remscheid eine weitaus größere Zunahme an Arbeitslosigkeit.

Betrachtet man die Gesamtentwicklungen in Remscheid noch näher, fällt zunächst auf, dass es bei den jugendlichen/jungen Erwachsenen unter 25 einen erheblichen Zuwachs um über 19% gab, womit die Vorjahresentwicklung quasi rückgängig gemacht wurde. Mit 487 waren 78 junge Menschen mehr arbeitslos als vor einem Jahr. Ebenso gab es deutliche Zuwächse bei den Ausländern (24,6%) und Schwerbehinderten (10,2%), während die Zunahmen bei den über50jährigen (3,7%) und den Langzeitarbeitslosen (2,1%) weniger gravierend ausfielen. Auch hier ist festzustellen, dass die Entwicklungen in den anderen beiden bergischen Großstädten überwiegend gegenläufig waren. Die Unterbeschäftigungsquote stieg auf 10,9%.

1.2 Maßnahmeentwicklung 2015

Bei der Durchführung der Maßnahmen konnte die durchschnittliche monatliche Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr nochmal um gut 6% auf 245 Teilnehmer erhöht werden. Dies begründet sich dadurch, dass die Maßnahmen für unter25jährige weiter ausgebaut werden konnten, Weiterbildungsmaßnahmen wieder stärker abgefragt wurden und die vermittlungsorientierten Maßnahmen ein stabiles Niveau hielten, während gewerorientierte Aktivierungsmaßnahmen rückläufig waren.

Neu hinzu kamen erstmalig die Potenzialanalysen 8.Schuljahr.

Im Laufe des Geschäftsjahres wurde die Rolle der Gesellschaft als Beschäftigungsträger weiter herausgearbeitet. Dies ist auch daran zu erkennen, dass die Beschäftigungsstruktur der Zweckbetriebe schrittweise ausdifferenziert wurde. So ist auch folgerichtig, dass im März 2015 mit dem Freizeitpark Kräwinklerbrücke ein weiterer Zweckbetrieb hinzukam. In allen Bereichen gibt es eine ausgewogene Struktur von Arbeitsgelegenheiten (sogenannte 1-Euro-Jobs; zusätzlich, im öffentlichen Interesse, wettbewerbsneutral), sozialversicherungspflichtiger, öffentlich geförderter Arbeitsverhältnisse (FAV, EU-Programm für Langzeitarbeitslose, Soziale Teilhabe am Arbeitsleben) und ungeforderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die bis zu 28 Stellen über das Programm Soziale Teilhabe am Arbeitsleben werden allerdings erst ab Januar 2016 schrittweise besetzt.

1.3 Geschäftsführung, Personal –und Organisationsentwicklung

Das Jahr 2015 war geprägt durch Kontinuität in Organisation und Struktur der Gesellschaft. Allerdings war Arbeit Remscheid in besonderer Weise gefordert, sich mit neuen Konzeptionen und Ausschreibungen auseinanderzusetzen sowie der Entwicklung neuer Projekte zu widmen. Teilweise hat dies sicher auch mit der rasanten Entwicklung der Flüchtlingszahlen zu tun.

Eine zunehmend bedeutendere Rolle spielte im Wirtschaftsjahr die Personalentwicklung. Bereits Mitte 2014 hatte die schrittweise Vergrößerung der Stammbeslegschaft begonnen. Diese Entwicklung ging auch 2015 weiter. Hierfür sind verschiedene Faktoren verantwortlich:

- Insbesondere die Übernahme von mehr Verantwortung bei den personalintensiven Berufsbegleitenden Bildungsmaßnahmen (BvB, ab 09.2015 BvB-Reha), aber auch weitere Maßnahmen, zogen Neueinstellungen nach sich;
- Teilweise wurden geringfügige Beschäftigungen oder Honorarverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt;

- Dem Wegfall der Bürgerarbeit musste in Ermangelung vergleichbarer Förderungen in 2014/2015 mit der sozialversicherungspflichtigen Anstellung von insbesondere Hilfskräften in den Zweckbetrieben begegnet werden.

Im Jahr 2015 verfügte Arbeit Remscheid über eine Stammebelegschaft von durchschnittlich 39 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 8 Auszubildenden. Darüber hinaus gab es durchschnittlich 10 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse. Hinzu kamen 10 sonstige Beschäftigte (geringfügig Beschäftigte oder Honorarkräfte) und im Jahresschnitt 5 ehrenamtlich Mitarbeitende.

Zum Jahresende 2015 gehörten zur Stammebelegschaft 41 Mitarbeitende mit 36 Vollzeitkraftstellen. Hiervon waren 28 Mitarbeitende in Vollzeit und 13 Mitarbeitende in Teilzeit beschäftigt.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung im Vorjahresvergleich

Auch im Wirtschaftsjahr 2015 konnte das Rohergebnis (Umsätze und sonstige Erträge abzüglich Materialaufwand) verbessert werden. Die Steigerung um 7% insgesamt geht zurück auf ein Plus bei den Umsatzerlösen (aus Zweckbetrieben und Serviceagentur) um 12% und eine Steigerung bei den sonstigen Erträgen (Maßnahmen) um 6%.

| Bezeichnung | 2015 in € | 2014 in € | Veränderung zum Vorjahr | Veränderung zum Vorjahr in % |
|------------------|----------------|----------------|-------------------------|------------------------------|
| Umsatzerlöse | 708.493,80 € | 635.028,62 € | 73.465,18 € | 12 |
| Sonstige Erträge | 1.955.057,47 € | 1.843.104,99 € | 111.952,48 € | 6 |
| Gesamtleistung | 2.663.551,27 € | 2.478.133,61 € | 185.417,66 € | 7 |
| Materialaufwand | 72.161,70 € | 39.651,72 € | 32.509,98 € | 82 |
| Rohergebnis | 2.591.389,57 € | 2.438.481,89 € | 152.907,68 € | 7 |

2.2 Kostenentwicklung im Vorjahresvergleich

Die Zunahme der Gesamtkosten ist bis auf einige hundert Euro identisch mit der Steigerung des Rohergebnisses und liegt ebenfalls bei 7%. Hier stiegen die Sachkosten (11%) relativ mehr als die Personalkosten (6%).

| Bezeichnung | 2015 in € | 2014 in € | Veränderung zum Vorjahr | Veränderung zum Vorjahr in % |
|----------------|----------------|----------------|-------------------------|------------------------------|
| Personalkosten | 1.904.259,27 € | 1.809.503,74 € | 94.755,53 € | 6 |
| Sachkosten | 652.452,86 € | 593.786,61 € | 58.666,25 € | 11 |
| Gesamtkosten | 2.556.712,13 € | 2.403.290,35 € | 153.421,78 € | 7 |

2.3 Betriebswirtschaftliche Entwicklung im Vorjahresvergleich

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Ebenso wurde das im Wirtschaftsplan angestrebte Ergebnis erneut übertroffen.

| Bezeichnung | 2015 in € | 2014 in € | Veränderung #zum Vorjahr in € | Veränderung zum Vorjahr in % |
|------------------|----------------|----------------|----------------------------------|------------------------------------|
| Rohergebnis | 2.591.389,57 € | 2.438.481,89 € | 152.907,68 € | 6 |
| Gesamtkosten | 2.556.712,13 € | 2.403.290,35 € | 153.421,78 € | 6 |
| Betriebsergebnis | 34.677,44 € | 35.191,54 € | -514,10 € | -1 |
| Finanzergebnis | 1.415,41 € | 1.605,53 € | - 190,12 € | 11 |
| Steuern | 4.789,66 € | 2.450,32 € | 2.339,34 € | 95 |
| Ergebnis | 31.303,19 € | 34.346,75 € | -3.043,56 € | -9 |

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme konnte im Wirtschaftsjahr 2015 weiter verbessert werden. Die Liquidität blieb im Jahresverlauf konstant stabil.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Wie unter 1.2 und 1.3. bereits erläutert, war das Jahr 2015, teilweise bereits schon 2014, dadurch geprägt, die Gesellschaft auf die zukünftigen Entwicklungen innerhalb der Arbeitsförderung im Allgemeinen und auf die Anforderungen in den Zweckbetrieben einzustellen.

Arbeitsmarktpolitisch betrachtet kommt insbesondere auch in Remscheid zusätzlich zur weiteren Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit und zur eher schwieriger gewordenen Herausforderung, insbesondere benachteiligte junge Menschen in Ausbildung und Berufsleben zu bringen, die neue gesamtgesellschaftliche Herausforderung hinzu, geflüchtete Menschen auf Ausbildung und Berufstätigkeit vorzubereiten und diese ebenfalls ins Berufsleben zu integrieren. Entsprechend hat sich bereits in den Ausschreibungen des Herbst 2015 ein im Wandel befindliches Anforderungsprofil der Bedarfsträger Agentur für Arbeit und Jobcenter gezeigt. Auf dieses kann und wird Arbeit Remscheid in der Weise eingehen, dass die Gesellschaft ihre Möglichkeiten und ihre bisherige Ausrichtung auf die Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen der Stadt Remscheid weiter verstärkt. An dieser Stelle setzen Kaufhaus Remscheid, Möbellager Allerhand seit langen Jahren und seit 2015 auch der Freizeitpark Kräwinklerbrücke an. Diese Einrichtungen

- übernehmen wichtige (Versorgungs-)Funktionen für die Bürgerinnen und Bürger von Remscheid,
- halten beständig und verlässlich abgestufte Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen vor, die anderweitig eine Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsleben immer schlechter erreichen
- können langzeitarbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt neue Kenntnisse und Erfahrungen verschaffen, die zu einer späteren Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt beitragen.

Die kontinuierliche aber behutsame Entwicklung neuer Projekte wie z. B. die Alte Stadtgärtnerei wird neben der Ausrichtung auf die Beschäftigungs- und Arbeitsförderung immer auch Mehrwert und positive Effekte für das Gemeinwohl haben.

Eine langfristige und nachhaltige Absicherung solcher Entwicklungen benötigt auch weiterhin Zuschläge für Arbeitsmarktmaßnahmen. Je mehr sich ein lokal verankerter Träger wie Arbeit Remscheid auf Ausschreibungen von Maßnahmen konzentriert, die über eine längere Laufzeit als nur ein Jahr verfügen, und diese auch für sich entscheiden kann, umso mehr Zeit, Energie und Ressourcen hat er letztendlich zur Verfügung, um vorhandene Projekte weiterzuentwickeln und neue voranzutreiben.

Neben den Aktivierungs- und Vermittlungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose bilden verstärkt die Maßnahmeformen und Unterstützungsansätze für Jugendliche und junge Erwachsene

ne die Grundlage für Arbeit Remscheid. Zu den bewährten Ansätzen in der Berufsvorbereitung und der außerbetrieblichen Ausbildung werden 2016 Produktionsschule und Assistierte Ausbildung hinzu kommen.

Remscheid, den 29.03.2016
Arbeit Remscheid gGmbH

gez. Ralf Barsties
Geschäftsführer

3.7 RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH
 c/ o BDO AG
 Georg-Glock-Straße 8
 40474 Düsseldorf
 Tel. 02 11 / 13 71 506

Gründungsjahr: 2013

Am 20. Dezember 2013 wurden die städtischen Aktien der RW Holding AG in die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH eingebracht, an der vom Stichtag an eine unmittelbare Beteiligung besteht.

Die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH wurde am 22. November 2013 von der RW Holding AG, Düsseldorf bar gegründet. Am 20. Dezember 2013 hat die RW Holding AG, Düsseldorf die Anteile an der Gesellschaft an die Stadt Remscheid, die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH zum Nennwert veräußert.

Mit gleichem Datum haben die Gesellschafter insgesamt 418.275 Stück RW Holding AG Aktien in die Gesellschaft eingebracht. Dadurch ist die unmittelbare Beteiligung der Stadt Remscheid an der RW Holding AG seit dem 20. Dezember 2013 beendet.

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---|---------------------|---------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 6.499,00 | 26,00 |
| Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH | 8.103,00 | 32,41 |
| STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH | 10.398,00 | 41,59 |
| <u>Gesamt</u> | <u>25.000,00</u> | <u>100,00</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH ist eine Holdinggesellschaft. Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen auf dem Energiesektor, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von direkten und indirekten Beteiligungen an der RWE AG, Essen, sowie die Beratung und Unterstützung von unmittelbaren und mittelbaren kommunalen Gesellschaftern in Fragen der Energiewirtschaft und –politik.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Frithjof Kühn
Ernst Schneider (Vertretung)

Gesellschafterversammlung:

Vertreter der Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr OB Burkhard Mast-Weisz und Herr Arnd Zimmermann.
Herr Niklas Luhmann wurde laut Ratsbeschluss am 19.02.2015 zum 2. stellvertretenden Vertreter gewählt.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2014 | 2015 |
|--|-----------------|------------|
| | € | € |
| Dividendenausschüttung -netto | 211.139,69 | 286.457,73 |
| Steuer Guthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung | liegt nicht vor | 53.854,39 |

3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH
 Dabringhauser Straße 29A
 42929 Wermelskirchen
 Tel. 02196/72030

Gründungsjahr: 1966/2005

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---------------------------------------|---------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen | 12.800,00 | 25,6 |
| Evangelischer Kirchenkreis Lennep | 12.800,00 | 25,6 |
| Walter-Frey-Stiftung | 12.200,00 | 24,4 |
| Stadt Remscheid | 12.200,00 | 24,4 |
| <u>Gesamt</u> | <u>50.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Frau Silke Gaube

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz und Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid *

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----|-------|-------|-------|
| | € | € | € |
| | keine | keine | keine |

Anzahl der Beschäftigten *

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/-innen zum 31.12. | 103 | 105 | 109 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten ***Leistungsdaten des Unternehmens**

| Leistungsdaten | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|------|--------|-------|
| Platzzahl (im Jahresdurchschnitt) | | | |
| Intensivangebot | 22 | 22 | 22 |
| Regelangebot | 74 | 74 | 76 |
| Verselbständigungsangebot | 9 | 9 | 9 |
| Erziehungsstelle | 5 | 4 | 4 |
| Platzzahl gesamt | 110 | 109,25 | 111 |
| Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt) | | | |
| Regel- / Intensivangebot | 99,1 | 99,0 | 101,4 |
| Verselbständigungsangebot | 36,5 | 17,7 | 51,0 |
| Erziehungsstelle | 95,7 | 94,1 | 100,0 |

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

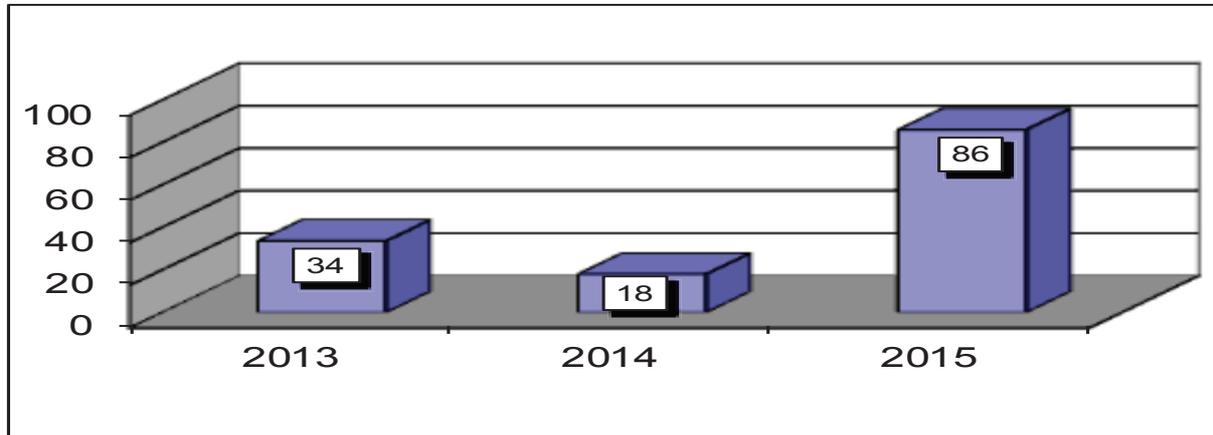
| Jahr Bilanz-Position | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 4 | 0,14 | 1 | 0,03 | 0 | 0,00 |
| Sachanlagen | 1.113 | 35,62 | 1.070 | 34,43 | 1.098 | 35,29 |
| Finanzanlagen | 51 | 1,65 | 51 | 1,64 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 1.168 | 37,41 | 1.122 | 36,10 | 1.098 | 35,29 |
| Vorräte | 9 | 0,29 | 10 | 0,32 | 10 | 0,32 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 872 | 27,90 | 743 | 23,91 | 1.042 | 33,49 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 1.015 | 32,49 | 1.188 | 38,22 | 926 | 29,77 |
| Umlaufvermögen | 1.896 | 60,69 | 1.941 | 62,45 | 1.978 | 63,58 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 59 | 1,90 | 45 | 1,45 | 35 | 1,13 |
| Aktiva | 3.123 | 100,00 | 3.108 | 100,00 | 3.111 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 50 | 1,60 | 50 | 1,61 | 50 | 1,61 |
| Kapitalrücklage | 1.050 | 33,62 | 1.050 | 33,78 | 1.050 | 33,75 |
| Gewinnrücklagen | 1.279 | 40,96 | 1.313 | 42,25 | 1.331 | 42,78 |
| (+) Gewinn-/ (-) Verlustvortrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresüberschuss | 34 | 1,08 | 18 | 0,58 | 86 | 2,76 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 2.413 | 77,25 | 2.431 | 78,22 | 2.517 | 80,91 |
| Sonderposten aus Investitionszuschüssen | 45 | 1,43 | 43 | 1,38 | 41 | 1,32 |
| Rückstellungen | 133 | 4,27 | 138 | 4,44 | 174 | 5,59 |
| Verbindlichkeiten | 533 | 17,05 | 496 | 15,96 | 374 | 12,02 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 5 | 0,16 |
| Passiva | 3.123 | 100,00 | 3.108 | 100,00 | 3.111 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

| Jahr GuV-Position | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|--------------|--------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 6.348 | 6.319 | 6.711 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 141 | 144 | 142 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 3 | 3 | 2 |
| Erträge | 6.491 | 6.466 | 6.855 |
| Materialaufwand | 347 | 327 | 346 |
| Personalaufwand | 5.096 | 5.221 | 5.460 |
| Abschreibungen | 118 | 110 | 105 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 876 | 774 | 845 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 16 | 12 | 9 |
| Aufwendungen | 6.453 | 6.444 | 6.765 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 38 | 22 | 90 |
| Außerordentliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | -4 | -4 | -4 |
| Jahresüberschuss (+) | 34 | 18 | 86 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

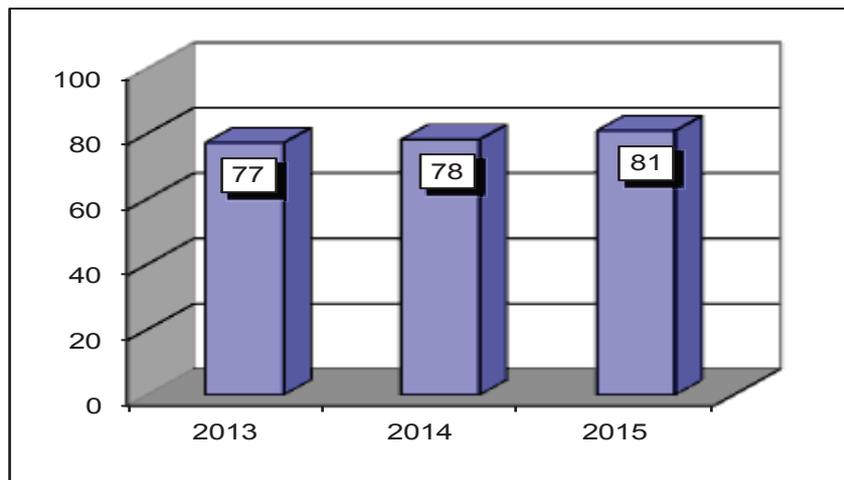
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresergebnis | 34 | 18 | 86 |



Kennzahlen

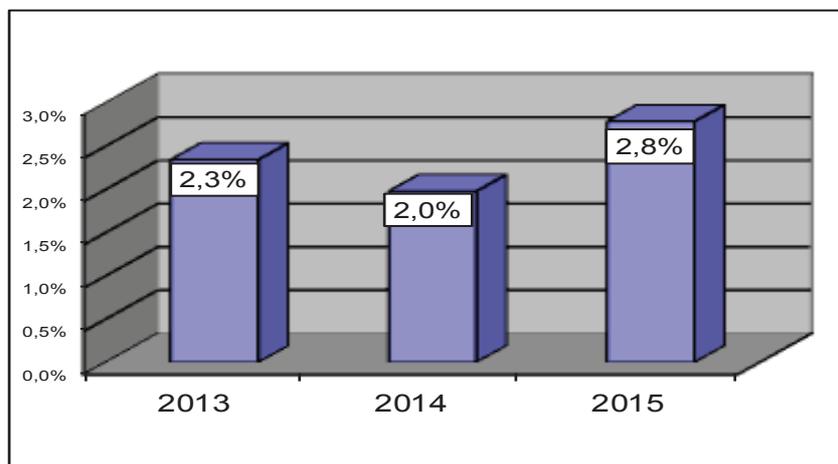
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|-------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 2.413 | 2.431 | 2.517 |
| Bilanzsumme | 3.123 | 3.108 | 3.111 |
| % EK | 77 | 78 | 81 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresergebnis | 34 | 18 | 86 |
| Abschreibungen | 118 | 110 | 105 |
| | 152 | 128 | 191 |
| Gesamterträge | 6.491 | 6.466 | 6.855 |
| Cash-Flow | 2,3% | 2,0% | 2,8% |

**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015****I. Darstellung des Geschäftsverlaufs im Jahr 2015****Vorbemerkung**

Das Jahr war von einer sehr guten Auslastung der Einrichtung gekennzeichnet. Vor allem ab Herbst 2015 konnten die vielen Aufnahmeanfragen bereits nicht mehr bedient werden, da die Einrichtung ständig voll belegt war und es sogar zu punktuellen Überbelegungen kam. Die Überbelegungen wurden im Vorfeld mit der Aufsichtsbehörde (Landesjugendamt) kommuniziert und die Personalsituation dementsprechend angepasst.

Die hohe Nachfrage war vor allem der Flüchtlingswelle geschuldet. Viele unbegleitete minderjährige Geflüchtete benötigten eine adäquate Betreuung und Versorgung.

Der guten Belegung der Einrichtung entsprechend hat das Wirtschaftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss von 86 T€ abgeschlossen.

1. Entwicklung der ambulanten und stationären Jugendhilfe insgesamt

Es besteht weiterhin ein hoher Bedarf für stationäre Jugendhilfeangebote in der Region. Die hohe Nachfrage für Betreuungsangebote für unbegleitete minderjährige Geflüchtete hat im Jahr 2015 dazu geführt, dass die Jugendämter große Schwierigkeiten hatten, freie Plätze im stationären Bereich zu finden. Die weitere Entwicklung ist nicht einschätzbar, da sich abzeichnet, dass sich die politischen Gegebenheiten und damit die konkrete Situation für Asylsuchende verändert. Es ist davon auszugehen, dass sich dies auch auf den Bedarf in der stationären Jugendhilfe auswirken wird.

Die hohe Nachfrage hat im Laufe des Jahres 2015 auf der Anbieterseite dazu geführt, dass auch freie Träger, die bislang keine Erfahrung im Bereich stationärer Jugendhilfe hatten, kurzfristig Angebote für den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten geschaffen haben. Sollte die Nachfrage mittelfristig zurückgehen, wird dies zu einer

Konkurrenzsituation zwischen den Trägern führen, wie sie bereits aus dem ambulanten Bereich bekannt ist.

Die EJBL kann auf ein gutes Konzept in diesem spezifischen Segment aufbauen, zumal die psychosoziale Diagnostik bereits zuvor einen großen Schwerpunkt in der Arbeit einnahm. Den zusätzlichen Herausforderungen (z. B. Sprachbarrieren und die Arbeit mit zum Teil stark traumatisierten jungen Menschen) kann die EJBL durch fachlich gut aufgestellte Mitarbeitende und durch eine aktive Netzwerkarbeit entgegenwirken.

Gespräche mit den Abteilungsleitungen verschiedener Jugendämter legen die Vermutung nahe, dass im Sommer 2016 wieder mit einer höheren Anzahl von Flüchtlingen zu rechnen ist, da voraussichtlich andere Fluchtrouten genutzt werden.

Die fehlenden Plätze im stationären Bereich haben Ende 2015 dazu geführt, dass die Kommunen für die Betreuung der geflüchteten Minderjährigen auch ambulante Dienste einsetzen, die in den Erstaufnahme-Unterkünften eine Betreuung sicher stellen sollen. Für die Stadt Leichlingen haben Mitarbeiterinnen der heilpädagogischen Ambulanz der EJBL ab Ende 2015 auch die Begleitung von einigen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in einem ehemaligen Naturfreundehaus vorübergehend übernommen.

Der Regelgruppenbereich ist weiterhin die größte und stabilste Säule in der stationären Jugendhilfe, so auch in der EJBL.

Erfolgsfaktoren für alle ambulanten, teilstationären und stationären Angebote bleiben die hohe Fachlichkeit und Qualität der Arbeit bei vergleichsweise schneller, im Sinne von intensiver, Zusammenarbeit mit den jungen Menschen, ihren Eltern und den zuständigen Jugendämtern zur Perspektivklärung sowie dem rechtzeitigen gemeinsamen Entwickeln von individuellen Lösungswegen.

Aktuelle Themen der Heimerziehung, wie die Partizipation der Eltern, die Traumapädagogik und der Kinderschutz werden vom Landesjugendamt bei der Beantragung neuer Betriebserlaubnisse und der Veränderung von Leistungsbeschreibungen eingefordert und sind wichtiger Bestandteil der Betriebserlaubnis. Die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden in diesen Bereichen ist deshalb unabdingbar.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss von 86 T€ ab. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen (in T€):

| | 015 | 2014 | 2013 |
|--------------------|------|------|------|
| Betriebsergebnis | + 63 | + 3 | -41 |
| Finanzergebnis | - 7 | - 9 | - 12 |
| Sonstige Steuern | - 4 | - 4 | -4 |
| Neutrales Ergebnis | + 34 | + 28 | + 91 |
| Jahresergebnis | + 86 | + 18 | + 34 |

Überplanmäßige Personalaufwendungen für Mehrarbeit und nicht genommenen Urlaub haben das Gesamtergebnis ebenso reduziert wie zusätzliche Ausgaben für den Strategieprozess 20 20 und das 10-jährige Einrichtungsjubiläum.

3. Belegungsentwicklung

Das Angebot der Einrichtung, differenziert nach Betreuungsformen, hat sich im Geschäftsjahr 2015 dadurch verändert, dass die Wohngruppen Herbert-Haase-Haus und Kallenberg (Regelgruppen) dauerhaft auf acht Plätze erhöht wurden.

| | 2015 | 2014 | 2013 |
|---------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Regelangebot | 76 | 74 | 74 |
| Intensivangebot | 22 | 22 | 22 |
| Verselbständigungsangebot | 9 | 9 | 9 |
| Erziehungsstellen | 4 | 4,25 | 5 |
| gesamt | 111 | 109,25 | 110 |

Die Auslastung der Intensiv- und Regelgruppen hat sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich verbessert.

| | Pflegetage SOLL (Vj.) | Pflegetage IST (Vj.) | Auslastung |
|--|--------------------------|---|--------------------|
| Pflegetage (anwesend) | 35.770 (35.040) | 34.962 (33.289) | 97,7 % (95,0 %) |
| Pflegetage 80% (Aufnahme, Entlassung, beurlaubt) | | ^[1.314 * 80%] 1.051 (1.114) | 2,9 % (3,2 %) |
| | | 36.013 (34.403) | 100,6 % (98,2%) |

In der Wohngruppe Halzenberg wurde über mehr als ein halbes Jahr ein syrisches Geschwisterpaar betreut; dadurch ist es in Absprache mit dem Landesjugendamt zu einer längerfristigen Überbelegung gekommen.

Die Auslastung der Erziehungsstellen lag im Jahr 2015 bei 99,9 % (Vj.: 94,1%).

Im Sozialpädagogisch Betreuten Wohnen (SBW) ist die Berechnung in dieser Form nicht möglich, da die Leistung teilweise in Form von Pflegetagen, teilweise als Fachleistungsstunden (FLST) erbracht wird. Allerdings ist festzustellen, dass die Inanspruchnahme gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich gestiegen ist und zum Jahresende alle Plätze belegt waren. Im Jahr 2015 wurden 1.670 Pflegetage und 380 Fachleistungsstunden erbracht (Vj: 581 Pflegetage und 642 Fachleistungsstunden).

Im ambulanten Bereich der Ev. Jugendhilfe (Heilpädagogische Ambulanz) entfielen auf 3,3 (Vj. 4,02) besetzte Stellen im Laufe des Jahres 3.602 (Vj. 5.282) abgerechnete Fachleistungsstunden. Dies entspricht einer Auslastungsquote von 69,3 % (Vj. 83,4%) [1.575 Netto-Arbeitsstunden pro Vollzeit-Stelle, gem. KGST]. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den krankheitsbedingten Ausfall einer Mitarbeiterin über mehrere Monate zurückzuführen. Aufgrund der schwachen Auslastung wurden die Mitarbeiterinnen zum Jahresende für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) eingesetzt.

Das Konzept für die Tagesgruppe in Burscheid wurde im August 2015 bedarfsgerecht von einer 3-Tage-Gruppe in eine 5-Tage-Gruppe angepasst. Dem war ein sehr schwach belegtes erstes Halbjahr 2015 vorausgegangen. Die Veränderung der Konzeption hat sich positiv auf die Belegung ausgewirkt. Zum Ende des Jahres war die Tagesgruppe wieder voll ausgelastet.

Im ersten Halbjahr wurden mit der Tagesgruppe lediglich 24,4 T€ umgesetzt; in der zweiten Jahreshälfte wurde ein Umsatz von 62,5 T€ erzielt. Der Vorjahresumsatz lag bei 102 T€.

Insgesamt stellt sich die Inanspruchnahme der Leistungen durch die Jugendämter im vergangenen Jahr folgendermaßen dar:

| | 2015 | 2014 | 2013 |
|-----------------------------------|--------|-------|--------|
| div. Jugendämter < 1% | 20 | 12 | 18 |
| div. Jugendämter 1-5% | 8 | 7 | 5 |
| Rheinisch-Bergischer Kreis | 6,9 % | 7,7% | 7,0% |
| Stadt Solingen | 7,7 % | 7,2% | 8,1 % |
| Stadt Bergisch Gladbach | 8,0 % | 10,7% | 11,6 % |
| Stadt Leverkusen | 9,8 % | 13,2% | 12,2 % |
| Stadt Wermelskirchen | 10,4 % | 11,3% | 15,0 % |
| Stadt Wuppertal | 15,8 % | 11,3% | 9,3 % |
| Stadt Remscheid | 20,8 % | 21,0% | 20,2 % |
| | | | |
| Anzahl der belegenden Jugendämter | 35 | 30 | 36 |

Bei den sieben hauptbelegenden Jugendämtern hat sich der anteilige Umsatz im Vergleich zum Vorjahr von 8 2,4 % auf 79,4% verschoben. Allerdings ist der Anteil der Städte Wermelskirchen, Leverkusen und Bergisch Gladbach zum Teil deutlich zurückgegangen, während das Jugendamt Wuppertal Leistungen verstärkt nachgefragt hat.

Für die EJBL hat es sich bewährt mit 7 -10 Jugendämtern enger zu kooperieren. Dies bietet eine gewisse Sicherheit und Unabhängigkeit von der Situation einzelner Kommunen.

4. Personalentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2015 bezogen insgesamt 109 (Vj. 105) Mitarbeitende ein regelmäßiges Entgelt. (entspricht 9 2, 25 Vollzeitkräften / Vj: 91,4). Vier Mitarbeiterinnen befanden sich in Elternzeit. Zwei Arbeitsverhältnisse wurden während einer Erkrankung fortgeführt, ohne dass Anspruch auf Lohnfortzahlung bestand.

Stellenbesetzung im Jahresverlauf (1.1. bis 31.12.2015)

| | 2015 Stellenplan | 2015 IST | 2014 IST |
|----------------------|---------------------|----------------|----------------|
| Leitung und Beratung | 4,62 | 4,02 | 4,49 |
| Verwaltung | 4,05* | 3,90* | 4,05* |
| Pädagogischer Dienst | 70,09 | 74,95 | 73,23 |
| Wirtschaftsdienst | 10,97 | 9,93 | 10,06 |
| Summen | 89,73** | 92,80** | 91,92** |

* 0,9 Stellen durch externe Dienstleistung (Kirchenkreis, Steuerkanzlei) ** ohne PraktikantInnen + FSJ

Fluktuation

Im Laufe des Jahres 2015 haben 9 (Vj. 8) Mitarbeitende ihr Arbeitsverhältnis bei der EJBL beendet.

| | |
|---|------------------------|
| •Auflösungsvertrag oder Kündigung der / des | 7(Vj: 4) |
| •Berentung | 0(Vj: 1) |
| •befristete Verträge | 1(Vj:3, davon 1 Azubi) |
| •Kündigung durch Arbeitgeber in der Probezeit | 1(Vj: 0) |

Im gleichen Zeitraum wurden 14 (Vj. 10) neue Arbeitsverhältnisse geschlossen. Drei Praktikantinnen wurden nach dem Anerkennungsjahr in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer beträgt 8,6 Jahre (Vj. 9,0). Das Durchschnittsalter der Beschäftigten beträgt weiterhin 42 Jahre.

Krankheitsentwicklung in der EJBL

In der Einrichtung sind an 28.136 Beschäftigungstagen 1.120 Tage Arbeitsunfähigkeit (ohne Langzeiterkrankung) angefallen. Dies entspricht 10,1 Krankheitstagen pro Mitarbeitenden (Vj. 12,8) bzw. einer Krankheitsquote von 4,0 % (Vj. 5,1 %). Unter Einbeziehung der Langzeit Erkrankten (Lohnfortzahlung ausgelaufen) beträgt die Quote 7,1 % bzw. 18,1 Krankheitstage pro Mitarbeiter/in (Vj. 8,6 % bzw. 21,6 Krankheitstage).

Für zwei Mitarbeiterinnen wurde während des vergangenen Jahres aufgrund von Schwangerschaft ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen. Vier Mitarbeitende nahmen an einer Rehabilitationsmaßnahme des Rentenversicherungsträgers oder der Krankenversicherungen teil, davon zwei im Laufe ihrer Langzeiterkrankung.

Für langzeiterkrankte Mitarbeitende, Mitarbeiterinnen im Beschäftigungsverbot oder Mitarbeiterinnen in Elternzeit nach Beschäftigungsverbot wurden im Jahr 2015 für 189 Tage (Vj. 125) Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub gebildet.

Betriebliches Gesundheitsmanagement in der EJBL

Der Arbeitskreis für Personalentwicklung (AK PEJBL) beschäftigte sich auch im letzten Jahr mit dem Thema betriebliches Gesundheitsmanagement.

Eine Gefährdungsbeurteilung wurde exemplarisch in einer Wohngruppe unter Anleitung einer Fachkraft der Berufsgenossenschaft BGW erfolgreich durchgeführt. Weitere Analysen mit demselben Instrument erfolgen im Laufe des Jahres 2016.

Es ist bereits erkennbar, dass durch den Austausch und die Auswertungen der Analysen ein Bewusstsein geschaffen wird, welches ein aktives Verhalten der beteiligten Mitarbeitenden fördert, sich sehr konkret mit ihren Arbeitsalltagsbelastungen gemeinsam auseinanderzusetzen und Lösungen zu erarbeiten. Dazu gehören Maßnahmen wie die Optimierung der Dienstplangestaltung oder der Verbesserung der Sitzgelegenheiten durch rückschonende Bürostühle ebenso wie das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement für Langzeiterkrankte.

5. Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt dar:

| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | Veränderung | |
|---------------------------------|---------------------|---------------------|-----------------|--------------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| AKTIVA | | | | |
| Langfristig gebundenes Vermögen | | | | |
| Anlagevermögen | 1.098 | 1.122 | -24 | -2,1% |
| Mietkautionen | 1 | 1 | 0 | 0,0% |
| | <u>1.099</u> | <u>1.123</u> | <u>-24</u> | <u>-2,1%</u> |
| Kurzfristig gebundenes Vermögen | | | | |
| Vorräte | 11 | 11 | 0 | 0,0% |
| Leistungsforderungen | 983 | 695 | 288 | 41,4% |
| Sonstige Vermögens- | 59 | 47 | 12 | 25,5% |
| Flüssige Mittel | 925 | 1.187 | -262 | -22,1% |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 34 | 45 | -11 | -24,4% |
| | <u>2.012</u> | <u>1.985</u> | <u>27</u> | <u>1,4%</u> |
| Bilanzsumme | <u>3.111</u> | <u>3.108</u> | <u>3</u> | <u>0,1%</u> |

| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | Veränderung | |
|--|---------------------|---------------------|-----------------|--------------------|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| PASSIVA | | | | |
| Wirtschaftliches Eigenkapital | | | | |
| Gezeichnetes Kapital | 50 | 50 | 0 | 0,0% |
| Kapitalrücklage | 1.050 | 1.050 | 0 | 0,0% |
| Gewinnrücklagen | 1.331 | 1.313 | 18 | 1,4% |
| Jahresergebnis | 86 | 18 | 68 | 377,8% |
| Sonderposten | 41 | 43 | -2 | -4,7% |
| | <u>2.558</u> | <u>2.474</u> | <u>84</u> | <u>3,4%</u> |
| Langfristige Fremdmittel | | | | |
| Jubiläumsrückstellung | 37 | 41 | -4 | -9,8% |
| Bankverbindlichkeiten | 241 | 342 | -101 | -29,5% |
| Mietkautionen | 1 | 1 | 0 | - |
| | <u>279</u> | <u>384</u> | <u>-105</u> | <u>-27,3%</u> |
| Kurzfristige Fremdmittel | | | | |
| Sonstige Rückstellungen | 137 | 97 | 40 | 41,2% |
| Bankverbindlichkeiten | 26 | 36 | -10 | -27,8% |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 13 | 16 | -3 | -18,8% |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 93 | 101 | -8 | -7,9% |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 5 | 0 | 5 | - |
| | <u>274</u> | <u>250</u> | <u>24</u> | <u>9,6%</u> |
| Bilanzsumme | <u>3.111</u> | <u>3.108</u> | <u>3</u> | <u>0,1%</u> |

6. Finanzlage

Statische Liquiditätsbetrachtung:

| | 2015 | 2014 | 2013 |
|---------------------------|--------|--------|---------|
| Barliquidität | 337,6% | 474,8% | 407,2 % |
| Kurzfristige Liquidität | 717,9% | 771,6% | 757,4 % |
| Mittelfristige Liquidität | 721,9% | 776,0% | 761,0 % |

7. Investitionen / Instandhaltung

Es wurden die notwendigen Ersatzbeschaffungen für die Wohngruppen (Elektrogeräte, Möbel, EDV) getätigt. Im Fuhrpark wurde ein Fahrzeug ersetzt und ein zusätzlicher PKW für den Bereich „Betreutes Wohnen“ angeschafft.

Im November wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 ein Wohnhaus in der Intzestr.20, Remscheid erworben (245 T€). Dort soll nach Erweiterung und Umbau des Gebäudes eine interkulturelle Wohngruppe mit 9 Plätzen entstehen und Ende des zweiten Quartals 2016 ihren Betrieb aufnehmen.

B. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

a) Nach mehrjährigen Verhandlungen hat die Stadt Remscheid die Immobilie Waldhof Ende Dezember an die ibs Immobilien und Bauträger Service GmbH, Hilden, verkauft. Der Investor plant eine umfassende Sanierung der Gebäude. Die EJBL hat für die Räumlichkeiten, die als Aufnahme- und Clearing-Zentrum genutzt werden, einen neuen Mietvertrag über 15 Jahre mit der neuen Eigentümerin abgeschlossen. Für zwei weitere Gebäude wurden Mietverträge über drei Jahre abgeschlossen, um dort in der ersten Jahreshälfte zwei Clearinggruppen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge entstehen zu lassen. Die neuen Mietverträge werden erst im Jahr 2016 wirksam mit der Übergabe der sanierten Räumlichkeiten.

b) Zur Einrichtung eines zusätzlichen Verselbständigungsangebotes hat die EJBL im November den Mietvertrag für ein Reihenhaus in der Joseph-Haydn-Str. 28b, Wermelskirchen, abgeschlossen. Das Mietverhältnis beginnt am 1.1. 2016. Dort soll nach Renovierung und Erweiterung eine Wohngemeinschaft für vier Heranwachsende installiert werden.

c) Der Fachbereichsleiter und Prokurist Michael Schiffer hat zum 31. März seine Tätigkeit in der EJBL auf eigenen Wunsch beendet. Die Leitung des Fachbereiches Kinder wurde von dem langjährigen Teamleiter Rainer Siekmann übernommen. Die Leitung des Fachbereiches Ambulante Hilfen wurde Irene Fuchs übertragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

- a) Im März wurde die Wohngemeinschaft in der Joseph-Haydn-Str. eröffnet. Anfang April wurden die ersten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der neuen Clearinggruppe im Waldhof aufgenommen.
Die Sanierung und Umbauten im Waldhof und in der interkulturellen Wohngruppe Intzestraße sind zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes (Mai 2016) in vollem Gange.

- b) Mit dem hauptbelegenden Jugendamt Remscheid wurden im ersten Quartal erfolgreich die Entgeltverhandlungen abgeschlossen und sind zum 1. März in Kraft getreten. Die nachträglichen Personalkostensteigerungen (Anpassung der Tarifgruppen analog zum TVÖD) wurden ebenso berücksichtigt wie die noch zu erwartenden linearen Tarifsteigerungen. Die neuen Entgeltsätze entsprechen dem Wirtschafts- und Stellenplan.
- c) Der Verwaltungsleiter und Prokurist Jörg Löwe hat sein Arbeitsverhältnis zum 30. September 2016 gekündigt. Zurzeit wird in der Geschäftsleitung eine Nachfolgeregelung erarbeitet.

Prognosebericht

1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

- a) Aufnahme- und Clearing-Zentrum / Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Einerseits ist aus der Zwischenbilanz des Landschaftsverbandes Rheinland (Stand 27. April 2016) zu entnehmen, dass die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten seit November 2015 um 66 Prozent gestiegen ist und NRW bereits 9,2% der Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) erreicht hat. Andererseits ist derzeit die Nachfrage für unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufgrund der neuen politischen Maßnahmen (Schließung der Balkanroute) deutlich zurückgegangen. Im November 2015 waren ca. 2.400 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in NRW aufgenommen worden, im April 2016 waren es nur noch 600.

Die Aufnahme- und Clearinggruppe (A&C 3) für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge startete im April 2016 und ist derzeit ausgelastet. Eine weitere Aufnahme- und Clearinggruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (A&C 4) wird auf dem Waldhof erst nach der Sanierung des vorderen Gebäudekomplexes erfolgen können.

Ende März wurde planmäßig die interkulturelle Wohngemeinschaft (4 Plätze) Joseph-Haydn Straße in Wermelskirchen eröffnet. Die interkulturelle Wohngruppe Intzestraße in Remscheid wird im Juli 2016 ihre Arbeit aufnehmen.

Damit stellt sich die EJBL in diesem Segment der Arbeit mit unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen fachlich gut auf, da diesen jungen Menschen bzw. den Jugendämtern nun ein breit gefächertes Angebot zur Verfügung steht (Clearingphase, Wohnen in einer Regelgruppe,

Verselbständigungsgruppe oder Wohngemeinschaft bis zum sozialpädagogisch betreuten Einzelwohnen). Die Erfolgsfaktoren liegen zum einen in der hohen Fachlichkeit der EJBL sowie zum anderen in dem konsequent verfolgten integrativen Ansatz, so dass - mit Ausnahme der Clearingphase - alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in interkulturellen Wohnformen betreut werden können.

- b) Rahmenvertrag

Die Verhandlungen zu einem neuen Rahmenvertrag zwischen öffentlichen und freien Trägern zur Erbringung von Jugendhilfeleistungen werden zurzeit nicht weitergeführt. Aufgrund der

aktuellen Bestrebungen des Landkreistages zur Standardabsenkung und der Auslastungssituation in der Hilfe zur Erziehung (HzE), scheint die Wiederaufnahme der Verhandlungen für die freien Träger aktuell nicht erstrebenswert. Eine Arbeitsgemeinschaft arbeitet jedoch an einer Muster-Leistungsbeschreibung, um die Grundlage für spätere Verhandlungen zu schaffen.

Die Leistungsentgeltverhandlungen werden in den meisten Kommunen trotz fehlender Rechtskraft weiterhin auf der Basis des alten Rahmenvertrages durchgeführt.

c) Fachkräftemangel

Durch die erhöhte Nachfrage in der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) Ende 2015 kam es auch in der EJBL zu Verzögerungen geeignetes Personal zu finden. Der Fachkräftemarkt ist derart angespannt, dass zum Teil nur die Möglichkeit besteht junge Fachkräfte einzustellen, die gerade ihren Berufsabschluss erfolgreich absolviert haben, jedoch noch keine Berufserfahrung mitbringen. Während es bislang übliche Praxis war Berufseinsteigern zunächst befristete Verträge anzubieten, gehen viele Einrichtungen dazu über, sofort unbefristete Verträge abzuschließen.

Bislang gelang es der EJBL die Teams mit einer Mischung von erfahrenen Fachkräften und Nachwuchskräften zusammen zu stellen. Auch für das neueste Angebot der interkulturellen Wohngruppe Intzestraße gelang dieser Ansatz erfolgreich.

Die Vermutung liegt nahe, dass dies in der nahen Zukunft nicht mehr in diesem Maße möglich sein wird. Viele Einrichtungen in der Region beklagen sich bereits über den Fachkräftemangel und konnten zum Teil aus diesem Grund Angebote nicht realisieren.

Die Strategie sich aktiv auf Fachmessen, Fachtagen und Praxismessen zu repräsentieren sowie Unterrichtseinheiten in Kolleg- und Fachhochschulen anzubieten wird in Bezug auf Personalakquise zunehmend noch wichtiger und von der EJBL weiterhin aktiv betrieben.

Das Anbieten von Anerkennungspraktika und somit das Ausbilden von potentiellen neuen Fachkräften ist ein weiterer wichtiger Baustein.

Fachpolitisch gilt es jedoch hier auch in Bezug auf einen neuen Rahmenvertrag die knappen zeitlichen und finanziellen Ressourcen der Träger nicht aus dem Blick zu verlieren (Vorstandsarbeit evangelischer Fachverband für erzieherische Hilfen 27 ff).

2. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2016 und 2017

a) Personalkostensteigerung / Entgelterhöhung

Wie unter II. b) ausgeführt wurden mit dem hauptbelegenden Jugendamt neue Entgeltsätze zum 1. März 2016 vereinbart, die bei entsprechender Auslastung der Einrichtung ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erwarten lassen.

b) Auslastung im stationären Bereich

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes (Mai 2016) blickt die Einrichtung auf ein sehr gutes erstes Quartal zurück. Die Auslastung lag im Bereich der Regel- und Intensivgruppen bei 100,7%. Im April gab es einen kurzfristigen Belegungseinbruch (91,0%), der u.a. mit der Erweiterung der Platzzahl im Zusammenhang steht. Ende Mai waren wieder 98% der Plätze belegt.

Der wirtschaftliche Erfolg des Jahres 2016 und des Folgejahres wird maßgeblich durch die Belegung der neuen Betreuungsangebote bestimmt. Insbesondere die Inanspruchnahme der Clearinggruppen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wird dabei von politischen Gegebenheiten (z.B. Schließung der Balkanroute) beeinflusst. Die Geschäftsführung erarbeitet zurzeit alternative Möglichkeiten für den Fall, dass sich die geplanten Vorhaben als nicht erfolgreich erweisen.

c) Ambulante Angebote und 5-Tage-Gruppe

Der ambulante Bereich ist weiterhin von einer schwachen Nachfrage gekennzeichnet. Bis auf das ambulante Clearing von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen liegen kaum Anfragen der Jugendämter vor. Die Stelle einer Mitarbeiterin, die im Laufe des Jahres in Rente geht, wird deshalb nicht nachbesetzt. Aufgrund der geringen Größe des Fachbereiches wird diese negative Entwicklung das Jahresergebnis der EJBL nicht nachhaltig gefährden.

Die Geschäftsleitung der EJBL ist bestrebt im Jahr 2017 wieder eine Kostendeckung der ambulanten Angebote zu erreichen.

Die Tagesgruppe hingegen wird durch die Erweiterung zur 5 Tage-Gruppe wieder gut besucht und zu einem kostendeckenden Ergebnis beitragen.

d) Rufbereitschaft für die Städte Wermelskirchen, Leichlingen und Leverkusen

Wie bereits im Vorjahr berichtet hat die EJBL seit dem 1.1. 2015 neben der Rufbereitschaft des Jugendamtes Wermelskirchen auch die Rufbereitschaft des Jugendamtes Leichlingen übernommen. Durch diese Aufgabenübernahme konnte die Zusammenarbeit mit den beiden Jugendämtern noch intensiviert werden. Es bestehen ein enger Austausch und eine sehr gute Kooperation. Ab dem 1.6. 2016 wird auch die Rufbereitschaft für das Jugendamt der Stadt Leverkusen von der EJBL übernommen. Da es sich um eine Stadt mit über 160.000 Einwohnern handelt, wird hier zunächst in einer einjährigen Probephase ermittelt, ob die EJBL dieser hohen Anforderung gerecht werden kann.

Die Geschäftsleitung sieht in der Übernahme der Rufbereitschaft durch die EJBL ein gutes Instrument zur Kundenbindung. Die Übernahme dieses Dienstes ist für die EJBL kostenneutral. Darüber hinaus wird die interne Rufbereitschaft für die 13 Wohngruppen davon abgekoppelt und auf fünf kompetente Teamleiterinnen und Teamleiter übertragen.

e) Nicht refinanzierte Ausgaben

Aufgrund der zu erwartenden einmaligen Ausgaben im Immobilienbereich und als Vorlaufkosten für die neuen Betreuungsangebote sowie für Projektentwicklungskosten hat die Gesellschafterversammlung für das Jahr 2016 einen Wirtschaftsplan mit einem zu erwartenden Fehlbetrag in Höhe von 171 T€ verabschiedet.

3. Strategische Zielsetzungen

Die Einrichtung ist strategisch, konzeptionell und personell gut aufgestellt, um auch weiterhin auf die unterschiedlichen Bedarfe der Jugendämter und der Hilfeempfänger flexibel eingehen zu können.

Die Geschäftsleitung entwickelte Anfang des Jahres 2015 unter Einbeziehung der Unternehmensberatung TARCUS eine Agenda 20 20. Im Mittelpunkt der Strategie steht die Absicht, die Angebote der EJBL konsequent auszubauen.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 30.04. 2015 die Strategie 20 20 und ein Positionspapier zur Standortbestimmung zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Geschäftsführerin wurde gebeten die Pläne zu konkretisieren und entsprechend in der Wirtschafts- und Stellenplanung für das kommende Jahr umzusetzen. Dabei sind auch angemessene Anschub- und Projektkosten zu berücksichtigen.

Am 12.06. 2015 hat ein Strategietag für die gesamte Mitarbeiterschaft stattgefunden, an dem die zurückliegende Strategiephase ausgewertet und die neuen Ziele vorgestellt wurden. Ideen und Impulse aller Mitarbeitenden fanden Berücksichtigung und wurden auf der Arbeitsebene konkretisiert. Die Geschäftsführung ist der festen Überzeugung, dass dieser partizipatorische Führungsansatz einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Einrichtung leistet. Die EJBL zeichnet sich vor allem durch engagierte und kompetente Mitarbeitende aus, die durch ihre hohe fachliche Kompetenz die Einrichtung am Markt nicht nur bestehen lässt, sondern damit auch zu den Qualitätsführern in der Region zählt.

Die gesetzten Strategieziele, insbesondere die Erweiterung der stationären Angebote, werden im Laufe der nächsten Jahre weiter verfolgt und umgesetzt.

Remscheid, den 31. Mai 2016

Silke Gaube, Geschäftsführerin

3.9 Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Kölner Str. 8
42651 Solingen
Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2015 (Übernahme der Aufgaben der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH)

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|--|---------------------|---------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 9.200,00 | 18,36 |
| Stadt Solingen | 9.200,00 | 18,36 |
| Stadt Wuppertal | 9.200,00 | 18,36 |
| Stadtsparkasse Remscheid | 2.550,00 | 5,09 |
| Stadtsparkasse Solingen | 3.600,00 | 7,19 |
| Stadtsparkasse Wuppertal | 8.850,00 | 17,66 |
| Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid | 7.500,00 | 14,97 |
| <u>Gesamt</u> | <u>50.100,00</u> | <u>100,00</u> |

Beteiligung der Gesellschaft

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH („Neue Effizienz“) 1.562,00 6,25

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Initiierung, Begleitung, Unterstützung und Umsetzung von Projekten, Prozessen und Aktivitäten mit regionaler strukturpolitischer Bedeutung auf der Basis der jeweils gültigen Konzepte und Handlungsprogramme.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
 - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des

Landes NRW und der EU (u. a. Umsetzung und Konkretisierung des regionalen Strukturprogramms aus EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklungen)-, ESF (Europäischer Sozialfonds für Deutschland)-, *ELER* (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), GRW (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“-Programmen –letzteres insoweit es sich nicht um einzelbetriebliche Maßnahmen handelt- sowie weitere relevante Strukturförderprogramme für die Region Bergisches Städtedreieck,

- zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,
- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten,
- Übernahme der Aufgaben der Regional-Agentur der Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid, insbesondere im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung.

Die Gesellschaft ist zur Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte berechtigt, die ausschließlich und unmittelbar dem vorgenannten Gesellschaftszweck dienen oder geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Vorschriften der Gemeindeordnung NW bleiben hiervon unberührt.

Die Gesellschaft kann sich an der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH (BGR) beteiligen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Bodo Middeldorf

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der ordentlichen Gesellschafterversammlung ist Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz.

Als erster Stellvertreter des Vertreters ist Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann bestellt.

Als zweiter Stellvertreter des Vertreters ist Herr Niklas Luhmann bestellt.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 16 Mitgliedern besteht.

In den Aufsichtsrat der Gesellschaft wurden Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz, sowie zwei weitere Vertreter aus Remscheid bestellt.

Bergischer Regionalrat:

Der Bergische Regionalrat hat insgesamt 50 Mitglieder.

In den Bergischen Regionalrat wurden neun Vertreter aus Remscheid bestellt.

Beirat:

Die Gesellschaft hat einen Beirat. Dieser nimmt eine beratende Funktion wahr.

Der/die Vorsitzende und der/die stellvertretende Vorsitzende werden vom Aufsichtsrat benannt.

Der Beirat hat bis zu 15 Mitglieder.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------|-----------|-----------|-----------|
| | € | € | € |
| Sachkostenzuschuss | 50.000,00 | 50.000,00 | 60.000,00 |
| Kosten der Personalgestellung | 75.000,00 | 75.000,00 | 76.000,00 |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----------------------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/innen | 12 | 13 | 13 |
| zzgl. Personalgestellungen | 5 | 5 | 5 |
| zzgl. Studentische Aushilfskräfte | 10 | 5 | 5 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Bilanzstruktur – im 3-Jahresvergleich -

| Jahr Bilanz-Position | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|------------|---------------|------------|---------------|------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 1 | 0,32 | 1 | 0,39 | 1 | 0,27 |
| Sachanlagen | 27 | 8,30 | 26 | 9,90 | 24 | 6,42 |
| Finanzanlagevermögen | 2 | | 2 | 0,59 | 2 | 0,53 |
| Anlagevermögen | 29 | 9,11 | 29 | 10,89 | 27 | 7,22 |
| Vorräte | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 176 | 55,06 | 163 | 62,07 | 67 | 17,91 |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 115 | 35,83 | 65 | 24,75 | 279 | 74,60 |
| Umlaufvermögen | 291 | 90,89 | 228 | 86,83 | 346 | 92,51 |
| Rechnungsabrechnungsposten | 0 | 0,00 | 6 | 2,28 | 1 | 0,27 |
| Aktiva | 320 | 100,00 | 263 | 100,00 | 374 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 50 | 15,66 | 50 | 19,04 | 50 | 13,39 |
| Verlustvortrag / Gewinnvortrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresüberschuss(+) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresfehlbetrag(-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 50 | 15,66 | 50 | 19,04 | 50 | 13,39 |
| Sonderposten für Investitionszuschüsse | 28 | 8,62 | 27 | 10,26 | 25 | 6,68 |
| Rückstellungen | 34 | 10,63 | 29 | 11,02 | 34 | 9,09 |
| Verbindlichkeiten | 208 | 65,09 | 157 | 59,67 | 265 | 70,84 |
| Rechnungsabrechnungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 320 | 100,00 | 263 | 100,00 | 374 | 100,00 |

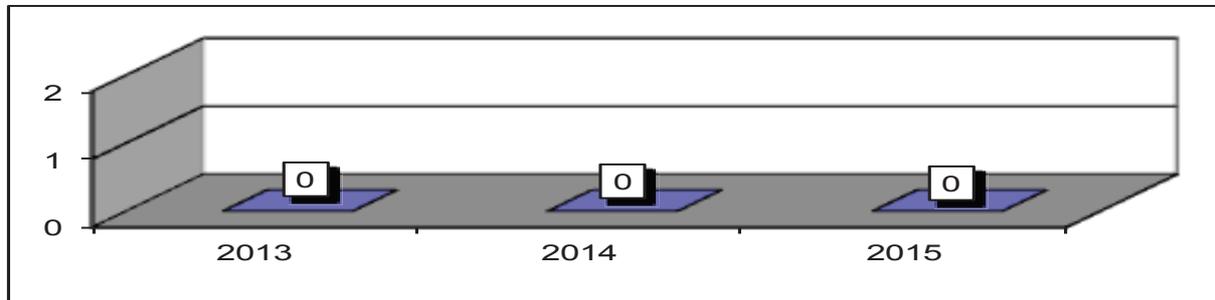
Gewinn- und Verlustrechnung – im 3-Jahresvergleich -

| Jahr GuV-Position | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|--------------|--------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| Sonstige betriebliche Erträge | 1.505 | 1.583 | 1.604 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Erträge | 1.505 | 1.583 | 1.604 |
| Materialaufwand | 359 | 343 | 361 |
| Personalaufwand | 626 | 716 | 704 |
| Abschreibungen | 15 | 15 | 13 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 505 | 509 | 526 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Aufwendungen | 1.505 | 1.583 | 1.604 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | 0 | 0 | 0 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

Entwicklung der Jahresergebnisse

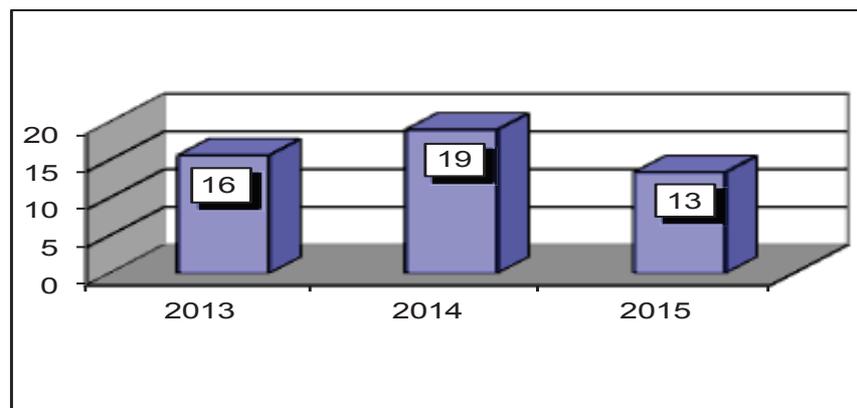
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 0 | 0 | 0 |



Kennzahlen

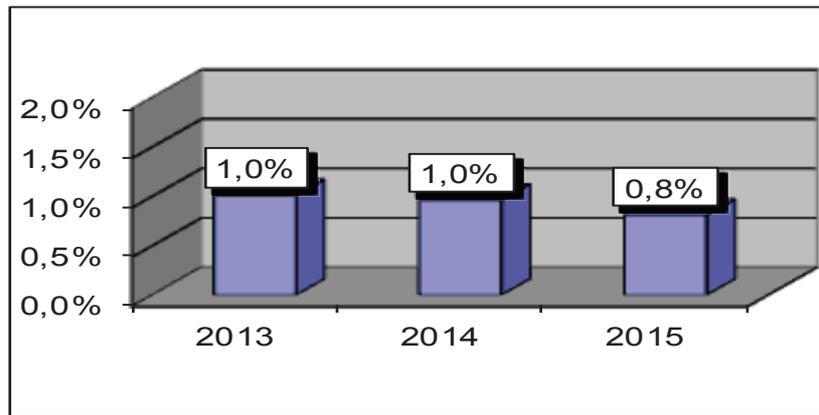
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 50 | 50 | 50 |
| Bilanzsumme | 320 | 263 | 374 |
| % EK | 16 | 19 | 13 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 0 | 0 | 0 |
| Abschreibungen | 15 | 15 | 13 |
| | 15 | 15 | 13 |
| Gesamterträge | 1.506 | 1.583 | 1.604 |
| Cash-Flow | 1,0% | 1,0% | 0,8% |



Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

Lagebericht des Unternehmens zum 31. Dezember 2015

Allgemeines

Das Wirtschaftsjahr 2015 war für die Gesellschaft mit großen Veränderungen verbunden. In der Umsetzung der bereits im Vorjahr getroffenen Beschlüsse der Gesellschafter zur Weiterentwicklung der interkommunalen Kooperation wurde der Gesellschaftsvertrag umfassend verändert bzw. erweitert. Mit der Eintragung der Änderungen in das Handelsregister am 04.03.2015 wurden diese rechtskräftig. Seitdem firmiert die Gesellschaft unter der Bezeichnung „Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH“.

Ziel der institutionellen Umorganisation war und ist es, den unmittelbaren Einfluss der Politik zu stärken, die Regionalagentur auf die Bergischen Entwicklungsagentur zu übertragen und die Funktion der Gesellschaft als regionale Wirtschaftsförderungseinheit auszubauen.

Im Einzelnen wurden neben der Umbenennung folgende Änderungen umgesetzt:

- Die Befristung der Gesellschaft bis 2020 wurde aufgehoben.
- Von der Stadt Wuppertal wurde die Trägerschaft der Regionalagentur in der Wahrnehmung der inhaltlichen Aufgaben sowie der Funktion des Fördermittelempfängers gegenüber dem Land übernommen.
- Bezogen auf den Förderzugang der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) übernahm die Gesellschaft die Beratung in Fragen der Strukturförderung.
- Die Gesellschafterbeiträge wurden aufgestockt.
- Die Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR schied aus dem Gesellschafterkreis aus und veräußerte ihre Anteile an die Stadt Wuppertal.
- Ein Aufsichtsrat mit folgender Besetzung wurde eingesetzt: Die Oberbürgermeister der Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid, der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der IHK Wuppertal, Solingen, Remscheid, ein Vorstandsvorsitzender der an der Gesellschaft beteiligten Stadtparkassen sowie fünf Ratsvertreter aus Wuppertal, drei Ratsvertreter aus Solin-

gen und zwei Ratsvertreter aus Remscheid. Die konstituierende Sitzung fand am 06.03.2015 statt.

- Ein sogenannter Bergischer Rat wurde gebildet, bestehend aus 28 politischen Vertretern des Rates der Stadt Wuppertal, 14 Vertretern aus Solingen und 9 aus Remscheid. Die Konstituierung des Bergischen Rates erfolgte am 17.04.2015.

- Die Einsetzung eines Beirates mit beratender Funktion.

- Darüber hinaus wurde die Besetzung einer zweiten Geschäftsführerstelle beschlossen, die allerdings in 2015 noch nicht vollzogen wurde.

Die äußere Wahrnehmung der Gesellschaft war in 2015 stark von der Umsetzung dieser Strukturveränderungen geprägt. Eine besondere Herausforderung bestand in dem handlungsfähigen Aufbau der komplexen Gremienstruktur. Ungeachtet dessen war die Gesellschaft das gesamte Jahr über vollumfänglich handlungsfähig und setzte die ihr zugewiesenen Aufgaben Regionalmanagement, Regionale Strukturpolitik, Regionales Marketing, Lobbyarbeit für die Region sowie die Begleitung regional bedeutsamer Projekte intensiv um. Die Aktivitäten im Wirtschaftsjahr 2015 wurden im Rahmen eines Jahresrückblicks schriftlich dokumentiert und veröffentlicht.

Die fachlichen Aktivitäten basierten auch 2015 auf dem von den Räten der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal verabschiedeten Wirtschaftsplan, dem Jahresarbeitsprogramm sowie den laufenden Beschlüssen der Gremien der BSW. Dabei wurde der in 2014 für 2015 beschlossene Wirtschaftsplan mit Beschluss des neu eingerichteten Aufsichtsrates am 28.05.2015 und der Gesellschafterversammlung am 25.06.2015 an die Strukturveränderungen angepasst.

Der Aufsichtsrat kam in 2015 insgesamt viermal zusammen, der Bergische Rat tagte ebenso wie die Gesellschafterversammlung und der Beirat zweimal. Beirat und Aufsichtsrat führten davon eine Sitzung gemeinsam durch. Mit der Einsetzung eines Aufsichtsrates ging auch eine Verlagerung der Beschlusskompetenz über fachliche Themen von der Gesellschafterversammlung auf dieses Gremium einher. Die Tagungsfolge der Gremien wurde so organisiert, dass eine Beschlussfassung zu Themen, die in mehreren Gremien beraten werden mussten, jeweils innerhalb eines halben Jahres möglich war.

Finanzentwicklung

Das Wirtschaftsjahr erstreckte sich auf den Zeitraum vom 01.01.2015 bis 31.12.2015. Der Jahresabschluss weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH bzw. der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH auch 2015 innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben.

Teil der Umstrukturierungsentscheidung ist die Aufstockung der Gesamtbeiträge um ca. 400.000 Euro pro Jahr. Davon übernehmen die Stadt Wuppertal 190.000 Euro, die Stadt Solingen 90.000 Euro, die Stadt Remscheid 60.000 Euro sowie die Industrie- und Handelskammer 60.000 Euro. Die Gesellschafterbeiträge der Sparkassen bleiben unverändert.

Bis zum Zeitpunkt der Umfirmierung haben die Gesellschafter die Arbeit des Unternehmens mit gegenüber dem Vorjahr unveränderten Beiträgen unterstützt. Ab dem 04.03.2015 wurden

bei den Mittelabrufen dann die erhöhten Beiträge berücksichtigt. Insgesamt wurden von den Gesellschaftern in 2015 885.000 Euro, verteilt auf vier Quartalsbeiträge, gezahlt.

Hinzuzurechnen sind Personalgestellungen in einem Gegenwert von 76 Tausend Euro seitens der Stadt Remscheid, 156 Tausend Euro seitens der Stadt Solingen und 129 Tausend Euro von Seiten der Stadt Wuppertal. Als Gegenwert für die erlassene Miete durch die Industrie- und Handelskammer wurde ein Betrag in Höhe von 45 Tausend Euro berücksichtigt.

Zur Abwicklung des Sonderauftrags der Stadt Solingen zur Übernahme der lokalen Tourismusförderung wurden der Gesellschaft auch für 2015 zusätzlich zum Basisbeitrag eine Personalabordnung und ein Sonderbeitrag für Sachkosten in Höhe von 25.000 Euro netto zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der normalen Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Gesellschaft auf Drittmittel aus unterschiedlichen Zugängen in einem Gesamtumfang von 316.000 Euro zurückgreifen.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2015 1.603.725,51 Euro. Davon wurden 703.563,15 Euro für Personalaufwendungen, 12.849,12 Euro für Abschreibungen und 525.887,41 Euro für sonstige betriebliche Aufwendungen verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergab sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro. Das von den Gesellschaftern gezeichnete Eigenkapital betrug 50.100 Euro.

Die Liquidität des Unternehmens war zu jeder Zeit gesichert. Dazu trug auch die Bereitstellung eines Kontokorrentkreditrahmens durch die drei Stadtparkassen Wuppertal, Solingen und Remscheid in Höhe von 150.000 Euro bei. Dieser musste in 2015 allerdings wieder nicht in Anspruch genommen werden.

Im Rahmen des Risikomanagements findet ein monatlicher Soll-Ist-Vergleich anhand der Prüfung der DATEV-gestützten betriebswirtschaftlichen Auswertung statt.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszwecks der Gesellschaft lag und liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor, eine Vorsteuerabzugsberechtigung für das Kerngeschäft besteht nicht. Einzelne, buchhalterisch abgegrenzte Bereiche, so beispielsweise der Auftritt auf der Immobilienmesse Expo Real wurden allerdings mit Vorsteuer geführt.

Das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Bergisches Land schloss in 2015 eine bereits im Vorjahr gestartete Prüfung der Umsatzsteuer-, der Körperschaftssteuer- sowie der Gewerbesteuerpflicht des Unternehmens für die Jahre 2009 bis 2012 ab; die Schlussbesprechung fand am 12.02.2015 statt. Im Ergebnis ging das Finanzamt davon aus, dass für den Prüfungszeitraum 2012 ein Betrag von 377.384 Euro, der einem Anteil an den Gesellschafterbeiträgen von 36% entspricht, als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet werden muss. Daraus leitete das Finanzamt eine Kapitalertragssteuerpflicht (einschließlich SolZ) in Höhe von 59.720 Euro ab, die der Besteuerung zugrunde gelegt wurden.

Nach eingehender Beratung mit den Beteiligungsmanagements und Steuerexperten der Städte sowie dem Steuerberatungsbüro RSM Breidenbach und Partner PartG mbB wurde wegen unkalkulierbarer Risiken hinsichtlich einer noch darüber hinausgehenden Veranlagung auf einen Widerspruch verzichtet. Mit den Finanzbehörden konnte eine Verständigung über den Umgang in den Folgejahren dahingehend getroffen werden, dass durch die Einführung einer

Spartenbetrachtung sowie die regelmäßige Vorlage einer Bescheinigung zur Verwendung des steuerlichen Einlagekontos materiell keine weiteren Kapitalertragssteuern anfallen. Eine nachträgliche Korrektur der Bescheinigung für 2012 wurde vom Finanzamt nicht akzeptiert. Die Steuerzahlung wurde bereits im Jahresabschluss 2014 als Verbindlichkeit berücksichtigt.

Die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH wurde von der Gesellschaft im Rahmen ihrer Gesellschafterfunktion in 2015 mit einem Betriebskostenzuschuss in Höhe von 21.875,00 Euro unterstützt.

Personalentwicklung

Im Jahr 2015 waren 13 Angestellte und im geringfügigen Umfang 5 Aushilfen beschäftigt. Die Zahl setzt sich aus dem grundfinanzierten Stammpersonal sowie den projektfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen zusammen. Darin enthalten sind auch 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ab dem 01.09.2015 im Rahmen der Übernahme der Regionalagentur von der Stadt Wuppertal übernommen wurden. Diese wurden von Seiten der Stadt Wuppertal beurlaubt und mit eigenen Arbeitsverträgen bei der Gesellschaft angestellt. Darüber hinaus waren 5 Mitarbeiter von den drei Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal weiter zur Gesellschaft abgeordnet. Zusätzlich war eine auf den Aufgabenbereich der Tourismusförderung Solingen bezogene Stelle durch eine Abordnung der Stadt Solingen besetzt.

Die Berufsausbildung von zwei Mitarbeitern zur Kauffrau / zum Kaufmann für Tourismus und Freizeit wurde fortgeführt, ebenso wie die in 2014 begonnene Ausbildung eines Mitarbeiters zum Kaufmann für Büromanagement.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates wurde IHK-Präsident Thomas Meyer zum Vorsitzenden gewählt; er war auch Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bis zum Zeitpunkt der Umfirmierung. Diese Funktion übernahm in der konstituierenden Sitzung der neuen Gesellschafterversammlung der Remscheider Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz. Zum Geschäftsführer war Herr Bodo Middeldorf bestellt. Es erfolgte 2015 noch keine Besetzung der zweiten Geschäftsführerstelle; diese wurde allerdings auf der Basis eines vom Aufsichtsrat am 19.08.2015 beschlossene Aufgabenzuordnung ausgeschrieben.

Projekte und Aktivitäten

In inhaltlicher Hinsicht stand im Geschäftsjahr 2015 die weitere Umsetzung des Regionalen Strukturprogramms im Mittelpunkt der Aktivitäten. Unter anderem beteiligte sich die Gesellschaft mit der Einreichung eines Handlungskonzepts sowie mehrerer Projektskizzen an den Landesaufrufen Regio.NRW und Erlebnis.NRW. Daneben wurden wieder zahlreiche Veranstaltungen und Messeauftritte durchgeführt sowie die Zusammenarbeit innerhalb des Städtedreiecks durch die Weiterentwicklung und Etablierung regionaler Netzwerke vertieft.

Eine ausführliche Darstellung der inhaltlichen Arbeit wurde Anfang 2016 mit dem Jahresrückblick vorgelegt; an dieser Stelle seien einige Aktivitäten beispielhaft hervorgehoben.

Zum 01.09.2015 wurde die im Rahmen der Umfirmierung beschlossene Übernahme der Regionalagentur von der Stadt Wuppertal vollzogen. Mit ihr geht die Wahrnehmung von Aufgaben der Landesarbeitsmarktpolitik, insbesondere der Einsatz von Instrumenten des Europäischen Sozialfonds (ESF) einher. In der Anfangsphase konzentrierten sich die Aktivitäten vor allem auf die finanzsichere Organisation der Fördermittelabwicklung sowie die Vertiefung und Ausweitung der Kontakte zur Landesregierung. Darüber hinaus wurde unverzüglich mit

der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren begonnen. Dies folgt einem neuen Selbstverständnis, das sich deutlich stärker als zuvor an der Rolle eines regionalen Partners und Initiators orientiert. Dazu wurde bereits in 2015 mit der grundlegenden Überarbeitung des Handlungsplans zur Fachkräftesicherung für das Bergische Städtedreieck begonnen.

Zum faktischen Start der neuen Förderperiode in 2015 wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt und Sondierungsgespräche mit den beteiligten Ministerien der Landesregierung aufgenommen. Dies diente vor allem der konkreten Zuordnung der im zuvor beschlossenen Strukturprogramm genannten inhaltlichen Schwerpunkte und Projekte zu potenziellen Förderzugängen. Dabei konnte auch der neue Förderzugang im Rahmen der Regionalförderung (GRW) berücksichtigt werden, der der Region seit Mitte 2014 zur Verfügung steht.

Die „außenpolitischen“ Aktivitäten der Gesellschaft wurden in 2015 weiter ausgebaut. Insbesondere konnte die Zusammenarbeit zwischen den regionalen Entwicklungs- und Marketingorganisationen, die von Seiten des Städtedreiecks zwei Jahre zuvor initiiert worden war, intensiviert werden. Dies erwies sich vor allem hinsichtlich des fachlichen Austausches über den Einsatz förderpolitischer Instrumente sowie die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen gegenüber dem Land als hilfreich. Überdies war die Gesellschaft als Akteur in den Formatierungsprozess der Metropolregion Rheinland eingebunden.

Neben dem Auftritt auf der ExpoReal in München organisierte die Gesellschaft in 2015 auch erstmals einen Gemeinschaftsstand der Region auf der neu startenden Polis - The Convention in Düsseldorf. Weitere Messepräsenzen waren beispielsweise die Internationale Tourismusbörse in Berlin, die sogenannte Vakantiebeurs in Utrecht oder die Reise und Camping in Essen. Zum Fahrrad-Saisonstart wurde am 19. April 2015 anlässlich der Fertigstellung der Nordbahntrasse in Wuppertal unter der Federführung der Gesellschaft eine Feier zur Einweihung des Bergischen Bahntrassenverbundes mit über 50.000 Teilnehmern und Gästen im gesamten Städtedreieck durchgeführt. Weitere große Veranstaltungen waren 2015 etwa der Bergische Bildungs- und Innovationskongress sowie der Kongress zu neuen Instrumenten der Fachkräftesicherung.

Zu einem der bedeutendsten Entwicklungs- und Förderprojekte gehörte auch 2015 Schloss Burg. Neben der laufenden Aufgabe der inhaltlichen Neupositionierung standen die Planungen zur Umsetzung der ersten Fördertranche aus Mitteln der Regionalförderung sowie weitere Akquisitionsbemühungen im Vordergrund. Mit einer Finanzausgabe in Höhe von 15 Mio. Euro rückte das Erreichen der erforderlichen Gesamtsumme Ende des Jahres 2015 erstmals in greifbare Nähe.

Unter dem Oberbegriff der Bergischen KlimaExpo.NRW erarbeitete die Gesellschaft in 2015 zusammen mit zahlreichen einschlägigen Akteuren der Region einen Leitfaden zur Operationalisierung des Landesprogramms vor Ort. Als Partner der Staatskanzlei verpflichtete sich das Bergische Städtedreieck zur Umsetzung einschlägiger Kommunikationsmaßnahmen und Projektförderungen.

Der unter dem Dach der Destinationsmarke „Die Bergischen Drei“ für die operative Vermarktung und Interessenbündelung der touristischen Leistungsträger in der Region zuständige Verein „Bergisches Land Tourismus Marketing“ (BLTM), für den die Gesellschaft den Vorsitz wahrnimmt und die Geschäftsführung ausübt, konnte in 2015 seine positive Entwicklung fortsetzen. Neben den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal gehörten dem BLTM bis Ende 2015 über 60 Mitglieder an.

Zukünftige Entwicklungen

Nach erfolgter Ausschreibung für die Besetzung der zweiten Geschäftsführerstelle hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft in einer Sondersitzung am 04.03.2016 eine Vorentscheidung zugunsten des Bewerbers Herrn Stephan Alexander Vogelskamp getroffen. Abschließend erfolgt der Beschluss durch die Gesellschafterversammlung im Zuge eines Umlaufverfahrens vor Ablauf des ersten Halbjahres 2016. Der Einstieg von Herrn Vogelskamp in das Unternehmen ist ab dem 01.07.2016 vorgesehen.

Die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid unterliegen hinsichtlich ihres finanziellen Engagements bei der Gesellschaft dem § 107 ff. der Gemeindeordnung NRW zur Regelung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand. Mit Blick auf eine sich verschärfende Rechtsprechung auf europäischer Ebene ist der Nachweis zu führen, dass es sich bei den durch die Städte unterstützten Tätigkeiten der Gesellschaft um solche handelt, die dem Allgemeinwohl dienen und ohne staatliche Eingriffe am Markt nicht oder in Bezug auf Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung oder universaler Zugang nur zu anderen Standards durchgeführt würden. Die Städte beabsichtigen, dies im Laufe des Jahres 2016 im Wege eines Betrauungsaktes zu vollziehen.

Mit Wirkung zum 01.01.2016 wurde die bis dahin von Seiten des Gesellschafters IHK als unbare Leistung erbrachte Bereitstellung von Räumlichkeiten in einen Finanzbeitrag umgewandelt. Für die Nutzung der Räume wird seitdem an die IHK eine Miete gezahlt. Diese hat das Gebäude mit Wirkung zum 01.05.2016 an einen privaten Investor veräußert, der erklärt hat, an dem Mietvertrag mit der Gesellschaft festhalten zu wollen.

Ab dem 01.01.2016 übernahm die Gesellschaft zusätzlich zu ihren Aufgaben für die Region Bergisches Städtedreieck auf der Basis eines Aufsichtsratsbeschlusses vom 28.05.2015 die Geschäftsführung für die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e.V., einem Zusammenschluss der Gebietskörperschaften Leverkusen, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis, Kreis Mettmann, Solingen, Remscheid und Wuppertal. Zur Wahrnehmung der Aufgaben wurde mit dem Verein ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. Die Leistung wird mit der Zahlung eines jährlichen Nettobetrages in Höhe von 10.000 Euro vergütet. Die Beauftragung erfolgte zunächst befristet auf zwei Jahre.

In fachlicher Hinsicht sind zu Beginn des Jahres 2016 folgende, für die weitere Arbeit der Gesellschaft relevanten Entwicklungen festzuhalten:

- Am 31.05.2016 veranstalteten die Regionen.NRW unter der Federführung der Gesellschaft einen gemeinsamen Frühjahrsempfang in Düsseldorf. Auch auf dem Sommerfest der NRW-Landesvertretung in Berlin ist ein gemeinsamer Auftritt geplant. Diese Aktivitäten dokumentieren die sich intensivierende interregionale Zusammenarbeit.
- Der Aufsichtsrat fasste den Beschluss, auch in den kommenden Jahren weiter gemeinsame Messeauftritte des Bergischen Städtedreiecks auf der Expo- Real unter der Federführung der Gesellschaft zu organisieren. Angesichts eines deutlich erhöhten Finanzvolumens und veränderter Partnerkonstellationen wird dies die Gesellschaft stärker fordern als bislang.
- Die Landesregierung stellt den Partnerregionen im Rahmen der Umsetzung der KlimaExpo.NRW ab 2016 für die Dauer von zunächst drei Jahren die Abordnung einer Personalstelle in Aussicht.

- Bei der Finanzierung des Großprojektes Schloss Burg steht die Region vor einem Durchbruch. Die potenziellen Fördergeber auf Landes- und Bundesebene stellten der Gesellschaft in Verhandlungen eine Gesamtlösung in Aussicht. Damit wird das Projekt von der Vorbereitungsphase spätestens ab 2017 in die Umsetzungsphase zu überführen sein.

- Die Beantragung von Fördermitteln für Projekte, die die Gesellschaft unmittelbar tangieren, war bereits in mindestens vier Fällen erfolgreich. Dies gilt für die Weiterfinanzierung der Tochtergesellschaft Neue Effizienz, die Erarbeitung eines städtebaulichen Masterplans für die Bahntrassen und die Grüne Infrastruktur in den Städten, den Aufbau einer Geschäftsstelle für den bergischen Panoramaradwegeverbund sowie die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich der touristischen Leistungsträger.

- In 2016 ist davon auszugehen, dass die Umsetzung eines Vorhabens des Bergischen Handball-Clubs (BHC) zur Errichtung einer Sport- und Eventarena, das von Seiten der Gesellschaft nach Empfehlung des Bergischen Rates und im Auftrag des Aufsichtsrates begleitet wird, voranschreitet.

Chancen und Risiken

Alle Gesellschafter haben ihre Absicht erklärt, die Arbeit der Gesellschaft mit den bisherigen und den zusätzlich vereinbarten jährlichen Finanzierungsbeiträgen bis auf weiteres zu unterstützen. Es bleibt aber zunächst bei der Regelung einer vierteljährlichen Zahlung der Gesellschafterbeiträge, die angesichts der zu Beginn des Jahres anfallenden Kosten etwa für die Finanzierung der Tochtergesellschaft Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH die Sicherstellung der Liquidität erschweren kann.

Mit Einreichung entsprechender Anträge wird sich die Zahl der Drittmittel gestützten Projekte in eigener Umsetzung wieder erhöhen. Mit Blick auf die Notwendigkeit zur Vorfinanzierung kann dies unter Wahrung eines angemessenen Liquiditätsrahmens jedoch nur in einem begrenzten Umfang erfolgen. Weiterhin gilt, dass sich Risiken aus eventuellen Rückforderungen nicht bewilligungskonform eingesetzter Fördermittel ergeben könnten. Dieses Risiko soll auch künftig durch das Vorhalten einschlägiger personeller Kapazitäten und Kompetenzen sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Bewilligungsbehörden gering gehalten werden. Unabhängig davon ist geplant, zur Finanzierung von Eigenanteilen in Projekten auch Drittmittel von Projektpartnern zu vereinnahmen, bei denen Zahlungsverzögerungen nicht auszuschließen sind.

Durch die sich verschärfende Rechtsprechung im Rahmen des europäischen Beihilferechts wächst die prinzipielle Gefahr, dass den städtischen Gesellschaftern das Engagement bei der Gesellschaft untersagt oder die Gesellschaft in der Folge steuerrechtlich anders behandelt werden würde. In diesem Fall bestünde für die Gesellschaft das Risiko, dass die Gesellschafterbeiträge der Städte entweder umsatzsteuerpflichtig werden oder im schlimmsten Fall zurückzahlen wären. Dies soll durch den Vollzug des Betrauungsaktes vermieden werden.

Unabhängig davon und obwohl mit den Finanzbehörden vorläufig eine Verständigung darüber erzielt werden konnte, dass sich die steuerliche Veranlagung der Gesellschaft mit Ausnahme von 2012 nicht weiter materiell auswirkt, besteht grundsätzlich auch zukünftig das Risiko der engeren Auslegung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen.

Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Vollzug eines Betrauungsaktes durch die städtischen Gesellschafter wurde bei dem Finanzamt Solingen zu Beginn des Jahres 2016 ein Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft zur umsatzsteuerlichen Behandlung eines solchen Betrauungsaktes gestellt. Dieser Antrag wurde vom Finanzamt mit dem Hinweis auf die gegenwärtig unklare Rechtslage in Bezug auf die körperschafts- und umsatzsteuerliche Behandlung von Wirtschaftsförderungen sowie die aufgabenbezogene Exklusivität der Gesellschaft abgelehnt. Obwohl der Vollzug des Betrauungsaktes dadurch nicht unmittelbar gefährdet ist, muss dies als grundsätzlicher Hinweis auf ein latent vorhandenes Risiko einer anderen steuerlichen Behandlung gewertet werden.

Besondere erwähnenswerte Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen, 9. Juni 2016

Bodo Middeldorf
Geschäftsführung

3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
 Mummstraße 9
 42651 Solingen
 Tel. 0212 / 299 - 105

Gründungsjahr: 1989

| Gesellschafter | Kommanditkapital | |
|--|-------------------------|--------------|
| | in € | in % |
| <u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u> | | |
| Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH | ohne Einlage | - |
| <u>Kommanditisten</u> | | |
| Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG | 384.000,00 | 75,0 |
| Stadt Solingen | 73.216,00 | 14,3 |
| Stadt Remscheid | 54.784,00 | 10,7 |
| <u>Gesamt</u> | <u>512.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

| Gesellschaften | Stammkapital | |
|---|---------------------|-------------|
| | in € | in % |
| Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH | 26.000,00 | 100,0 |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Geschäftsführer dieser Gesellschaft sind die Herren Bernhard Boll und Michael Boll.

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid*

Wirtschaftliche Unternehmensdaten*

- *) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabschlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

3.11 Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH
Lise-Meitner-Straße 1-13
42119 Wuppertal
Tel. 0202/ 317- 13- 134

Gründungsjahr: 2012

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---|---------------------|--------------|
| | in € | in % |
| WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH | 6.250,00 | 25,00 |
| Bergische Universität Wuppertal | 3.125,00 | 12,50 |
| Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR <i>(Darin enthalten sind 3.812 Anteile als Treuhandanteile)</i> | 6.937,00 | 27,75 |
| Wirtschaftsförderung Solingen GmbH | 1.563,00 | 6,25 |
| Bergische Entwicklungsagentur GmbH | 1.562,00 | 6,25 |
| Verein zur Förderung der „Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz“ e.V. | 2.500,00 | 10,00 |
| Stadt Remscheid | 1.563,00 | 6,25 |
| Exor GmbH | 250,00 | 1,00 |
| Knipex-Werk C Gustav Putsch KG | 500,00 | 2,00 |
| Küpper Bros. GmbH & Co. KG | 750,00 | 3,00 |
| <u>Gesamt</u> | <u>25.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Etablierung der Region als Ressourceneffizienzstandort durch Schaffung einer Plattform zur Förderung von Innovationen, Wissenschafts- und Technologietransfer, Vernetzung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen und Zusammenführung der Akteure und Aktivitäten. Hierzu soll die Gesellschaft

- (a) Selbst Projekte im Bereich Ressourceneffizienz entwickeln und durchführen
- (b) Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Bereich Ressourceneffizienz unterstützen,
- (c) Fördermittel akquirieren und
- (d) Den Wissenstransfer sicherstellen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ökonom Jochen Stiebel

Gesellschafterversammlung und Lenkungsausschuss

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der ordentlichen Gesellschafterversammlung und Lenkungsausschuss ist Herr Claus-Thomas Hübler bestellt worden. Zum Stellvertreter des Vertreters wurde Herr Ingo Lückgen bestellt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Keine

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------|------|------|------|
| Mitarbeiter | 6 | 9 | 9 |

Bilanzstruktur

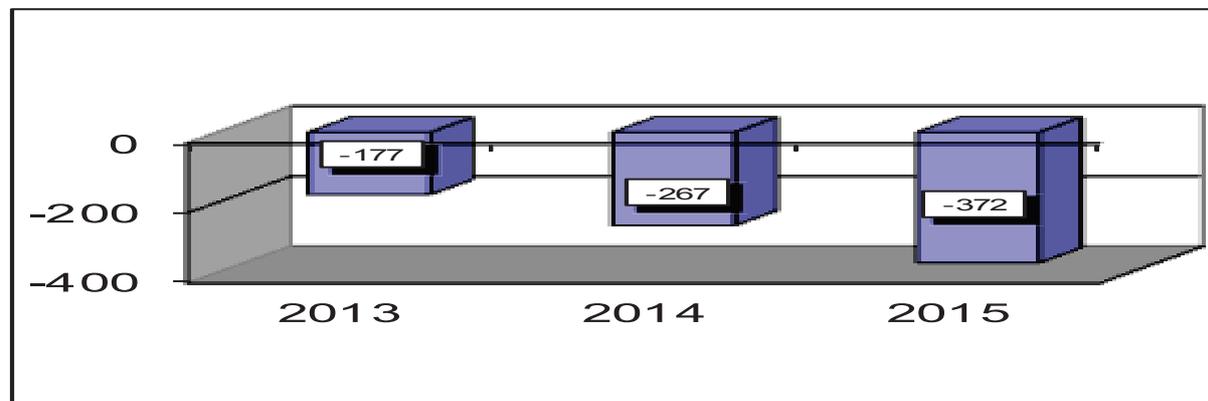
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|----------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 25 | 9,54 | 22 | 6,16 | 39 | 20,63 |
| Sachanlagen | 5 | 1,94 | 5 | 1,44 | 24 | 12,70 |
| Finanzanlagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 30 | 11,48 | 27 | 7,60 | 63 | 33,33 |
| Forderungen und sonst. Vermögensgegenst. | 233 | 88,24 | 327 | 91,56 | 18 | 9,52 |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 1 | 0,28 | 0 | 0,00 | 108 | 57,14 |
| Umlaufvermögen | 234 | 88,52 | 327 | 91,56 | 126 | 66,67 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 3 | 0,84 | 0 | 0,00 |
| Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Aktiva | 264 | 100,00 | 357 | 100,00 | 189 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 25 | 9,47 | 25 | 7,00 | 25 | 13,23 |
| Kapitalrücklage | 413 | 156,35 | 475 | 133,05 | 494 | 261,38 |
| Gewinnrücklage | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinnvortrag / Verlustvortrag | -47 | -17,83 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | -177 | -67,16 | -267 | -74,79 | -372 | -196,83 |
| Eigenkapital | 213 | 81,93 | 233 | 65,27 | 147 | 77,78 |
| Rückstellungen | 20 | 7,43 | 15 | 4,20 | 26 | 13,76 |
| Verbindlichkeiten | 31 | 11,74 | 109 | 30,53 | 16 | 8,47 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 264 | 100,00 | 357 | 100,00 | 189 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| GuV-Position | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 0 | 0 | 4 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 173 | 238 | 150 |
| Erträge aus Beteiligungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Erträge | 173 | 238 | 154 |
| Materialaufwand | 0 | 0 | 0 |
| Personalaufwand | 213 | 300 | 329 |
| Abschreibungen | 16 | 18 | 28 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 111 | 176 | 164 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 10 | 11 | 5 |
| Aufwendungen | 351 | 505 | 526 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | -177 | -267 | -372 |
| Sonstige Steuern | 0 | 0 | 0 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | -177 | -267 | -372 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

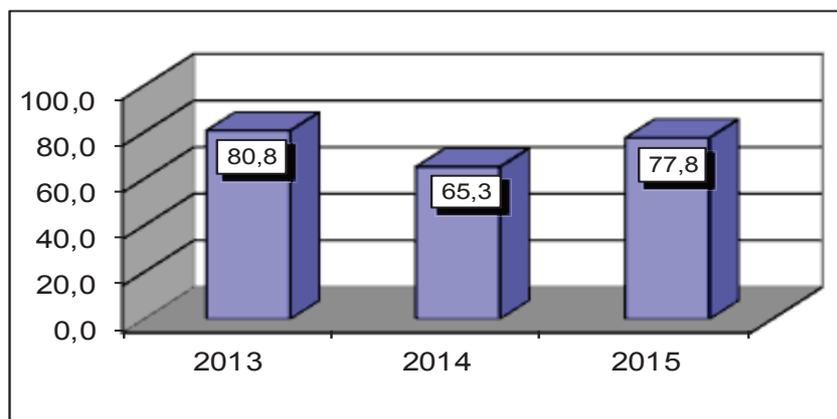
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | -177 | -267 | -372 |



Kennzahlen

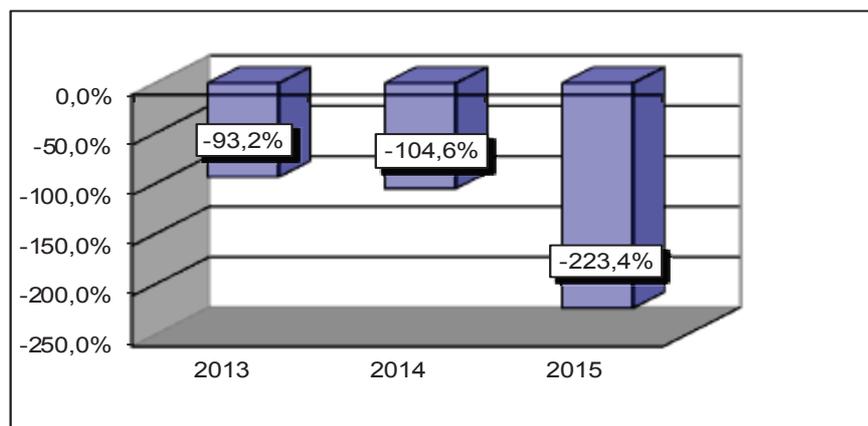
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 213 | 233 | 147 |
| Bilanzsumme | 264 | 357 | 189 |
| % EK | 80,8 | 65,3 | 77,8 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|---------------|----------------|----------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | -177 | -267 | -372 |
| Abschreibungen | 16 | 18 | 28 |
| | -161,2 | -249 | -344 |
| Gesamterträge | 173 | 238 | 154 |
| Cash-Flow | -93,2% | -104,6% | -223,4% |



Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH (BGR) ist eine Standortinitiative des Bergischen Städtedreiecks. Die BGR tritt unter dem Markennamen „Neue Effizienz“ auf. Die Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal haben erkannt, dass innovative energie- und ressourceneffiziente Prozesse von herausragender Bedeutung für die Kosteneffizienz der Betriebe in der Region sind. Die BGR hat daher zum Ziel, die Energie- und Ressourceneffizienz im Bergischen Städtedreieck überdurchschnittlich zu verbessern, um so die Wettbewerbsfähigkeit der Region, der Städte und ihrer Unternehmen zu stärken.

Effizienzsteigerung ist ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Materialkosten machen fast die Hälfte aller Kosten vieler produzierender Betriebe aus, der individuelle Energieverbrauch ist

teilweise erheblich und belastet die Unternehmen. Ziel ist es, praktische Herausforderungen aus der Wirtschaft mit theoretischen Lösungen aus der Wissenschaft zu kombinieren. Dazu bringt die BGR in ihrem Netzwerk „Neue Effizienz“ Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen zusammen und generiert praxisnahe sowie forschungsintensive Projekte. Die Wissenschaft ist dabei durch eine enge Einbindung der Bergischen Universität Wuppertal und dem weltweit renommierten Wuppertal Institut vertreten. Diese Expertise schafft einen bedeutenden Mehrwert für die Wirtschaftsunternehmen.

Die BGR ist damit:

- / Servicestelle für Unternehmen,
- / Netzwerkkordinator für das branchenübergreifende Querschnittsthema
- / Energie- und Ressourceneffizienz sowie Umweltwirtschaft,
- / Organisator von Arbeitsgruppen, Workshops und Kongressen,
- / Initiator von Projekten,
- / Begleiter von Unternehmen bei Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, z.B. über Umwelt oder Energieeffizienznetzwerke
- / Begleiter von Projektförderanträgen,
- / Forschungsstelle sowie
- / Inkubator für nationale und internationale Netzwerke zur Steigerung der Ressourceneffizienz.

Mit dem Bescheid vom 13. Dezember 2012 hat das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV) NRW der BGR aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Zeit vom 12.12.2012 bis 30.09.2015 eine Zuwendung als Höchstbetrag in Höhe von 1.049.667,33 € bewilligt. Der Durchführungszeitraum der Projektarbeiten begann am 01.06.2012 (vorzeitiger Maßnahmenbeginn) und endet am 31.05.2015.

Die Zuwendung wurde in der Form der Anteilfinanzierung in Höhe von 50 v. H. zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben als Zuschuss gewährt.

Da die Förderung der Neuen Effizienz im Sommer 2015 ausgelaufen ist, wurde unter anderem eine Grundförderung über den RegioCall.NRW im Rahmen der EFRE-Förderung der EU beantragt.

Neben der Grundförderung der Neuen Effizienz bemüht sich die BGR fortlaufend um weitere Projektförderungen, die über Arbeitsanteile an Einzelprojekten erfolgen soll. Dazu wird sich die BGR als direkter Konsortialpartner in Projektanträgen einbringen und darüber weitere Einnahmen aus Förderungen generieren.

Des Weiteren ist vorgesehen, dass die BGR eigene Umsatzerlöse generiert und diesen Bereich sukzessive ausbaut.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7 % höher als im Vorjahr. Im vorangegangenen Jahr war das BIP in ähnlicher Größenordnung gewachsen (+ 1,6 %), 2013 lediglich um 0,3 % (Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 14.1.2016 - 014/16).

Die im Energiekonzept der Bundesregierung festgelegten Ziele zur Verringerung des Energieverbrauchs gegenüber dem Basisjahr 2008 - insbesondere die Verringerung des Primärenergieverbrauchs um 20 Prozent bis 2020 und um 50 Prozent bis 2050 – sind weiterhin Grundlage und Bezugspunkt für die Politik der Bundesregierung. Erhebliche Energieeffizienzpotenziale gibt es immer noch in allen Verbrauchsbereichen. Besonders viel Energie kann zur Beheizung und Belüftung von Gebäuden und im Verkehrssektor eingespart werden. Sehr schnell rechnen sich vor allem Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie, teilweise vor allem in Sekundärprozessen.

Der Energieverbrauch in Deutschland lag 2015 nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanz (AG Energiebilanz) um 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Der Zuwachs geht im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr etwas kühlere Witterung zurück. Der Verbrauchszuwachs infolge der positiven Konjunktorentwicklung sowie der Bevölkerungszuwachs wurde nach Abschätzung der AG Energiebilanz durch Zugewinne bei der Energieeffizienz ausgeglichen.

Diese gesamtwirtschaftliche Lage unterstreicht die Notwendigkeit, sich mit den Umsetzungsmöglichkeiten zu den großen, gesellschaftlichen Herausforderungen der Energiewende und zum Klimaschutz auseinanderzusetzen. Die primären Handlungsfelder der BGR (Industrie, Smart City und Mobilität) decken somit die wesentlichen Arbeitsgebiete ab.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Jahr 2015 war sowohl durch die Abschlussphase des vom Umweltministerium NRW geförderten Projekts „Neue Effizienz“ und die damit verbundene Abwicklung, als auch durch die Generierung neuer Einnahmemöglichkeiten geprägt.

Abschlussphase Neue Effizienz

Die Weiterführung der im Rahmen der Grundförderung „Netzwerk Neue Effizienz“ begonnenen Projekte unter den Leitthemen „Effiziente Produktion“, „Bildung“ sowie „Effiziente Gebäude und Infrastruktur“, wie z. B. den „Stromtarif Happy Power Hour“ zur Nutzung von Strompreisveränderungen im Tagesverlauf. Der Projektantrag zum „Stromtarif Happy Power Hour I“ wurde mit einem Fördervolumen von rd. 540.000 Euro und einer Projektlaufzeit von 18 Monaten zum 1.1.2014 bewilligt.

Die Fertigstellung der Plattform „EffizienzHausRoute“ als dezentrale Ausstellung von resourceneffizienten Gebäuden in der Region.

Planung, Organisation und Durchführung eines Gemeinschaftsstandes des Netzwerks Neue Effizienz auf der Hannover Messe (HMI). Mit insgesamt 7 Mitausstellern hat die BGR einen 78qm großen Stand belegt, auf dem Technologien im Bereich „Luft-Wärme-Licht“ vorgestellt wurden. Die Geschäftsführung hat auf verschiedenen Messeveranstaltungen diese Technologien vorgestellt. Der Gemeinschaftsstand wurde mittlerweile zum Preisträger des German Brand Award ernannt, die Preisverleihung erfolgt im Juni 2016.

Allgemeine Tätigkeiten

Durchführung eines Kongresses für Studierende und Werkstatt für verantwortungsvolles Wirtschaften – Sustainable Insights. Gemeinsame Planung und Durchführung mit dem Lehr-

stuhl für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung der BUW. Hierzu kamen über 100 Studierende aus ganz Deutschland für 2 Tage in die Region und haben gemeinsam mit Unternehmen an Fallstudien gearbeitet. Der Kongress wurde als Best Practice vom Wissenschaftsministerium NRW im Landtag vorgestellt.

Die Vorstellung der Leitmarkt Wettbewerbe NRW in der Region Bergisches Städtedreieck: Als regionaler Ansprechpartner für Förderprogramme im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz hat die BGR verschiedene Informationsveranstaltungen gemeinsam mit den Ministerien und/oder Projektträgern durchgeführt, u.a. zu den Themen Energie, Umweltwirtschaft, Mobilität.

Neue Forschungsprojekte

Im Jahr 2015 konnten bereits erste eingereichte Projektanträge erfolgreich platziert werden. Im vergangenen Jahr konnten diese Projektanträge weiter qualifiziert werden und haben bereits im Frühjahr 2016 ihre Bewilligung erhalten:

Weiterführung des Forschungsprojektes „Happy Power Hour“ in einer zweiten Projektphase mit den Projektpartnern WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH, Bergische Universität Wuppertal, CSCP gGmbH, Netsystem GmbH sowie der BGR mbH. Das Projekt läuft im Zeitraum (März 2016-Feb. 2019). Eine Förderung erfolgt über den Leitmarkt Wettbewerb EnergieUmwelt.NRW. Das Projektvolumen beläuft sich auf rd. 1.300T€, die Fördersumme beträgt für alle Konsortialpartner 1.000T€. Die Projektsumme des Arbeitspakets der BGR umfasst 100T€ bei einer Förderquote von 50%.

Betriebliches Mobilitätsmanagement (BMMhoch3) in ausgewählten Quartieren im Bergischen Städtedreieck BMMhoch3 mit den Projektpartnern Wuppertal Institut gGmbH, Bergische Universität Wuppertal, EcoLibro GmbH sowie BGR mbH. Das Projekt soll die Potenziale der Einsparung betrieblicher Mobilität auf Quartiersebene heben und läuft im Zeitraum April 2016- März 2019. Eine Förderung erfolgt über den Leitmarkt Wettbewerb Mobilität und Logistik.NRW. Das Projektvolumen beläuft sich auf rd. 1.460T€, die Fördersumme beträgt für alle Konsortialpartner 1.150T€, die Projektsumme des Arbeitspakets der BGR umfasst 157T€ bei einer Förderquote von 40%.

Weiterhin wurden weitere Anträge neuer Projekte entweder initiiert, weiterentwickelt oder erstellt wie z.B.

E-Bus 2020/2025: Umstellung der Busse der Solinger Verkehrsbetriebe von O-Bus-Systemen mit Dieselaggregat auf E-Busse mit kontinuierlicher Ladung. Hierfür wurden gemeinsam mit den Konsortialpartnern (SWS Verkehrsbetriebe, SWS Netze, 3 Lehrstühle der BUW, 3 Wirtschaftsunternehmen, BGR) Wettbewerbsanträge für 3 Leitmarkt Wettbewerbe des Landes NRW sowie einen Bundeswettbewerb Mobilität des BMVI erstellt und eingereicht.

Formgedächtnisgebung: Unter dem Projektnamen „Thea Smart“ soll die Wandlung von Restwärme aus Abfallprodukten in mechanische oder elektrische Energie untersucht werden. Der Projektantrag wurde gemeinsam mit den Konsortialpartnern Forschungsgemeinschaft Werkzeuge und Werkstoffe (FGW Remscheid), Hochschule Bochum, Thermicon GmbH (Köln) sowie Dörschler GmbH (Remscheid) gestellt. Für das Projekt wurde ein Zeitraum von 36 Monaten, ein Projektvolumen von rd. 1.280 T€ sowie ein Fördervolumen von rd. 1.100 T€ beantragt.

LivingLab Urbane Energiewende: Der Stadt als Lebens- und Arbeitsraum wird ein wesentlicher Anteil an der Durchsetzung der Energiewende zugeschrieben. Ziel der Projektidee soll es sein, verschiedene Fragestellungen aus Wärmeversorgung, Energieversorgung, Akzeptanz, Technologie und Mobilität zusammenzuführen und in einem Leuchtturmprojekt die Umsetzbarkeit zu zeigen. Eine Förderung soll auf Bundes- oder Landesebene angestrebt werden.

Seit 2013 ist die BGR als An-Institut der Bergischen Universität Wuppertal anerkannt. Im Geschäftsjahr 2015 wurde die Kooperation weiter vertieft. Aktuell bestehen allein über Projekte Verbindungen zu 13 Lehrstühlen unterschiedlicher Disziplinen.

Des Weiteren hat die BGR weitere Förderanträge und Projektideen unterstützt, an denen sie selbst inhaltlich nicht, oder nur gering beteiligt war.

Netzwerke

Seit Mitte 2013 hat die BGR die organisatorische Abwicklung von ÖKOPROFIT im Bergischen Städtedreieck übernommen. ÖKOPROFIT ist als gemeinsames Projekt der Bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal, der Wirtschaftsförderungen, der IHK sowie der Stiftung zukunftsfähiges Wirtschaften seit vielen Jahren fester Bestandteil in der Region. Die 10. Runde dieses Umweltwirtschaftsnetzwerks im Bergischen Städtedreieck ist im Jahr 2015 mit 11 Unternehmen gestartet. Mit insgesamt 126 zertifizierten Unternehmen aus Wuppertal, Solingen und Remscheid belegt der bergische Städteverbund damit die Spitzenposition in NRW. Wichtige Aufgabe der Neuen Effizienz ist es, die Aktivitäten der teilnehmenden Unternehmen zu begleiten und auch nach Abschluss der Zertifizierung als vertrauensvoller Ansprechpartner zur Seite zu stehen. Im Jahr 2015 hat die BGR zur Qualitätssteigerung ebenfalls Vorbereitung und Organisation aller Workshops übernommen.

Neben dem etablierten Umweltwirtschaftsnetzwerk hat sich die BGR vor allem der Energieeffizienz in eigenen Netzwerken angenommen und dafür im Jahr 2015 die Strukturen erarbeitet. Der inhaltliche Umfang eines Energieeffizienz-Netzwerks wurde in der Verbändevereinbarung zwischen Deutschen Spitzenverbänden und der Bundesregierung definiert, die im Dezember 2014 unterzeichnet wurde. Ein Energieeffizienz-Netzwerk ist dabei ein systematischer, zielgerichteter und unbürokratischer Erfahrungs- und Ideenaustausch von in der Regel 8 bis 15 Unternehmen über in der Regel 2-3 Jahre zur gemeinsamen Steigerung der Energieeffizienz. Ziel der Netzwerke ist es, dass die Unternehmen dauerhaft eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz und damit potenziell eine spürbare Senkung der Energiekosten erreichen.

Marketing

Darüber hinaus wurden im Jahr 2015 umfangreiche Marketingtätigkeiten durchgeführt, z.B. Erstellung eines monatlichen Newsletters, Öffentlichkeitsarbeit über regionale und überregionale Medien, Internetmedien und Fachmedien, Teilnahme an Messen, Referententätigkeit bei Veranstaltungen, Ausstellungen und Durchführung eigener Workshops. Exemplarisch seien hier aufgeführt:

- / Referententätigkeit bei der 2. Kommunalen Nachhaltigkeitstagung NRW in Bielefeld
- / Referententätigkeit bei der 4. NRW Nachhaltigkeitstagung Landtag Düsseldorf
- / Referententätigkeit beim Tag der Kommunalwirtschaft in Dortmund
- / Nennung als herausragende Initiative im Umweltwirtschaftsbericht NRW.
- / USA-Reise des Wissenschaftlichen Direktors Herr Prof. Dr.-Ing. Markus Zdrallek mit Umweltminister Johannes Remmel

- / Beraterreise Türkisches Technologie- und Wissenschaftsministerium gemeinsam mit dem Wuppertal Institut sowie der Effizienzagentur.NRW
- / Diverse Besuche durch z.B. Umweltminister Remmel, Wissenschaftsministerin Schulze, Wirtschaftsminister Duin
- / Wiederholte Nennung als Best-Practice Beispiel des Deutschen Städtetags
- / Anerkennung als zentraler Ansprechpartner bei Fördermittelgebern / Projektträgern

2.3 Lage der Gesellschaft

2.3.1 Ertragslage

Die BGR erzielte im Geschäftsjahr 2015 geringe Umsatzerlöse durch Teilnahmegebühren für eine Veranstaltung. Die sonstigen Erträge zeigen im Wesentlichen (150 T€) den anteiligen Zuschuss des LANUV.

Die Aufwendungen bestehen insbesondere aus Personalaufwendungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen, insbesondere für Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zum Vorjahresergebnis ergeben sich vor allem aus einem niedrigeren Zuschuss (84 T€) und höheren Personalkosten (38 T€).

Für das Geschäftsjahr 2015 war ein Fehlbetrag von 295 T€ geplant. Die Abweichung in Höhe von 77 T€ ergibt sich im Wesentlichen aus der zeitlichen Verzögerung von geplanten Projekten (30 T€) und geringeren Umsatzerlösen aus geplanten Projekten, bei denen die BGR keine Förderung, sondern Beratungsentgelte bekommen soll (33 T€).

2.3.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich deutlich um 167 T€ auf 189 T€ reduziert.

Auf der Aktivseite ergibt sich die Verringerung aus der Abrechnung mit dem Zuschussgeber (LANUV). Das Projekt ist abgeschlossen und abgerechnet. Es bestehen daher keine Forderungen mehr gegenüber dem LANUV. Im Vorjahr wurden noch Forderungen in Höhe von 296 T€ ausgewiesen.

Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen um 35 T€ erhöht, insbesondere sind hier die Anschaffung eines modularen Messestands, der auch bei weiteren Messeauftritten genutzt werden kann sowie die Anschaffung eines CRM Systems zu nennen.

Ebenfalls erhöht haben sich die Forderungen aus Tagesgeldanlage. Diese belaufen sich auf 106 T€, im Vorjahr bestanden noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 56 T€.

Die Passivseite besteht mit 147 T€ (Vorjahr 233 T€) überwiegend aus Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote beträgt 77,9 % (Vorjahr 65,4 %). Der Anstieg der Eigenkapitalquote ergibt sich aus der geringeren Bilanzsumme, verursacht durch den Rückgang des Eigenkapital, geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (42 T€) und den Abbau der Tagesgeldverbindlichkeiten (56 T€).

2.3.3 Finanzlage

Die BGR ist eingebunden in das Konzern cash-management eines Gesellschafters. Die Zinssätze für die Tagesgeldaufnahme- und anlage orientieren sich am EONIA (Euro OverNight Index Average).

Die BGR konnte im Geschäftsjahr 2015 von Anfang Februar bis zum Ende des Jahres Überschüsse anlegen. Zum Stichtag belief sich die Tagesgeldanlage auf 106 T€.

3 Nachtragsbericht

Die Grundförderung der BGR wurde über die Förderkulisse „RegioCall.NRW“ beantragt. Gemeinsam mit der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (BSW) wurde bereits im Januar 2015 der Wettbewerbsbeitrag „Innovationsnetzwerk GreenTec“ eingereicht. Die BGR wird von der Region als relevante Institution zur strukturellen Stärkung der regionalen Wirtschaft und zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs im Bergischen Städtedreieck angesehen. Die Förderung der BGR über das Projekt „Innovationsnetzwerk GreenTec“ ist daher in das Regionale Strukturprogramm als Projekt aufgenommen worden und wird mit der Priorität 1 eingestuft.

Dieses Projekt ist im Frühjahr 2015 von einer Fachjury auf Landesebene zur Förderung empfohlen worden. Gemeinsam mit der Bezirksregierung, dem Projektträger ETN sowie dem Umweltministerium NRW (MKULNV) wurde im Juni 2015 ein Beginn der Maßnahme zum 1.2.2016 vereinbart. Die BGR hat die Antragsunterlagen am 19.12.2015 fristgerecht eingereicht.

Nach mehrmaligem Verschieben der Prüfung der Antragsunterlagen seitens der Bezirksregierung ist ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn eingegangen, sodass das Projekt zum 14.06.2016 starten konnte. Der Bewilligungsbescheid wird Mitte August erwartet.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2015 haben sich nicht ergeben.

4 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Ziel der Geschäftsführung ist es, die Finanzierung der Gesellschaft mittelfristig mit deutlich reduzierten Betriebskostenzuschüssen zu gewährleisten. Dafür erscheint es zielführend, vor allem die mögliche Förderquote bei Forschungsprojekten zu erhöhen. Aktuell ist die Förderquote durch die Einstufung als verbundenes Unternehmen erheblich eingeschränkt, so dass die BGR als Großunternehmen fördertechnisch behandelt wird. Die Geschäftsführung prüft daher parallel zwei Möglichkeiten:

- 1) Einstufung als „KMU“, also kleines oder mittleres Unternehmen (Förderquote idR 60- 80% der förderfähigen Kosten)
- 2) Anerkennung als gemeinnützige Forschungseinrichtung durch das Finanzamt (Förderquote idR 90-100% der förderfähigen Kosten)

Beide Maßnahmen ermöglichen damit die Beantragung erheblich höherer Fördersätze und einer damit verbundenen Reduzierung der notwendigen Eigenmittel bei Projekten.

4.1 Prognosebericht

Die Aufgaben der BGR liegen im Geschäftsjahr 2016 u. a. in der Umsetzung des Projektes „Innovationsnetzwerk GreenTec“, welches als Grundförderung im Rahmen des Regio-Calls.NRW beantragt wurde. Dabei geht es im Wesentlichen um die zielgerichtete Zusammenführung von mittelständischen Unternehmen und der wissenschaftlichen Kompetenz der Bergischen Universität Wuppertal sowie weiterer Forschungseinrichtungen. Anhand klassischer Techniken aus dem Bereich des Innovationsmanagements soll es vor allem kleinen und mittleren Unternehmen aus der Region möglich gemacht werden, Innovationen im Bereich der Umweltwirtschaft zu entwickeln sowie ihre Produkte auf den Markt der grünen Umwelttechnologien zu positionieren. Das Projekt Innovationsnetzwerk GreenTec ist für die Dauer von drei Jahren geplant.

Neben dieser Grundförderung bemüht sich die BGR um weitere Projektförderungen, die über Arbeitsanteilen an Einzelprojekten erfolgen sollen. Dazu wird sich die BGR als direkter Konsortialpartner in Projektanträgen einbringen und darüber weitere Einnahmen aus Förderungen generieren.

Gleichzeitig zu Einnahmen aus Förderungen sollen Geschäftsbereiche aufgebaut werden, die rentabel sind. Damit sollen erstmalig Erlöse erwirtschaftet werden. Für das Jahr 2016 rechnet die Geschäftsführung mit einem Erlös von rd. 37 T€ und für die kommenden Jahre mit einem sukzessiven Wachstum. Die Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus Produkt-/Dienstleistungsentwicklungen, Honoraren für Vorträge/Weiterbildung, Sponsorenpaketen und Eintrittsgeldern bei Veranstaltungen/ Kongressen sowie Dienstleistungen für Unternehmen und Projektpartner.

Ein wichtiger Einnahmebereich soll durch die Etablierung und Durchführung von Energieeffizienz-Netzwerken unter dem Namen EcoBilanz erfolgen. Diese Netzwerke sind, wie bereits beschrieben, Ergebnis einer Verbändevereinbarung zwischen deutschen Wirtschaftsverbänden und der Bundesregierung. Die BGR führt aus eigenen Stücken oder als Durchführungsgesellschaft für Dritte (z.B. lokale Energieversorgungsunternehmen, o.ä.) Energieeffizienz-Netzwerke durch. Die Leistungen von EcoBilanz als Energieeffizienz-Netzwerk der BGR gehen jedoch erheblich über die definierten Inhalte aus der Verbändevereinbarung hinaus. Die lokalen Netzwerke stärken nicht nur die Teilnehmer von EcoBilanz sondern vor allem die Anbieter von Effizienztechnologien und Handwerksbetriebe der Region.

Weiterhin hat die BGR eine Lizenz der EnergieAgentur.NRW für das Projekt „Mission E“ erhalten. „Mission E“ ist eine Motivationskampagne für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Verwaltungen. Das Konzept der „mission E“ wurde von der EnergieAgentur.NRW entwickelt und hat sich seit 2006 bereits in vielen Verwaltungen und einigen Unternehmen bewährt und zu teils beeindruckenden Einsparerfolgen geführt. Zu den erfolgreichen Anwendern zählen zum Beispiel die Bundeswehr, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die Deutsche Rentenversicherung Rheinland, das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW und zahlreiche Kommunen und Kreise auch außerhalb Nordrhein-Westfalens. Die EnergieAgentur.NRW hat sich ab 2016 aus der Beratung zurückgezogen und überlässt das den deutschlandweit 5 Lizenznehmern. Die BGR hat eine solche Lizenz erhalten und deckt den Raum NRW ab.

Im Geschäftsjahr 2016 werden Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter in Höhe von 262 T€, Zuschüsse für Projekte in Höhe von 240 T€ und Umsatzerlöse in Höhe von 42 T€ geplant.

Demgegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von 522 T€, insbesondere für Personalkosten (360 T€) und Investitionen in Höhe von 10 T€ geplant.

Aufgrund der noch nicht erfolgten Bewilligung der Grundförderung (RegioCall) muss bereits zum aktuellen Zeitpunkt mit einer Reduktion der Zuschüsse aus Projekten von 240T€ auf rd. 140T€ gerechnet werden. Gleichzeitig werden sich die Aufwendungen auf rd. 500T€ reduzieren, da Sachkosten für die Projektdurchführung ebenfalls zeitlich versetzt anfallen werden.

Die Position „Durchführung eigener Projekte“ ist für 2016 aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren und des insgesamt geringeren Budgets zunächst bis auf die Unterstützung von Ökoprofit gestrichen worden. Unter eigenen Projekten versteht die Geschäftsführung Projekte, die ein Ergebnis erzielen, das durch die Allgemeinheit genutzt werden kann bzw. keinem direkten Unternehmen/keiner direkten Institution Nutzen bringt. Das ist z.B. die Erstellung der „EffizienzHausRoute“, die Unterstützung von „Ökoprofit“ im Bergischen Städtedreieck oder die Entwicklung von Dienstleistungsformaten zur Ansprache von Unternehmen.

4.2 Chancen- und Risikobericht

Im Geschäftsjahr 2015 ist die Förderung des Umweltministeriums planmäßig entfallen, da die Fördermittelzusage des Landes NRW lediglich bis Mitte 2015 reichte. Im Geschäftsjahr 2016ff stehen verschiedenen Möglichkeiten der Weiterführung der Gesellschaft zur Verfügung, z. B.

- / Grundförderung durch den RegioCall
- / Förderung aus Einzelprojekten
- / Weitere Beteiligung der regionalen Wirtschaft an den Kosten der Gesellschaft
- / Reduzierung der Kosten
- / Erzielung eigener Erlöse,

die in Kombination genutzt werden sollen.

Risiken bestehen darin, dass Förderanträge insbesondere zur Grundförderung nicht oder zeitversetzt genehmigt werden. Weitere Risiken bestehen darin, dass mit Dienstleistungen der BGR nicht die geplanten Erlöse erzielt werden.

Wuppertal, den 01.07.2016

Die Geschäftsführung

gez. Stiebel

3.12 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH
 Bürger Str. 211
 42859 Remscheid
 Tel. 02191 / 13-3000

Gründungsjahr: 1913

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|-----------------------|---------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 158.100,00 | 5,1 |
| Sana Kliniken AG | 2.941.900,00 | 94,9 |
| <u>Gesamt</u> | <u>3.100.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

| Gesellschaften | Stammkapitalanteil | |
|--------------------------------|---------------------------|-------------|
| | in € | in % |
| Sana Arztpraxen Remscheid GmbH | 25.000,00 | 100,00 |
| RNR Sana MVZ GmbH | 12.250,00 | 49,00 |

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, Ismaning- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

| | |
|----------------------|------------------------------|
| Dr. Bernhard Schwilk | bis 23.06.2015 |
| Gunnar Schneider | bis 30.06.2015 |
| Thomas Hoffmann | ab 01.07.2015 bis 25.11.2015 |
| Christian Engler | ab 25.11.2015 |

Aufsichtsrat:

| | |
|--|----------------|
| Dr. Dorothea Dreizehnter –Vorsitzende | bis 28.02.2015 |
| Thomas Lemke - Vorsitzender | ab 01.03.2015 |
| Burkhard Mast-Weisz – stellv. Vorsitzender | bis 31.03.2015 |
| Thomas Neuhaus – stellv. Vorsitzender | ab 01.04.2015 |
| Dr. Rainer Trapp | |
| Ulrike Hohberg | |
| Christian Engler | bis 26.11.2015 |
| Thomas Preuss | |
| André Lassak | |
| Gudrun Hedler | |
| Susanne Hochburger | |
| Dr. Stephan Puke | ab 27.11.2015 |

Beirat: (ab 15.10.2015)

| | | |
|------------------------------|----------------|--------------|
| Thomas Kase | bis 30.11.2015 | Ratsmitglied |
| Björn Gottschalk | ab 02.12.2015 | Ratsmitglied |
| Norbert Schmitz | | Ratsmitglied |
| David Schichel | | Ratsmitglied |
| Brigitte Neff-Wetzell | | Ratsmitglied |
| Lothar Sill | | Ratsmitglied |
| Karl-Heinz Bobring | | Ratsmitglied |
| Elke Rühl | | |
| Dr. Bettina Stiel-Reifenrath | | |
| Henner Blecher | | |
| Dr. med. Andreas Streeck | | |

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz und Herr Beigeordneter Thomas Neuhaus.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2015 2.499.193,34 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 €. Zum 31.12.2015 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|-----------|-----------|-----------|
| | € | € | € |
| Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung | 80.225,96 | 80.225,96 | 80.225,96 |
| Verkauf von Geschäftsanteilen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

Anzahl der Beschäftigten

| Geschäftsbereich | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------------------|--------------|--------------|--------------|
| Ärztlicher Dienst | 150,2 | 159,6 | 159,3 |
| Pflegedienst | 276,0 | 279,6 | 262,5 |
| Med.-technischer Dienst | 65,6 | 64,5 | 69,0 |
| Funktionsdienst | 110,0 | 110,6 | 115,7 |
| Wirtschafts- und Versorgungsdienst | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Technischer Dienst | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Verwaltungsdienst | 47,6 | 48,2 | 52,0 |
| Sonderdienste | 5,9 | 8,0 | 7,4 |
| Personal der Ausbildungsstätten | 4,6 | 4,5 | 4,6 |
| Sonstiges Personal | 0,4 | 3,4 | 16,5 |
| Gesamt | 660,3 | 678,4 | 687,0 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

| Leistungsdaten | 2013 | in % | 2014 | in % | 2015 | in % |
|---|---------|------|---------|------|---------|------|
| Planbetten | 684 | 0,0 | 684 | 0,0 | 684 | 0,0 |
| Ist-Betten | 423 | -3,4 | 444 | 5,0 | 406 | -8,6 |
| Pflegetage | 131.855 | -8,5 | 129.729 | -1,6 | 129.465 | -0,2 |
| stationär behandelte Patienten -Fallzahl- | 19.963 | 2,3 | 21.120 | 5,8 | 21.856 | 3,5 |
| durchschnittliche Verweildauer -Tage- | 6,1 | -7,6 | 6,1 | 0,0 | 5,9 | -3,3 |
| Ausnutzungsgrad der Ist-Betten | 85,4 | -5,0 | 80,1 | -6,2 | 87,4 | 9,1 |

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

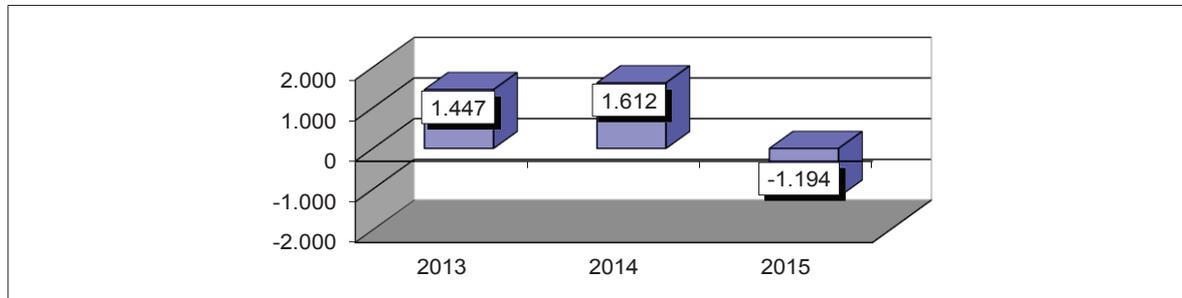
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|--|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 92 | 0,08 | 76 | 0,07 | 52 | 0,05 |
| Sachanlagen | 87.885 | 76,37 | 83.715 | 75,62 | 80.713 | 74,21 |
| Finanzanlagen | 1.825 | 1,59 | 1.825 | 1,65 | 1.923 | 1,77 |
| Anlagevermögen | 89.802 | 78,04 | 85.616 | 77,34 | 82.688 | 76,03 |
| Vorräte | 2.918 | 2,54 | 3.737 | 3,38 | 3.501 | 3,22 |
| Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst. | 17.110 | 14,87 | 15.637 | 14,12 | 17.416 | 16,01 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 870 | 0,76 | 1.265 | 1,14 | 820 | 0,75 |
| Umlaufvermögen | 20.898 | 18,16 | 20.639 | 18,64 | 21.737 | 19,99 |
| Ausgleichsposten nach dem KHG | 4.269 | 3,71 | 4.287 | 3,87 | 4.206 | 3,87 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 105 | 0,09 | 164 | 0,15 | 125 | 0,11 |
| Latente Steuern | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Aktiver Unscheldsbetrag aus Vermögensverr. | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Aktiva | 115.074 | 100,00 | 110.706 | 100,00 | 108.756 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 3.100 | 2,69 | 3.100 | 2,80 | 3.100 | 2,85 |
| Kapitalrücklage | 9.526 | 8,28 | 9.606 | 8,68 | 9.686 | 8,91 |
| Gewinnrücklagen | 468 | 0,41 | 468 | 0,42 | 468 | 0,43 |
| Gewinnvortrag(+) / Verlustvortrag(-) | 5.169 | 4,49 | 6.616 | 5,98 | 8.228 | 7,57 |
| Jahresüberschuss(+) | 1.447 | 1,26 | 1.612 | 1,46 | 0 | 0,00 |
| Jahresfehlbetrag(-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | -1.194 | -1,10 |
| Eigenkapital | 19.710 | 17,13 | 21.402 | 19,33 | 20.288 | 18,65 |
| Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm. | 14.360 | 12,48 | 13.441 | 12,14 | 12.903 | 11,86 |
| Rückstellungen | 7.450 | 6,47 | 7.113 | 6,43 | 7.459 | 6,86 |
| Verbindlichkeiten | 73.222 | 63,63 | 68.492 | 61,87 | 67.938 | 62,47 |
| Ausgleichsposten aus Darlehensforderung | 295 | 0,26 | 196 | 0,18 | 115 | 0,11 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 37 | 0,03 | 62 | 0,06 | 53 | 0,05 |
| Passiva | 115.074 | 100,00 | 110.706 | 100,00 | 108.756 | 100,00 |

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|---------------|----------------|----------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| GuV-Position | | | |
| Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung | 90.041 | 97.584 | 96.802 |
| Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen | 134 | 222 | -518 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 6.481 | 9.522 | 9.530 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 130 | 254 | 78 |
| Erträge | 96.786 | 107.582 | 105.892 |
| Aufwand nach dem KHG | 3.065 | 3.153 | 3.040 |
| Personalaufwand | 47.218 | 50.866 | 52.533 |
| Materialaufwand | 22.692 | 25.500 | 25.146 |
| Abschreibungen | 6.011 | 6.185 | 5.592 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 12.923 | 16.273 | 17.419 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.764 | 3.809 | 3.351 |
| Aufwendungen | 93.673 | 105.786 | 107.081 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 3.113 | 1.796 | -1.189 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | -1.666 | -184 | -5 |
| Jahresüberschuss (+) | 1.447 | 1.612 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | -1.194 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

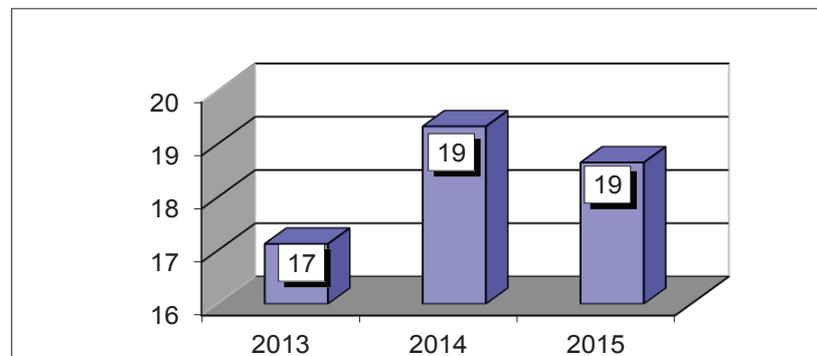
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|-------|-------|--------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 1.447 | 1.612 | -1.194 |



Kennzahlen

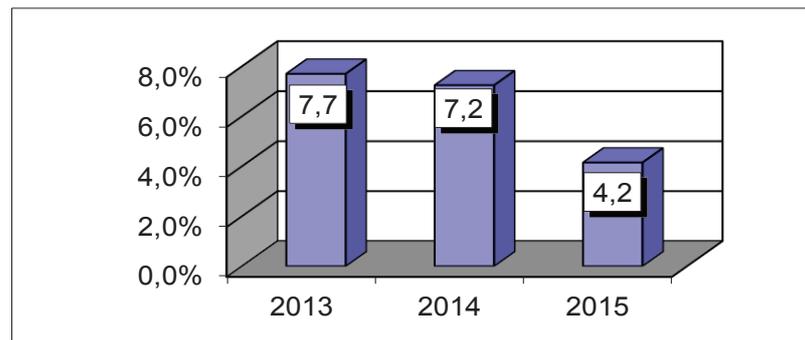
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|---------|---------|---------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 19.710 | 21.402 | 20.289 |
| Bilanzsumme | 115.074 | 110.706 | 108.756 |
| % EK | 17 | 19 | 19 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 1.447 | 1.612 | -1.194 |
| Abschreibungen | 6.011 | 6.185 | 5.592 |
| | 7.458 | 7.797 | 4.398 |
| Gesamterträge | 96.786 | 107.582 | 105.892 |
| Cash-Flow | 7,7% | 7,2% | 4,2% |



Lagebericht 2015

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG in deren Konzernabschluss sie einbezogen wird. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid.

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft setzt im Jahr 2015 trotz des schweren internationalen Umfelds den moderat positiven Wachstumstrend weiter fort'. Neben den anhaltenden Kämpfen der Terror-Miliz Islamischer Staat in Irak und Syrien steht nach wie vor die angespannte Lage in der Ost-Ukraine im Mittelpunkt des internationalen Geschehens. In Folge des Krieges reißen die Flüchtlingsströme nach Europa weiterhin nicht ab. Die Herausforderung für Deutschland ist enorm. Neben der Unterbringungssituation, die sich durch den bevorstehenden Winter verschärft, wird auch das Gesundheitswesen gefordert.

Die öffentlichen Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden einschließlich aller Extrahaushalte in Deutschland sinken im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem zweiten Quartal 2014 um 0,9 Prozent bzw. EUR 19,0 Mrd. auf EUR 2.025,2 Mrd.².

Im zweiten Quartal 2015 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2015 (plus 0,3 Prozent)³. Positive Impulse kamen vom Außenbeitrag. Begünstigt vom schwachen Euro stiegen die Exporte signifikant stärker als die Importe. Risiken für diesen Wachstumstrend ergeben sich aus den schlechten Konjunkturnachrichten aus China und den restlichen Schwellenländern⁴.

Positiv verhält es sich auch mit dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist im September 2015 auf 2.708.000 gesunken. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre reduzierte sich die Arbeitslosigkeit im September um 103.000 oder 4 Prozent. Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im September auf 6,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie um 0,3 Prozentpunkte gesunken⁵. All diese Faktoren wirken für den Gesundheitsbereich stabilisierend.

Die Inflationsrate - gemessen am Verbraucherpreisindex - fiel im September 2015 auf einen Wert von 0,0 Prozent. Damit lagen die Verbraucherpreise in Deutschland im September 2015 auf demselben Niveau wie im September 2014. Ursächlich für die niedrige Inflationsrate sind die gesunkenen Energiepreise, insbesondere günstigere Mineralölpro-

dukte⁶. Die unveränderte Inflationsrate wirkte als realer Einkommenszuwachs bei den Beschäftigten aber auch bei den Beziehern gesetzlicher Renten.

Die niedrigen Leitzinsen, die die Europäische Zentralbank (EZB) am 4. September 2014 auf 0,05 Prozent gesenkt hatte, bleiben weiter bestehen⁷.

Insgesamt wirken sich die robusten inländischen Rahmenbedingungen wie stabile Beschäftigung, gute Einkommensentwicklung und geringe Inflation positiv auf die Finanzierung des Gesundheitswesens aus.

Für die Vergütung von Krankenhausleistungen ist die wirtschaftliche Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) entscheidend. Laut Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 4. September 2015, verfügen die Gesetzlichen Krankenkassen im ersten Halbjahr 2015 weiterhin über Finanzreserven von EUR 15,2 Milliarden. Einnahmen von ca. EUR 106,09 Milliarden stehen Ausgaben von rund EUR 106,58 Milliarden gegenüber. Durch einen gegenüber dem bisherigen Sonderbeitrag von 0,9 Prozent niedrigeren durchschnittlichen Zusatzbeitrag (durchschnittlich 0,83 Prozent) wurden die Versicherten durch die 124 gesetzlichen Krankenkassen an den Finanzreserven beteiligt. Ohne Sonderfaktoren weist die GKV im ersten Halbjahr 2015 ein weitgehend ausgeglichenes Ergebnis aus. Der Gesundheitsfonds verbuchte im ersten Halbjahr 2015 eine Liquiditätsreserve von EUR 8,6 Milliarden und ist damit etwa doppelt so hoch wie die gesetzlich vorgegebene Mindestreserve von derzeit EUR 4,3 Milliarden. Zum Ende des ersten Halbjahres 2015 verfügen die Krankenkassen und der Gesundheitsfonds über Finanzreserven von EUR 23,8 Milliarden. Bei einer weiterhin positiven Entwicklung der Beitragseinnahmen profitiert die GKV auch zukünftig von der guten Lohn- und Beschäftigungsentwicklung.

Die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen je Versichertem stiegen um 3,3 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2014.

Der Deutsche Bundestag hat am 5. November 2015 das Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz — KHSG) in zweiter und dritter Lesung beraten⁸. Zentrale Themen des Krankenhausstrukturgesetzes sind die Qualitätssicherung im Krankenhaus, die Krankenhausplanung und die Sicherung der Finanzierung der Betriebskosten. Das Gesetz bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates und soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Seit Eröffnung des Gesetzgebungsverfahrens sind die vorgesehenen Neuregelungen kontrovers auf Krankenhaus- und Kassenseite diskutiert und kommentiert worden.

Schwerpunkte des Gesetzes sind beispielsweise ein Pflegestellen-Förderprogramm zur Stärkung der Pflege am Bett, die Umwandlung des Versorgungszuschlags in einen Pflegezuschlag, Qualität der Krankenhausversorgung mit Qualitätszu- und abschlägen für qualitativ gute und nicht optimale Leistungen.

Jedoch ist es die Neuausrichtung der Mengensteuerung, die die Sana Kliniken AG aufgrund ihres ambitionierten Leistungswachstums vor besondere Aufgaben stellt. Mit dem sogenannten Fixkostendegressionsabschlag soll erstmals für das Jahr 2017 ein Mindestabschlag für die Fixkostendegression bei Mehrleistungen vereinbart werden, der den bisherigen Mehrleistungsabschlag ersetzt. Des Weiteren soll bereits im Jahr 2016 ein Zweitmeinungsverfahren für „mengenanfällige Leistungen“ etabliert werden.

2. Geschäftsverlauf

• Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2015 wurden 21.433 Fälle vollstationär behandelt. Die Leistungsentwicklung liegt damit 752 Fälle (3,5 %) über dem Vorjahr.

Leistungssteigerungen im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen in den Abteilungen Kardiologie (+214 Fälle), Gastroenterologie (+192 Fälle), Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde

(+95 Fälle), Allgemeinchirurgie (+95 Fälle) und Frauenheilkunde (+129 Fälle) zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Verweildauer konnte weiter gesenkt werden auf nunmehr 5,9 Tage. Dies bedeutet eine Senkung von 3,3% im Vergleich zum Vorjahr. Die durchschnittlichen effektiven Bewertungsrelationen (Casemix-Index) je Fall als Maß der durchschnittlichen Fallschwere beliefen sich im Jahr 2015 auf 1,02 (ohne teilstationäre Dialyse). Der CMI liegt somit 4,6% unter Vorjahr.

Im Ambulanzbetrieb wurden insgesamt 47.555 Fälle, das sind im Vergleich zum Vorjahr 1.491 Fälle mehr, versorgt. Im teilstationären Bereich ist ein leichter Rückgang der teilstationären Dialysen auf 3.504 Fälle zu verzeichnen.

Im Jahr 2015 konnten weiterhin keine Entgeltvereinbarungen für die Budgetjahre 2013, 2014 und 2015 geschlossen werden.

- **Kostenentwicklung**

Analog der Leistungsentwicklung ist auch der Materialaufwand im Jahr 2015 rückläufig, was zu einem großen Teil auf den medizinischen Bedarf und den Wechsel des Caterers zurückzuführen ist. Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Anstieg zu verzeichnen, was u.a. auf gestiegene Versicherungsprämien und einen höheren Apothekenumsatz und dem damit verbundenen Wareneinsatz zurückzuführen ist.

- **Investitionen**

Neben der Sanierung von zwei Normalstationen B01 und B04 wurden auch die Privatstationen BS2 und BS3 saniert. Insgesamt sind Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen getätigt worden, welche mit pauschalen Fördermitteln in Höhe von 1.173 TEUR und in Höhe von 2.069 TEUR mit Eigenmitteln bzw. Mitteln aus Konzerndarlehen finanziert wurden.

- **Personal- und Sozialbereich**

Der Personalaufwand stieg insgesamt um durchschnittlich 3 % an, was ungefähr der angesetzten Tarifsteigerung entspricht. Unberücksichtigt bleibt an dieser Stelle der Einsatz von Fremdpersonal.

- **Umweltschutz und Hygiene**

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Umweltschutz werden eingehalten. Die Gesellschaft hat einen Abfallbeauftragten, der die Einhaltung der entsprechenden Richtlinien überwacht.

3. Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH schließt das Geschäftsjahr mit einem negativen Ergebnis ab. Im vollstationären Bereich wurden zwar mehr Fälle als im Vorjahr behandelt, jedoch zeigt sich eine Reduzierung der Fallschwere. Aufgrund der eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen zur Fallsteuerung und Organisationsentwicklung konnten die rückläufigen Erlöse aus Krankenhausleistungen im letzten Quartal teilweise kompensiert werden.

Im zweiten Halbjahr 2015 wurden organisatorische Maßnahmen zur Optimierung der Ressourcensteuerung auf der Intensivstation eingeleitet. Im Rahmen des Projektes zur Verbesserung der Patientenzufriedenheit wurde weiter an Verbesserungen, insbesondere im Bereichen Zentrale Notaufnahme, gearbeitet. Diese angestoßenen Themen sollen auch im Jahr 2016 fortgesetzt werden.

Die im Rahmen des Projektes eingeführte permanente interne Patientenbefragung zeigt darüber hinaus Handlungsbedarf in den Bereichen Organisation und Sauberkeit. Allerdings wir-

ken die eingeleiteten Maßnahmen nachweisbar. Im betrachteten Zeitraum wurde die Gesamtzufriedenheit mit der Note 1,7 bewertet. Die Rate der Weiterempfehlung liegt auf Vorjahresniveau bei 96 %.

Die Hauptfinanzierungsquelle der Gesellschaft stellt nach wie vor das Cash-Pooling mit der Sana Kliniken AG dar. Die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool gegenüber dem Gesellschafter werden unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen und betragen zum Bilanzstichtag 6.090 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahr (2.448 TEUR) sind die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool um 3.642 TEUR angestiegen.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 1.194 TEUR erzielt. Das Eigenkapital reduziert sich gegenüber 2014 von 21.402 TEUR auf 20.289 TEUR.

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu. Die Liquidität der Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist durch die Teilnahme am Cash-Pool der Sana Kliniken AG jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist zur Sicherung ihrer Liquidität auf die Unterstützung der Sana Kliniken AG weiter angewiesen.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 40.400 TEUR durch die Sana Kliniken AG mussten im Jahr 2015 3.754 TEUR Zins und Tilgung aufgebracht werden.

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.194 TEUR nach einem Jahresüberschuss im Vorjahr in Höhe von TEUR 1.612 ab. Die umfangreiche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme belastet das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen mit 3.805 TEUR.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat im Geschäftsjahr 2015 eine Betriebsleistung in Höhe von 99.973 TEUR erzielt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Verminderung um 929 TEUR, die insbesondere auf die Reduzierung der vollstationären Casemixpunkte zurückzuführen ist.

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Personalaufwendungen um 1.667 TEUR höher bei nunmehr 52.533 TEUR. Die Höhe der Personalaufwendungen ist hauptsächlich tarifbedingt, andererseits wurden mehr Vollzeitkräfte im Funktionsdienst und medizinisch-technischen Dienst beschäftigt als im Vorjahr.

Die Kosten des medizinischen Bedarfs konnten im Geschäftsjahr um 2,9 % reduziert werden. Insgesamt hat sich die Materialeinsatzquote im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahme.

4. Forschung und Lehre

Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten werden von der Gesellschaft nicht ausgeführt.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Um Risiken und Chancen frühzeitig zu erkennen und zu steuern, nutzt die Sana Kliniken AG konzernweit ein ganzheitliches Risikomanagementsystem. Jede Tochter bildet dort Risiken ab, sodass es möglich ist, auch maßnahmenbasiert aus Erfahrungen anderer Gesellschaften zu lernen. Es hat sich gezeigt, dass bestimmte Risiken in verschiedenen Gesellschaften in ähnlicher Form auftreten. Vermeidungsstrategien können so adaptiert werden. Ebenso ist es möglich, zentrale Risiken auf Konzernebene zu steuern und zu vermeiden.

Zu diesem Zweck gibt es im Rahmen der Konzern-Richtlinie Risikomanagement verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung we-

sentlicher Risiken. Umgesetzt wird das Risikomanagement in einer einheitlichen Software. Dadurch wird sichergestellt, dass ein einheitliches Verständnis zum Thema Risikomanagement besteht.

Quartalsmäßig werden die in der Risikomanagement-Software erfassten Informationen regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht eine verpflichtende Ad-hoc-Risikoberichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Das Konzerncontrolling und beauftragte Dritte überprüfen im Rahmen regelmäßiger Prüfungs- und Beratungsleistungen die Angemessenheit, Funktionsfähigkeit und Effizienz des Risikomanagementsystems. Der Aufsichtsrat der Sana Kliniken AG hat einen Prüfungsausschuss bestellt, der sich mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems befasst.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse sowie des weiterhin geltenden Mehrleistungsabschlages, dessen Höhe nun mit 25 % jedoch für drei Jahre festgelegt wurde.

Neben vorgenannten Erlösrisiken besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlösrisiko durch Nichterreichen der geplanten stationären Leistungen. Da die Vorhaltungen der personellen und sächlichen Ressourcen nicht ad hoc angepasst werden können, kann ein Fallzahleinbruch einer oder mehrerer Abteilung schon zu deutlichen Planunterschreitungen führen, was der Geschäftsverlauf des Jahres 2015 deutlich macht. Besonders die Leistungsentwicklung im 4. Quartal 2015 macht das Leistungspotenzial des Hauses deutlich. Durch bereits eingeleitete organisatorische Maßnahmen soll es zu einem nachhaltigen Leistungszuwachs kommen.

6. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

7. Prognosebericht

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat als Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG ihre jährliche Unternehmensplanung auf Basis eines konzernweit standardisierten Planungsprozesses erstellt. Dabei werden die individuellen Leistungsdaten, erwartete mikro- und makroökonomische Rahmenbedingungen sowie die zukünftige Ausrichtung des medizinischen Portfolios der Einzelgesellschaft berücksichtigt. Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir insbesondere aufgrund stabiler gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie erwarteter leicht steigender Fallzahlen von einem leicht steigenden Umsatz aus. Wir erwarten im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr konstante Personalkosten. Insgesamt erwarten wir im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr ein steigendes Ergebnis.

8. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a HGB

Mit Gesellschafterbeschluss vom 15.10.2015 wurde für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Zielquote für den Frauenanteil in Höhe von 33,3% und für die Geschäftsführung eine Zielgröße von 100% festgelegt. Diese Ziele sollen bis zum 30. Juni 2017 erreicht werden.

Die Geschäftsführung hat für die obersten beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50% auf der 1. Führungsebene und 54% auf der 2. Führungsebene festgelegt. Diese Zielgröße soll bis zum 30. Juni 2017 erreicht werden.

Remscheid, 27. Januar 2016

gez.

Christian Engler
Geschäftsführer

- ¹⁾ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Pressemitteilung vom 08. Oktober 2015, Berlin 2015
- ²⁾ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 348/15 vom 22. September 2015, Wiesbaden 2015
- ³⁾ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 293/15 vom 14. August 2015, Wiesbaden 2015
- ⁴⁾ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Pressemitteilung vom 08. Oktober 2015, Berlin 2015
- ⁵⁾ Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Monatsbericht September 2015, Nürnberg 2015
- ⁶⁾ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 381/15 vom 13. Oktober 2015, Wiesbaden 2015
- ⁷⁾ Finanzen.net, www.finanzen.net/leitzins/
- ⁸⁾ Bundesministerium für Gesundheit, Pressemitteilung 2015-4 vom 5. November 2015, Berlin 2015

3.13 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
 Rüttenscheider Straße 62
 45130 Essen
 Tel. 0201 / 243439

Gründungsjahr: 1929

| Gesellschafter | Stammkapitalanteil | |
|---|--------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid | 1.615,68 | 1,26 |
| weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts | 126.207,29 | 98,74 |
| <u>Gesamt</u> | <u>127.822,97</u> | <u>100,0</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Landrat a.D. Roger Graef, Rheinbach
Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

Verwaltungsrat

Insgesamt 13 Mitglieder

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------------------|----------|----------|----------|
| | € | € | € |
| Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten | 2.424,00 | 2.424,00 | 2.424,00 |

3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Korzert 15

42349 Wuppertal

Tel. 0202 / 4042-0

Gründungsjahr: 1971

| Gesellschafter | Stammkapitalanteil | |
|-----------------------------|---------------------------|---------------|
| | in € | in % |
| Wuppertaler Stadtwerke GmbH | 3.523.475,00 | 70,47 |
| Stadtwerke Remscheid GmbH | 1.248.475,00 | 24,97 |
| Stadtwerke Velbert GmbH | 225.000,00 | 4,50 |
| Stadt Wuppertal | 1.525,00 | 0,03 |
| Stadt Remscheid | 1.525,00 | 0,03 |
| <u>Gesamt</u> | <u>5.000.000,00</u> | <u>100,00</u> |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

| Gesellschaften | Stammkapital | Beteiligung |
|--|---------------------|--------------------|
| | in € | in % |
| WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH | 25.000,00 | 100,0 |
| WLG Wertstofflogistik GmbH | 25.000,00 | 49,0 |
| Wuppertal Marketing GmbH | 210.000,00 | 2,4 |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg

Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

| | |
|---------------------------|-------------------------|
| Klaus-Jürgen Reese | Vorsitzender |
| Tanja Kreimendahl | 1. stellv. Vorsitzende |
| Willy Görtz | 2. stellv. Vorsitzender |
| Frank Braken | |
| Heinrich-Günter Bieringer | |
| Daniela Puzicha | |
| Ralph Güther | |
| Susanne Herhaus | |
| Ingeborg Ockel | |
| Michael Hornung | |
| Paul-Yves Ramette | |
| Frank Lindgren | |
| Ursel Simon | |
| Dr. Johannes Slawig | |
| Fred Surga | |
| Thomas Uebrick | |
| Peter-Edmund Uibel | Ratsmitglied |
| Sven Wiertz | Stadtkämmerer |
| Michael Schulte | |
| Andreas Feicht | beratendes Mitglied |
| Prof. Dr. Thomas Hoffmann | beratendes Mitglied |
| Stefan Freitag | beratendes Mitglied |

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 19.08.2015 war Herr Stadtkämmerer Sven Wiertz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2015 14.054.902,52 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------|-----------|------------|------------|
| | € | € | € |
| Verrechnungsbetrag aus US-Lease | 95.734,94 | 202.053,61 | 256.842,12 |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------|------|------|------|
| Mitarbeiter | 414 | 415 | 438 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

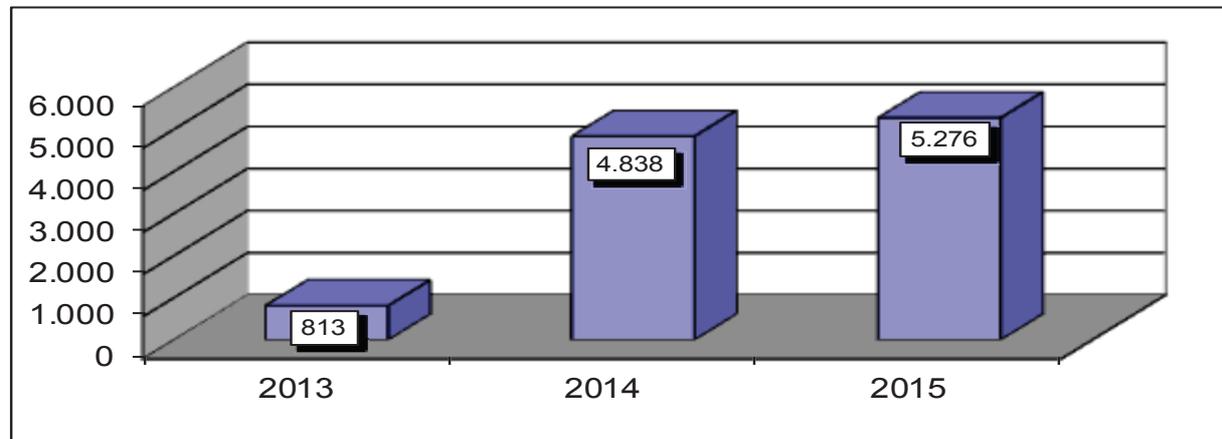
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 268 | 0,22 | 204 | 0,18 | 116 | 0,10 |
| Sachanlagen | 97.170 | 81,32 | 93.531 | 81,49 | 83.390 | 72,76 |
| Finanzanlagen | 201 | 0,17 | 168 | 0,15 | 153 | 0,13 |
| Anlagevermögen | 97.639 | 81,71 | 93.903 | 81,81 | 83.659 | 73,00 |
| Vorräte | 4.426 | 3,70 | 4.329 | 3,77 | 4.294 | 3,75 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 16.273 | 13,62 | 12.115 | 10,55 | 26.410 | 23,04 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 1.105 | 0,92 | 4.384 | 3,82 | 186 | 0,16 |
| Umlaufvermögen | 21.804 | 18,25 | 20.828 | 18,15 | 30.890 | 26,95 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 47 | 0,04 | 51 | 0,04 | 53 | 0,05 |
| Aktiva | 119.490 | 100,00 | 114.782 | 100,00 | 114.602 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 5.000 | 4,18 | 5.000 | 4,36 | 5.000 | 4,36 |
| Kapitalrücklage/Gewinnrücklage | 15.000 | 12,55 | 15.000 | 13,07 | 15.000 | 13,09 |
| Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 20.000 | 16,74 | 20.000 | 17,42 | 20.000 | 17,45 |
| Sonderposten mit Rücklagenanteil | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 21.836 | 18,27 | 23.844 | 20,77 | 26.214 | 22,87 |
| Verbindlichkeiten | 77.654 | 64,99 | 70.938 | 61,80 | 68.388 | 59,67 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 119.490 | 100,00 | 114.782 | 100,00 | 114.602 | 100,00 |

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|----------------|---------------|---------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| GuV-Position | | | |
| Umsatzerlöse | 88.511 | 90.876 | 94.508 |
| Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 8.429 | 1.397 | 1.083 |
| Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 7 | 6 | 5 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 4.247 | 409 | 283 |
| Erträge | 101.194 | 92.688 | 95.879 |
| Materialaufwand | 32.885 | 31.642 | 36.160 |
| Personalaufwand | 22.177 | 23.278 | 24.947 |
| Abschreibungen | 16.497 | 17.754 | 14.526 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 9.351 | 9.888 | 10.400 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 3.780 | 3.640 | 3.030 |
| Aufwendungen | 84.690 | 86.202 | 89.063 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 16.504 | 6.486 | 6.816 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliche Aufwendungen | -15.000 | 0 | 0 |
| Steuern von Einkommen und Ertrag | -481 | -1.442 | -1.334 |
| Sonstige Steuern | -210 | -206 | -206 |
| Aufwendungen aus Ergebnisabführung | -813 | -4.838 | -5.276 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)

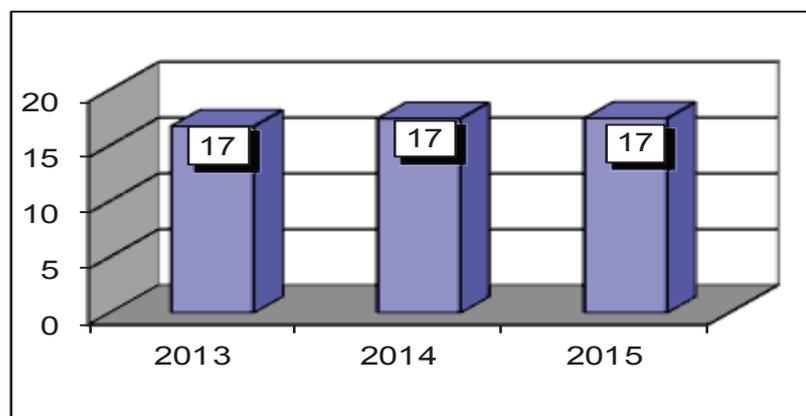
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 813 | 4.838 | 5.276 |



Kennzahlen

Eigenkapitalquote

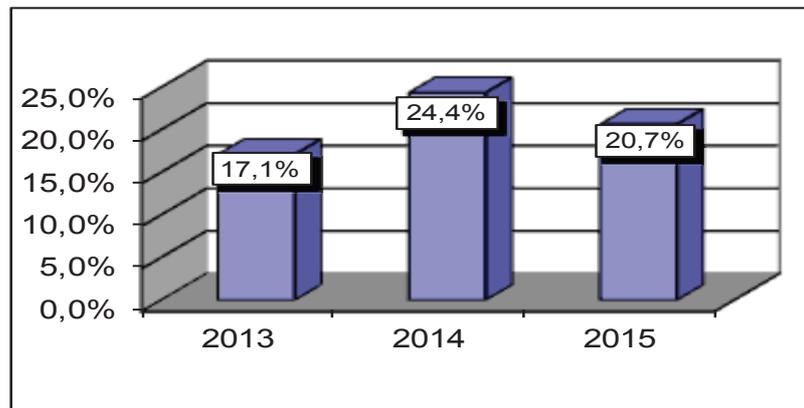
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|---------|---------|---------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| Bilanzsumme | 119.490 | 114.782 | 114.602 |
| % EK | 17 | 17 | 17 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------|---------|--------|--------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss* | 813 | 4.838 | 5.276 |
| Abschreibungen | 16.497 | 17.754 | 14.526 |
| | 17.310 | 22.592 | 19.802 |
| Gesamterträge | 101.194 | 92.688 | 95.879 |
| Cash-Flow | 17,1% | 24,4% | 20,7% |

*) vor Ergebnisabführung



Lagebericht zum 31. Dezember 2015

1. Grundlage des Unternehmens

Die Städte Wuppertal und Remscheid sowie die Stadtwerke von Wuppertal, Remscheid und Velbert sind die Gesellschafter der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal.

Die AWG wurde zuletzt 1999 von der Stadt Wuppertal mit der Sammlung, dem Transport, der Verwertung und der Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle im Rahmen eines langjährigen Entsorgungsvertrags beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrags sind seit dem Jahr 2002 an den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben worden, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrags u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten bedient. Die Stadt Remscheid und der Kreis Mettmann hatten sich ebenfalls durch einen langjährigen Entsorgungsvertrag für die Verwertung und Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle an die AWG gebunden, auch diese Entsorgungsaufträge wurden an den Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben. Auch für diese Entsorgungsaufgaben bedient sich der Entsorgungszweckverband u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten.

Der Entsorgungszweckverband EKOCity wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsverbund gegründet. Zum 1.1.2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation gewährleistet die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Die AWG als Inhaber und Betreiber einer der drei Entsorgungsanlagen im Abfallwirtschaftsverband EKOCity partizipiert im Rahmen von langjährigen vertraglichen Vereinbarungen mit dem Entsorgungsverband von dieser kommunalen Kooperation, weil so der Abfallwirtschaftsverband EKOCity eine wirtschaftliche Auslastung des AWG-Müllheizkraftwerks mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandsgebiet sichert.

Diese Mitgliedschaft der Gesellschafterstädte Wuppertal und Remscheid im Abfallwirtschaftsverband EKOCity und die daraus resultierende enge Zusammenarbeit der AWG mit allen Verbandsmitgliedern und den eingebundenen Entsorgungsunternehmen begründet eine positive wirtschaftliche Prognose für die AWG.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Bereich der privaten Abfälle ist durch die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes die Position der kommunalen Entsorgungswirtschaft gestärkt worden. Allerdings geben die laufenden Beratungen zum Entwurf der Bundesregierung zu einem Wertstoffgesetz und die vorliegenden Diskussionsentwürfe Anlass zur Sorge der kommunalen Entsorger, denn weiterhin ist das Bestreben der privaten Entsorgungswirtschaft erkennbar, wesentliche, besonders die werthaltigen, Bestandteile der andienungspflichtigen Müllmengen den kommunalen Entsorgern zu entziehen. Die AWG unterstützt dabei die Bemühungen der kommunalen Entsorger und des Verbandes der kommunalen Unternehmen (VKU) eine kommunalfreundliche Regelung für die wertstoffhaltigen Abfallfraktionen zu finden.

In der Konsequenz hat das umfängliche Anwachsen privater Sammlungen wirtschaftlich spürbare Auswirkungen auf die Erlösseite der kommunalen Wertstoffsammlungen und bewirkt, dass die kommunalen Wertstoffsammlungen nicht in vollem Maße zur Abfallgebührenstabilisierung beitragen können. Denn es werden weiterhin werthaltige Materialien, vor allem Alttextilien, Schrott und, trotz gesetzlichem Verbot, Elektroaltgeräte aus den Abfällen der Haushalte entnommen und damit den kommunalen Sammlungen entzogen. Ein mögliches Wertstoffgesetz, das in seinen Auswirkungen die kommunalen Sammlungen weiter zurückdrängen würde, würde die beschriebenen wirtschaftlichen Auswirkungen noch weiter verstärken und den Weg hin zu einer weitestgehend privatisierten Abfallwirtschaft ebnen.

Im Bereich der gewerblichen Abfallmengen zeigt das Preisniveau für Gewerbemüll im Berichtsjahr einen leichten Aufwärtstrend, bleibt aber auf einem in der Gesamtschau als niedrig einzuschätzenden Niveau. Die Gewerbemengen sind im Berichtsjahr, gegenüber dem Vorjahr, nochmals erheblich gestiegen.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG zu kostendeckenden Konditionen abgesichert. Die Verbrennungsmenge des MHKWs der AWG lag im Jahre 2015 bei 459.819 Mg Abfälle aus Haushalten und Gewerbe.

Das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe ist in Wuppertal fest etabliert und das Konzept einer flächendeckenden Vorhaltung umgesetzt. Mit fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht. Der Zuspruch und die Besucherzahlen sind weiterhin positiv. Die gesammelten Abfallmengen bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Die Schadstoffsammlung der AWG wurde durch die Inbetriebnahme einer zusätzlichen stationären Schadstoffsammelstelle auf einem Recyclinghof ausgeweitet und hat sich dort etabliert. Die mobile Sammlung von Schadstoffen an wechselnden Standorten im ganzen Stadtgebiet wird weiterhin angeboten.

Alttextilien, Altmetalle, Schrotte und Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz stark schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel „Abfallverwertung“ und trägt mit den Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2014 steigerte sich die angelieferte Abfallmenge um rd. 46.660 Mg auf 463.979 Mg (VJ 417.319 Mg).

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. T€ 50.199,9 (Vorjahr T€ 52.875,2).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€ 5.814 (Vorjahr T€ 6.282,0) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 86.782 Mg (VJ 87.872 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 69.503 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 17.279 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von T€ 12.203,2 (VJ T€ 11.542,7).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von T€ 510,2 realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll steigerte sich die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit durchschnittlich 5.435 gegenüber dem Vorjahr mit 5.370.

Die Zahl der Frontumleerbehälter bleibt mit rd. 320 Stück gegenüber dem Vorjahr weitestgehend konstant.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung von Altpapier (T€ 2.089,0) und Altkleider (T€ 448,8) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (T€ 70,6).

Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von T€ 424,6 generiert werden.

2.3. Darstellung der Lagen

Vermögenslage

Im Folgenden wird die Vermögenslage anhand einer Kurzbilanzübersicht der Jahre 2014 und 2015 wie folgt dargestellt:

| | 31.12.2014 | | 31.12.2015 | |
|-------------------|------------|-------|------------|-------|
| | T€ | % | T€ | % |
| Anlagevermögen | 93.903 | 81,9 | 83.659 | 73,0 |
| Umlaufvermögen | 20.828 | 18,1 | 30.890 | 27,0 |
| Aktive RAP | 51 | 0,0 | 53 | 0,0 |
| | 114.782 | 100,0 | 114.602 | 100,0 |
| | | | | |
| Eigenkapital | 20.000 | 17,4 | 20.000 | 17,4 |
| Rückstellungen | 23.844 | 20,8 | 26.214 | 22,9 |
| Verbindlichkeiten | | | | |
| - langfristig | 49.503 | 43,1 | 45.795 | 40,0 |
| - kurzfristig | 21.435 | 18,7 | 22,593 | 19,7 |
| | 114.782 | 100,0 | 114.602 | 100,0 |

Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Bilanzsumme weitestgehend konstant.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung zum 31.12.2015

| | | 2014 | 2015 |
|------------|--|----------------|---------------|
| | | T€ | T€ |
| 1. | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 0 | 0 |
| 2. | + Abschreibungen auf Anlagevermögen | 17.754 | 14.526 |
| 3. | +/- Abnahme/Zunahme der Rückstellungen | 2.008 | 2.370 |
| 4. | - Sonstige zahlungsunwirksame Erträge | -5 | 0 |
| 5. | -/+Gewinn/Verlust aus Anlageabgängen | 2 | 127 |
| 6. | -/+Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 4.257 | -14.261 |
| 7. | +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 3.218 | 1.486 |
| 8. | Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | 27.234 | 4.248 |
| 8. | +Einzahlungen aus Anlageabgängen | 191 | 1.386 |
| 8a. | +Einzahlungen aus Abgängen Finanzvermögen | 33 | 38 |
| 9. | -Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen | -14.244 | -5.834 |
| 10. | Cashflow aus Investitionstätigkeit | -14.020 | -4.410 |
| | Auflösungen von Gewinnrücklagen | 0 | 0 |
| | Aufnahme Kredite | 13.100 | 9.400 |
| | Tilgung Kredite | -23.034 | -13.437 |
| 11. | Cashflow aus Finanzierungstätigkeit | -9.934 | -4.037 |
| 12. | Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds | 3.280 | -4.199 |
| 13. | Finanzmittelbestand am Anfang der Periode | 1.104 | 4.384 |
| 14. | Finanzmittelbestand am Ende der Periode | 4.384 | 185 |

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt. Neben den vorhandenen liquiden Mitteln stehen ausreichend verbindliche und derzeit nicht in Anspruch genommene Kreditlinien in Höhe von 3 Mill. Euro zur Verfügung. Die finanzielle Lage der AWG ist insbesondere aufgrund der bestehenden Verträge als ausgesprochen gut einzustufen.

Ertragslage

Die Darstellung der Ertragslage ergibt sich aus nachfolgender Übersicht:

| | 2014(T€) | 2015(T€) | Veränd. |
|----------------------------------|---------------|---------------|-------------|
| Erlöse | 90.876 | 94.508 | 3.632 |
| Materialaufwand | 31.642 | 36.160 | 4.518 |
| Personalaufwand | 23.278 | 24.947 | 1.669 |
| Abschreibungen | 17.754 | 14.526 | -3.228 |
| Betriebskosten | 5.787 | 6.655 | 868 |
| Verwaltungskosten | 2.403 | 1.978 | -425 |
| sonst. betriebl. Aufwendungen | 1.697 | 1.767 | 70 |
| Betriebsergebnis | 8.315 | 8.476 | 161 |
| Beteiligungsergebnis | 3 00 | 2 00 | -100 |
| Zins und ähnliche Erträge | 114 | 87 | -27 |
| Zinsaufwendungen | 3.639 | 3.030 | -609 |
| Finanzergebnis | -3.525 | -2.943 | 582 |
| sonst. Erträge | 1.396 | 1.083 | -313 |
| Neutrales Ergebnis | 1.396 | 1.083 | -313 |
| Ergebnis vor Steuern | 6.486 | 6.816 | 330 |
| Steueraufwand | 1.648 | 1.540 | -108 |
| Ergebnis vor Abführung | 4.838 | 5.276 | 438 |
| Auflösung Gewinnrücklage | 0 | 0 | 0 |
| Aufwand Ergebnisabführung | 4.838 | 5.276 | 438 |
| Bilanzgewinn | 0 | 0 | 0 |

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€ 5.811 durchgeführt.

Für die Fertigstellung der Rostascheaufbereitungsanlage incl. Nebengewerken wurden im Berichtsjahr T€ 5.799 - davon T€ 5.424 durch Umbuchung von Anlagen im Bau aktiviert. Weiterhin wurden insgesamt T€ 1.672 für die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen investiert. Für die im Berichtsjahr begonnene Maßnahme (Fernwärme Talachse) wurden insgesamt rd. T€ 300 Vorlaufkosten aktiviert.

Finanzierungsmaßnahmen

Im Rahmen der Umfinanzierung bestehender Darlehen aufgrund Beendigung der Zinsbindung wurde ein Darlehen in Höhe von 2,9 Mill. Euro aufgenommen bei gleichzeitiger Ablösung von Altdarlehen. Weiterhin wurde zur Finanzierung der neu errichteten Rostascheaufbereitungsanlage ein Darlehen in Höhe von 6,5 Mill. Euro aufgenommen.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2015 beträgt 437,5.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr T€ 24.947 (Vorjahr T€ 23.278).

Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2015 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesimmissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden, wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und dem staatl. Umweltamt vorgelegt. Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Bereiche „Sammlung und Transport“ sowie "Autorecycling" zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

3. Nachtragsbericht

Nach Buchungsschluss und Erstellung der Bilanzen sind keine Vorgänge eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage beeinflusst haben.

4. Prognose-,Chancen-und Risikobericht

Prognosebericht

Insbesondere aufgrund der außerplanmäßig hohen Anlieferungsmenge konnte das Planergebnis in Höhe von 4,7 Mill. Euro um rd. T€ 535 gesteigert werden.

Aufgrund der abgeschlossenen Verträge und den nicht linear anfallenden Instandhaltungskosten wird für 2016 ein Jahresergebnis in Höhe von 5,1 Mill. € sowie ein leicht sinkender Umsatz erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen:

US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6.17.12.1999 mit einem US-Trust eine U.S.-Lease-ServiceContract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken wurde als Vorsorge ein Risikomanagementsystem eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren der US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die AIG, der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, in 2008 im Rating herabgestuft worden. Gem. den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion wurde im Mai 2009 der vertragsgemäße Zustand durch eine zusätzliche Bürgschaft der KfW und NRW Bank wieder hergestellt. Diese Bürgschaft war ursprünglich auf zwei Jahre befristet. Im Mai 2011 wurde die Option einer 3jährigen Verlängerung — bis Mai 2014 ausgeübt. Die endgültige Risikoabsicherung bis zum Ende der Vertragslaufzeit erfolgte durch die Vertragsunterzeichnung im September 2013.

Sonstiges

Es werden für den mittel- und langfristigen Prognosezeitraum keine wesentlichen Risiken oder Chancen gesehen. Durch die bestehenden Verträge mit der Stadt Wuppertal und EKOCity ist die Auslastung des Transportbereiches und der Verbrennungsanlage langfristig bei einer kostendeckenden Erlössituation und einem entsprechendem Unternehmensertrag gesichert.

5. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Liquiditätslage der AWG ist weiterhin als gut zu bezeichnen, es sind auch zukünftig keine finanziellen Engpässe zu erwarten. Zu den in der AWG bestehenden Finanzierungsinstrumenten zählen im Wesentlichen die Forderungen sowie die bestehenden Guthaben bei Kreditinstituten. Wesentliche Forderungsausfälle traten bisher aufgrund der speziellen Kundenstruktur nicht auf. Bei dem Finanzierungsmanagement verfolgt die Gesellschaft eine sehr konservative Risikopolitik. Vorhandene Geldüberschüsse werden auf Festgeldkonten angelegt, jegliche spekulative Geldanlage wird seitens der Geschäftsführung streng vermieden.

Wuppertal, 15. Februar 2016

Die Geschäftsführung

3.15 RWE Aktiengesellschaft

Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
 Opernplatz 1
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 1200

Gründungsjahr: 1898

Beteiligungsverhältnisse

| Gezeichnetes Kapital (Grundkapital) | | | | | | |
|-------------------------------------|---------------|------------------|------|-----------------|-------------|-------|
| | Gesamt | | | Stadt Remscheid | | |
| | Stück in Tsd. | Betrag in Mio. € | in % | Stück | Betrag in € | % |
| Stammaktien | 575.745 | 1.474 | 93,7 | 108.980 | 278.988,80 | 0,019 |
| Vorzugsaktien | 39.000 | 100 | 6,3 | 0 | 0 | |
| Summe | 614.745 | 1.574 | 100 | 108.980 | 278.988,80 | 0,018 |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

323 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und –technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

Organe der Gesellschaft

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------------|------------|-----------|-----------|
| | € | € | € |
| Dividendenausschüttung - netto - | 160.473,05 | 91.733,92 | 91.733,92 |
| Steuerguthaben aus Einlage in den BgA | | | |
| Beadeanstalten Erstattung | 57.486,95 | 17.246,08 | 17.246,08 |

4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|------------------------------------|----------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Stadtwerke Remscheid GmbH | 10.500.000,00 | 60,0 |
| Thüga Aktiengesellschaft | 3.500.000,00 | 20,0 |
| RWE Deutschland Aktiengesellschaft | 3.500.000,00 | 20,0 |
| <u>Gesamt</u> | <u>17.500.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

| Gesellschaften | | Stammkapitalanteil | |
|--|-----|--------------------|-------|
| | | in € | in % |
| Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH | | 22.000,00 | 22,00 |
| Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG | *1) | 6.838.490,88 | 5,30 |
| Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG | *1) | 7.301.736,00 | 4,68 |

*1) Kapitalanteil

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

| | | |
|--|-------------------|--------------------------------|
| Hans-Peter Meinecke | | Vorsitzender |
| Bernd Quinting | Ratsmitglied | 1. Stellvertreter Vorsitzender |
| Helmut Börsch | | 2. Stellvertreter Vorsitzender |
| Thomas Blicke | | |
| Achim Südmeier (bis 30.06.2015) | | |
| Dr. Martina Sanfleber (seit 01.09.2015) | | |
| Dr. Inken Braunschmidt | | |
| Dr. Gerhard Holtmeier | | |
| Andreas Karthaus | | |
| Gabriele Schoffhauser | | |
| Michael Kittelberger | | |
| Burkhard Mast-Weisz | Oberbürgermeister | |
| Ottmar Gebhardt | Ratsmitglied | |
| Wolf Lüttinger | Ratsmitglied | |
| Udo Rothstein | | |
| Sven Wolf | Ratsmitglied | |

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------|--------------|--------------|--------------|
| | € | € | € |
| Konzessionsabgabe | 6.907.979,88 | 7.270.058,90 | 6.848.119,95 |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/-innen | 273 | 269 | 257 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

| Betriebsbereich | Leistung | 2013 | in % | 2014 | in % | 2015 | in % |
|------------------|------------------------|----------------|------------|----------------|-------------|----------------|------------|
| Stromversorgung | Stromabsatz Mio.kWh | 663,7 | 3,9 | 668 | 0,6 | 689,5 | 3,2 |
| | Umsatz T€ | 92.099 | 15,8 | 98.634 | 7,1 | 97.400 | -1,3 |
| Gasversorgung | Gasabsatz Mio. kWh | 1.091 | -1,3 | 949 | -13,0 | 1.052 | 10,9 |
| | Umsatz T€ | 46.184 | -2,8 | 39.167 | -15,2 | 41.100 | 4,9 |
| Wasserversorgung | Wasserabsatz Mio. cbm | 6,3 | 3,3 | 6,1 | -3,2 | 6,6 | 8,2 |
| | Umsatz T€ | 15.430 | 6,0 | 14.850 | -3,8 | 15.460 | 4,1 |
| Wärmeversorgung | Wärmeabsatz Mio. kWh | 47,7 | -5,5 | 39,0 | -18,2 | 41,7 | 6,9 |
| | Umsatz T€ | 4.500 | -1,8 | 3.747 | -16,7 | 3.850 | 2,7 |
| | Gesamtumsatz T€ | 158.213 | 8,3 | 156.398 | -1,1 | 157.810 | 0,9 |

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

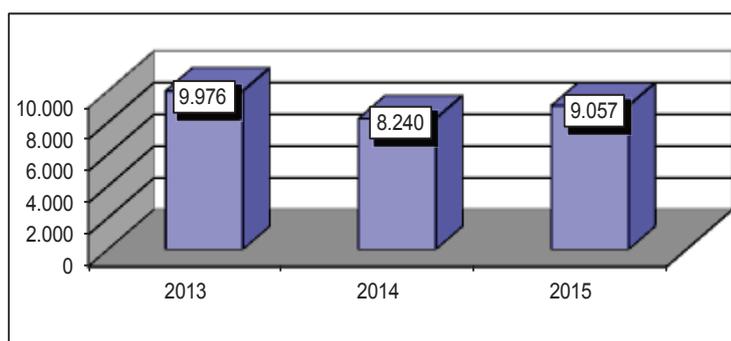
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 1.172 | 0,89 | 1.016 | 0,79 | 943 | 0,72 |
| Sachanlagen | 63.723 | 48,51 | 65.462 | 50,90 | 66.039 | 50,14 |
| Finanzanlagen | 35.913 | 27,34 | 36.646 | 28,49 | 38.422 | 29,17 |
| Anlagevermögen | 100.808 | 76,75 | 103.124 | 80,18 | 105.404 | 80,02 |
| Vorräte | 1.081 | 0,82 | 1.058 | 0,82 | 1.140 | 0,87 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 21.272 | 16,19 | 14.619 | 11,37 | 23.317 | 17,70 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 7.533 | 5,73 | 9.177 | 7,14 | 1.368 | 1,04 |
| Umlaufvermögen | 29.886 | 22,75 | 24.854 | 19,32 | 25.825 | 19,61 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 658 | 0,50 | 636 | 0,49 | 492 | 0,37 |
| Aktiva | 131.352 | 100,00 | 128.614 | 100,00 | 131.721 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 17.500 | 13,32 | 17.500 | 13,61 | 17.500 | 13,29 |
| Kapitalrücklage | 66.316 | 50,49 | 66.316 | 51,56 | 66.316 | 50,35 |
| Gewinnrücklagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Bilanzgewinn | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 83.816 | 63,81 | 83.816 | 65,17 | 83.816 | 63,63 |
| Sonderposten mit Rücklagenanteil | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Empfangene Ertragszuschüsse | 4.805 | 3,66 | 5.003 | 3,89 | 5.349 | 4,06 |
| Rückstellungen | 10.478 | 7,98 | 13.006 | 10,11 | 14.742 | 11,19 |
| Verbindlichkeiten | 32.253 | 24,55 | 26.789 | 20,83 | 27.814 | 21,12 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 131.352 | 100,00 | 128.614 | 100,00 | 131.721 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

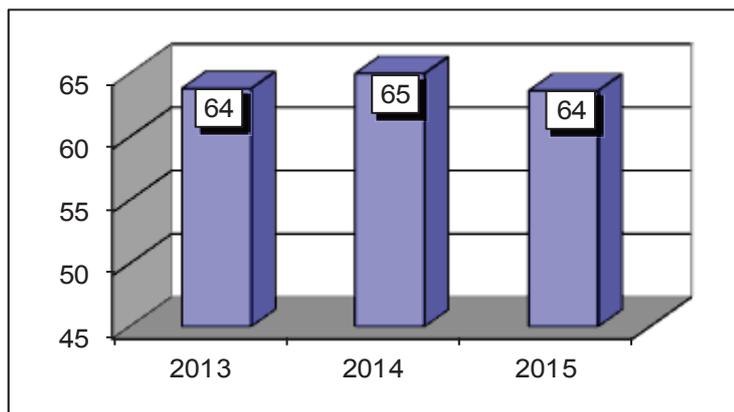
| Jahr GuV-Position | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|----------------|----------------|----------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 156.587 | 154.554 | 156.889 |
| Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen | 12 | 4 | -12 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 531 | 691 | 605 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 3.899 | 3.295 | 5.027 |
| Erträge aus Gewinnabführung | 0 | 0 | 0 |
| Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen | 55 | 63 | 302 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 53 | 39 | 46 |
| Erträge | 161.137 | 158.646 | 162.857 |
| Materialaufwand | 108.171 | 107.674 | 109.182 |
| Personalaufwand | 17.320 | 17.543 | 17.677 |
| Abschreibungen | 6.678 | 6.192 | 5.700 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 15.174 | 14.201 | 15.444 |
| Aufwendungen aus Verlustübernahme | 0 | 0 | 0 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 738 | 331 | 286 |
| Aufwendungen | 148.081 | 145.941 | 148.289 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 13.056 | 12.705 | 14.568 |
| Außerordentliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | 1.441 | 1.182 | 1.801 |
| Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter | 1.639 | 3.283 | 3.710 |
| Gewinnabführung an Organträger | -9.976 | -8.240 | -9.057 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----------------|-------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Gewinnabführung | 9.976 | 8.240 | 9.057 |

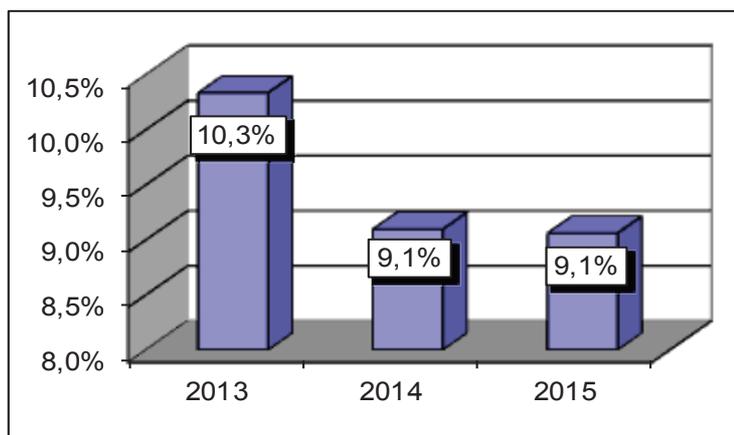
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|---------|---------|---------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 83.816 | 83.816 | 83.816 |
| Bilanzsumme | 131.352 | 128.614 | 131.720 |
| % EK | 64 | 65 | 64 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|--------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Erg.v.Gewinnabf. | 9.976 | 8.240 | 9.057 |
| Abschreibungen | 6.678 | 6.192 | 5.700 |
| | 16.654 | 14.432 | 14.757 |
| Gesamterträge | 161.137 | 158.646 | 162.857 |
| Cash-Flow | 10,3% | 9,1% | 9,1% |



Lagebericht der EWR GmbH für das Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

Die EWR GmbH (EWR) ist das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) mit den strategischen Geschäftsfeldern Erneuerbare Energien, Vertrieb von Strom, Gas, Wasser, Energie-(effizienz)dienstleistungen und Netzbetrieb. Unser Netzgebiet erstreckt sich auf das Konzessionsgebiet der Stadt Remscheid. Die Aktivitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien werden in Remscheid und über Finanzbeteiligungen bestritten.

Der nach der Gemeindeordnung NRW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen einer sicheren, preiswürdigen und umweltschonenden Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Gemäß § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gehen wir im Lagebericht auf die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung ein. Bei der EWR umfassen diese Tätigkeiten den Betrieb der Elektrizitäts- und Gasverteilernetze. Die EWR unterliegt hierbei der Regulierung durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Geschäftsanteile der Gesellschaft werden von der Stadtwerke Remscheid GmbH (60 %), der Thüga AG (20 %) und von der RWE Deutschland AG (20 %) gehalten. Aufgrund des zwischen SR und EWR bestehenden Ergebnisabführungsvertrages sind die RWE Deutschland AG und die Thüga AG außenstehende Gesellschafterinnen.

II. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

1. Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen

Die IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid überschrieb ihren Konjunkturlagebericht im Frühjahr 2015 mit „Schwacher Euro und niedriger Ölpreis stimulieren die bergische Konjunktur“. Das insgesamt hohe konjunkturelle Niveau drückte sich im Geschäftslageindex - das ist die Differenz der Antworten „gut“ und „schlecht“ - aus, der seit dem Jahresanfang von + 19 Punkte auf + 44 Punkte anstieg. Die Herbstumfrage erreichte mit + 33 Punkte nicht das Niveau des Frühjahrs, wenngleich immer noch von einer robusten Konjunkturlage gesprochen wird. Im Städtevergleich folgte Remscheid diesem Trend und nahm hinter Wuppertal den zweiten Platz ein. Der Vergleich der Industrieumsätze 2015/14 sowie die Änderungsrate der industriellen Exportumsätze in Remscheid sind nicht zwingend ein Spiegelbild der Umfrageergebnisse. Die Industrieumsätze nahmen im Jahr 2015 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % ab, während für den IHK-Bezirk noch ein Plus von 0,5 % ermittelt wurde. Noch deutlicher fällt die Änderungsrate der industriellen Exportumsätze im Jahresvergleich aus: Während in Remscheid ein Minus von 3,6 % registriert wurde, wuchs der Umsatzanteil im IHK-Gebiet um 4,2 %.

Die Arbeitsmarktdaten der Region folgten grundsätzlich den allgemein stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Im IHK-Bezirk verharrte die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2015 gegenüber Dezember 2014 bei 9,0 %. In Remscheid stieg die Quote hingegen von 8,0 % auf 8,7 %. Die bergischen Arbeitsmarktdaten erreichen allerdings nicht das Niveau des NRW-Landeswertes, der sich zum Jahresende bei 7,7 % nach 7,8 % im Vorjahr einstellte.

Die von der IHK für den bergischen Raum im abgelaufenen Geschäftsjahr attestierte robuste Konjunkturlage zeigt sich bei der Remscheider Wirtschaft nicht zwingend. Die Entwicklung der Industrieumsätze (wie berichtet - 4,2 % gegenüber 2014) drückt eher die tatsächliche Situation aus und spiegelt sich auch im Energieabsatz an die industriellen Kunden unserer Gesellschaft wider. Im Privat- und Gewerbekundensegment konnten wir insgesamt im Wesentlichen unseren Marktanteil in Remscheid behaupten. Der effizientere Umgang mit Energie hinterlässt insbesondere beim Stromverbrauch Spuren, wenngleich die Witterungsverhältnisse den Gasabsatz pushten. Der seit Jahren anhaltende Trend sinkender Wasserverbräuche konnte zumindest im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Zuwachs durchbrochen werden.

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für die Remscheider Wirtschaft spiegeln sich in gewisser Weise auch in der Absatzbilanz der EWR wider. Während der Stromabsatz im eigenen Netz im Vergleich zum Vorjahr nicht überzeugen konnte, zeigte sich beim Gasabsatz insgesamt - beeinflusst durch die Witterungsverhältnisse - eine vergleichsweise erfreuliche

Entwicklung. Diese darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Absatz an Produktionsgas eher schwächelte. Dennoch können wir auf ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr zurückblicken, das in den entscheidenden Ergebnisparametern nicht nur das Vorjahr, sondern auch unsere Planungsziele übertroffen hat. Die **gesamten Außenerlöse** der Gesellschaft stiegen gegenüber dem Vorjahr von 154,6 Mio. € auf 156,9 Mio. € (+ 1,5 %). Im Energiebereich und bei den Wasserlieferungen - **einschließlich Innenumsätze** - verzeichnen wir insgesamt eine vergleichbare Entwicklung. Die Erlöse von 156,4 Mio. € nahmen ebenfalls um ca. 0,8 % auf 157,7 Mio. € zu.

In der Sparte Strom verbuchten wir trotz saldiertem Mengenzuwachs in eigenen und fremden Netzgebieten, einen Umsatzrückgang von insgesamt ca. 1,2 Mio. € oder 1,2 %. Hierfür zeichnen zum Teil die spezifisch höher zu bewertenden Mindermengen im eigenen Netzgebiet verantwortlich, die auf der Erlösseite nicht durch den deutlich gestiegenen Lieferumfang in fremde Netzgebiete kompensiert werden konnten. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung ist im Wesentlichen mengengetrieben und erreicht trotz Preisreduzierungen gegenüber dem Vorjahr ein Plus von ca. 1,9 Mio. € oder 4,9 %. Der erfreuliche Erlöszuwachs in der Wasserversorgung ist zwar zum Teil durch die zusätzliche Einwirkung positiver Rückrechnungsdifferenzen des Vorjahres beeinflusst, insgesamt können wir aber auch durch echten Mengenzuwachs auf einen Anstieg um 0,6 Mio. € bzw. 4,1 % auf 15,4 Mio. € blicken. In der Wärmeversorgung stiegen die Erlöse - ebenfalls mengengetrieben - um ca. 2,7 % auf 3,8 Mio. €.

In der **Stromsparte** konnte der **Energievertrieb** im Stromnetz der EWR sowie in fremden Netzgebieten insgesamt 532,5 Mio. kWh absetzen und übertraf damit den Vorjahreswert um 11,1 Mio. kWh oder 2,1 %. Mit dem Ansatz unserer revidierten Wirtschaftsplanung für 2015 verglichen, verfehlen wir diesen allerdings um etwa 1,2 %. Überschattet wird der Zuwachs im Vorjahresvergleich durch den Absatzrückgang bei den Privat- und Gewerbekunden und Individualkunden im angestammten Remscheider Marktgebiet von jeweils 2,6 %. Der erneut starke Zugewinn von Individualkunden bzw. Liefermengen in fremden Netzgebieten (+ 21,6 Mio. kWh) überdeckte jedoch diesen rückläufigen Absatz. Der Vertriebsabsatz der **Netzwirtschaft** der EWR (hier zeigt sich insgesamt keine Veränderung) verharrte wie im Vorjahr bei 553,5 Mio. kWh.

Der **Energievertrieb** übertraf im Bereich der **Gasversorgung** insgesamt spürbar das Absatzvolumen des Jahres 2014 - zugegeben dem wärmsten Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Dabei verhinderte der extrem milde Dezember einen noch deutlicheren Zuwachs. Allerdings fiel die Entwicklung in den einzelnen Kundensegmenten uneinheitlich aus. Bei unseren Remscheider Industrieunternehmen verzeichneten wir gegenüber den Privat- und Gewerbekunden eine deutlich geringe Zuwachsrate. Kundenabwanderungen zu anderen Lieferanten konnten zum Teil durch die Akquisition und Belieferung in fremde Netzgebiete abgedeckt werden. Insgesamt lieferte der Energievertrieb der EWR in eigene und fremde Netzgebiete mit 915,5 Mio. kWh gegenüber dem Vorjahr rund 74,2 Mio. kWh oder 8,8 % mehr Erdgas. Naturgemäß wirkten sich die Witterung und konjunkturspezifische Einflüsse insgesamt auch beim Vertriebsabsatz der **Netzwirtschaft** positiv aus: Mit 985,3 Mio. kWh wurden nahezu 100 Mio. kWh oder etwa 11,2 % mehr Erdgas durch das Verteilernetz der Gesellschaft geleitet.

Rechnerisch und damit allerdings auch umsatzrelevant, fällt der **Trinkwasserabsatz** der **Wasserversorgung** mit gut 6,0 Mio. m³ um 0,2 Mio. m³ oder 3,5 % höher aus als im Jahr zuvor. Diese erfreuliche Feststellung ist zwar zum Teil einer positiven Rückrechnung für das Geschäftsjahr 2014 geschuldet (73 Tm³), um diesen Sondereffekt bereinigt ist immerhin noch

ein Mehrabsatz von gut 2,0 % zu konstatieren. Es sieht so aus, dass zumindest in 2015 der Trend sinkender Wasserverbräuche vergangener Jahre als Folge rückläufiger Einwohnerzahlen und SpARBemühungen gestoppt werden konnte. Einschließlich Rohwasser wurden im Berichtsjahr insgesamt knapp 6,6 Mio. m³ gegenüber ca. 6,1 Mio. m³ im Vorjahr (+ 8,2 %) abgesetzt.

Der Wärmeabsatz in der **Wärmeversorgung** übertraf mit etwa 41,7 Mio. kWh (gegenüber 39,0 Mio. kWh in 2014) um 6,9 % die Vorjahresmarke und folgt tendenziell in den Ursachen für diese Entwicklung der Gasversorgung.

Die nachfolgende Tabelle fasst noch einmal den **Absatz- und Umsatzbereich** der Energie- und Wasserversorgung (einschließlich Netzwirtschaft) im abgelaufenen Geschäftsjahr zusammen:

| | | Absatz *1) | Veränderung gegenüber Vorjahr in % | Erlöse *2) Mio. € | Veränderung gegenüber Vorjahr in % |
|------------------|---------------------|------------|------------------------------------|-------------------|------------------------------------|
| Stromversorgung | Mio. kWh | 689,5 | + 3,2 | 97,4 | - 1,2 |
| Gasversorgung | Mio. kWh | 1.051,8 | + 10,9 | 41,1 | + 4,9 |
| Wärmeversorgung | Mio. kWh | 41,7 | + 6,9 | 3,8 | + 2,7 |
| Wasserversorgung | Mio. m ³ | 6,6 | + 8,2 | 15,4 | + 4,1 |
| Gesamt | | | | 157,7 | + 0,8 |

*1) einschl. Durchleitung Strom und Gas sowie Eigenverbrauch,

*2) wie *1), ohne Nebengeschäfte und Auflösung BKZ

Die **betrieblichen Aufwendungen** der Gesellschaft (etwa 148,2 Mio. € gegenüber 145,7 Mio. € im Vorjahr) werden insbesondere durch die Material- und Personalkosten, die Abschreibungen sowie die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Größte Einzelposten beim **Materialaufwand**, der mit insgesamt 105,0 Mio. € den Vorjahreswert um ca. 1,0 % übertrifft, sind die Energie- und Wasserbezugskosten sowie die Transportnetzkosten Strom und Gas. Differenziert betrachtet sanken die Aufwendungen für den Strombezug und die hierfür zu entrichtenden Netzentgelte einschließlich KWK-Zuschlag um 1,8 %, während die Gasbezugskosten und die entsprechend zu zahlenden Netzentgelte infolge der Witterungseinflüsse um 8,1 % stiegen.

Die **Personalkosten** nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 17,7 Mio. € und damit nur gut 0,1 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2014. Zum 31.12.2015 beschäftigte die EWR mit 257 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 12 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die auf kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnete betriebswirtschaftliche Kennzahl sank gleichermaßen deutlich von aufgerundet 246 Personen im Vorjahr auf 236 Personen zum Bilanzstichtag. Zum Jahresende befanden sich wieder 14 junge Menschen in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht (bezogen auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und in der Freizeitphase der Altersteilzeit befindliche Beschäftigte) einer Ausbildungsquote von 5,8 % (5,7 % i. Vj.).

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen verliefen planmäßig und fließen mit etwa 5,7 Mio. € (ca. 6,2 Mio. € i. Vj.) in die Ergebnisrechnung der EWR ein. Sie orientieren sich an den Nutzungsdauern der aktivierten Wirtschaftsgüter und den Neuinvestitionen der Gesellschaft.

Von den **übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen** entfällt der „Löwenanteil“ auf die an die Stadt Remscheid zu entrichtende Konzessionsabgabe (KA). Die KA - abgeleitet von den in der Netzwirtschaft durchgeleiteten Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen - wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,2 Mio. € um ca. 0,2 Mio. € über dem Niveau des Vorjahreswertes.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** der EWR schließt über alle Sparten mit einem Gewinn in Höhe von 14,6 Mio. € (12,7 Mio. € i. Vj.) ab. Damit liegt das Ergebnis um ca. 1,9 Mio. € über dem Vorjahresergebnis und um 2,8 Mio. € über unserem ursprünglichen Planansatz. Nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehenden Gesellschafterinnen Thüga AG und RWE Deutschland AG, der hierauf abzuführenden Ertragssteuern sowie der sonstigen Steuern des Unternehmens, verbleibt ein Überschuss in Höhe von aufgerundet 9,1 Mio. € gegenüber 8,2 Mio. € zum Bilanzstichtag des Vorjahres. Der erwirtschaftete Jahresgewinn wird auf der Basis des ab 2011 gültigen Ergebnisabführungsvertrages (in geänderter Fassung vom 12. November 2013) an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

3. Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätsslage ist jederzeit gesichert. Zum Bilanzstichtag verfügte die EWR über flüssige Mittel in Höhe von 1,4 Mio. € (9,2 Mio. € i. Vj.).

Die langfristigen Darlehen von Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 9,2 Mio. € (10,1 Mio. € i. Vj.). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beanspruchen 7,0 % der Bilanzsumme (7,9 % i. Vj.).

Für die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr verausgabte die Gesellschaft Finanzmittel in Höhe von 8,2 Mio. € gegenüber 8,6 Mio. € im Vorjahr. Diese Mittel wurden in immaterielle Vermögensgegenstände und Sach- sowie Finanzanlagen investiert. Gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten jedoch zurück, und zwar um etwa 1,8 Mio. €.

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen knapp 41 % auf die Stromversorgung (einschließlich Straßenbeleuchtung), rund 18 % auf die Gasversorgung, ca. 20 % flossen in die Wasserversorgung und etwa 7 % wurden im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“ investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche entfielen ca. 14 % der Finanzmittel. In bestehende Finanzanlagen (Green GECCO und Thüga Erneuerbare Energien) wurden saldiert 1,8 Mio. € investiert. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene Liquidität zurückgegriffen werden. Der Jahres-Cashflow beläuft sich auf 15,3 Mio. € (16 Mio. € i. Vj.).

Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft unter Verrechnung empfangener Ertragszuschüsse 79,2 % der Bilanzsumme gegenüber 79,8 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage ist festzustellen, dass die Bilanzsumme um ca. 3,1 Mio. € auf etwa 131,7 Mio. € gestiegen ist. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 83,8 Mio. € oder ca. 63,6 % der Bilanzsumme.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir (getrennt nach Energie- und Wasservertrieb sowie Netzwirtschaft) spartenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite in differenzierte Erfolgsrechnungen mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist- als auch Ist/Ist-Vergleich - beispielsweise die Absatz- und Umsatzentwicklungen (gegliedert nach Kundengruppen, Beschaffungs- und Netz-kosten), Margenentwicklungen in den Kundensegmenten, sonstige Betriebskosten, Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt - somit auch unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und Energieeffizienz - sowie unserer Arbeitnehmer.

Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Die Zertifizierung muss alle drei Jahre erneuert werden; zuletzt geschah dies mit sehr gutem Ergebnis im November 2013. Im Rahmen des alljährlichen Umweltaudits Anfang November 2015 wurde die erteilte Zertifizierung uneingeschränkt bestätigt.

Arbeitsschutz ist ein stets im Fokus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von der bereits ausgesprochen geringen Anzahl des Vorjahres (4) auf aktuell 6 Vorfälle - davon 4 meldepflichtig - erhöht. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltage stiegen von 6 auf 27 Tage.

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

IV. Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2015 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2016 bis 2019, erwarten wir für das Jahr 2016 ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von 11,2 Mio. €. Für den Prognosezeitraum 2017 bis 2019 rechnen wir mit einem mittleren korrespondierenden Jahresergebnis von ca. 11,0 Mio. €. Bei dieser Prognose haben wir auf der Aufwands- und Ertragsseite wieder ein Normaljahr unterstellt und bewegen uns damit tendenziell unterhalb der ausgesprochen guten Ergebnislage des Berichtsjahres. Diese Entwicklung überrascht nicht und es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Gesellschaft, diese Ziele zu erreichen.

Beispielsweise werden trotz der in 2016 steigenden staatlichen Abgaben, insbesondere des EEG-Zuschlags, die Strompreise über sämtliche Tarife im Privat- und Gewerbebereich stabil gehalten. Das bedeutet, dass die eigentlich hieraus erwachsene Preissteigerung über unsere vorausschauende Beschaffungsstrategie kompensiert wird. Verschärfter Wettbewerb auf der Vertriebsseite, die eher stagnierende Bevölkerungsentwicklung in Remscheid und

Energieeffizienzmaßnahmen, die ebenfalls zu Verbrauchsrückgängen bei unseren Kunden führen werden, sind als Herausforderungen anzusehen. Gleichermäßen werden zukünftig neue regulatorische Einwirkungen auch die Erlössituation der Netzwirtschaft belasten.

Nach Abzug der Ausgleichszahlungen an die außenstehenden Gesellschafterinnen Thüga AG und RWE Deutschland AG, der hierauf abzuführenden Ertragssteuern sowie der sonstigen Steuern des Unternehmens, erwarten wir für 2016 ein an die Stadtwerke Remscheid abzuführendes Jahresergebnis in Höhe von rund 7,8 Mio. € gegenüber aufgerundet 9,1 Mio. € im Berichtsjahr.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2016 und Folgejahre wird sich in der Strom- und Gasversorgung wieder uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr mit einem Investitionsvolumen von 11,2 Mio. €, das vorsorglich rund 3,0 Mio. € für die Stärkung unserer bestehenden Finanzbeteiligungen im regenerativen Bereich vorsieht. Bei den Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter stechen keine Einzelmaßnahmen von besonderem finanziellem Gewicht hervor. Für den Prognosezeitraum 2017 bis 2019 haben wir Gesamtinvestitionen mit einem durchschnittlichen Jahresvolumen von knapp 11,0 Mio. € vorgesehen.

Die Liquiditätsslage der Gesellschaft ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden wir voraussichtlich ergänzend Fremdmittel einsetzen.

Laut IHK-Konjunkturbericht konstatiert die bergische Wirtschaft zum Jahresanfang 2016 eine weiterhin gute konjunkturelle Lage mit günstigen Aussichten für das laufende Geschäftsjahr. Allerdings zeigen die bergischen Großstädte ein uneinheitliches Bild. Remscheid hat sich im Städteranking scheinbar etwas erholt.

Absatzwirtschaftlich können wir im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahrs - insbesondere in der Gasversorgung - eine durchaus solide Entwicklung konstatieren. Die im Vergleich zum langjährigen Mittel niedriger ausgefallenen Temperaturen bescherten uns in diesem Segment einen guten Start.

In der Stromversorgung verfehlen wir beim Gesamtabsatz im eigenen und fremden Netz die korrespondierende Vorjahresgröße nur knapp. Differenziert betrachtet sehen wir einen gegenläufigen Trend: Im eigenen Netzgebiet ist insbesondere unseren industriellen Kunden ein spürbar schwächeres Bezugsverhalten anzumerken, dass allerdings durch den erneuten Zugewinn in fremden Netzgebieten kompensiert werden konnte. Gemessen an den Zielen des ersten Quartals unserer Planungsrechnung unterschreiten wir hingegen die Prognose für die gesamte Liefermenge an unsere Kunden um 2,4 %.

In der Gasversorgung zeigen sich die Witterungseinwirkungen im Vergleich zum Mittelwert der Gradtagszahlen der letzten 10 Jahre besonders deutlich: Die gesamten Gasliefermengen im eigenen und fremden Netzgebiet zeigen gegenüber unserer Planungsrechnung, bei der wir langjährige Temperaturmittelwerte zugrunde legen, für das erste Quartal einen Zuwachs von 11,3 %. Im Ist/Ist-Vergleich zeigt sich auch hier bei den industriellen Kunden eine spürbare Zurückhaltung beim Produktionsgasabsatz. Der Absatz in der Wärmeversorgung folgt in seiner Entwicklung im Vergleich zur Planung mit einem Plus von 8,1 % tendenziell der Gassparte.

In der Wasserversorgung zeigt sich noch kein klares Bild. Der Wasserabsatz liegt in den ersten drei Monaten in etwa auf dem Niveau unserer Prognose und leicht unterhalb der Ist-Werte des vergangenen Jahres.

Über alle Sparten betrachtet sind wir mit dem absatzwirtschaftlichen Verlauf des ersten Quartals im Vergleich zu unserer Wirtschaftsplanung nicht unzufrieden, allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt noch keine hinreichenden Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2016 gezogen werden. Im weiteren Jahresverlauf gilt ein besonderes Augenmerk unseren industriellen Kunden sowohl im Strom- als auch Gassegment und den dann vorherrschenden konjunkturellen Rahmenbedingungen.

V. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Zum Jahreswechsel 2015/2016 sind im Konzern sechs Risiken identifiziert und bewertet, davon drei ausschließlich und eins gemeinsam mit SR die EWR betreffend. Eins dieser Risiken (rechtsunsichere Preisanpassungsklauseln) wird zwar noch in der Prioritätenklasse B geführt, die aktuelle Rechtslage und die in den Jahren 2012/2015 gebildete und angepasste Rückstellung dürfte jedoch bei der nächsten Risikobeurteilung eine Rückstufung in die Prioritätenklasse C zulassen, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Bei einem weiteren, gegenwärtig in die Prioritätsklasse C zurückgestuften Risiko, handelt es sich um die potenzielle Gefahr der kartellrechtlich veranlassten Kürzung unseres Wasserpreises. Auf der Basis fundierter Ausarbeitungen und Analysen haben wir positive Gespräche mit der Landeskartellbehörde geführt, die im Ergebnis unsere Einschätzung unterstreichen, das Risiko zurückzustufen. Bei den beiden letzten unter der Klasse C geführten Risiken handelt es sich um die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte sowie das Vertriebs- und Netzzisiko aus dem bisher registrierten Bevölkerungsrückgang in Remscheid.

Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Entgegen vergangener Jahre haben wir im Rahmen der Strom- und Gasbeschaffung nach dem Vorsichtsprinzip zum Bilanzstichtag eine Einzelbewertung der Beschaffungsverträge für Privat- und Gewerbekunden durchgeführt und angemessene Drohverlustrückstellungen gebildet. Darüber hinaus bestehen keine Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können oder den Bestand der Gesellschaft gefährden.

2. Chancenbericht

Das im Thüga-Netzwerk liegende Chancenpotential wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz gezielt breit genutzt. Der Ausbau unserer Beteiligungen im Segment der regenerativen Energieerzeugung ist im Geschäftsjahr 2015 weiter fortgeschritten. Während bei unserer Beteiligung Green GECCO nach dem fünften Windpark in 2014 im Berichtsjahr keine neuen Projekte entwickelt bzw. umgesetzt wurden, konnte die Thüga Erneuerbare Energiengesellschaft (THEE) zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres einen in 2015 fertiggestellten Windpark im Landkreis Mansfeld-Südharz

(Sachsen-Anhalt) erwerben. Früchte trägt auch das eigene Projektentwicklungsgeschäft der THEE. Zwei Windparks befinden sich aktuell in der Bauphase und sollen noch im ersten Halbjahr 2016 ans Netz gehen. Mit diesen beiden Parks wird die THEE ihr Bestandsportfolio auf über 230 MW ausbauen.

Neben unserem Engagement in Finanzanlagen der regenerativen Energieerzeugung haben wir eine Vielzahl eigener Projekte, beispielsweise mit der Erneuerung des BHKW im Sportbad am Park oder der energetischen Modernisierung des Verkehrsbetriebes im Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen“ umgesetzt bzw. optimiert, die ebenfalls neue Chancenpotenziale eröffnen. Ein weiterer „Hoffnungsträger“ sind die bisher positiven Gespräche mit der Landeskartellbehörde bezüglich der Wasserpreisgestaltung. Wir sehen Chancen, die Ertragslage der Wasserversorgung nachhaltig zu stärken.

Auch nach „innen“ gilt es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die sich stets wandelnden Herausforderungen vorzubereiten und die EWR als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren. Unsere ins Leben gerufene interne Schulungsakademie hat einen sehr guten Zuspruch erfahren und zeigt uns, dass neben der Kundenbindung auch die Mitarbeiterbindung gleichermaßen eine wichtige Größe in unserem Erfolgsrezept ist.

Die mit der Energiewende einhergehenden Anforderungen an Netzinfrastrukturen und dem damit verbundenen Datentransport resultieren nicht allein aus dem Energiewirtschaftsgesetz und dem noch im laufenden Jahr zu erwartenden Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Den bereits vor zwei Jahren eingeschlagenen Weg, strukturiert und gezielt unser Breitbandnetz auszubauen, verfolgen wir weiterhin konsequent. Neben der Weiterentwicklung der EWR als Infrastrukturdienstleister sind wir in konkrete Überlegungen und Untersuchungen eingetreten, im Rahmen einer Kooperation auch als umfänglicher Dienstleister mit eigenen Produkten in die Breitbandversorgung unserer Energie- und Wasserkunden einzutreten.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg, die Gesellschaft als „den“ lokalen Energieeffizienz- und Energiedienstleister zu etablieren. Hierzu zählen insbesondere der weitere Ausbau des Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“, das weitere Wachstumspotenziale aufweist, sowie die sich eröffnenden Chancen aus dem Breitbandausbau zu ergreifen.

VI. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die EWR GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft ist zentraler Bestandteil der konzernweit eingesetzten Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 20. April 2016

Geschäftsführung
Prof. Dr. Hoffmann

4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---------------------------|--------------|-------|
| | in € | in % |
| Stadtwerke Remscheid GmbH | 100.000,00 | 100,0 |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

York Edelhoff, Vorsitzender
 Therese Jüttner, stellv. Vorsitzende
 Burkhard Mast-Weisz

Ratsmitglied
 Oberbürgermeister

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----|-------|-------|-------|
| | € | € | € |
| | keine | keine | keine |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/-innen | 8 | 6 | 6 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

| Umsatzerlöse in T€ aufgeteilt auf: | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------------------|--------------|--------------|--------------|
| Kurzparker | 635 | 670 | 706 |
| Dauerparker | 300 | 312 | 316 |
| Dienstleistungen | 88 | 87 | 88 |
| Gesamtumsatz T€ | 1.023 | 1.069 | 1.110 |

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

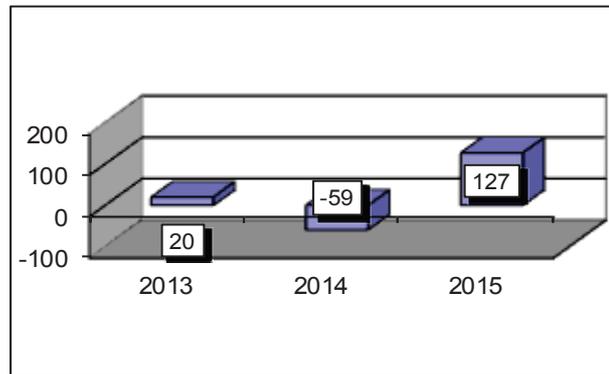
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 5 | 0,14 | 4 | 0,12 | 2 | 0,06 |
| Sachanlagen | 3.330 | 94,68 | 3.277 | 94,36 | 3.256 | 96,05 |
| Finanzanlagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 3.335 | 94,83 | 3.281 | 94,47 | 3.258 | 96,11 |
| Vorräte | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 35 | 1,00 | 83 | 2,39 | 33 | 0,97 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 147 | 4,18 | 109 | 3,14 | 99 | 2,92 |
| Umlaufvermögen | 182 | 5,17 | 192 | 5,53 | 132 | 3,89 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Aktiva | 3.517 | 100,00 | 3.473 | 100,00 | 3.390 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 100 | 2,84 | 100 | 2,88 | 100 | 2,95 |
| Kapitalrücklage | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinnrücklagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinnvortrag/Verlustvortrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Bilanzgewinn | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 100 | 2,84 | 100 | 2,88 | 100 | 2,95 |
| Sonderposten mit Rücklagenanteil | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Empfangene Ertragszuschüsse | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 231 | 6,57 | 337 | 9,70 | 261 | 7,70 |
| Verbindlichkeiten | 3.134 | 89,11 | 2.991 | 86,12 | 2.992 | 88,26 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 52 | 1,48 | 45 | 1,30 | 37 | 1,09 |
| Passiva | 3.517 | 100,00 | 3.473 | 100,00 | 3.390 | 100,00 |

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|--------------|--------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| GuV-Position | | | |
| Umsatzerlöse | 1.023 | 1.102 | 1.110 |
| Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen | 0 | 0 | 0 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 64 | 329 | 90 |
| Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme | 0 | 0 | 0 |
| Erträge aus Beteiligungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 1 | 5 | 0 |
| Erträge | 1.088 | 1.436 | 1.200 |
| Materialaufwand | 218 | 202 | 260 |
| Personalaufwand | 258 | 246 | 262 |
| Abschreibungen | 86 | 88 | 81 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 391 | 827 | 372 |
| Abschreibungen auf Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 86 | 81 | 62 |
| Aufwendungen | 1.039 | 1.444 | 1.037 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 49 | -8 | 163 |
| Sonstige Steuern | -28 | -51 | -36 |
| Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme | -20 | 59 | -127 |
| Jahresüberschuss (+) | 1 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

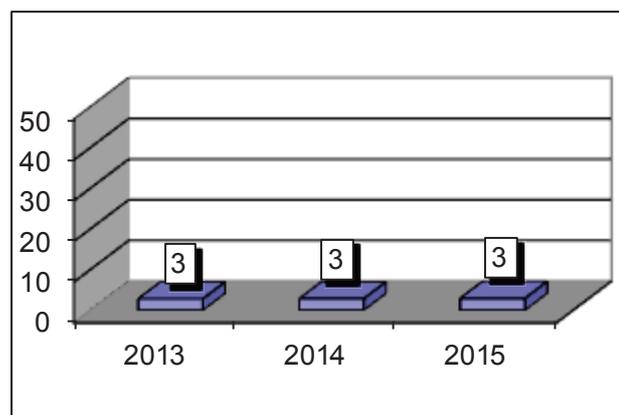
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Gewinnabführung (+) / Verlustübernahme (-) | 20 | -59 | 127 |



Kennzahlen

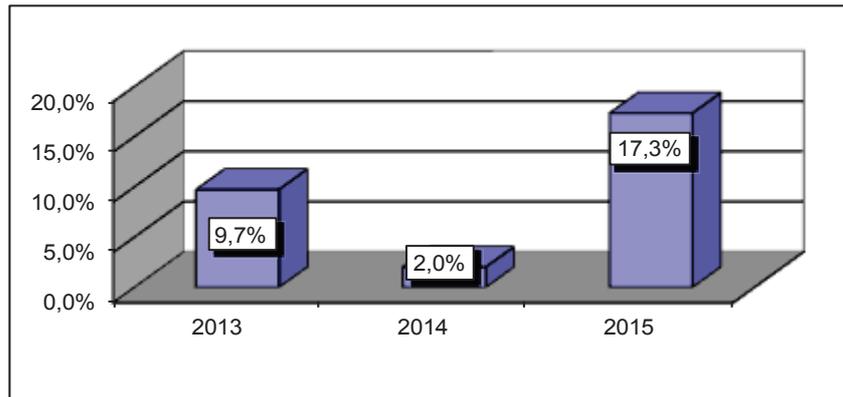
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|-------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 100 | 100 | 100 |
| Bilanzsumme | 3.517 | 3.473 | 3.390 |
| % EK | 3 | 3 | 3 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|-------------|-------------|--------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Erg.v.Gewinnabf. | 20 | -59 | 127 |
| Abschreibungen | 86 | 88 | 81 |
| | 106 | 29 | 208 |
| Gesamterträge | 1.088 | 1.436 | 1.200 |
| Cash-Flow | 9,7% | 2,0% | 17,3% |



Lagebericht der Park Service Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2015

Grundlagen des Unternehmens

Die Park Service Remscheid GmbH (PSR) ist ein etabliertes Unternehmen im Konzernverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH und mit ihren Geschäftsaktivitäten führend in Remscheid. Der Gegenstand der PSR ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener und gepachteter Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Remscheid GmbH.

Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht nach wie vor im Wesentlichen auf zwei Säulen: dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassenautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Darüber hinaus werden Betriebsführungsaufgaben für andere Parkhauseinrichtungen erbracht. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Nach dem Unterschlagungsfall in 2014, der auch zurückliegende Jahre umfasste, kann die Gesellschaft nunmehr im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 auf einen geordneten und insgesamt positiven Geschäftsverlauf blicken. Die im Zusammenhang mit dem Unterschlagungsvorgang von uns angestregten strafrechtlichen und zivilrechtlichen Verfahren dauern zum Zeitpunkt der Berichterstattung an. Verschiedene Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres wurden von diesem Ereignis tangiert, so dass diese im Vergleich zum Berichtsjahr zum Teil abweichen. An geeigneter Stelle werden wir hierauf eingehen.

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von unserem operativen Bargeschäft mit Kurzzeitparkern. Trotz infrastruktureller Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen kann die wirtschaftliche Lage insgesamt als stabil mit positivem Trend bezeichnet werden.

Nach dem negativen Jahresergebnis 2014, das wirtschaftlich durch den zuvor erwähnten Ausnahmevergang geprägt war, schließt die Gesellschaft im Berichtsjahr 2015 mit einem positiven Jahresergebnis vor Ergebnisabführung ab.

Die **Gesamterlöse** aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen überschritten im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Wert von 1.110 T€ erneut die Millionengrenze. Damit wurde die korrespondierende Vorjahresgröße - diese bereinigt um die unterschlagenen Erlöse - um 3,8 % überschritten. Die ab August 2014 vorgenommene moderate Taktanpassung für Kurzparker in zwei Parkhäusern der PSR stützt diese positive Entwicklung trotz einer erneut rückläufigen Anzahl der Parkvorgänge in diesem Kundensegment.

Das Geschäftsfeld der Kurzzeitparker - dieses bestreitet wie im Vorjahr rund 63 % des Gesamtumsatzes - erfuhr eine Belebung: Die Umsätze stiegen auf rund 706 T€ gegenüber dem um die unterschlagenen Erlöse bereinigten Wert von 670 T€ (+ 5,4 %) im Jahr zuvor. Bei der Kundengruppe der Dauerparker verzeichnen wir mit etwa 316 T€ ebenfalls einen leichten Erlöszuwachs, und zwar von 1,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Das Umsatzplus, insbesondere im Kurzzeitparkerbereich, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mangelnden wirtschaftlichen Impulse zur Belebung der Remscheider Innenstadt - insbesondere im unteren Bereich der Alleestraße - nach wie vor das Kurzparkergeschäft belasten und für die bereits erwähnten stagnierenden Parkvorgänge sorgen.

Zum 31.12.2015 stehen in den eigenen und gepachteten Parkobjekten wie im Vorjahr insgesamt etwa 1.200 Stellplätze zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag wieder gut 650 von Dauerparkern in Anspruch genommen werden.

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV). Der Jahresgewinn 2015 (vor Ergebnisabführung) in Höhe von ca. 127 T€ resultiert im Wesentlichen aus dem operativen Geschäft und wird durch Rückstellungsanpassungen aus dem Unterschlagungsvorgang positiv beeinflusst. Dem EAV entsprechend wird der Jahresgewinn an die Stadtwerke Remscheid abgeführt; das Ergebnis der Gesellschaft schließt demnach mit Null ab.

Die Park Service Remscheid GmbH kommt nach wie vor mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 261 T€ (246 T€ i. Vj.) wie im Jahr zuvor ca. 23 % der bereinigten betrieblichen Erträge in Anspruch. Dabei ist anzumerken, dass in die Personalaufwendungen die Aufstockung der Rückstellung für mittelbare Verpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse mit 25 T€ (13 T€ i. Vj.) eingeflossen ist. Zum Bilanzstichtag beschäftigt die Gesellschaft 6 (i. Vj. 6) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die mit Gründung der PSR übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtet sich die Vergütung nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für neue Beschäftigte werden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Für diesen Personenkreis werden ebenfalls Beiträge an die Zusatzversorgungskasse abgeführt. Diese gelten auch für die Altersversorgung.

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit gesichert. Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3,50 Mio. €. Zum Bilanzstichtag ist der Darlehensrahmen mit 1,36 Mio. € (i. Vj. 1,29 Mio. €) in Anspruch genommen. Die übrigen langfristigen Darlehen

von Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 1,46 Mio. € (i. Vj. 1,61 Mio. €).

Die Investitionstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr bezog sich auf die Anschaffung technischer Betriebsmittel in Höhe von ca. 58 T€. Etwa 35 T€ hiervon entfielen auf einen Kassenautomat einschließlich Videoanbindung sowie eine Video- und Sprechanlage mit Netzwerkanbindung für das Parkzentrum Süd. Weitere 17 T€ wurden in ein Ersatzfahrzeug investiert. Die Investitionen konnten wie im Vorjahr vollständig aus dem Jahres-Cashflow unter Anwendung neuer Deutscher Rechnungslegungs Standards (DRS) in Höhe von 125 T€ (129 T€ i. Vj.) bestritten werden. Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft 96,1 % der Bilanzsumme gegenüber 94,5 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 100 T€ vergleichsweise gering, wobei auf den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Remscheid hinzuweisen ist. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, bewegt sich mit 2,9 % in etwa auf Vorjahresniveau.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir ein monatliches Berichtswesen ein, das objektbezogen Erträge und Aufwendungen sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich analysiert. Zu den Berichtsparemtern zählen auch die Entwicklung der Ein- und Ausfahrten sowie der Dauerparkverhältnisse je Parkobjekt. Die Betrachtung der bereits angesprochenen tendenziell weiter abnehmenden Zahl der Ein- und Ausfahrten der Kurzparker im direkten Jahresvergleich zeigt folgende Entwicklung: Im Jahr 2015 registrierten wir bei mehr als 548.000 Vorgängen ein Minus von 3,4 %. Nur das Parkhaus an der Daniel-Schürmann-Straße verzeichnet gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 3,9 %, der aber in die Gesamtbetrachtung bereits eingeflossen ist.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt und unserer Arbeitnehmer. Soweit sinnvoll und angemessen, greifen wir auf die zentralen Managementsysteme der Stadtwerke Remscheid und EWR zurück. Hierzu zählen beispielsweise ein Beschwerde- wie auch ein Umweltmanagementsystem. Der hohe Umweltschutz-Standard dieser Gesellschaften, die seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert sind, wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten.

Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr kein Arbeitsunfall.

Sauberkeit, Sicherheit und - nicht zu unterschätzen - die Beleuchtung in den Parkeinrichtungen sind - so auch in 2015 - ein wichtiges Grundelement für die Kundenakzeptanz. Darüber hinaus erfahren wir eine sehr positive Resonanz zu den von uns eingerichteten breiten und somit besonders nutzerfreundlichen Stellplätzen. Ende 2015 verfügen wir in unseren Parkhäusern über 200 „XL-Stellplätze“. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle der PSR zu fördern.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2015 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2016 bis 2019, erwarten wir für das Jahr 2016 ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung in der Größenordnung von 80 T€, das wir nachhaltig auch für die weiteren Prognosejahre 2017 bis 2019 planen. Damit befindet sich die Gesellschaft auf einen stabilen Ertragspfad.

Unter dem Gesichtspunkt vorsichtiger Annahmen gehen wir im Prognosezeitraum grundsätzlich nicht von steigenden Kurzparkereinfahrten aus und haben deshalb in diesem Segment gleichbleibende Erlöse unterstellt. Eine punktuelle, moderate Preiserhöhung im Kundensegment der Dauerparker zum Januar 2016 soll zu einer Stabilisierung der Erlöslage beitragen.

Fester Bestandteil unserer Aktivitäten ist die Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel in der Innenstadt. Die bereits etablierte Aktion „Parken & Sparen“ findet einen großen Zuspruch. Hierbei können Einzelhändler vergünstigte Wertmünzen erwerben und diese dann kostenlos als Serviceleistung an ihre Kunden weitergeben. Weitere Instrumente der Attraktivitätssteigerung und Kundenbindung stellen die Parkwertkarten und die EWR-PlusCard dar. Jedes Jahr im November findet eine gut genutzte Wertkarten-Aufladeaktion „13 für 10“ statt. Gepaart mit dem gefestigt hohen Niveau der Einnahmen aus der Vermietung von Dauerparkplätzen rechnen wir für 2016 und den Prognosejahren 2017 bis 2019 mit einer insgesamt soliden Erlössituation für die PSR, die pro Jahr nachhaltig jenseits der Millionen-Euro-Grenze liegen wird.

Die für 2016 geplanten Investitionen von 80 T€ beschränken sich auf Ersatzmaßnahmen im Bereich der Betriebsausstattung sowie der Erneuerung der Parktechnik für das Parkhaus Zentrum Süd im Rahmen eines neuen Dienstleistungsvertrages. Für den Zeitraum 2017 bis 2019 sind im Jahresdurchschnitt 30 T€ vorgesehen. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow gedeckt. Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Im Prognosezeitraum 2016 bis 2019 rechnen wir weiterhin mit einer kontinuierlichen Rückführung der Fremdverschuldung in der Größenordnung von 100 T€ p.a.

Das angelaufene neue Geschäftsjahr zeigt im ersten Monat hinsichtlich der Einnahmen insgesamt eine auf Planniveau liegende Entwicklung. Allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2016 gezogen werden.

Risiko- und Chancenbericht

Die Park Service Remscheid GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können sowie bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Konkrete Risiken, insbesondere aus den möglichen Nachwirkungen des in 2014 festgestellten

Unterschlagungsvorgangs hatten wir bereits angemessen in Form über Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen, eröffnen uns die Chancen, die Einnahmen der PSR zu steigern und damit die Ertragslage zu stärken. Zusätzlich flexibilisierte Vertragsvarianten für unsere Kunden im Segment der Dauerparker finden großen Zuspruch und sichern das erreichte Erlösniveau in diesem Geschäftsfeld.

Mit dem Eigentümer des Parkhauses Zentrum Süd wurde zum Januar 2016 ein erweiterter Dienstleistungsvertrag geschlossen, der uns zusätzliche Einnahmen generiert und die Wertschöpfung der Gesellschaft verbessert. Wie bereits erwähnt, bietet die PSR-Parkwertkarte für unsere Kunden Preisvorteile und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent. Der mit einem neuen Geschäftspartner geschlossene Vertrag über die Nutzung von Teilflächen im wenig frequentierten Parkhaus „Am Markt“ für die Aufstellung von Lagerboxen haben wir zunächst ruhend gestellt, weil noch eine Reihe technische Fragestellungen gelöst werden müssen. Für 2016ff. haben wir in unserer überarbeiteten Planung vorsorglich keine Mieterträge berücksichtigt.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft wird in die konzernweit eingesetzte Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid eingebunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 05. Februar 2016

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.3 H₂O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

H₂O GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2005

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

| Stammkapital | |
|---------------------|-------------|
| in € | in % |
| 200.000,00 | 100,0 |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Burkhard Mast-Weisz (ab 01.07.2014)
Ilona Kunze-Sill, Vorsitzende
Dr. Heinz-Dieter Rohrweck,
stellv. Vorsitzender

Oberbürgermeister
Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----|-------|-------|-------|
| | € | € | € |
| | keine | keine | keine |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/-innen | 34 | 34 | 33 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

| Betriebsbereich | Leistung | 2013 | in % | 2014 | in % | 2015 | in % |
|------------------------|------------------------|---------|------|---------|------|---------|------|
| H ₂ O - Bad | Besucher | 517.341 | -0,5 | 493.516 | -4,6 | 480.555 | -2,6 |
| | Umsatz T€ | 4.171 | 5,8 | 4.182 | 0,3 | 4.005 | -4,2 |
| Sportbad | Besucher | 139.532 | -9,0 | 134.406 | -3,7 | 130.748 | -2,7 |
| | Umsatz T€ | 115 | -1,7 | 114 | -0,9 | 121 | 6,1 |
| | Gesamtumsatz T€ | 4.286 | 6 | 4.296 | 0 | 4.126 | -4 |

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

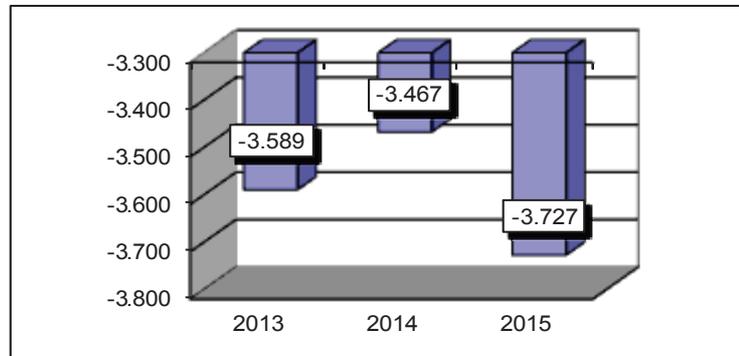
| Jahr Bilanz-Position | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 10 | 0,04 | 7 | 0,03 | 3 | 0,01 |
| Sachanlagen | 19.034 | 75,68 | 18.450 | 72,95 | 17.693 | 69,76 |
| Finanzanlagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 19.044 | 75,72 | 18.457 | 72,97 | 17.696 | 69,77 |
| Vorräte | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 5.745 | 22,84 | 6.621 | 26,18 | 7.300 | 28,78 |
| Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Flüssige Mittel | 363 | 1,44 | 215 | 0,85 | 368 | 1,45 |
| Umlaufvermögen | 6.108 | 24,28 | 6.836 | 27,03 | 7.668 | 30,23 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Aktiva | 25.152 | 100,00 | 25.293 | 100,00 | 25.364 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 200 | 0,80 | 200 | 0,79 | 200 | 0,79 |
| Kapitalrücklage | 23.426 | 93,14 | 23.426 | 92,62 | 23.426 | 92,36 |
| Gewinnrücklagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Bilanzgewinn | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 23.626 | 93,93 | 23.626 | 93,41 | 23.626 | 93,15 |
| Sonderposten mit Rücklagenanteil | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Empfangene Ertragszuschüsse | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 492 | 1,96 | 497 | 1,96 | 791 | 3,12 |
| Verbindlichkeiten | 1.034 | 4,11 | 1.170 | 4,63 | 947 | 3,73 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 25.152 | 100,00 | 25.293 | 100,00 | 25.364 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

| Jahr GuV-Position | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|--------------|--------------|--------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 4.358 | 4.358 | 4.184 |
| Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen | 0 | 0 | 0 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 260 | 261 | 259 |
| Erträge aus Gewinnabführung | 0 | 0 | 0 |
| Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Zinsen / Finanzerträge | 4 | 4 | 4 |
| Erträge | 4.622 | 4.623 | 4.447 |
| Materialaufwand | 4.226 | 4.161 | 3.993 |
| Personalaufwand | 1.319 | 1.418 | 1.662 |
| Abschreibungen | 1.505 | 1.490 | 1.505 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 1.070 | 904 | 877 |
| Abschreibungen auf Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 13 | 9 | 24 |
| Aufwendungen | 8.133 | 7.982 | 8.061 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | -3.511 | -3.359 | -3.614 |
| Sonstige Steuern | -78 | -108 | -113 |
| Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger | 3.589 | 3.467 | 3.727 |
| Jahresüberschuss (+) | 0 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

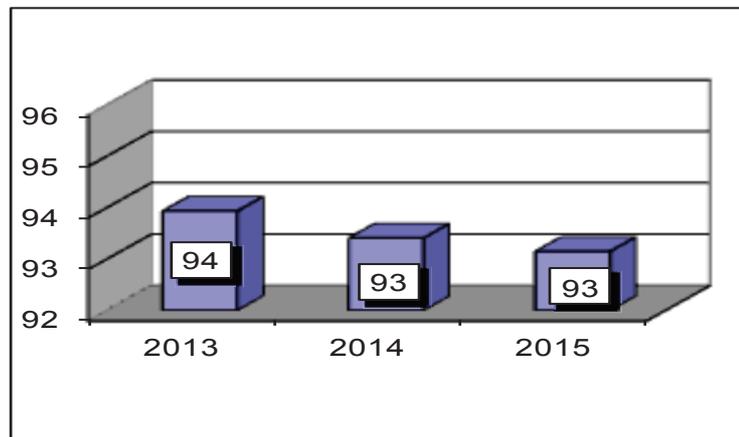
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|--------|--------|--------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Verlustübernahme | -3.589 | -3.467 | -3.727 |



Kennzahlen

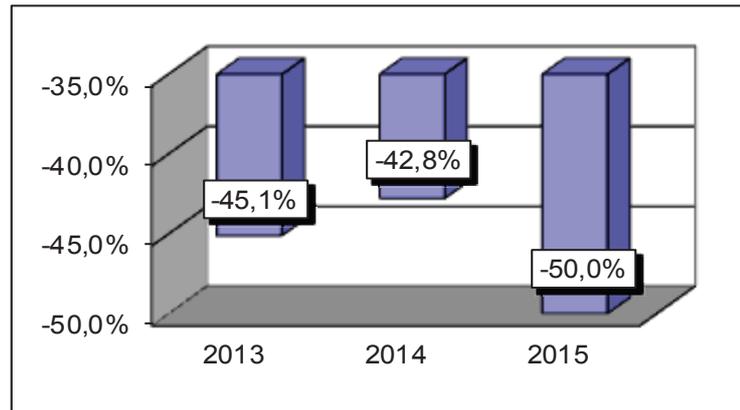
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|--------|--------|--------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 23.626 | 23.626 | 23.626 |
| Bilanzsumme | 25.152 | 25.293 | 25.364 |
| % EK | 94 | 93 | 93 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------|--------|--------|--------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Verlust | -3.589 | -3.467 | -3.727 |
| Abschreibungen | 1.505 | 1.490 | 1.505 |
| | -2.084 | -1.977 | -2.222 |
| Gesamterträge | 4.622 | 4.623 | 4.447 |
| Cash-Flow | -45,1% | -42,8% | -50,0% |



Lagebericht de H₂O GmbH für das Geschäftsjahr 2015

Grundlagen des Unternehmens

Die H₂O GmbH ist eine etablierte Gesellschaft im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH. Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid und die Erbringung von Dienstleistungen in den genannten Bereichen.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H₂O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Die kaufmännische Betriebsführung für die Gesellschaft wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft zählt mit ihrem „Sauna- und Badeparadies H₂O“ zu einer der beliebtesten Bade- und Wellnessanlagen in NRW. Ergänzt wird diese Erholungsanlage durch unser Sportbad am Park, das primär dem Schul- und Vereinssport dient und sich für Schwimmwettkämpfe zu einer gefragten Einrichtung etabliert hat.

Die Auswertung und Analyse der Besucher- und Einnahmestatistiken zeigen gegenüber dem Vorjahr in beiden Betriebsstandorten rückläufige Tendenzen auf. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Sportbad und dem Sauna- und Badeparadies insgesamt rund 611.300 Gäste erfasst und damit etwa 16.600 Besucher oder 2,6 % weniger als im Jahr 2014. Differenziert zeigt sich folgendes Bild: Im Sauna- und Badeparadies registrierte die Gesellschaft hiervon ca. 480.600 Besucher und damit gleichermaßen 2,6 % weniger gegenüber dem Vorjahr. Um 6,7 % wurde der in unsere ursprüngliche Wirtschaftsplanung eingeflossene Prognoseansatz verfehlt. Der in diesen Besucherzahlen enthaltene wirtschaftlich erfolgreiche Saunabereich (einschließlich Massagen) - auf ihn entfallen etwa 108.300 Gäste (im Vorjahr 112.700) - zeigt mit einem Rückgang von 3,9 % eine etwas stärkere Ausprägung auf.

Das Sportbad - wie schon erwähnt im Schwerpunkt eine Einrichtung für Schulen und Vereine - besuchten etwa 130.700 Gäste und damit ca. 2,7 % weniger als im Jahr zuvor. Auf das Nutzungsverhalten dieser Klientel hat die Gesellschaft keinen bzw. nur sehr eingeschränkten Einfluss.

Als Folge gesunkener Besucherzahlen und der nicht umfänglich an unsere Saunakunden weitergegebenen Umsatzsteuererhöhung zum 01.07.2015 von 7 % auf 19 %, verfehlt die Summe der Gesamterlöse und sonstigen betrieblichen Erträge beider Betriebsstätten - also einschließlich Pachteinahmen aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich sowie neutrale Erträge in Höhe von 23 T. € (i. Vj. 24 T. €) u.a. aus der Auflösung von Rückstellungen und Eingänge ausgebuchter Forderungen - mit rund 4,44 Mio. € den Vorjahreswert um 0,17 Mio. €.

Mit 4,09 Mio. € (4,27 Mio. € i. Vj.) werden wie in 2014 etwa 97 % der Gesamterlöse durch das Sauna- und Badeparadies bestritten, allerdings als Folge der bereits erwähnten rückläufigen Besucherzahlen auf einem etwas niedrigerem Niveau. Der auf den Saunabereich entfallende Anteil ist mit 2,06 Mio. € zu beziffern und liegt damit um 0,13 Mio. € oder ca. 6 % hinter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Erlöse im Sportbad konnten sich mit 0,12 Mio. € behaupten und gegenüber 2014 aufgrund angepasster Rahmenbedingungen für den Vereinssport um etwa 5 % zulegen.

Die betrieblichen Aufwendungen der Gesellschaft - etwa 8,15 Mio. € gegenüber knapp 8,08 Mio. € im Vorjahr (+ 0,8 %) - werden insbesondere durch die Material- und Personalkosten sowie Abschreibungen geprägt. Größter Einzelposten beim Materialaufwand sind die Energie- und Wasserbezugskosten, die mit insgesamt 1,77 Mio. € (1,70 Mio. € i. Vj.) zu Buche schlagen.

Die H2O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 1,66 Mio. € (i. Vj. 1,42 Mio. €) und beansprucht zur Deckung 37,4 % (i. Vj. 30,8 %) der betrieblichen Erträge. Zu erwähnen ist, dass die erstmals im Jahresabschluss 2010 gebildete Rückstellung für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse zum aktuellen Bilanzstichtag um 0,28 Mio. € aufgestockt wurde und hiervon abgezinst 0,26 Mio. € in den Personalaufwand eingeflossen sind. Zum Jahresende beschäftigte die Gesellschaft 33 (i. Vj. 34) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das gerundet ca. 26 Personen. Für die seinerzeit von SR auf die H2O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach dem 01.04.2005 eingestellt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft keinem Arbeitgeberverband angehört. Die H2O GmbH entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied im von den Statuten geforderten Umfang regelmäßig Beiträge an die Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln).

Die Abschreibungen belaufen sich planmäßig auf etwa 1,5 Mio. € und bewegen sich damit auf Vorjahresniveau. Sie orientieren sich an der Nutzungsdauer des Anlagevermögens und den Neuinvestitionen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht die H2O GmbH - bezogen auf die betrieblichen Erträge der Gesellschaft - einen Kostendeckungsgrad von etwa 54 %, der damit um 3 Prozentpunkte hinter den Vorjahreswert zurückfällt.

Der im Geschäftsjahr 2015 erwirtschaftete Jahresfehlbetrag der Gesellschaft beläuft sich - vor Verlustübernahme - auf 3,73 Mio. € und fällt damit leicht niedriger aus, als in der revidierten Wirtschaftsplanung für das Berichtsjahr prognostiziert wurde. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen wir einen Anstieg des Jahresfehlbetrages um 0,26 Mio. €. Die Lage der Gesellschaft ist nach wie vor geprägt von unserem operativen Geschäft in der Wasser- und Saunalandschaft. Als starke exogene Einflussfaktoren auf die Besucherströme und damit auf die Einnahmen der Gesellschaft kristallisieren sich grundsätzlich die Witterungsverhältnisse

eines Jahres, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte sowie die zunehmende Konkurrenzsituation heraus. Dem gegenüber stehen Attraktivität der Einrichtungen, Kundentreue, Sauberkeit und ein angemessenes Preis-/Leistungsverhältnis. Das hohe Niveau unseres Leistungsangebotes gepaart mit einem konsequenten Instandhaltungsmanagement sorgt regelmäßig für eine außerordentlich erfreuliche Kundenresonanz. Trotz der aufgabenbedingt dauerdefizitären Struktur der Gesellschaft kann die wirtschaftliche Lage insgesamt als stabil bezeichnet werden. Bis zum Ende des Planungshorizonts 2019 rechnen wir in der Tendenz mit einem Rückgang der jährlichen Defizite.

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H2O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag, der mit Wirkung zum 1. Januar 2011 angepasst und in der Folge am 02. Dezember 2013 hinsichtlich der Regelung zur Verlustübernahme geändert wurde. Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2015 wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund dieses Vertrages ausgeglichen; das Ergebnis der Gesellschaft schließt entsprechend mit Null ab.

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätssituation ist jederzeit gesichert. Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag wie auch zum 31.12.2014 besteht keine Inanspruchnahme aus dem Darlehensrahmen. Ein weiterer Darlehensvertrag zwischen den Gesellschaften erlaubt es, zur Optimierung der Konzernfinanzierung die freie Liquidität der H2O GmbH für die Muttergesellschaft zu nutzen. Zum Bilanzstichtag gewährte die Gesellschaft den Stadtwerken rund 3,5 Mio. €. Wie im Jahr zuvor bestehen gegenüber Kreditinstituten keine langfristigen Darlehensverbindlichkeiten.

Für die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr verausgabte die Gesellschaft Finanzmittel in Höhe von insgesamt 0,75 Mio. € (i. Vj. 0,91 Mio. €). Als größter Einzelposten sind ca. 0,47 Mio. € in den Neubau der Filterkreisläufe im H2O geflossen. Weitere 0,15 Mio. € wurden für die Überdachung des Wartungsgangs auf dem neuen Gradierwerk aufgebracht. Für die Anschaffung diverser Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurden die restlichen 0,13 Mio. € investiert. Zur Finanzierung der Investitionen konnte auf den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie freier Finanzmittel zurückgegriffen werden. Der Jahres-Cashflow beläuft sich unter Anwendung neuer Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS) im Berichtsjahr auf ca. 1,95 Mio. € (i. Vj. 1,99 Mio. €).

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft nimmt zum Bilanzstichtag ca. 70 % der Bilanzsumme ein. Das Anlagevermögen der Gesellschaft wurde 2008 im Zuge der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid auf die H2O GmbH übertragen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt in der Folge zum Bilanzstichtag unverändert 23,6 Mio. € oder ca. 93 % der Bilanzsumme.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir betriebsstättenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das - unterschieden nach Wasser- und Saunalandschaft, Vereins- und Schulsport - die Erträge, Aufwendungen und Investitionen sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich analysiert. Zu den Berichtsparametern zählen in gleicher Tiefe und Breite auch die Entwicklung der Gäste- und Umsatzzahlen. Diese wiederum sind nach Nutzungsverhalten bzw. Eintrittspreiskategorien segmentiert. So verzeichnen wir

beispielsweise in der Wasserlandschaft des H₂O einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von ca. 9.900 Gästen oder 2,9 %, im Vergleich zu unserer revidierten Wirtschaftsplanung jedoch in diesem Segment einen Zuwachs von etwa 1,0 %. Somit wurde der Gästerrückgang bereits im Planungsprozess erkannt und in die Wirtschaftsplanung eingearbeitet.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden (durch regelmäßige Umfragen), der Umwelt und unserer Arbeitnehmer. Die in den Bädereinrichtungen eingesetzte Technik trägt dazu bei, die Ressourcen Wasser und Energie effizient einzusetzen. Soweit sinnvoll und angemessen, greifen wir auf die zentralen Managementsysteme der Stadtwerke Remscheid und EWR zurück. Hierzu zählt beispielsweise ein Beschwerde- wie auch ein Umweltmanagementsystem. Der hohe Umweltschutz-Standard dieser Gesellschaften, die seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert sind, wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten.

Die Arbeitssicherheit nimmt in der Gesellschaft - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ereignete sich in der H₂O GmbH ein meldepflichtiger Arbeitsunfall (0 im Vj.).

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Zurzeit bilden wir - wie auch im Vorjahr - zwei junge Menschen im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2015 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2016 bis 2019, erwarten wir für das Jahr 2016 ein negatives Ergebnis vor Verlustausgleich in der Größenordnung von 3,8 Mio. €, das in 2017 und 2018 prognostiziert jeweils um etwa 10 % geringer ausfallen soll.

Wie bereits im letzten Prognosebericht vermutet, zeigte sich die von der Finanzverwaltung mit Wirkung zum 01.07.2015 vorgenommene Änderung der Umsatzbesteuerung von Saunadienleistungen (Anhebung von 7 % auf 19 %) als eine sehr ernstzunehmende Einflussgröße. Die rechnerisch notwendige Preiserhöhung haben wir nicht vollständig weitergeben können und damit einen stärkeren Rückgang der Nettoerlöse in diesem Segment hinnehmen müssen. Der für 2016 prognostizierte Besucherstrom - im Saunabereich erneut etwa 110.000 Gäste - stellt eine große Herausforderung dar. Für das neue Geschäftsjahr rechnen wir unter Ausnutzung von Preisspielräumen in der Saunalandschaft bei insgesamt 488.500 zahlenden Besuchern im H₂O und Sportbad mit einem moderaten Zuwachs der Erlöse und sonstigen betrieblichen Erträge auf ca. 4,64 Mio. €.

Die von den Gästen anerkannt hohe Aufenthaltsqualität in unserem Sauna- und Badeparadies wollen wir auf hohem Niveau halten. Die geplante Revisionswoche nach den Sommerferien 2016 dient dazu, ein umfangreiches Reparatur- und Ausbesserungsprogramm zu bestreiten. Im neuen Geschäftsjahr wird der Fokus auf den Umbau bzw. die Renovierung eines Teils der Umkleiden in der Wasserlandschaft liegen. Diese Qualitätsmaßnahme führt temporär zum Anstieg des operativen Defizits in 2016. Zum Jahreswechsel haben wir den Verkauf von

Mehrfachkarten zu Gunsten von gestuft rabattierten Geldwertkarten abgelöst. Gepaart mit verschiedenen Events sollen im Jahresverlauf die Attraktivität und Anziehungskraft unserer Anlagen verbessert werden. Mit diesem Paket wollen wir die Herausforderungen des Wettbewerbs annehmen und das Niveau der Gästezahlen im Planungszeitraum stabil halten. Bis Ende 2019 rechnen wir mit jährlichen Betriebserträgen in der Größenordnung von rund 4,8 Mio. €.

Die für 2016 geplanten Investitionen von knapp 0,7 Mio. € beinhalten im Schwerpunkt Attraktivierungsmaßnahmen für die Wasserlandschaft und Planungsleistungen hinsichtlich einer räumlichen Zusammenführung von Beauty und Massage (Wellness-Projekt). Für den Zeitabschnitt 2017 bis 2019 sind im Jahresdurchschnitt mehr als 0,8 Mio. € vorgesehen, die sich abgesehen von der Neugestaltung des Kleinkinderbereiches und der Fortsetzung des Wellness-Projektes - mehr auf pauschale Ersatzbeschaffungsmaßnahmen beschränken. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow in Verbindung mit dem Verlustausgleich gedeckt. Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert.

Der erste Monat des neuen Geschäftsjahres übertrifft zwar hinsichtlich der Besucherströme insgesamt sowohl im Ist/Ist- als auch Plan/Ist-Vergleich unsere Erwartungen, die erzielten Nettoeinnahmen erreichen jedoch nicht unsere Prognosen. Allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2016 gezogen werden.

Risiko- und Chancenbericht

Die H2O GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht hierüber abgegeben. Für die Gesellschaft ist kein Risiko identifiziert und bewertet, das im Hinblick auf den Schaden und die Eintrittswahrscheinlichkeit im Rahmen des Risikomanagements behandelt werden müsste. Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können sowie bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Aufenthaltsqualität in unseren Einrichtungen, Kundenorientierung und Kontinuität stehen im Fokus unseres Handelns. Die H2O GmbH und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz einer rückläufigen Besucherentwicklung ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus festigen. Der auch in 2015 fortgesetzte „Verschönerungskurs“ und insbesondere die Erneuerung der Filtertechnik und der damit einhergehenden verbesserten Wasserqualität, die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit rund um den Kunden sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurden wieder mit guten Besucherzahlen honoriert. Unsere Saunalandschaft ist über die Stadtgrenzen hinaus eine anerkannte und beliebte Einrichtung, die höchste Qualitätsmaßstäbe erfüllt. Diese Kundenresonanz eröffnet uns die Chance, die Position des H2O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die H2O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft wird in die konzernweit eingesetzte Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid eingebunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 05. Februar 2016

Prof. Dr. Hoffmann

Geschäftsführung

4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid
Deutscher Ring 18
42327 Wuppertal
Tel. 0202 / 71990-51

Gründungsjahr: 1996

| Gesellschafter | Stammkapitalanteil | |
|---------------------------|--------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Stadtwerke Remscheid GmbH | 11.250,00 | 45,0 |
| Stadtwerke Velbert GmbH | 2.500,00 | 10,0 |
| Wuppertaler Stadtwerke AG | 11.250,00 | 45,0 |
| <u>Gesamt</u> | <u>25.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

| Gesellschaften | Stammkapital | Beteiligung |
|---|--------------|-------------|
| | in € | in % |
| Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert | 511.291,88 | 26,0 |
| DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert | 25.564,59 | 50,0 |
| DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert | 511.291,88 | 50,0 |
| DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert | 153.387,56 | 33,3 |
| GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid | 153.387,56 | 41,0 |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

| | |
|------------------------|------------------------------------|
| Ralph Güther | Vorsitzender |
| Wilfried Michaelis | Stellv. Vorsitzender |
| Michael Schulte | Stellv. Vorsitzender |
| Frank Meyer | |
| Andreas Hofestädt | |
| Peter-Edmund Uibel | Ratsmitglied |
| Frank Braken | |
| Tanja Kreimendahl | Ratsmitglied |
| Gerd Peter Zielezinski | |
| Klaus Gräff | |
| Suna Sayin | |
| Burkhard Mast-Weisz | Oberbürgermeister (bis 19.02.2015) |
| Sven Wiertz | Stadtkämmerer (ab 19.02.2015) |
| Markus Schlomski | |
| Heinz-Werner Thissen | |
| Dr. Thomas Hoffmann | |

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen
keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----|-------|-------|-------|
| | € | € | € |
| | keine | keine | keine |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------|------|------|------|
| | | | |
| Mitarbeiter | 1,00 | 1,00 | 1,00 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

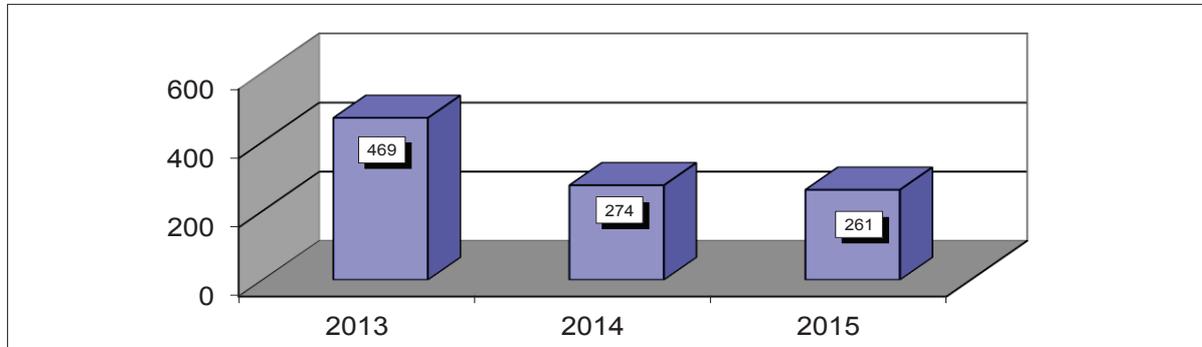
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Sachanlagen | 2 | 0,08 | 1 | 0,04 | 0 | 0,00 |
| Finanzanlagen | 2.011 | 78,12 | 2.011 | 84,63 | 2.011 | 86,20 |
| Anlagevermögen | 2.013 | 78,20 | 2.012 | 84,67 | 2.011 | 86,20 |
| Forderungen und sonst. Vermögensgegenst. | 557 | 21,64 | 360 | 15,15 | 319 | 13,67 |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 4 | 0,17 | 4 | 0,18 | 3 | 0,13 |
| Umlaufvermögen | 561 | 21,80 | 364 | 15,33 | 322 | 13,80 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Aktiva | 2.574 | 100,00 | 2.376 | 100,00 | 2.333 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 25 | 0,97 | 25 | 1,05 | 25 | 1,07 |
| Kapitalrücklage | 1.910 | 74,19 | 1.910 | 80,38 | 1.910 | 81,87 |
| Gewinnrücklage | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinnvortrag / Verlustvortrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 469 | 18,22 | 274 | 11,53 | 261 | 11,19 |
| davon nicht gedeckt | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 2.404 | 93,38 | 2.209 | 92,96 | 2.196 | 94,13 |
| Rückstellungen | 40 | 1,55 | 46 | 1,94 | 91 | 3,90 |
| Verbindlichkeiten | 124 | 4,82 | 115 | 4,84 | 40 | 1,71 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6 | 0,25 | 6 | 0,27 | 6 | 0,27 |
| Passiva | 2.574 | 100,00 | 2.376 | 100,00 | 2.333 | 100,02 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|------------|------------|------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| GuV-Position | | | |
| Umsatzerlöse | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 364 | 358 | 347 |
| Erträge aus Beteiligungen | 559 | 376 | 354 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 3 | 1 | 0 |
| Erträge | 926 | 735 | 701 |
| Materialaufwand | 0 | 0 | 0 |
| Personalaufwand | 67 | 67 | 72 |
| Abschreibungen | 1 | 1 | 0 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 399 | 378 | 368 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 0 | 1 | 0 |
| Aufwendungen | 467 | 447 | 440 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 459 | 288 | 261 |
| Sonstige Steuern | 11 | -14 | 0 |
| Jahresüberschuss (+) | 469 | 274 | 261 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

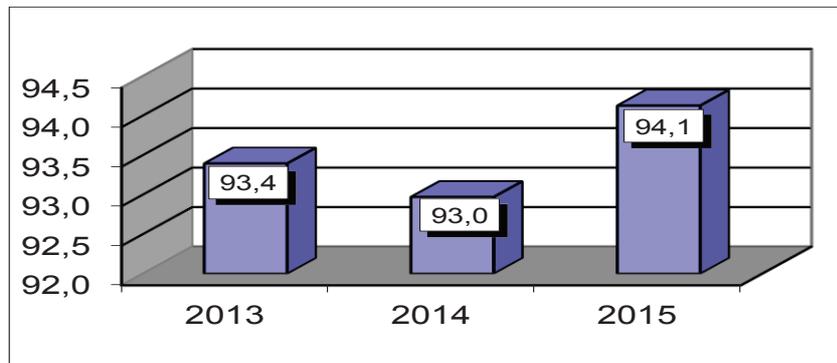
| | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------------|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 469 | 274 | 261 |



Kennzahlen

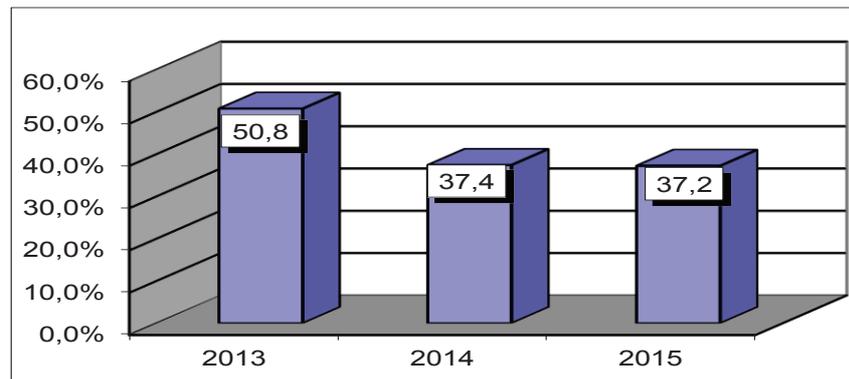
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|-------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 2.404 | 2.209 | 2.196 |
| Bilanzsumme | 2.574 | 2.376 | 2.333 |
| % EK | 93,4 | 93,0 | 94,1 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------------|-------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 469 | 274 | 261 |
| Abschreibungen | 1 | 1 | 0 |
| | 470 | 275 | 261 |
| Gesamterträge | 926 | 735 | 701 |
| Cash-Flow | 50,8% | 37,4% | 37,2% |



Lagebericht 2015

1. Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Dazu hat sich die BEG an folgenden Unternehmen beteiligt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid

GKR Gesellschaft für Kompostierung und Recycling in Velbert mbH, Velbert

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH, Velbert DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co.KG, Velbert

DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungsgesellschaft mbH, Velbert

Die Beteiligungsanteile sind im Anhang dargelegt.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7 % höher als im Vorjahr. Im vorangegangenen Jahr war das BIP in ähnlicher Größenordnung gewachsen (+ 1,6 %), 2013 lediglich um 0,3 %. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 wieder über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,3 % lag.

2.2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 verlief planmäßig.

Der Jahresüberschuss beträgt 261 T€, geplant war ein Jahresergebnis in Höhe von 226 T€.

Das Ergebnis ist geprägt von den Ausschüttungen der Beteiligungen und der Vermietung von Büro- und Geschäftsräumen.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Beträge (in T€):

| Gesellschaft | Ergebnis | Beteiligungs- ertrag BEG | Planwert |
|--------------|----------|-----------------------------|----------|
| DBV | 805,5 | 228,0 | 200,0 |
| GKE | 83,2 | 34,1 | 28,7 |
| GKR | 200,0 | 52,0 | 45,2 |
| DGV KG | 81,1 | 40,6 | 35,5 |

Alle Beteiligungsergebnisse lagen über den Planwerten. Ausführliche Informationen zu den einzelnen Gesellschaften unter 5.1.

Die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume verlief im Geschäftsjahr 2015 planmäßig.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage ist im Geschäftsjahr 2015 weitestgehend konstant geblieben. Die Eigenkapitalquote beträgt 94,1 % (Vorjahr: 93,0 %).

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich um 40 T€ erhöht, da die Ausschüttung der DGV mbH & Co. KG noch aussteht. Die sonstigen Vermögensgegenstände reduzierten sich um 98 T€ aufgrund eines geringeren Körperschaftsguthabens (53 T€) und einer geringeren Tagesgeldanlage (45 T€).

Auf der Passivseite reduzierten sich u.a. aufgrund fehlender Eingangsrechnungen die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um 59 T€ und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 26 T€.

Hierfür wurden entsprechende Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen erhöhten sich daher um 45 T€.

Zum 31.12.2015 bestanden keine Bankverbindlichkeiten. Bei der Stadtparkasse Wuppertal bestand zum 31.12.2015 eine nicht ausgenutzte Kreditlinie in Höhe von 500 T€. Die vorhandene Liquidität wurde als Tagesgeld innerhalb der WSW-Unternehmensgruppe angelegt (20 T€, Vorjahr 65 T€).

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 261 T€ (Vorjahr 274 T€). Die Abweichung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus leicht geringeren Beteiligungserträgen (355 T€, Vorjahr 376 T€).

3. Bericht zur Einhaltung der öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

An der BEG Entsorgungsgesellschaft mbH als ein Holdingunternehmen für kommunale Entsorgungsaufgaben sind die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH, Wuppertal, und die Stadtwerke Remscheid GmbH, Remscheid, mit jeweils 45 % und die Stadtwerke Velbert GmbH, Velbert, mit 10 % beteiligt.

Eine wichtige Aufgabe öffentlicher Unternehmen ist die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu zählt u.a. auch der Umweltschutz, insbesondere die Abfallentsorgung.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen und der Kompostierung.

Der Gegenstand des Unternehmens ist in § 2 der Satzung geregelt.

Die Gesellschaft hat sich, um auf allen Ebenen der Entsorgung von Individual- und Industriemüll für die Bürger im Bergischen Land tätig zu sein, an Deponien, an einer Kompos-

tierungsgesellschaft und an einer Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen beteiligt.

Die gesamten Tätigkeiten sind bei den Aufsichtsbehörden angemeldet.

Eine wesentliche Aufgabe der BEG liegt in der Verwaltung, Betreuung und Entwicklung ihrer Beteiligungen. Ferner soll die BEG übergeordnete Strategien in der Abfallwirtschaft aufgreifen und weiterentwickeln.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2015 haben sich nicht ergeben.

5. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

5.1 Prognosebericht

Die Beteiligungen der BEG erzielen auch im Geschäftsjahr 2015 wieder positive Ergebnisse. Für das Geschäftsjahr 2016 erwartet die BEG daher ein Ergebnis nach Steuern von 254,3 T€. Auch in den Folgejahren werden durchweg positive Ergebnisse bei den Beteiligungen geplant. Bei der BEG werden daher in den Folgejahren ab 2017 Jahresüberschüsse zwischen 258 T€ und 276 T€ erwartet.

Die Vermögens- und Finanzlage wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren nicht wesentlich verändern. Insbesondere wird die Eigenkapitalquote auf dem derzeitigen Niveau erwartet.

Die Beteiligungen entwickeln sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Das Geschäftsjahr 2015 verlief planmäßig. Gestiegenen Umsatzerlösen (von 5.061 T€ in 2014 auf 5.850 T€ in 2015) stehen entsprechend höhere Materialaufwendungen gegenüber. Auch alle übrigen Aufwandspositionen liegen in etwa auf Vorjahresniveau.

Der Umsatzanstieg ist in erster Linie auf Neuzuwächse aus dem Bereich der Stadt Wuppertal zurückzuführen, die eine geringere Provision für die GKE, aufgrund der schmalen Margen, nach sich zieht. Des Weiteren hat die GKE zum 01.02.2015 den Rangierauftrag der Verkehrsmittelbetriebe Ennepe-Ruhr erhalten.

Die bisherigen Zahlen des Jahres 2015 weisen ein GuV-Ergebnis von 74 T€ aus (BWA vom 29.01.2016). Der vorläufige Steueraufwand ist noch anzupassen, so dass sich vermutlich ein Ergebnis um 80 T€ ergeben wird, geplant war ein Ergebnis von 76 T€.

Es ist geplant, dass im Geschäftsjahr 2016 die Umsätze zurückgehen, da manche Aufträge nicht mehr auskömmlich sind. Es wird mit einem Ergebnis von 83 T€ für 2016 geplant.

In den Folgejahren sollen sich die Ergebnisse geringfügig verbessern und im Jahr 2020 bei 86 T€ liegen.

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Die DBV übernahm am 01.04.1997 die Aufgaben des Betriebs und des Abschlusses der Deponien "Plöger Steinbruch", "Industriestraße" und "Röttgenstraße" im Velberter Stadtgebiet von der Stadt Velbert. Seit dem Geschäftsjahr 2013 ist ausschließlich die Westerweiterung der Deponie "Plöger Steinbruch" als Deponie der Deponieklasse 1 in der Ablagerungsphase, die beiden anderen Deponien sind in der Stilllegungsphase und teilweise mit einer Oberflächenabdichtung versehen.

Der Geschäftsverlauf 2015 war vom Kerngeschäft geprägt. Die Planmengen konnten bei erneut hohem Preisniveau erreicht werden. Die Gesamtleistung liegt auf dem Vorjahresniveau. Aufgrund geringerer sonstiger betrieblicher Aufwendungen (geringere Zuführung zu den

Rückstellungen für Rekultivierung) ergibt sich trotz gesteigerter Materialaufwendungen und eines geringeren Finanzergebnisses in der Hochrechnung ein Jahresüberschuss von ca. 1.000 T€ (Vorjahresergebnis 806 T€).

Die Mittelfristplanung bis 2021 zeigt jährliche Ergebnisse von rund 900 T€.

Die langfristigen Chancen der DBV bestehen insbesondere in der möglichen Erweiterung der Deponie „Plöger Steinbruch“ oder ähnlichen, regional gelegenen Alternativen.

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Die DGV überlässt der DBV Deponiebetriebsgesellschaft die Deponie „Plöger Steinbruch West“ für Abfallmengen der Deponieklasse I gegen Entgelt zur Nutzung. Der Geschäftserfolg der DGV hängt direkt vom Erfolg und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der DBV ab, innerhalb der vorhandenen genehmigten Deponiekapazitäten geeignete Anlieferungsmengen zu akquirieren und diese über den Deponiezeitraum verteilt in ausreichender Menge vorzuhalten.

Für das Jahr 2015 wurde unter der Annahme des geplanten Verfüllvolumens von 130.000 Tonnen und einer normalen Kostenbelastung ein Jahresüberschuss von 63 T€ geplant. Das Geschäftsjahr verlief planmäßig. Für das Wirtschaftsjahr 2015 wird die DGV KG voraussichtlich einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe der Planung erzielen. Für das Jahr 2016 wird ein Ergebnis in ähnlicher Höhe geplant.

Der Gesellschaft stehen unabhängig von der Menge kostendeckende Nutzungsentgelte zu. Bis 2020 werden Jahresüberschüsse zwischen 57 T€ und 73 T€ erwartet.

Die Möglichkeit einer zusätzlichen DK I-Deponie auf der im Eigentum der DGV stehenden Deponie „Plöger Steinbruch“ wird zurzeit von der DBV fachlich geprüft. Nach einer ersten Analyse ist ein Teilgebiet in nordwestlicher Richtung geeignet, einen Deponiebetrieb der DK I-Abfälle für mindestens 10 Jahre sicherzustellen.

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling in Velbert mbH (GKR)

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wurde ein Jahresergebnis von 175 T€ nach Steuern geplant. Die Hochrechnung geht von einer Planverbesserung um ca. 25 T€ aus, so dass in etwa das Vorjahresergebnis in Höhe von 200 T€ erreicht wird.

Die Planverbesserung ergibt trotz eines geringeren Umsatzes als geplant (Umsatzrückgang gegenüber der Planung um ca. 8%), da der Minderumsatz durch günstigere bezogene Leistungen und einen Rückgang der Energie- und Dieselposten überkompensiert werden konnte. Hierdurch konnte auch der Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 4,7% ausgeglichen werden.

Laut Entwurf der mittelfristigen Planung der GKR bis 2020 werden in den Jahren 2016 bis 2020 Ergebnisse nach Steuern zwischen 178 T€ und 223 T€ erzielt.

5.2. Chancen- und Risikobericht

Die Ergebnisse der BEG werden sich in den Folgejahren in etwa auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2015 bewegen. Für 2016 wird mit einem Ergebnis von 254 T€ geplant. Die Vermögens- und Finanzlage wird aufgrund des hohen Eigenkapitals in 2016 weiterhin unverändert stabil bleiben.

Chancen und Risiken bestehen in der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Bestandgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Remscheid, 29. Februar 2016

Die Geschäftsführung

gez. Reese

4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH
Lierenfelder Str. 40
40231 Düsseldorf
Tel. 0211 / 5824741

Gründungsjahr: 1945

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---------------------------------------|-------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Rheinbahn AG | 62.500,00 | 25,0 |
| Stadtwerke Remscheid GmbH | 62.500,00 | 25,0 |
| Stadtwerke Solingen GmbH | 62.500,00 | 25,0 |
| ELBA durch den Einzug eigener Anteile | 62.500,00 | 25,0 |
| <u>Gesamt</u> | <u>250.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Dirk Bögershausen

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----|-------|-------|-------|
| | € | € | € |
| | keine | keine | keine |

4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH
Haberstraße 13a
42551 Velbert
Tel. 02051 / 9202 - 0

Gründungsjahr: 2002

| Gesellschafter | Stammkapital | |
|---|---------------------|--------------|
| | in € | in % |
| Stadt Remscheid (REB) | 127.500,00 | 51,0 |
| DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH | 122.500,00 | 49,0 |
| <u>Gesamt</u> | <u>250.000,00</u> | <u>100,0</u> |

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Michael Zirngiebl
Dirk Kentjens

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Herr Leitender Städtischer Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag nach § 3.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------|-----------|-----------|-----------|
| | € | € | € |
| Ausgleich Fehlbetrag | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Gewinnausschüttung gesamt | 13.220,53 | 16.779,47 | 15.581,30 |
| davon an Stadt RS / REB | 6.742,47 | 8.557,53 | 7.946,46 |

(Aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben erfolgt die Ausschüttung an REB.)

Anzahl der Beschäftigten

| Beschäftigte | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|----------|----------|----------|
| Mitarbeiter-/innen | 1 | 1 | 1 |
| Geschäftsführer | 2 | 2 | 2 |
| Gesamt | 3 | 3 | 3 |

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

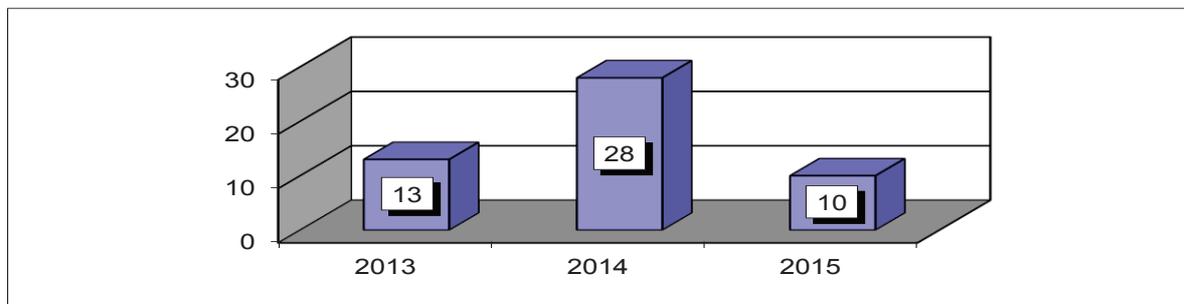
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Sachanlagen | 1 | 0,01 | 1 | 0,01 | 0 | 0,00 |
| Finanzanlagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlagevermögen | 1 | 0,01 | 1 | 0,01 | 0 | 0,00 |
| Vorräte | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 141 | 1,66 | 238 | 2,77 | 134 | 1,59 |
| Sonstige Wertpapiere | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 8.374 | 98,34 | 8.337 | 97,17 | 8.311 | 98,37 |
| Umlaufvermögen | 8.515 | 99,99 | 8.575 | 99,95 | 8.445 | 99,95 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 4 | 0,05 | 4 | 0,05 |
| Aktiva | 8.516 | 100,00 | 8.580 | 100,00 | 8.449 | 100,00 |
| Gezeichnetes Kapital | 250 | 2,94 | 250 | 2,91 | 250 | 2,96 |
| Kapitalrücklage | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Gewinnrücklagen | 913 | 10,73 | 919 | 10,71 | 919 | 10,88 |
| Bilanzgewinn / Gewinnvortrag | 0 | 0,00 | 6 | 0,07 | 0 | 0,00 |
| Verlustvortrag | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresüberschuss(+) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Jahresfehlbetrag(-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 1.163 | 13,66 | 1.175 | 13,69 | 1.169 | 13,84 |
| Sonderposten für Investitionszuschüsse | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Rückstellungen | 7.342 | 86,22 | 7.298 | 85,06 | 7.211 | 85,35 |
| Verbindlichkeiten | 10 | 0,12 | 107 | 1,25 | 69 | 0,82 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Passiva | 8.516 | 100,00 | 8.580 | 100,00 | 8.449 | 100,00 |

Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|------------|------------|------------|
| GuV-Position | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 137 | 153 | 211 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 23 | 3 | 6 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 120 | 129 | 122 |
| Erträge | 280 | 285 | 339 |
| Materialaufwand | 67 | 61 | 67 |
| Personalaufwand | 85 | 86 | 87 |
| Abschreibungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 108 | 96 | 170 |
| Abschreib. auf Wertpapiere des Umlaufvermögens | 0 | 0 | 0 |
| Abschreibungen auf Finanzanlagen | 0 | 0 | 0 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Aufwendungen | 260 | 243 | 324 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 20 | 42 | 15 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | -7 | -14 | -5 |
| Jahresüberschuss (+) | 13 | 28 | 10 |
| Jahresfehlbetrag (-) | 0 | 0 | 0 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

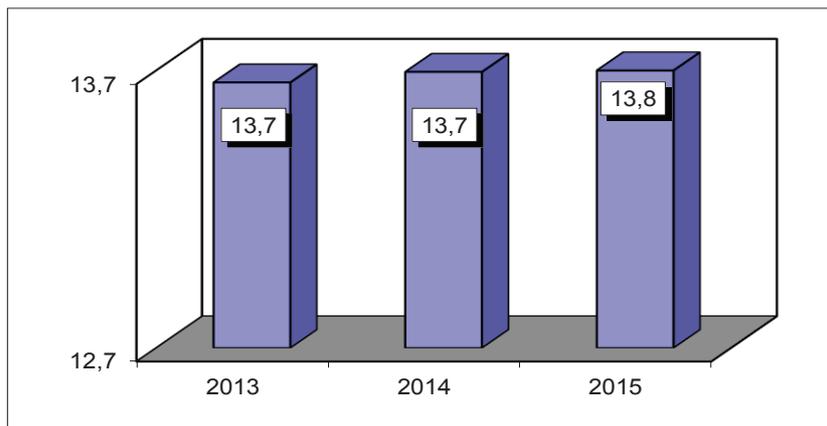
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|------|------|------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 13 | 28 | 10 |



Kennzahlen

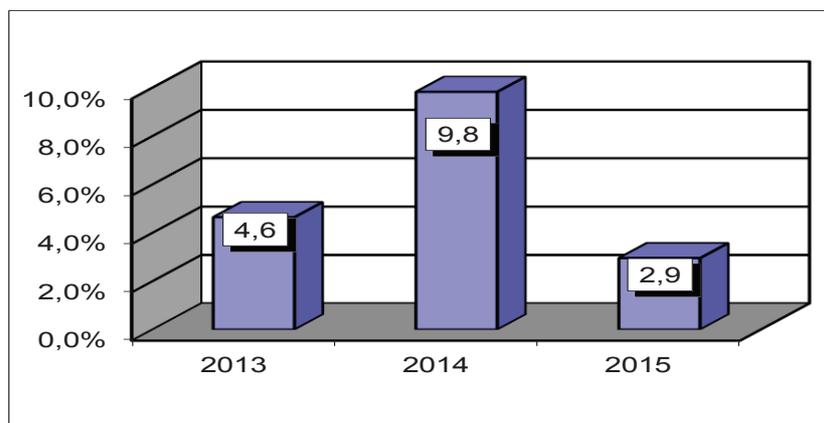
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 1.163 | 1.175 | 1.169 |
| Bilanzsumme | 8.516 | 8.580 | 8.449 |
| % EK | 13,7 | 13,7 | 13,8 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 13 | 28 | 10 |
| Abschreibungen | 0 | 0 | 0 |
| Summe | 13 | 28 | 10 |
| Gesamterträge | 280 | 285 | 339 |
| Cash-Flow | 4,6% | 9,8% | 2,9% |



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

1. Allgemeine Angaben

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Technischen Betriebe Remscheid (kurz: TBR) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid — Remscheider Entsorgungsbetriebe — alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid — Remscheider Entsorgungsbetriebe und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- > Pachtvertrag,
- > Entsorgungsvertrag,
- > Kauf- und Übertragungsvertrag,
- > Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- > Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- > Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid — Remscheider Entsorgungsbetriebe — wurde bis zum 31.12.2010 im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

Das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal wurde nach Abschluss der Deponieablagerung zum 01.01.2011 weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Ebenso wurde der Vertrag über die Betriebsführung des Wertstoffhofes zum 31.12.2010 von den Remscheider Entsorgungsbetrieben gekündigt und das für den Wertstoffhof benötigte Betriebsvermögen vertragsgemäß an die Remscheider Entsorgungsbetriebe zurück übertragen.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2015

2.1 Allgemeine Beurteilung

Nachdem die Verfüllung der Deponie mit den Ablagerungen des Jahres 2010 zur Restprofilierung weitgehend abgeschlossen werden konnte, wurden im Jahr 2015 nur noch untergeordnete Ablagerungen zur Restprofilierung der Deponie vorgenommen. Da weiterhin die Betriebsführung für den Wertstoffhof ebenfalls zum 31.12.2010 einvernehmlich beendet wurde, führte die Gesellschaft seit 2011 keine operativen Tätigkeiten durch. Wesentliche Ertragsquelle waren daher neben einigen Zwischenhandelsaktivitäten und Ingenieurleistungen im Wesentlichen Zinseinnahmen. Hierdurch konnten die Aufwendungen der Gesellschaft abgedeckt werden.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 10 T€ ab. Somit konnte das geplante Jahresergebnis von 12 T€ nicht ganz erreicht werden.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung 2.2.1 Auftragslage

Aufgrund der abgeschlossenen Deponieverfüllung wurden im Jahr nur 29.010 Mg. Rekultivierungsboden auf der Deponie abgelagert.

Auf dem DK-II-Bereich wurden keine Deponieersatzbaustoffe abgelagert.

2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 211 T€ realisiert. Diese beruhen auf Erlösen aus Zwischenhandelsaktivitäten in Höhe von 72 1E, die im Wesentlichen im Bereich Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände erzielt wurden. Mit der Annahme von Rekultivierungsboden wurden 83 T€ erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse mit Ingenieur- und Beratungsleistungen betragen 57 T€.

Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse durch die höheren Erträge aus der Annahme von Rekultivierungsboden gegenüber dem Vorjahr um 58 T€.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen 6 T€. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3 T€.

An Zinserträgen konnten 122 T€ erwirtschaftet werden. Aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus sanken die Zinserträge gegenüber dem Vorjahr um 7 T€.

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 340 T€ erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr

wurden somit um 55 T€ höhere Erträge erzielt.

2.2.3 Aufwendungen

Den genannten Erträgen in Höhe von 340 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 330 T€ gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 67 T€ (Vorjahr: 61 T€) und die Personalaufwendungen 87 T€ (Vorjahr: 86 T€).

Die Abschreibungen beliefen sich auf 158 (Vorjahr 325 €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 171 T€ (Vorjahr 96 T€). Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um 75 T€. Dies lag im Wesentlichen an einer Zuführung zur Rekultivierungsrückstellung in Höhe von 83 T€.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 5 T€ (Vorjahr: 14 T€). Der Aufwand für sonstige Steuern betrug 293 €.

Die Aufwendungen erhöhten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 73 T€.

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 10 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 18 T€ verschlechtert. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in den höheren Sonstigen Aufwendungen (+75 T€) aufgrund der Zuführung zur Rekultivierungsrückstellung. Diese kann trotz der höheren Erträge (55 T€) nicht ausgeglichen werden. Durch das verschlechterte Ergebnis ergaben sich allerdings auch gegenüber dem Vorjahr geringere Belastungen aus Steuern (-7 T€). Somit konnte gegenüber dem Wirtschaftsplan 2015 das geplante Jahresergebnis von 12 T€ nicht ganz erreicht werden.

2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertiggestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertiggestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf bis 2015 verschoben. Nach dem Abschluss einer langwierigen Abstimmung mit der Bezirksregierung zum eingesetzten Abdichtungsmaterial wurde mit dieser Maßnahme im Jahr 2015 begonnen. Der Bauabschnitt wird im Jahr 2016 fertig gestellt werden können.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum 31.12.2015 8.311 T€. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anlagen und Guthaben somit um 26 T€ vermindert.

Die Guthaben sind ausschließlich bei deutschen Kreditinstituten (Sparkassen oder Großbanken) in EURO angelegt.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Da mit dem Abschluss der Deponieprofilierung auch der operative Betrieb der Deponie weitgehend abgeschlossen wurde, wurde das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Nur ein Mitarbeiter verblieb zur Betreuung der Rekultivierungsarbeiten bei der Gesellschaft.

Da kein versicherungspflichtiger Mitarbeiter mehr in der Gesellschaft beschäftigt ist, konnte die Mitgliedschaft bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) einvernehmlich zu 31.12.2015 beendet werden. Auf die Zahlung einer Ausgleichzahlung wurde seitens der RZVK verzichtet, da die bestehenden Versicherungsansprüche durch den Personalübergang zum 01.01.2011 auf die Stadt Remscheid übergegangen sind.

Am Ende des Geschäftsjahres wurde daher 1 Mitarbeiter beschäftigt.

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände) weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden.

Der Bezirksregierung erteilte im Jahr 2015 die Zustimmung zu dem eingereichten Landschaftspflegerische Begleitplans einschließlich des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages.

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 8.580 T€ (01.01.2015) um 131 T€ auf 8.449 T€ (31.12.2015) vermindert.

Der Anlagenbestand hat sich von 308 € auf 150 € (31.12.2015) vermindert.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.445 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 131 T€ vermindert. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 105 T€ vermindert. Der Kassenbestand und der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten wurden um 26 T€ reduziert.

Gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages wurde in den vergangenen Jahren zum Ausgleich möglicher Fehlbeträge eine Gewinnrücklage gebildet. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 01.01.2015 betrug 919 T€. Im Berichtsjahr konnte aus dem Jahresüberschuss keine weitere Zuführung durchgeführt werden.

Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Vorgaben des Konsortialvertrages der teilweisen Verwendung des Jahresüberschusses (Mindestausschüttung in Höhe von 15 T€ an die Gesellschafter und Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage) aufgestellt. Die vorgesehene Mindestausschüttung konnte im Berichtsjahr nicht vollständig erfüllt werden. Der nicht geleistete Betrag in Höhe von 5 T€ soll in den kommenden Geschäftsjahren nachgeholt werden. Im Berichtsjahr konnte daher aus dem Jahresüberschuss auch keine Zuführung zur Gewinnrücklage durchgeführt werden. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 31.12.2015 betrug weiterhin 919 T€.

Im Jahr 2015 konnte aufgrund der Regelung zur Mindestausschüttung im Konsortialvertrag kein Bilanzgewinn ausgewiesen werden.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2014 und 31.12.2015 nur marginal verändert.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

| | Stand 01.01.2015 | Zugang | Abgang | Stand 31.12.2015 |
|-----------------------|---------------------|-----------|------------|---------------------|
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Stammkapital | 250 | 0 | 0 | 250 |
| Kapitalrücklage | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gewinnrücklage | 919 | 6 | 0 | 919 |
| Gewinn/Verlustvortrag | 6 | 10 | -16 | 0 |
| Gesamt | <u>1.175</u> | <u>10</u> | <u>-16</u> | <u>1.169</u> |

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2015 beträgt somit 13,84 %. Zum 31.12.2014 betrug sie 13,69 %.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2015 um 88 T€ auf insgesamt 7.211 T€ vermindert. Hiervon entfallen 7.149 T€ auf die Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Der Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 22 T€ für Planungsleistungen sowie 149 T€ für die Bevorratung von Baumaterial für die Entwässerungsschicht (Kupolofenschlacke) entnommen. Aus den der Annahme von Rekultivierungsböden erzielten Erträgen wurden 83 T€ zugeführt.

Im Jahr 2008 wurde der Rückstellungsbedarf für die Rekultivierung zur Berücksichtigung der Baupreissteigerung auf 7.365 T€ angepasst. Aufgrund der zu berücksichtigenden Vorgaben

des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ist dieser Erfüllungsbetrag zum 31. Dezember 2015 weiter als realistisch einzuschätzen. Auch aus der Genehmigungslage hat sich keine Veränderung hinsichtlich der Anforderungen an die Oberflächenabdichtung ergeben. Die zum 31.12.2015 gebildete Rückstellung deckt somit die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und die Rekultivierung in vollem Umfang ab.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2015 in vollem Umfang ab. Steuerrückstellungen wurden in einer Höhe von 13 T€ gebildet.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2015 betragen 69 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 37 TE reduziert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 211 T€ (Vorjahr: 153 T€).

Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 6 T€ erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 122 T€.

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße war aufgrund der Vorgaben der Abfallablagereverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 konnten Abfälle auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Die Planungen wurden in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf erst nach dem Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung begonnen, da sich aus dieser Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben. Für 2016 sind hierzu weitere Verhandlungen mit der Bezirksregierung vorgesehen.

Ein weiterer Profilierungsbedarf ergibt sich im Weiteren nur aus dem Ausgleich der bis zur Rekultivierung eingetretenen Deponiesetzungen. Die Höhe der Setzungen kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Allerdings sind auf dem Deponieplateau im Bereich der Zwischenlagerflächen für Rekultivierungsboden durch diese Belastung bereits Setzungen eingetreten, die vor dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ausgeglichen werden müssen.

Wichtig für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bis zur Umsetzung der Rekultivierung sind weiterhin die Zinseinnahmen. Diese sind allerdings aufgrund der Wirtschaftslage in der Eurozone weiterhin unbefriedigend.

Insgesamt ist für das nächste Jahr aufgrund gleichbleibender Erträge aus den Guthaben bei Kreditinstituten und den Zwischenhandelsaktivitäten sowie der Kostenentwicklung der Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 130.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet.

Ab dem Jahr 2016 sollen gemäß den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf weitere Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung ausgeführt werden. Hierbei werden zunächst die bislang noch nicht verwirklichten Bauabschnitte im Bereich der Vorschüttung weitergebaut.

Zur Folgenutzung der Deponieflächen wird seitens der Stadt Remscheid nunmehr die Nutzung der Deponie als Solarstandort angestrebt. Hierzu wurden im Jahr 2014 Zuschussanträge im Rahmen der Ziel-II-Förderung der EU erarbeitet. Nach den derzeit vorliegenden Plänen lässt sich diese Folgenutzung ohne eine Mehrbelastung der derzeitigen Abdichtungs- und Re-

kultivierungsplanung verwirklichen. Alternativ wird weiterhin der Ausbau des Wertstoffhofes auf dem Standort untersucht. Somit ergeben sich aus diesen Nachnutzungskonzepten keine Mehrkosten für die Rekultivierung.

Remscheid, den 31.03.2016

gez.
Michael Zirngiebl
(Geschäftsführer)

gez.
Dirk Kentjens
(Geschäftsführer)

5.1 Technische Betriebe Remscheid (Eigenbetrieb)

(bis 31.12.2013: Remscheider Entsorgungsbetriebe)

Allgemeine Unternehmensdaten

Technische Betriebe Remscheid (TBR)
 (bis 31.12.2013: REB Remscheider Entsorgungsbetriebe)
 Nordstr. 48
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16 - 2840

Gründungsjahr: 1996 / Umfirmierung zum 01.01.2014

Stammkapital: 5.000.000,00 €

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

| Gesellschaften | Stammkapitalanteil | |
|---|--------------------|------|
| | in € | in % |
| Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH | 127.500,00 | 51,0 |

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Technischen Betriebe Remscheid sind nach § 1 der Betriebsatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung einschließlich Winterdienst
- Friedhofs- und Bestattungswesen
- Forstbetrieb

Die Technischen Betriebe Remscheid nehmen außerdem folgende Aufgaben wahr:

- Bau und Unterhaltung der Straßen, Plätze und Wege der Stadt Remscheid
- Planung, Bau und Unterhaltung der Ingenieurbauwerke,
- Planung, Bau und Unterhaltung und Betrieb der städtischen Verkehrsanlagen einschließlich Verkehrsrechner,
- Planung, Bau, Unterhaltung und Betrieb der städtischen Grün- und Freiflächen, Spielplätze sowie der Außenanlagen von städtischen Gebäuden und der städtischen Kleingartenanlagen,
- KFZ-Werkstatt
- Bearbeitung und Heranziehung öffentlicher Abgaben

Zweck der aufgeführten Entsorgungseinrichtungen der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die Entsorgung des Stadtgebietes von

Abfällen und Abwässern, die Reinigung öffentlicher Straßen, Plätze und Wege einschließlich Winterdienst nach Maßgabe der jeweiligen Satzungen, Betrieb des Wertstoffhofes, Wert- und Schadstoffsammlung, Rekultivierung der Deponie Solinger Straße, Betreuung der Dualen Systeme, Abfall- und Abwasserberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Die Aufgaben werden entsprechend dem jeweils gültigen Abfallwirtschafts- und Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Remscheid durchgeführt. Verpflichtende Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrunde liegenden Straßenausbauprogramme sind ebenso Grundlagen für die Aufgabenerfüllung der Technischen Betriebe Remscheid.

Zur Einrichtung Abfallentsorgung erfüllen die Technischen Betriebe alle Aufgaben des öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgers.

Zweck der Einrichtung Friedhofs- und Bestattungswesen ist der Betrieb der städtischen Friedhöfe und deren Einrichtungen und Nebenbetriebe sowie die Wahrnehmung der Belange des städtischen Friedhofs- und Bestattungswesens, die sich im Wesentlichen aus dem Bestattungsgesetz NRW und dem Gräbergesetz in den jeweils gültigen Fassungen ergeben.

Zweck der Einrichtung Forstbetrieb ist die nachhaltige Bewirtschaftung des den Technischen Betrieben Remscheid übertragenen Wirtschaftswaldes, die Pflege und Unterhaltung der städtischen Waldparzellen sowie die Wahrnehmung der forstlichen Betreuung im Forstverbandswald, die sich aus dem Bewirtschaftungsvertrag zwischen der Stadt Remscheid und dem Forstverband in seiner jeweils gültigen Fassung ergeben.

Zweck der unter Wahrnehmung folgender Aufgaben aufgeführten Bereiche der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die wirtschaftliche Erbringung der von der Stadt Remscheid übertragenen Dienstleistungen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, die Erhaltung der entsprechenden Infrastruktur sowie der Erhalt der innerstädtischen Naherholung, der Aufenthaltsqualität und des Spiel- und Freizeitangebotes insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die Aufgaben können mit eigenem Personal oder durch Beauftragung Dritter einschließlich Fach- und Beratungsaufgaben wahrgenommen werden.

Die Technischen Betriebe Remscheid betreiben alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Unter Beachtung des § 107 Abs. 2 GO NRW dürfen weitere Tätigkeiten übernommen werden, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind.

Bei der Zweckerreichung verfolgen die Technischen Betriebe Remscheid ökonomische und ökologische Ziele. Ziele des nachhaltigen Umweltschutzes sind Leitschnur für die Betriebsführung.

Organe des EigenbetriebesBetriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss:

| | |
|---|------------------------|
| Edelhoff, York -Vorsitzender- | Ratsmitglied |
| Schlieper, Beatrice -stellv. Vorsitzende- | Ratsmitglied |
| Haarhaus, Peter Otto | Ratsmitglied |
| Kötter, Markus | Ratsmitglied |
| Siegfried, Jochen | Ratsmitglied |
| Kunze-Sill, Ilona | Ratsmitglied |
| Wolf, Sven | Ratsmitglied |
| Meyer, Gottfried H. | Sachkundiger Bürger |
| Blumberg, Marcel | Arbeitnehmersvertreter |
| Jantke, Uwe | Arbeitnehmersvertreter |
| Mobini, Vahid | Arbeitnehmersvertreter |
| Steinmeyer, Uwe | Arbeitnehmersvertreter |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Anzahl der Beschäftigten**

| Beschäftigte (zum 31.12.) | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen | 131 | 221 | 225 |
| Angestellte | 57 | 104 | 104 |
| Beamte/Beamtinnen | 6 | 20 | 19 |
| Gesamt | 194 | 345 | 348 |

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

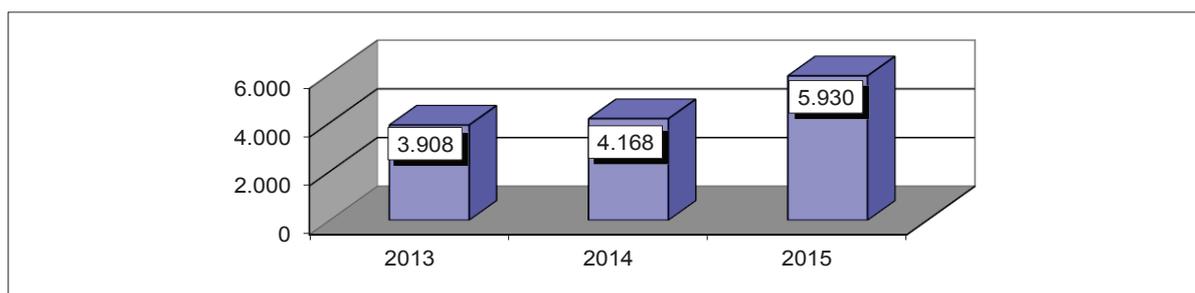
| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|----------------|---------------|----------------|---------------|----------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 409 | 0,15 | 357 | 0,12 | 388 | 0,13 |
| Sachanlagen | 252.248 | 95,44 | 275.155 | 91,22 | 277.883 | 92,66 |
| Finanzanlagen | 129 | 0,05 | 129 | 0,04 | 129 | 0,04 |
| Anlagevermögen | 252.786 | 95,64 | 275.641 | 91,38 | 278.400 | 92,83 |
| Vorräte | 251 | 0,09 | 217 | 0,07 | 221 | 0,07 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 9.109 | 3,45 | 18.907 | 6,27 | 17.395 | 5,80 |
| Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten | 2.081 | 0,79 | 6.796 | 2,25 | 3.765 | 1,26 |
| Umlaufvermögen | 11.440 | 4,33 | 25.920 | 8,59 | 21.381 | 7,13 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 81 | 0,03 | 91 | 0,03 | 120 | 0,04 |
| Aktiva | 264.307 | 100,00 | 301.652 | 100,00 | 299.901 | 100,00 |
| Stammkapital | 5.000 | 1,89 | 5.000 | 1,66 | 5.000 | 1,67 |
| Allgemeine Rücklage | 66.138 | 25,02 | 90.989 | 30,16 | 91.003 | 30,34 |
| Zweckgebundene Rücklagen | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Verlustvortrag, Gewinnvortrag | 11.743 | 4,44 | 13.651 | 4,53 | 14.320 | 4,77 |
| Jahresüberschuss(+) | 3.908 | 1,48 | 4.168 | 1,38 | 5.930 | 1,98 |
| Jahresfehlbetrag(-) | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Eigenkapital | 86.789 | 32,84 | 113.808 | 37,73 | 116.253 | 38,76 |
| Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen | 22.570 | 8,54 | 22.478 | 7,45 | 22.510 | 7,51 |
| Empfangene Ertragszuschüsse | 2.719 | 1,03 | 2.766 | 0,92 | 2.712 | 0,90 |
| Rückstellungen | 4.362 | 1,65 | 10.536 | 3,49 | 10.975 | 3,66 |
| Verbindlichkeiten | 147.867 | 55,95 | 146.840 | 48,68 | 142.253 | 47,43 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1 | 0,00 | 5.224 | 1,73 | 5.198 | 1,73 |
| Passiva | 264.307 | 100,00 | 301.652 | 100,00 | 299.901 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|---------------|---------------|---------------|
| GuV-Position | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse | 44.788 | 46.269 | 47.059 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 754 | 835 | 868 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 1.199 | 14.087 | 14.266 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 60 | 96 | 28 |
| Erträge aus Beteiligungen | 6 | 10 | 4 |
| Erträge | 46.807 | 61.297 | 62.225 |
| Materialaufwand | 17.443 | 19.237 | 19.166 |
| Personalaufwand | 10.032 | 18.717 | 19.183 |
| Abschreibungen | 7.781 | 8.272 | 8.042 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 2.667 | 6.298 | 5.900 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 4.891 | 4.546 | 3.948 |
| Aufwendungen aus Verlustübernahme | 0 | 0 | 0 |
| Aufwendungen | 42.813 | 57.070 | 56.239 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 3.994 | 4.227 | 5.986 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Steuern | -86 | -59 | -56 |
| Jahresverlust | 0 | 0 | 0 |
| Jahresgewinn | 3.908 | 4.168 | 5.930 |
| Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage | 0 | 0 | 0 |
| Verlust | 3.823 | 0 | 0 |
| Gewinn | 7.731 | 4.168 | 5.930 |

Entwicklung der Jahresergebnisse

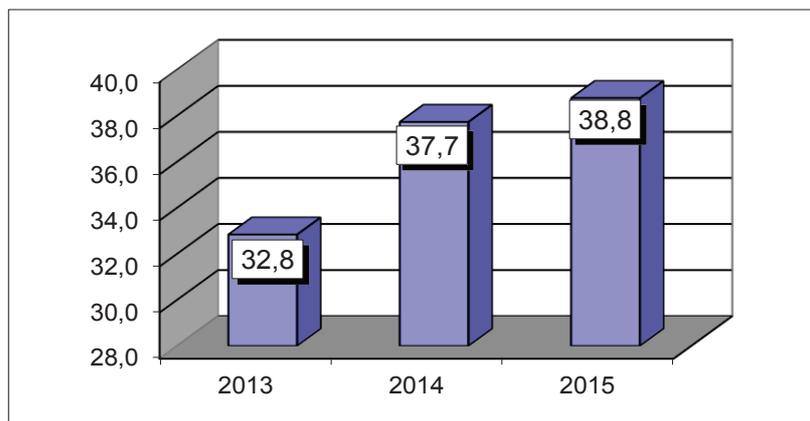
| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|-------|-------|-------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss / -fehlbetrag | 3.908 | 4.168 | 5.930 |



Kennzahlen

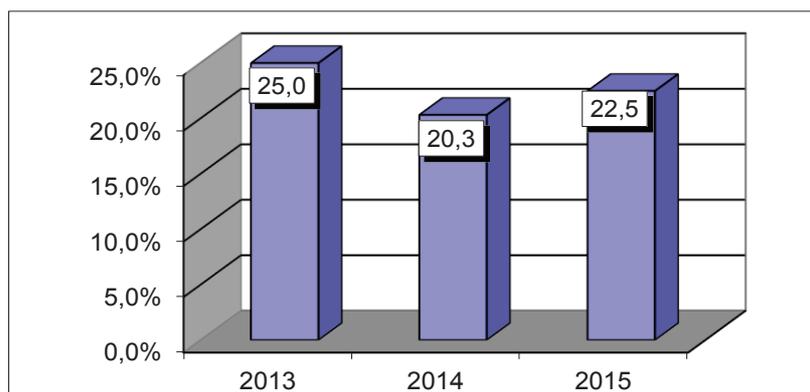
Eigenkapitalquote

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|-------------|-------------|-------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 86.789 | 113.808 | 116.253 |
| Bilanzsumme | 264.307 | 301.652 | 299.901 |
| % EK | 32,8 | 37,7 | 38,8 |



Cash-Flow

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|---------------|---------------|---------------|
| Angabe in | T€ | T€ | T€ |
| Jahresüberschuss | 3.908 | 4.168 | 5930 |
| Abschreibungen | 7.781 | 8.272 | 8.042 |
| Summe | 11.689 | 12.440 | 13.972 |
| Gesamterträge | 46.807 | 61.297 | 62.225 |
| Cash-Flow | 25,0% | 20,3% | 22,5% |



Lagebericht der Technische Betriebe Remscheid für das Geschäftsjahr 2015

1. Allgemeines

1.1 Gründung und Entwicklung des Eigenbetriebs

Mit Beschluss vom 11. Dezember 1995 hat der Rat der Stadt Remscheid die Umwandlung der Regiebetriebe mit den Gebührenhaushalten Stadtentwässerung, Abfall, Straßenreinigung, Deponie sowie deren gemeinsame Bereiche in einen Eigenbetrieb mit der Bezeichnung Remscheider Entsorgungsbetriebe zum 1. Januar 1996 beschlossen. Grundlage der Entscheidung war ein Gutachten, das vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimale Organisations- und Rechtsform untersuchte. Der Beschluss umfasste auch die Betriebsatzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW).

Mit Beschluss des Rates der Stadt Remscheid vom 11. Dezember 2013 wurde der Betrieb mit Wirkung ab dem 01.01.2014 um die städtischen Regiebetriebe Grünflächen und Friedhöfe, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft erweitert. Der Betrieb trägt seit dem 01.01.2014 aufgrund der Betriebserweiterung den Namen

Technische Betriebe Remscheid.

Grundlage der Betriebserweiterung waren wiederum mehrere Gutachten, die vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimalen Organisations- und Rechtsformen untersuchten.

Mit der Betriebserweiterung wurde auch die Satzung entsprechend angepasst.

1.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebs

Die Technischen Betriebe Remscheid betreiben die nachfolgenden Einrichtungen, die eine wirtschaftliche und organisatorische Einheit darstellen:

- a) Abwasserbeseitigung
- b) Abfallentsorgung
- c) Straßenreinigung einschließlich Winterdienst
- d) Friedhofs- und Bestattungswesen
- e) Forstbetrieb

Zweck der unter a) bis c) aufgeführten Entsorgungseinrichtungen der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die Entsorgung des Stadtgebietes von Abfällen und Abwässern, die Reinigung öffentlicher Straßen, Plätze und Wege einschließlich Winterdienst nach Maßgabe der jeweiligen Satzungen, Betrieb des Wertstoffhofes, Wert- und Schadstoffsammlung, Rekultivierung der Deponie Solinger Straße, Betreuung der Dualen Systeme, Abfall- und Abwasserberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Die Aufgaben werden entsprechend dem jeweils gültigen Abfallwirtschafts- und Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Remscheid durchgeführt. Verpflichtende Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrunde liegenden Straßenausbauprogramme sind ebenso Grundlagen für die Aufgabenerfüllung der Technischen Betriebe Remscheid.

Zur Einrichtung nach b) erfüllen die Technischen Betriebe Remscheid alle Aufgaben des öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgers.

Zweck der unter d) aufgeführten Einrichtung Friedhofs- und Bestattungswesen ist der Betrieb der städtischen Friedhöfe und deren Einrichtungen und Nebenbetriebe sowie die Wahrnehmung der Belange des städtischen Friedhofs- und Bestattungswesens, die sich im Wesentlichen aus dem Bestattungsgesetz NRW und dem Gräbergesetz in den jeweils gültigen Fassungen ergeben.

Zweck der unter e) aufgeführten Einrichtung Forstbetrieb ist die nachhaltige Bewirtschaftung des den Technischen Betrieben Remscheid übertragenen Wirtschaftswaldes, die Pflege und Unterhaltung der städtischen Waldparzellen sowie die Wahrnehmung der forstlichen Betreuung im Forstverbandswald, die sich aus dem Bewirtschaftungsvertrag zwischen der Stadt Remscheid und dem Forstverband in seiner jeweils gültigen Fassung ergeben.

Die Technischen Betriebe Remscheid nehmen außerdem folgende Aufgaben wahr:

- a) Bau und Unterhaltung der Straßen, Plätze und Wege der Stadt Remscheid
- b) Planung, Bau und Unterhaltung der zu a) gehörenden Ingenieurbauwerke

- c) Planung, Bau und Unterhaltung und Betrieb der städtischen Verkehrsanlagen einschließlich Verkehrsrechner,
- d) Planung, Bau, Unterhaltung und Betrieb der städtischen Grün- und Freiflächen, Spielplätze sowie der Außenanlagen von städtischen Gebäuden und der städtischen Kleingartenanlagen
- e) Kfz-Werkstatt
- f) Bearbeitung und Heranziehung öffentlicher Abgaben

Zweck der unter a) bis d) aufgeführten Bereiche der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die wirtschaftliche Erbringung der von der Stadt Remscheid übertragenen Dienstleistungen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, die Erhaltung der entsprechenden Infrastruktur sowie der Erhalt der innerstädtischen Naherholung, der Aufenthaltsqualität und des Spiel- und Freizeitangebotes insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die Aufgaben können mit eigenem Personal oder durch Beauftragung Dritter einschließlich Fach- und Beratungsaufgaben wahrgenommen werden.

Die Technischen Betriebe Remscheid betreiben alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Sie darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten übernehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung des Betriebszwecks zuzuordnen sind.

Die Technischen Betriebe Remscheid bestehen aus 6 Geschäftsbereichen sowie einer Betriebsleitungsebene. Die Bezeichnungen lauten wie folgt:

- 0 Betriebsleitung
 - EDV -
 - Zentrale Dienste -
- 1 Geschäftsbereich Entwässerung
 - Planung/Entwurf/Grundstücksentwässerung -
 - Neubau -
 - Betrieb und Unterhaltung -
- 2 Geschäftsbereich Abfallwirtschaft
 - Abfallwirtschaft -
 - Wertstoffhof -
 - Straßenreinigung/Winterdienst -
- 4 Grünflächenunterhaltung und Friedhöfe
 - Grünflächenunterhaltung -
 - Spielplatzunterhaltung -
 - Friedhöfe -
- 5 Straßen- und Brückenbau
 - Neubau -
 - Betrieb und Unterhaltung -
 - Verkehrstechnik -
 - Beitragsabrechnung -

- 6 Fuhrparkmanagement
 - Werkstatt -
 - Fuhrpark/Technik -
- 7 Forstwirtschaft
 - Forstwirtschaft -
 - Holzvermarktung -
- 9 Finanzwesen
 - Finanzbuchhaltung -
 - Controlling/Verwaltung -
 - Grundabgabenveranlagung/Debitorenbuchhaltung -

Aus wirtschaftlichen Gründen findet darüber hinaus in bestimmten Bereichen eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung statt, damit eine Doppelverwaltung der typischen Zentralaufgaben vermieden wird. Hierzu gehören u. a. die Personalverwaltung, Darlehensverwaltung, Rechtsberatung sowie Service-Leistungen der Gebäudeverwaltung, Nachrichtentechnik etc.

Entsprechend dem § 3 Absatz 2 der Betriebssatzung und der jeweils anzuwendenden Gemeindeordnung und Eigenbetriebsverordnung werden die Technischen Betriebe Remscheid von der Betriebsleitung selbständig geleitet; sie ist auch für die wirtschaftliche Betriebsführung verantwortlich.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2015

2.1 Allgemeine Beurteilung

Das Wirtschaftsjahr 2015 war geprägt von der Konsolidierung der neuen Prozesse, die sich aus der Betriebserweiterung um die Sparten Grünflächen und Friedhöfe, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft ergaben. Die durch die Betriebserweiterung begonnenen Veränderungen konnten im Geschäftsjahr weiterentwickelt werden. Die bereits in den Jahresabschlüssen der vergangenen Wirtschaftsjahre der Remscheider Entsorgungsbetriebe und im ersten Jahresabschluss der Technischen Betriebe Remscheid erkennbare wirtschaftliche Stabilisierung und Verbesserung der Betriebsergebnisse des gewöhnlichen Geschäftsverlaufes hat sich auch im zweiten Wirtschaftsjahr der Technischen Betriebe Remscheid fortgesetzt.

Im zweiten Wirtschaftsjahr nach der Betriebserweiterung sind im Folgenden die Vergleiche mit den Vorjahreszahlen nunmehr wieder vollumfänglich aussagekräftig.

Das Wirtschaftsjahr konnte mit einem Gewinn in Höhe von 5.930,0 T€ (Vorjahr: 4.168,3 T€) abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis somit um 1.761,7 T€ verbessert.

Ergebnisbelastungen ergaben sich aus Anlagenabgängen vor allem im Bereich der Entwässerung. Das Jahresergebnis wurde im Wirtschaftsjahr 2015 durch Verlust aus Anlagenabgängen in Höhe von 585,8 T€ belastet. Allerdings fielen diese damit gegenüber der Planung um 414,7 T€ geringer aus.

Die Umsatzerlöse aus Abwasser-, Abfall-, Straßenreinigungs- und Friedhofsgebühren fielen gegenüber der Planung um 1.499,9 T€ niedriger aus. Dies lag im Wesentlichen an den Erlösminderungen, die sich aus ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckungen ergaben. Da hier ein Rückerstattungsanspruch gegenüber den Gebührenschuldern im Rahmen der nächsten Gebührenkalkulationen besteht, muss hierüber im Jahresabschluss eine sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen werden. Diese führt zu einer Belastung des handelsrechtlichen Ergebnisses in Höhe von 1.982,1 T€.

Eine weitere Belastung ergab sich aus dem Wertanpassungsbedarf des Forderungsbestands. Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2015 wird aus der Zuführung zu Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Abgängen aus dem Umlaufvermögen in einer Größenordnung von insgesamt 228,6 T€ belastet.

Im Winter 2015 fielen nur mittlere Winterdienstaufwendungen an. Daher fielen die Umsätze

mit den Winterdienstleistungen auf Gehwegen für die Stadt Remscheid gegenüber der Planung um 80,4 T€ geringer aus.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2015 wurde der von der Stadt Remscheid gezahlte Aufwendungsersatz in der endgültigen Festlegung um 78,7 T€ geringer vereinbart.

Der Personalaufwand für das Jahr 2015 fiel gegenüber der Wirtschaftsplanung um 89,2 T€ höher aus.

Für die Erstellung und Sanierung von Hausanschlüssen wurden 179,2 T€ mehr aufgewandt. Demgegenüber wurden allerdings 289,4 T€ höhere Erlöse mit Hausanschlüssen erzielt.

Diese Belastungen konnten durch gegenläufige positive Effekte vollständig ausgeglichen werden.

Die Umsatzerlöse außerhalb der Gebührenerlöse stiegen trotz der geringeren Erlöse aus den Winterdienstleistungen für die Stadt Remscheid gegenüber den Planansätzen um 950,1 T€.

Dies liegt vor allem an höheren Erlösen aus Hausanschlüssen (+289 T€), aus Ingenieurleistungen Straßen- und Brückenbau (+147 T€), höheren Papiererlösen (+137 T€), höheren Erlösen aus Holzverkäufen (+111 T€), höheren Kostenerstattungen nach dem TKG (+93 T€), höheren Erlösen aus Ingenieurleistungen Sport- und Grünflächenplanung (+66 T€), höheren Aufbruchgebühren (+32 T€) sowie höheren Parkgebühren (+19 T€).

Die aktivierten Eigenleistungen stiegen gegenüber den Planwerten um 168,0 T€.

Aus der Auflösung von Rückstellungen, Pauschal- und Einzelwertberichtigungen sowie aus dem Verkauf von Anlagevermögen konnten Erträge in Höhe von insgesamt 498,9 T€ erwirtschaftet werden, die im Wirtschaftsplan nicht eingeplant waren.

Durch die anhaltend günstigen Treibstoffkosten fielen diese um 77,2 T€ niedriger aus.

Die Entsorgungskosten der Abfallwirtschaft konnten um 292,2 T€ gesenkt werden.

Auch die Aufwendungen für Verwaltungsgemeinkosten und Dienstleistungsverträge lagen um 376,1 T€ unter den Planansätzen. Dies galt auch für die EDV-Kosten, die um 117,9 T€ reduziert wurden.

Die Abschreibungen fielen gegenüber den Planansätzen um 230,5 T€ geringer aus.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid (DBR) konnte im Jahr 2015 ein positives Ergebnis in Höhe von 10,0 T€ erwirtschaften. Die Ausschüttung der DBR führte zu einem Beteiligungsertrag in Höhe von 4,3 T€.

Da die Darlehnszinsen gegenüber der Planung deutlich gesenkt werden konnten, ergab sich trotz der geringen Zinserträge ein gegenüber der Wirtschaftsplanung um 964,9 T€ verbessertes Finanzergebnis (einschl. der Beteiligungserlöse).

Die gute Entwicklung des Wirtschaftsjahres führte dazu, dass die Gebührenabrechnungen der Bereiche Entwässerung, Restmüll und Winterdienst jeweils mit einer ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckung in Höhe von insgesamt 1.982,1 T€ abschließen. Diese Überdeckungen führen aufgrund der gebührenrechtlichen Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) nicht zu einer Verbesserung des handelsrechtlichen Ergebnisses. Gleichwohl tragen sie zu einer Stabilisierung der Gebührenentwicklung der kommenden Jahre bei. Seit dem Jahr 2012 werden diese ungewollten Überdeckungen als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Insgesamt fällt das Jahresergebnis gegenüber dem geplanten Jahresergebnis um 2.448,4 T€ besser aus.

2.2 Aufwands- und Ertragslage sowie Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Die in der Betriebssatzung festgelegten Aufgaben sind im Geschäftsjahr 2015 erfüllt worden. Für die Gebührenbereiche wurden die Leistungen entsprechend der jeweiligen Satzung erbracht. Die vom Rat der Stadt im Rahmen von Zielvereinbarungen vorgegebene Gebührenentwicklung konnte hierbei eingehalten werden. In den Bereichen, in denen die Stadtverwaltung mit deren Fachbereichen als Auftraggeberin aufgetreten ist, wurde leistungsspezifisch auf der Basis der Verrechnungssätze und gültigen Materialpreise abgerechnet. Soweit Arbeiten oder Dienstleistungen für Dritte erbracht wurden, erfolgte ebenfalls eine leistungsorientierte Rechnungslegung.

2.2.2 Erträge

Die Umsatzerlöse betragen 47.058,8 T€ (Vorjahr: 46.269,3 T€) und setzten sich wie folgt zusammen:

| | T€ | Vorjahr T€ |
|-----------------------------|----------|------------|
| Betriebsleitung/Finanzwesen | 0,1 | 0,0 |
| Werkstatt | 105,1 | 97,9 |
| Abwasserbeseitigung | 27.879,0 | 27.867,1 |
| Abfallbeseitigung | 11.476,3 | 11.610,8 |
| Straßenreinigung | 3.463,7 | 2.944,9 |
| Grünflächen | 1.514,9 | 1.371,9 |
| Friedhöfe | 1.039,3 | 925,7 |
| Straßen- und Brückenbau | 842,2 | 782,1 |
| Forstwirtschaft | 738,2 | 668,9 |
| | <hr/> | <hr/> |
| | 47.058,8 | 46.269,3 |

An Eigenleistungen (Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die überwiegend im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 868,0 T€ (Vorjahr: 835,3 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z. B. Aufwendungsersatz Stadt Remscheid, Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen sowie übrige Erträge) konnten in Höhe von 14.266,0 T€ (Vorjahr: 14.087,2 T€) erzielt werden.

Die Deponiebetriebsgesellschaft mbH (DBR) erzielte im Jahr 2015 ein positives Geschäftsergebnis. Daher konnte im Jahr 2015 ein Ertrag aus der Beteiligung in Höhe von 4,3 T€ (Vorjahr: 9,6 T€) erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus bei 28,5 T€ (Vorjahr: 96,3 T€).

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 62.225,4 T€ (Vorjahr: 61.297,7 T€) stehen Aufwendungen in Höhe von 56.295,4 T€ (Vorjahr: 57.129,4 T€) gegenüber. Im Jahr 2015 fiel kein außerordentliches Ergebnis an (Vorjahr: 0,0 T€).

Wesentliche Aufwandsarten stellten die Materialaufwendungen mit insgesamt 19.165,8 T€ (Vorjahr: 19.236,9 T€) und die Personalaufwendungen mit insgesamt 19.183,0 T€ (Vorjahr: 18.716,9 T€) dar.

Hiervon betrug der Materialaufwand bei der Abwasserbeseitigung 9.173,6 T€ (Vorjahr: 9.333,5 T€), der Abfallwirtschaft 5.715,4 T€ (Vorjahr: 6.202,2 T€) und der Straßenreinigung 796,7 T€ (Vorjahr: 578,3 T€). Bei den neuen Sparten betrug der Materialaufwand bei den Grünflächen 787,0 T€ (Vorjahr: 561,0 T€), den Friedhöfen 220,7 T€ (Vorjahr: 138,6 T€), dem Straßen- und Brückenbau 1.933,8 T€ (Vorjahr: 1.872,6 T€) und der Forstwirtschaft 271,7 T€ (Vorjahr: 250,4 T€). Bei den gemeinsamen Bereichen (Betriebsleitung, Finanzwesen und Werkstatt) betrug der Materialaufwand 266,9 T€ (Vorjahr: 300,3 T€).

Von den Personalaufwendungen entfielen auf die Abwasserbeseitigung 3.701,7 T€ (Vorjahr: 3.471,8 T€), die Abfallbeseitigung 3.761,5 T€ (Vorjahr: 3.603,7 T€) sowie 1.661,4 T€ (Vorjahr: 1.421,5 T€) auf die Sparte Straßenreinigung. Bei den neuen Sparten betrug der Personalaufwand bei den Grünflächen 2.103,0 T€ (Vorjahr: 2.016,8 T€), den Friedhöfen 467,4 T€ (Vorjahr: 533,5 T€), dem Straßen- und Brückenbau 4.401,7 T€ (Vorjahr: 4.389,3 T€) und der Forstwirtschaft 977,0 T€ (Vorjahr: 972,7 T€). Weiterhin entfielen auf die gemeinsamen Bereiche (Betriebsleitung, Finanzwesen und Werkstatt) 2.109,2 T€ (Vorjahr: 2.307,6 T€).

Die bilanziellen Abschreibungen beliefen sich auf 8.042,3 T€ (Vorjahr: 8.271,9 T€) und die Fremdkapitalzinsen auf 3.948,1 T€ (Vorjahr: 4.545,8 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 5.900,0 T€ (Vorjahr: 6.298,5 T€).

Innerbetrieblich wurden in der Summe 2.081,6 T€ (Vorjahr: 2.054,0 T€) verrechnet, die per

Saldo die Sparten wie folgt be- bzw. entlastet (- bzw. +) haben: Betriebsleitung und Verwaltung +535,3 T€ (Vorjahr: +600,2 T€), Werkstatt +615,1 T€ (Vorjahr: +529,3 T€), Abwasserbeseitigung -324,4 T€ (Vorjahr: -350,4 T€), Abfallentsorgung -439,9 T€ (Vorjahr: -440,4 T€), Straßenreinigung -273,6 T€ (Vorjahr: -185,6 T€), Grünflächen -18,1 T€ (Vorjahr: -14,0 T€), Friedhöfe -20,1 T€ (Vorjahr: -18,1 T€), Straßen- und Brückenbau -47,7 T€ (Vorjahr: -106,0 T€) und Forstwirtschaft -26,6 T€ (Vorjahr: -15,0 T€).

Die Aufwendungen für Steuern betragen insgesamt 56,3 T€ (Vorjahr: 59,5 T€). Hiervon entfielen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag 27,7 T€ (Vorjahr: 29,4 T€).

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zur Finanzierung der getätigten Investitionen mussten neben der Bereitstellung eigener Mittel keine langfristigen Kreditaufnahmen getätigt werden. Investitions- und Ertragszuschüsse für Anlagegüter standen in Höhe von 532,7 T€ (Vorjahr: 501,3 T€) zur Verfügung. Die planmäßige Darlehenstilgung betrug 6.028,6 T€ (Vorjahr: 5.680,1 T€). Daneben erfolgte eine außerordentliche Darlehenstilgung in Höhe von 261,0 T€.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben sich von 146.840,5 T€ - Stand 01.01.2015 - um -4.587,6 T€ auf 142.252,9 T€ - Stand 31.12.2015 - vermindert. Davon entfielen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten am 31.12.2015 120.540,5 T€ (Vorjahr: 126.852,6 T€). Auf Verbindlichkeiten aus Anzahlungen entfielen 5.139,3 T€ (Vorjahr 5.196,3 T€). Auf die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 2.318,7 T€ (Vorjahr: 2.350,6 T€). Darüber hinaus resultieren aus Verpflichtungen gegenüber der Stadt 9.245,2 T€ (Vorjahr: 8.341,5 T€). Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 4,7 T€ (Vorjahr: 4,1 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 5.004,4 T€ (Vorjahr: 4.095,4 T€). Hiervon entfallen 4.342,3 T€ (Vorjahr: 3.343,1 T€) auf Verbindlichkeiten aus ungewollten Gebührenüberdeckungen

2.5 Personal- und Sozialbereich

Durch die Betriebserweiterung ergab sich eine Ausweitung des Personalbestandes. Zum 31.12.2014 waren 325 tariflich Beschäftigte sowie 20 Beamte beschäftigt. Der Personalbestand hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

| | Stand 01.01.15 | Zugang/ Abgang | Stand 31.03.15 | Zugang/ Abgang | Stand 30.06.15 | Zugang/ Abgang | Stand 30.09.15 | Zugang/ Abgang | Stand 31.12.15 |
|--------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Lohnemp- fänger | 221 | -2 | 219 | 3 | 222 | 1 | 223 | 2 | 225 |
| Angestellte | 104 | 0 | 104 | 1 | 105 | 0 | 105 | -1 | 104 |
| Beamte | 20 | 1 | 21 | -1 | 20 | 0 | 20 | -1 | 19 |
| Gesamt | 345 | -1 | 344 | 3 | 347 | 1 | 348 | 0 | 348 |

Die Personalkosten im Geschäftsjahr 2015 setzten sich wie folgt zusammen:

| | T€ | (Vorjahr T€) |
|---|----------|--------------|
| Löhne | 8.785,0 | (8.435,7) |
| Gehälter | 5.240,0 | (5.045,3) |
| Beamtenbezüge | 1.027,2 | (1.076,8) |
| Veränderung RST Überstunden | -5,2 | (-2,7) |
| Veränderung RST Urlaub | -144,1 | (0,7) |
| Veränderung ATZ-Rückstellung Lohn/Gehalt | 2,1 | (231,2) |
| Soziale Abgaben | 2.746,1 | (2.636,4) |
| Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | 1.531,9 | (1.293,5) |
| Summe | 19.183,0 | (18.716,9) |

Die einzelnen Sparten (einschl. Hilfs- und Nebensparten) schließen mit folgendem Ergebnis ab:

| | Löhne/Gehälter und Beamtenbezüge | | Soziale Abgaben | | Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | | Summe |
|-------------------------|----------------------------------|--------------|-----------------|--------------|---|--------------|----------|
| | T€ | (Vorjahr T€) | T€ | (Vorjahr T€) | T€ | (Vorjahr T€) | T€ |
| Betriebsleitung | 499,0 | (441,5) | 56,5 | (46,6) | 175,2 | (429,9) | 730,7 |
| Finanzwesen | 698,7 | (691,9) | 119,0 | (135,9) | 65,2 | (65,2) | 882,9 |
| Werkstatt | 386,9 | (388,0) | 76,9 | (78,3) | 31,6 | (30,3) | 495,4 |
| Abwasserbeseitigung | 2.913,4 | (3.015,7) | 537,4 | (516,6) | 251,0 | (-60,5) | 3.701,8 |
| Abfallbeseitigung | 2.887,0 | (2.716,0) | 569,0 | (529,0) | 305,4 | (358,7) | 3.761,4 |
| Straßenreinigung | 1.291,3 | (1.116,3) | 259,9 | (219,2) | 110,2 | (86,0) | 1.661,4 |
| Grünflächen | 1.623,5 | (1.609,9) | 317,8 | (303,9) | 161,8 | (103,0) | 2.103,1 |
| Friedhöfe | 362,8 | (418,4) | 70,6 | (77,4) | 34,1 | (37,7) | 467,5 |
| Straßen- und Brückenbau | 3.464,8 | (3.545,3) | 630,6 | (627,3) | 306,4 | (216,7) | 4.401,8 |
| Forstwirtschaft | 777,6 | (844,0) | 108,4 | (102,2) | 91,0 | (26,5) | 977,0 |
| Summe | 14.905,0 | (14.787,0) | 2.746,1 | (2.636,4) | 1.531,9 | (1.293,5) | 19.183,0 |

Der durchschnittliche Personalaufwand je Beschäftigtem betrug im Geschäftsjahr 55,1 T€ (Vorjahr: 54,7 T€).

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2015 war das zweite Wirtschaftsjahr nach der Erweiterung der Remscheider Entsorgungsbetriebe um die Sparten Grünflächen, Straßen- und Brückenbau und Forstwirtschaft zu den Technischen Betrieben Remscheid. Daher waren viele Vorgänge des Jahres noch von der Umstrukturierung des Betriebes geprägt. Die neu eingeführten Prozesse mussten im Laufe des Jahres weiter konsolidiert werden.

Die Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Entwässerung werden von der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und den hierfür erforderlichen Investitionen bestimmt.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen wurden für die Erweiterung und die bauliche Sanierung bzw. Erneuerung des Kanalisationsnetzes aufgewendet. Eine wesentliche Maßnahme war die Sanierung des Regenwassereinzugsgebietes Kremenholler Bach. Nachdem in den vergangenen Jahren das Regenklär- und Regenrückhaltebecken, der Bau der Retentionsräume im Gewässer und die Renaturierung des Baches durchgeführt wurden, wurde im Berichtsjahr der letzte Bauabschnitt (Umbau des vorhandenen Rückhaltebeckens Kremenholler Bach) abgeschlossen. Diese Maßnahmen waren weitere Auflagen aus der wasserrechtlichen Erlaubnis zur Einleitung des Niederschlagswassers aus verschiedenen Einzugsgebieten in den Kremenholler Bach. Durch diese Kombination aus Beckenbau und Maßnahmen im Gewässer soll der gute Zustand des Gewässers, der nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie gefordert wird, trotz der Einleitung des Niederschlagswassers in das Gewässer, erreicht werden. Die Maßnahme wurde in der Fachwelt auf mehreren Symposien vorgestellt. Auch in der Öffentlichkeit wurde vor allem die Renaturierung gut aufgenommen.

Weiterhin wurde mit der Sanierung des Entwässerungsgebietes in Bergisch Born begonnen. Das Gebiet muss vom Mischsystem in ein Trennsystem umgebaut werden. Hiermit sind auch erhebliche Eingriffe in die Verkehrsinfrastruktur verbunden, die eine Belastung für die Anwohner darstellen. Daher wurde frühzeitig der Betriebsausschuss und der örtliche Bürgerverein über die anstehenden Maßnahmen informiert.

Die Nachkalkulation der Entwässerungsgebühren für das Jahr 2015 ergab eine Überdeckung in Höhe von 1.512,3 T€. Grund für diese hohe ungewollte Überdeckung waren höhere Gebühreneinnahmen (403 T€) vor allem im Bereich der Schmutzwassergebühren. Weiterhin leistete der Wupperverband eine Rückzahlung aus Vorjahren (404 T€), es ergaben sich nicht eingeplante Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (179 T€), aus den aktivierten Eigenleistungen (132 T€) sowie aus Nebengeschäften mit andere Gebietskörperschaften (92 T€).

Im Bereich Abfallwirtschaft konnte ein weiteres Absinken der Wertstofflöse aufgrund der neuen Vertragslage bei der Papierverwertung verhindert werden. Neben den Erträgen aus der Vermarktung von Altpapier konnten Erlöse im Bereich Altkleider, Schrott und Elektroaltgeräte erzielt werden. Die gesetzlichen Vorgaben zur Einführung einer

Wertstofftonne kamen im Geschäftsjahr 2015 nicht voran. Es ist immer noch unklar ob, wann und unter welchen Umständen eine Wertstofftonne eingeführt wird.

Im Jahr 2015 wurde die Sanierung der Umladestelle für Bioabfall weitgehend abgeschlossen. Im Zuge der Gesamtsanierung des Geländes der ehemaligen Tierkörperbeseitigungsanstalt wurden die für die Bioabfallumladestelle genutzten Gebäudeteile saniert und logistisch optimiert. Somit steht nach Abschluss der Arbeiten langfristig eine Umladeanlage für diese Abfälle zur Verfügung.

Nach Rücksprache mit der Stadt Remscheid soll der Wertstoffhof auch künftig auf der Deponie Solinger Straße verbleiben. Seitens der Stadt ist weiterhin der Ausbau der Deponiefläche zu einem Standort für erneuerbare Energien (Solarenergie, Power to gas) geplant. Hier kann sich auch ein nutzungsverträgliches Nebeneinander dieser Standortnutzung mit dem Weiterbetrieb des Wertstoffhofes an dieser Stelle ergeben. Auf dieser Basis wurden die ersten Planungen für den neuen Wertstoffhof beauftragt.

Die erfassten Restmüllmengen stiegen im Jahr 2015 leicht an. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der deutlich geringere Bevölkerungsrückgang sowie der kurzfristige Bevölkerungsanstieg durch die im Jahr 2015 zugewiesenen Flüchtlinge. Das führte auch zu höheren Gebührenerlösen im Bereich Restmüll. Trotz der höheren Restmüllmengen ergaben sich keine höheren Entsorgungskosten beim Abfallwirtschaftsverband EKOCity, da auch in den anderen Gebietskörperschaften des Abfallwirtschaftsverbandes Mehrmengen anfielen. Hierdurch sank - aufgrund der guten Anlagenauslastung - der EKOCity Beitrag. Dies führte sogar zu einer geringen Beitragsrückzahlung.

Im Jahr 2015 wurde die Erarbeitung des neuen Abfallwirtschaftsplanes des Landes NRW weitergeführt. Hierbei wurden nunmehr neue Entsorgungsregionen definiert. Das EKOCity-Verbandsgebiet blieb erhalten und in eine große Region eingebettet. Diese Region III umfasst das Gebiet des Zweckverbandes EKOCity (Städte Bochum, Herne, Remscheid, Wuppertal, Kreise Mettmann und Recklinghausen, Ennepe-Ruhr-Kreis), die so genannten "Karnap-Städte" (Bottrop, Essen, Gelsenkirchen, Mülheim an der Ruhr), die Städte Duisburg, Münster, Oberhausen und Solingen sowie die Kreise Borken, Coesfeld und Steinfurt. Somit wird der Bestand dieses Zweckverbandes durch die Abfallwirtschaftsplanung gesichert. Darüber hinaus bestehen durch den neuen Zuschnitt der Entsorgungsregion auch Erweiterungsmöglichkeiten für den Verband. Der Abfallwirtschaftsplan trat im April 2016 in Kraft.

Anfang 2015 wurde die Leerung der Depotcontainer für Papier von den Technischen Betrieben übernommen. Nach ersten Anlaufschwierigkeiten, läuft die Leerung der Container zwischenzeitlich reibungslos.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde im Jahr 2015 bei der Gebührenforderung Restmüll ein Überschuss in Höhe von 131,4 T€ erwirtschaftet. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen höhere Umsatzerlöse in der Abfallwirtschaft (151 T€). Die Nachkalkulation der Gebühren für die Bio-Tonne ergab für das Jahr 2015 dagegen eine Unterdeckung für den Bereich Restmüll in Höhe von 10,5 T€.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Die Erträge der Gesellschaft beschränken sich daher neben Zinserträgen aus der Bewirtschaftung der Rückstellung auf die Vermittlung und Betreuung von Entsorgungsdienstleistungen und auf Personaldienstleistungen im Bereich Planung und Bauausführung. Trotz der sehr geringen Zinserträge konnte die Gesellschaft im Jahr 2015 einen Überschuss in Höhe von 10,0 T€ erwirtschaften.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsbereich Straßenreinigung war wie immer geprägt vom Winterdienst. Der Winter des Jahres 2015 war unterdurchschnittlich. Dies führte zu mittleren Winterdienstaufwendungen. Dadurch ergab sich eine ungewollte Gebührenüberdeckung im Gebührenbereich Winterdienst in Höhe von 338,4 T€. Grund hierfür sind im Wesentlichen die geringeren Personalkosten im Bereich Winterdienst. Im Gebührenbereich Sommerreinigung schließt das Wirtschaftsjahr mit einer Unterdeckung in Höhe von 331,7 T€ ab. Der Winter führte auch dazu, dass die geplanten Umsatzerlöse aus Winterdienstleistungen für die Stadt Remscheid (Gehwegwinterdienst) gering ausfielen.

Zu Beginn des Wirtschaftsjahres wurden die Geschäftsbereiche Grünflächen und Friedhöfe sowie Forstwirtschaft zu einem Geschäftsbereich zusammengelegt. Diese organisatorische Anpassung war nach dem Ausscheiden des Geschäftsbereichsleiters Grünflächen und Friedhöfe im Jahr 2014 notwendig. Da diese Stelle nach den Einsparvorgaben der Stadt Remscheid nicht wiederbesetzt werden durfte, musste im Rahmen einer

Organisationsentwicklung auf die neue Situation reagiert werden. Daneben gab es auch viele fachliche Gründe, die für eine Zusammenlegung beider Geschäftsbereiche sprachen. Die organisatorische Veränderung hat sich im Laufe des Jahres gut entwickelt. Zur besseren Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Tätigkeiten des Geschäftsbereiches werden die Bereiche Grünflächen, Friedhöfe und Forstwirtschaft wie bisher buchungstechnisch getrennt geführt.

Im Bereich Grünflächen lag ein Schwerpunkt in der weiteren Konsolidierung der Leistungserbringung für die Stadt Remscheid. Es wurden Arbeiten an den Spielplätzen sowie der Grün- und Baumpflege an städtischen Liegenschaften und Schulen durchgeführt. Die hierbei im Vorfeld abgeschätzten Erlöse waren zutreffend kalkuliert und konnten bis auf einen Betrag von 30 T€ fast vollständig erzielt werden. Es zeigte sich weiterhin, dass der für die Pflege der öffentlichen Park- und Grünanlagen sowie des Straßenbegleitgrüns von der Stadt Remscheid gezahlte Aufwendersatz zu gering ist, um den von der Stadt Remscheid und der Bevölkerung erwarteten Pflegestandard zu gewährleisten. Dies zeigt auch der überörtliche Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt aus dem Jahr 2014, der im Jahr 2015 abschließend vorgelegt wurde, sehr deutlich. Hiernach zählt Remscheid zu den Städten mit den geringsten Pflegeaufwendungen für die Park- und Gartenanlagen je m² in einem durchgeführten interkommunalen Vergleich. Hier sollte in den kommenden Jahren eine intensive Diskussion zu Standard und Kosten der Grünflächenpflege geführt werden. Dies ist sicherlich angesichts der Haushaltslage der Stadt Remscheid keine einfache Aufgabe.

An Ingenieurleistungen für die Stadt Remscheid im Bereichen Sportflächen und Spielplätze konnten um 66 T€ höhere Erträge erzielt werden.

Im Bereich Friedhöfe wurde im Jahr 2015 die Sanierung der Friedhofskapelle auf dem Parkfriedhof Bliedinghausen abgeschlossen. Auf dem Waldfriedhof Reinshagen wurde eine neue Kolumbarienanlage in Betrieb genommen. Für den Waldfriedhof Lennep wurde ebenfalls der Bau einer Kolumbarienanlage vorbereitet. Die Planungen wurden vom Betriebsausschuss und der Bezirksvertretung beschlossen. Für die Friedhöfe wurde ein neues angemessenes Erscheinungsbild erarbeitet. Hier wurde, beginnend mit einem neuen Logo über die Geschäftsunterlagen bis hin zur Ausgestaltung neuer Wegweisersysteme auf den Friedhöfen, ein einheitliches und zeitgemäßes Corporate Design für die Friedhöfe erarbeitet, das nunmehr schrittweise umgesetzt wird. Die Gebührenerkalkulation für die Friedhöfe ergab eine ungewollte Unterdeckung für das Jahr 2015 in Höhe von 6,0 T€. Der Anteil für das öffentliche Grün konnte hierbei mit der Stadt Remscheid neu vereinbart werden.

Im Bereich Forstwirtschaft wurde im Wirtschaftsjahr die Reduzierung der Forstreviere von ehemals 4 Revieren auf 3 Reviere umgesetzt. Dies führte zu einer Neuaufteilung der Aufgaben unter den Förstern. Zur Bewältigung der Arbeiten wurden unterhalb der Förster Forstwirtschaftsmeister eingesetzt, die Teile der Aufgaben mit übernehmen können.

Weiterhin wurden gemeinsam mit dem Forstverband Remscheid und der Stadt Solingen die Arbeiten an einer neuen Forsteinrichtung durchgeführt. Die Arbeiten an der Betriebsinventur (Naturalerfassung des Holzbestandes) wurden im Jahr 2015 fertig gestellt. Der Abschluss der Arbeiten an der neuen Forsteinrichtung wird im Jahr 2016 erfolgen.

Eine Ergebnisverbesserung im Forstbereich konnte durch die im Vergleich zur Planung um 144 T€ gestiegenen Umsatzerlöse erzielt werden.

Durch den Geschäftsbereich Straßen- und Brückenbau wurden größere Baumaßnahmen für die Stadt Remscheid ingenieurtechnisch betreut. Hier sei nur der Neubau der Brücke Linde sowie die Deckensanierung der Haddenbacher Straße. Die Sanierung der Ringstraße mit lärmoptimiertem Asphalt wurde vorbereitet. Da im Zuge dieser Maßnahme eine erhebliche Anzahl Bäume nicht erhalten werden kann, lag ein Arbeitsschwerpunkt in der Vorbereitung bei der Begutachtung der Bäume.

Daneben wurde das mit der Stadt Remscheid vereinbarte und auf die TBR übertragene Deckensanierungsprogramm weitergeführt. Diese Maßnahmen stellen einen sinnvollen Beitrag zum Erhalt der Verkehrsinfrastruktur dar.

Eine weitere wesentliche Aufgabe war auch in diesem Jahr die Begleitung des Programms der Telekom AG zum Ausbau des schnellen Internets. Hierdurch kam es zu einer Vielzahl von Aufbrüchen, die aufgrund der Zeitvorgaben der Telekom unter einem erheblichen Zeitdruck umgesetzt werden mussten. Durch die Anordnung von Selbstvornahmemaßnahmen konnten

im Zuge dieses Programms einige Gehwege kostengünstig vollständig neu ausgebaut werden. Leider konnten nicht alle Gehwege wie vorgesehen erneuert werden. Da die bauausführende Firma die neuen Breitbandkabel nicht in der richtigen Tiefenlage verlegt hatte, mussten einige Abschnitte neu hergestellt werden. Dies führte zu Verzögerungen bei der Erneuerung der Gehwege. Dennoch konnten im Zuge der ausgeführten Maßnahmen Kostenerstattungen nach dem TKG in Höhe von 93 T€ erwirtschaftet werden. Durch die Vielzahl an Aufbrüchen wurden im Jahr 2015 88 T€ Gebühren aus Aufbruchgenehmigungen erzielt. Hierdurch sowie durch höhere Einnahmen aus Parkgebühren (19 T€), Anlagenverkäufen (41 T€) sowie aus Ingenieurleistungen (147 T€) konnten im Geschäftsbereich gegenüber der Wirtschaftsplanung 376 T€ höhere Erlöse erzielt werden.

Im Geschäftsbereich Finanzen und Controlling wurde die Veranlagung und Verbuchung der Grundabgabenforderungen bereits im vierten Jahr durchgeführt. Durch das aufgebaute Forderungsmanagement konnten die neuen offenen Forderungen aus den Grundabgaben ab dem Jahr 2012 reduziert werden. Der offene Forderungsbestand aus den Benutzungsgebühren der Jahre 2012 bis 2015 zum 31.12.2015 betrug 408,7 T€. Von diesen Forderungen waren zum Zeitpunkt der Prüfung nur noch 218,7 T€ nicht ausgeglichen. Dies entspricht einer Quote der offenen Gebührenforderungen bezogen auf den Gebührenertrag in Höhe von 0,22 %. Vorsorglich wurden aus dem zum Zeitpunkt der Prüfung noch offenen Forderungsbestand Forderungen in Höhe von 197,0 T€ einzelwertberichtigt.

Auch der Bestand an offenen Altforderungen aus Gebührenforderungen vor 2012 konnte weiter abgebaut werden. Dieser betrug zum 31.12.2015 93,5 T€. Im Jahr 2015 wurden Altforderungen in Höhe von 10,3 T€ durch Zahlungen ausgeglichen. 2,8 T€ aus dem Altbestand mussten endgültig ausgebucht werden. Da alle Altforderungen in Vorjahren bereits vorsorglich einzelwertberichtigt waren, ergab sich aus der Ausbuchung jedoch keine Ergebnisbelastung.

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden der Forstverband und die Waldgenossenschaft in die Buchhaltung der Technischen Betriebe Remscheid integriert.

Somit bestehen aus den offenen Forderungen aus Gebührenabrechnungen zum 31.12.2015 keine Bilanzrisiken.

Auch im Jahr 2015 wurden die neu eingeführten Monatsabschlüsse dem Betriebsausschuss zur unterjährigen Berichterstattung vorgelegt.

Im Berichtsjahr wurde das bestehende Risikomanagementsystem auf die neuen Sparten erweitert.

Im Berichtsjahr wurde der Jahresabschluss des Jahres 2014 vom Rat der Stadt Remscheid festgestellt.

3. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.1 Vermögenslage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 301.653,0 T€ - 01.01.2015 - um -1.752,2 T€ auf 299.900,8 T€ - 31.12.2015 - vermindert. Den gesamten Anlagezugängen in Höhe von 11.437,6 T€ (Vorjahr: 32.356,3 T€) standen Anlagenabgänge im Wert von 1.501,9 T€ (Vorjahr: 2.131,7 T€) sowie Abschreibungen in Höhe von 8.042,2 T€ (Vorjahr: 8.271,9 T€) und Abgänge auf Abschreibungen von 864,9 T€ (Vorjahr: 902,8 T€) gegenüber. Hieraus ergab sich eine Erhöhung des Anlagevermögens um 2.758,4 T€ (Vorjahr: 22.855,5 T€). Der hohe Anlagenzugang des Vorjahres ergab sich aus der Vermögensübertragung aufgrund der Betriebserweiterung.

Das Umlaufvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2015 von 25.920,7 T€ - 01.01.2015 - um -4.539,4 T€ auf 21.381,3 T€ - 31.12.2015 - vermindert. Hierbei entfallen 3.765,4 T€ auf den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 6.796,3 T€). Die Vorräte betragen zum Bilanzstichtag 220,8 T€ (Vorjahr: 217,0 T€) und die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände 17.395,1 T€ (Vorjahr: 18.907,4 T€). Hiervon entfielen 9.761,9 T€ auf Forderungen gegen die Stadt Remscheid (Vorjahr: 11.109,2 T€).

Auf der Passivseite hat sich das bilanzielle Eigenkapital von 113.809,0 T€ - 01.01.2015 - um 2.443,5 T€ auf 116.252,5 T€ - 31.12.2015 - erhöht.

Die allgemeine Rücklage hat sich von 90.989,3 T€ - 01.01.2015 - um 13,5 T€ auf 91.002,8 T€ - 31.12.2015 - erhöht.

Der Jahresüberschuss belief sich auf 5.930,0 T€. Nach den Vorgaben des

Haushaltssanierungsplanes der Stadt Remscheid soll aus dem Jahresüberschuss der Technischen Betriebe Remscheid ein Betrag in Höhe von 4,0 Mio. € zur Sanierung des städtischen Haushalts an die Stadt Remscheid ausgeschüttet werden. Weiterhin soll aus der Gewinnrücklage ein Betrag in Höhe von 4,0 Mio. € an die Stadt Remscheid ausgezahlt werden. Hierüber muss der Rat der Stadt allerdings noch im Rahmen der Feststellung des Jahresergebnisses 2015 einen entsprechenden Ausschüttungsbeschluss fassen.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

| | Stand 01.01.2015 | Zugang | Abgang | Stand 31.12.2015 |
|------------------|---------------------|-----------------|----------------|---------------------|
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Stammkapital | 5.000,0 | 0,0 | 0,0 | 5.000,0 |
| Kapitalrücklage | 90.989,3 | 13,5 | 0,0 | 91.002,8 |
| Gewinnvortrag | 13.651,4 | 4.168,3 | 3.500,0 | 14.319,7 |
| Jahresüberschuss | 4.168,3 | 5.930,0 | 4.168,3 | 5.930,0 |
| Gesamt | 113.809,0 | 10.111,8 | 7.668,3 | 116.252,5 |

Unter dem Sonderposten für Investitionszuschüsse sind die in der Vergangenheit gezahlten Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen und Zuschüsse anderer Zuschussgeber ausgewiesen. Sie werden analog den Abschreibungen aufgelöst. Im Jahr 2015 wurden Zuschüsse in Höhe von 526,8 T€ vereinnahmt (Vorjahr: 395,3 T€). Es waren keine Abgänge zu verzeichnen (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 495,0 T€ (Vorjahr: 487,5 T€). Dies gilt auch für empfangene Ertragszuschüsse. Unter dieser Position sind die Anteile der Straßenentwässerung an den Erschließungsbeiträgen ausgewiesen. Im Jahr 2015 ergaben sich Zugänge in Höhe von 5,8 T€ (Vorjahr: 106,1 T€). Ebenso ergaben sich keine Abgänge (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 60,0 T€ (Vorjahr: 59,1 T€).

Entwicklung der Rückstellungen

Die Bildung der Rückstellungen dient der Vorsorge von Zahlungsverpflichtungen, deren genaue Höhe, Inanspruchnahme oder Fälligkeit zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch ungewiss sind. Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden alle hierfür erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2015 in vollem Umfang ab.

| Entwicklung der Rückstellungen | Stand | Inanspruch- | Zuführung | Stand |
|---|-----------------|--------------------------------------|----------------|-----------------|
| | 01.01.2015 | nahme/ Auflösung/ Umgliederung | | T€ |
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 6.004,2 | 0,0 | 661,0 | 6.665,2 |
| Beihilfeverpflichtungen | 1.200,8 | 0,0 | 13,6 | 1.214,4 |
| Abwasserabgabe/Verbandsbeiträge | 550,7 | -483,0 | 185,2 | 252,9 |
| Urlaubsansprüche | 616,4 | -616,4 | 472,3 | 472,3 |
| Überstunden | 176,9 | -176,9 | 171,7 | 171,7 |
| Altersteilzeit | 725,8 | -156,7 | 179,6 | 748,7 |
| Externe Jahresabschlusskosten | 59,0 | -59,0 | 47,0 | 47,0 |
| Interne Jahresabschlusskosten | 27,3 | -27,3 | 37,0 | 37,0 |
| Rechts- und Beratungskosten | 25,5 | -10,0 | 0,0 | 15,5 |
| Ausstehende Rechnungen | 481,5 | -344,0 | 502,3 | 639,8 |
| Rückstellungen Verb. Brückenpark | 160,4 | -118,7 | 161,6 | 203,3 |
| Sonstige | 507,2 | -6,4 | 6,7 | 507,5 |
| Gesamt | 10.535,7 | -1.998,4 | 2.438,0 | 10.975,3 |

Die Rückstellungen in Höhe von 10.975,3 T€ setzen sich aus der gebildeten Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen für die im Betrieb beschäftigten Beamten (6.665,2 T€) sowie aus den übrigen Rückstellungen (4.310,1 T€) zusammen.

3.2 Finanzlage

3.2.1 Eigenkapitalquote

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Betriebes betrug zum 31.12.2015 141.473,9 T€. Gegenüber dem 01.01.2015 hat sich das wirtschaftliche Eigenkapital somit um 2.421,2 T€ erhöht.

| | Stand 31.12.2015 | Stand 31.12.2014 |
|--------------------------------------|---------------------|---------------------|
| | T€ | T€ |
| <u>Bilanzsumme</u> | <u>299.900,8</u> | <u>(301.653,0)</u> |
| <u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u> | | |
| Eigenkapital laut Bilanz | 116.252,5 | (113.809,0) |
| Sonderposten Investitionszuschüsse | 22.509,8 | (22.478,0) |
| Ertragszuschüsse | 2.711,6 | (2.765,8) |
| | <u>141.473,9</u> | <u>(139.052,8)</u> |

Zur Finanzierung des Betriebes und zur Sicherung des Fremdkapitals ist eine angemessene Eigenkapitalausstattung notwendig. Umso höher der Eigenkapitalanteil liegt, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Eigenbetriebes. Die Empfehlung der Eigenkapitalausstattung lautet 30 %. Die auf das wirtschaftliche Eigenkapital bezogene Eigenkapitalquote zum 31.12.2015 beträgt somit 47,2 %. Zum 01.01.2015 betrug sie 46,1 %.

3.2.2 Liquidität

Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Betriebes gesichert. Bei Bedarf konnten im Rahmen der Kreditlinien für Investitionen jederzeit Darlehensaufnahmen erfolgen. Unabhängig davon standen dem Betrieb ausreichende Möglichkeiten der Kassenkreditaufnahme zur Verfügung. Unter Berücksichtigung unternehmerischer Handlungsmöglichkeiten bietet es sich an, aufgrund von Kennzahlen, besonders im Rahmen der steigenden Investition, die Liquidität entsprechend zu verbessern.

3.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 47.058,8 T€ (Vorjahr: 46.269,3 T€). Die Zusammensetzung der Erlöse auf die einzelnen Sparten wurde unter Punkt 2.2.2 bereits erläutert.

An Eigenleistungen (im Wesentlichen Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 868,0 T€ (Vorjahr: 835,3 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z. B. Aufwendungsersatz Stadt Remscheid, Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen und übrige Erträge) konnten in Höhe von 14.266,0 T€ (Vorjahr: 14.087,2 T€) erzielt werden.

Erträge aus Beteiligungen wurden in Höhe von 4,3 T€ erzielt (Vorjahr: 9,6 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge aus Geldanlagen lagen bei 28,5 T€ (Vorjahr: 96,3 T€).

4. Hinweise, Risiken und Chancen bei der künftigen Entwicklung

Risiko: Finanzkennzahlen

Die bisherige Lage und der Geschäftsverlauf der vergangenen Geschäftsjahre lassen erkennen, dass die Risiken des Betriebes vor allem aus der Fremdkapitalausstattung und der hohen Investitionslast durch die eingeleiteten Maßnahmen und die aufgebauten Strukturen beherrschbar sind. Auch die Betriebserweiterung zu den Technischen Betrieben Remscheid hat zu keinen weiteren Verwerfungen geführt. Ein Risiko für den weiteren Geschäftsverlauf der TBR bleibt jedoch der Aufwendungsersatz, den die Stadt Remscheid für die Sparten Grünflächen, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft zahlt. Dieser muss den Notwendigkeiten des Betriebes und den von der Stadt Remscheid erwarteten Leistungen und

Qualitäten angepasst werden. Derzeit ist der Aufwendungsersatz für die nächsten Jahre auf dem bereits reduzierten Niveau von 2015 festgeschrieben. Dies stellt sicherlich noch für das Jahr 2016 und 2017 eine ausreichende Finanzausstattung dar. Eine weitere langfristige Festschreibung auf diesem Niveau oder gar eine einseitige Kürzung des Aufwendungsersatzes durch die Stadt Remscheid kann zu nicht unerheblichen wirtschaftlichen Problemen für den Betrieb führen.

Risiko: Anpassung der Aufbau-/Ablauforganisation an die Betriebserweiterung zu den TBR

Durch die Erweiterung des Betriebes um die Sparten Forstwirtschaft, Grünflächen, Friedhöfe und Straßen- und Brückenbau und den hierbei von der Stadt Remscheid erwarteten Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 29,5 Mio. € in dem Zeitraum 2014 – 2021 hat sich die Aufgabenstellung ab dem Jahr 2015 erheblich verändert. Im Jahr 2015 war daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit die Etablierung und Überprüfung der Strukturen, die sich aus der Betriebserweiterung ergaben. Aus den neuen Geschäftsbereichen und den Erwartungen der Stadt Remscheid zur Haushaltskonsolidierung ergeben sich neue Herausforderungen und Risiken, die neue Controlling-Strukturen erfordern. Diese wurden im Jahr 2015 eingeführt. Sie müssen im Weiteren auf ihre Funktion und Effektivität hin evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Gleichzeitig ergeben sich durch die Zusammenlegung der Bereiche auch Chancen. Die gemeinsame Nutzung des Fuhrparks führt zu einer effektiveren Auslastung der bestehenden Fahrzeuge.

Risiko: Finanzkennzahlen

Im Rahmen der Betriebserweiterung werden nur das Forst- und das Friedhofsvermögen in den Betrieb übernommen. Das Straßen- und Brückenbau- und das Grünflächenvermögen verbleiben bei der Stadt Remscheid. In diesen Sparten wird nur das bewegliche Betriebsvermögen übernommen. Die bilanziellen Risiken beschränken sich daher im Wesentlichen auf das Forst- und Friedhofsvermögen. Das aus der Vermögensübernahme bestehende Risiko der nicht aktuellen Forsteinrichtung konnte durch die Neuaufstellung der Forsteinrichtung und der hier erzielten Ergebnisse ausgeglichen werden. Nicht unerhebliche Risiken bestehen bei dem übernommenen zu hoch bewerteten Gebäudebestand. Hier wurde bei der Bewertung dem baulichen Zustand Rechnung getragen. Weiterhin zeichnen sich Risiken aus dem teilweise überalterten Fahrzeugpark, der von der Stadt im Rahmen der Betriebserweiterung übernommen werden muss, ab. Hier wurden im Jahr 2015 bereits erhebliche Anstrengungen zur Erneuerung des Fahrzeugparks unternommen. Dies muss in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Ein Risiko des Betriebes liegt im baulichen Zustand des Kanalnetzes. Die Ersterfassung des baulichen Zustandes des Kanalnetzes gemäß den Vorgaben der Selbstüberwachungsvorschrift für Anlagenanlagen (SÜVKan) ist abgeschlossen. Aufgrund der erheblichen Investitionen in die Substanzerhaltung in den vergangenen Jahren seit Betriebsgründung hat sich der Anteil der dringend sanierungsbedürftigen Streckenanteile erheblich reduziert. Hierbei wird, soweit möglich, auf substanzerhaltende Sanierungsverfahren (Part- und Inliner) zurückgegriffen. Ein in den Jahren 2009/2010 durchgeführtes Gutachten zur Bewertung der Restsubstanz des Kanalnetzes hat gezeigt, dass aufgrund der bisher durchgeführten Sanierungen das Kanalnetz eine der Restnutzungsdauer angemessene Restsubstanz aufweist. Es besteht somit kein Abwertungsbedarf. Dies bestätigt die bisher gewählte Sanierungsstrategie. Die dargestellten Risiken sind somit beherrschbar.

Die im Jahr 2015 festgestellten Anlagenabgänge im Bereich Kanal sind überwiegend auf eine Abstimmung zwischen den Technischen Betrieben Remscheid und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWAG zurückzuführen. Hierbei wurde geprüft, ob es sich bei den im Bestand und Vermögen der Technischen Betriebe Remscheid verzeichneten Kanäle auf den Grundstücken der GEWAG nicht um Hausanschlussleitungen handelt, die damit dem Vermögen und der Unterhaltungspflicht der GEWAG zuzurechnen sind. Die Überprüfung war notwendig, da die GEWAG zum Zeitpunkt der ersten Kanalbestandserfassung in den 70er Jahren noch ein städtisches Amt war. Eine vergleichbare Bereinigung wurde in den vergangenen Jahren bereits mit dem Sana-Klinikum durchgeführt. Der Prozess ist weitgehend abgeschlossen. Den festgestellten Kanalabgängen stehen jedoch Kanalzuschreibungen entgegen, die bislang noch nicht bilanziell im Vermögen erfasst wurden. Es handelt sich

hierbei um Kanalanlagen mit einer Gesamtlänge von ca. 2.900 m. Bezogen auf die Gesamtlänge des Kanalnetzes von ca. 590 km entspricht dies einem Anteil von 0,5 %.

Risiko: Änderungen der für das Unternehmen relevanten Rechtslage

Mögliche größere Risiken können aus einer Veränderung der gebühren- oder steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erwachsen. Hieraus können sich unter Umständen erhebliche steuerliche Konsequenzen ergeben. Hier kommt in den nächsten Jahren den Konsequenzen, die sich aus dem neuen § 2b des Umsatzsteuergesetzes ergeben, eine erhebliche Bedeutung zu. Da die Auswirkungen derzeit noch nicht klar abzusehen sind, werden die Technischen Betriebe Remscheid gemeinsam mit der Stadt Remscheid von der Option zum Beibehalt der derzeitigen steuerlichen Grundlagen bis zum 31.12.2020 Gebrauch machen.

Risiko: Liquidität ist nicht ausreichend gesichert

Die Übernahme der Aufgabe der Veranlagung und Abrechnung der Grundabgaben durch die Technischen Betriebe Remscheid hat sich bewährt. Durch den unmittelbaren und direkten Kundenkontakt können Fragen und Probleme bei der Zahlung der Grundabgaben unmittelbar gelöst werden. Weiterhin können die offenen Posten nunmehr laufend ausgewertet und bearbeitet werden. Mögliche Risiken sind früher erkennbar und können unmittelbar angegangen werden. Weiterhin ergeben sich Erleichterungen bei der Vorbereitung der Jahresabschlüsse. Durch die Übernahme konnte auch die Anzahl der erteilten Einzugsermächtigungen erheblich gesteigert werden. Die derzeitige Quote beträgt annähernd 90 %.

Risiko: Kreditkonditionen

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken setzt der Betrieb im Bereich Darlehen gegenüber Kreditinstituten Zinsswaps ein. Der Betrieb ist grundsätzlich risikoavers. Es handelt sich um Micro-Hedges und teilweise auch um antizipatives Hedging. Die Zinsswaps wurden mit externen Kreditinstituten abgeschlossen.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau kann allerdings langfristig zu Problemen führen, da die Höhe des gebührenrechtlich zulässigen kalkulatorischen Zinssatzes stetig sinkt. Bei einem kurzfristigen Anstieg der Zinsen kann die Situation eintreten, dass die tatsächlichen Zinsen über den kalkulatorischen Zinsen liegen. Dieses Risiko kann nur mit einem weiteren Abbau der Bankverbindlichkeiten minimiert werden. Diese Entwicklung muss bei den von der Stadt Remscheid erwarteten Konsolidierungsbeiträgen berücksichtigt werden.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 weist einen geplanten Gewinn in Höhe von 3.439 T€ aus. Die Planung basiert dabei auf Erträgen von 62.606 T€ und Aufwendungen von 59.167 T€. Hierbei beträgt der geplante Materialaufwand 23.755 T€. Die Personalkosten werden in Höhe von 19.939 T€ geplant. Die Abschreibungen werden mit 8.548 T€ und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 2.657 T€ in der Planung berücksichtigt. Das Finanzergebnis fließt mit einem Ergebnis von -4.247 T€ in die Planung ein. Sonstige Steuern werden in Höhe von 5 T€ berücksichtigt.

Im Geschäftsbereich Entwässerung liegt dem Investitionsbereich das Abwasserbeseitigungskonzept bis zum Jahre 2020 zugrunde. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt. Hier bleibt abzuwarten, welche Anforderung das Land NRW im Rahmen des zweiten Bewirtschaftungszyklus zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie formuliert. Hier deuten sich verschärfte Anforderungen an die Abwasserreinigung auf den Kläranlagen, aber auch der Niederschlagswasserbehandlung, an. Dies kann schon bei der Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes im Jahr 2016 erste Auswirkungen haben. Derzeit sind hier aber keine konkreten Forderungen erkennbar.

Bei dem Geschäftsbereich Abfallwirtschaft besteht weiterhin die Zielsetzung der Kosten- und Gebührenstabilität. Um dieses Ziel weiterhin zu erreichen, müssen die Aktivitäten zur Erfassung und Vermarktung von Wertstoffen weiter ausgebaut werden. Die weitere

Entwicklung zum Wertstoffgesetz, und hier insbesondere zur Einführung und Trägerschaft der Wertstofftonne, wird einen nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung wird in seiner Kostenentwicklung stark durch die Leistungen des Winterdienstes beeinflusst. Die harten Winter der letzten Jahre und die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an die Qualität des Winterdienstes haben zu weiteren Investitionen und Vorhalteleistungen geführt, die insgesamt die Kosten für den Winterdienst erhöhten. Diese wurden allerdings in den eher milden Wintern der Jahre 2014 und 2015 nicht benötigt. Hierdurch hat sich eine erhebliche Verbindlichkeit aus ungewollten Gebührenüberdeckungen angesammelt, die nunmehr aufgelöst werden muss. Dies wird die Gebührekalkulationen der kommenden Jahre entlasten. Es kann aber auch nach vollständiger Auflösung der Verbindlichkeit zu einem nicht unerheblichen Gebührenanstieg führen.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Die Aufgaben der kommenden Jahre liegen in der Rekultivierung der Deponie. Neue Geschäftsfelder sind für die Gesellschaft nicht vorgesehen. Das niedrige Zinsniveau hat allerdings dazu geführt, dass eine Finanzierungsquelle der Gesellschaft weggebrochen ist.

In den neuen Sparten werden die Schwerpunkte neben der wirtschaftlichen Konsolidierung weiterhin auf der Erarbeitung von Konzepten zur Umsetzung des von der Stadt Remscheid vorgegebenen Personalabbaus erarbeitet werden. Hierbei wurde als erste Maßnahme die Zusammenlegung des Geschäftsbereiches Grünflächen und Friedhöfe mit dem Geschäftsbereich Forstwirtschaft bereits umgesetzt. Weiterhin muss die innerbetriebliche Zusammenarbeit weiter verbessert werden, um durch die gemeinsame Nutzung von Geräten und Ressourcen die Effektivität weiter zu steigern.

Neben diesen Themen wird im Geschäftsbereich Straßen- und Brückenbau die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle der Stadt Remscheid weiter verbessert und optimiert werden. Hier wird in den nächsten Jahren die Umsetzung der mit der Errichtung eines Designer Outlet Center (DOC) in Remscheid verbundenen Infrastrukturmaßnahmen ein wesentlicher Inhalt der Arbeit sein.

Der Geschäftsbereich Grünflächen und Friedhöfe war durch die Mittelkürzungen der Stadt Remscheid in den vergangenen Jahren stark betroffen. Hieraus ergaben sich unvermeidbare Pflegerückstände, die noch weiter aufgearbeitet werden müssen. Hier gilt es aber auch mit einzelnen Maßnahmen im Rahmen des bestehenden Budgets Zeichen zu setzen. Daher wurde in 2016 mit der Anlage von Sommerblumenwiesen im Bereich des Straßenbegleitgrüns begonnen.

Für den Geschäftsbereich Forstwirtschaft müssen die Arbeiten an der Forsteinrichtung abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage muss dann auch der politische Beschluss zur Festlegung des Bewirtschaftungszieles für den Remscheider Wald neu gefasst werden.

Im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes wurde von der Stadt Remscheid für das Jahr 2016 ein von den Technischen Betrieben Remscheid zu erbringender Konsolidierungsbeitrag in Höhe 4,0 Mio. € eingeplant. Dieser soll aus dem Gewinn abgeführt werden. In den Folgejahren bis zum Jahr 2021 soll dieser Beitrag jährlich 2,5 Mio. € betragen. Weiterhin soll der Gewinnvortrag in den Jahren 2015 - 2017 schrittweise zugunsten der Stadt Remscheid abgebaut werden. Nachdem im Jahr 2015 bereits 1,0 Mio. € aus dem Gewinnvortrag abgeführt werden sollte, beträgt der Betrag für das Jahr 2016 4,0 Mio. €. Für das Jahr 2017 ergibt sich hieraus eine weitere Belastung in Höhe von 3,5 Mio. €. Insgesamt erwartete die Stadt Remscheid einen Konsolidierungsbeitrag zur Haushaltsentlastung in den Jahren 2014 - 2021 in Höhe von 29,5 Mio. €. Die bislang bestehenden finanziellen Spielräume, die insbesondere zur Gestaltung der Gebührenentwicklung genutzt wurden, bestehen daher nicht mehr in dem bisherigen Maße.

Die Quote der Auszubildenden lag in 2015 bei 4,02 % und wird sich in 2016 voraussichtlich auf 3,2 % der Arbeitnehmer vermindern.

Die Quote der geringfügig Beschäftigten in 2015 betrug 0,4 %. Die Quote wird im Jahr 2016 auf 0,3 % sinken.

6. Nachtragsbericht

Im Februar 2016 ereignete sich ein schwerer Arbeitsunfall im Winterdienst. Hierbei verlor der verunfallte Mitarbeiter einen Unterschenkel. Der Arbeitsunfall wurde zum Anlass genommen,

alle getroffenen Regelungen und Maßnahmen zum Arbeitsschutz erneut kritisch zu überprüfen. Zur Sicherstellung der notwendigen Dokumentationspflichten soll im Jahr 2016 ein Programm eingeführt werden, in dem - abhängig von den Tätigkeitsprofilen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - die notwendigen jährlichen Unterweisungen hinterlegt werden. Weiterhin sollen hier die durchgeführten Unterweisungen dokumentiert werden. Neben den oben dargestellten Entwicklungen haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2015 ergeben.

Remscheid, 04. Juli 2016

gez. Michael Zirngiebl
(Betriebsleiter)

6.1 Stadtsparkasse Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid
 Alleestr. 76-88
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16-60

Gründungsjahr: 1841

Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines

Gemäß § 2 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat:

| | |
|--|---------------------|
| Burkhard Mast-Weisz, Vorsitzender | Oberbürgermeister |
| Peter Otto Haarhaus, -1. stellv. Vorsitzender- | Ratsmitglied |
| Lothar Krebs, -2. stellv. Vorsitzender- | Ratsmitglied |
| York Edelhoff | Ratsmitglied |
| Kurt-Peter Friese | Ratsmitglied |
| Wolf Lüttinger | Ratsmitglied |
| Brigitte Neff-Wetzel | Ratsmitglied |
| Jens Nettkoven | Ratsmitglied |
| Rosmarie Stippe Kohl | Ratsmitglied |
| Sven Wolf | Ratsmitglied |
| Carola Kohlstedt | Personalvertreterin |
| Guiseppe Cabibi | Personalvertreter |
| Ursula Heners | Personalvertreterin |
| Elke Überholz | Personalvertreterin |
| Stefan Grote | Personalvertreter |

Vorstand:

Frank Dehnke, Vorsitzender

Ulrich Gräfe

Michael Wellershaus (ab 01.10.2015)

Haftung der Stadt Remscheid

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

| Art | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|-------|-------|--------------|
| | € | € | € |
| Gewinnausschüttung | keine | keine | 1.010.100,00 |

Anzahl der Beschäftigten

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/-innen | 327 | 336 | 339 |

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

| Jahr | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|--|------------------|---------------|------------------|---------------|------------------|---------------|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Bilanz-Position | | | | | | |
| Barreserve | 26.247 | 1,89 | 24.121 | 1,70 | 16.009 | 1,11 |
| Schuldtitel und Wechsel | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Forderung an Kreditinstitute | 11.225 | 0,81 | 12.775 | 0,90 | 12.148 | 0,85 |
| Forderungen an Kunden | 904.020 | 64,94 | 939.437 | 66,12 | 982.812 | 68,38 |
| Wertpapiere | 407.632 | 29,28 | 405.128 | 28,51 | 391.215 | 27,22 |
| Beteiligungen | 25.787 | 1,85 | 22.955 | 1,62 | 21.760 | 1,51 |
| Treuhandvermögen | 1.842 | 0,13 | 2.550 | 0,18 | 2.170 | 0,15 |
| Sachanlagen | 8.898 | 0,64 | 8.830 | 0,62 | 7.444 | 0,52 |
| Sonstige Aktiva | 5.486 | 0,39 | 4.326 | 0,30 | 3.448 | 0,24 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 866 | 0,06 | 694 | 0,05 | 296 | 0,02 |
| Aktiva | 1.392.003 | 100,00 | 1.420.816 | 100,00 | 1.437.302 | 100,00 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 175.936 | 12,64 | 148.334 | 10,44 | 159.964 | 11,13 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 1.043.934 | 75,00 | 1.097.543 | 77,25 | 1.113.199 | 77,45 |
| davon: Spareinlagen | 299.774 | 21,54 | 327.769 | 23,07 | 339.187 | 23,60 |
| befristete Einlagen | 116.962 | 8,40 | 107.359 | 7,56 | 74.517 | 5,18 |
| übrige Einlagen | 627.197 | 45,06 | 622.415 | 43,81 | 699.483 | 48,67 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldversch. | 9.156 | 0,66 | 6.513 | 0,46 | 2.004 | 0,14 |
| Treuhandverbindlichkeiten | 1.842 | 0,13 | 2.550 | 0,18 | 2.170 | 0,15 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 1.807 | 0,13 | 1.677 | 0,12 | 1.716 | 0,12 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 774 | 0,06 | 635 | 0,04 | 300 | 0,02 |
| Rückstellungen | 20.310 | 1,46 | 24.353 | 1,71 | 21.803 | 1,52 |
| SoPo mit Rücklagenanteil | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Genussrechtskapital | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Sonstige Passiva | 37.920 | 2,72 | 37.664 | 2,65 | 35.359 | 2,46 |
| Eigenkapital | 100.324 | 7,21 | 101.547 | 7,15 | 100.787 | 7,01 |
| Passiva | 1.392.003 | 100,00 | 1.420.816 | 100,00 | 1.437.302 | 100,00 |

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

| Jahr GuV-Position | 2013 T€ | 2014 T€ | 2015 T€ |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Zinserträge | 40.792 | 37.580 | 36.033 |
| Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc. | 8.749 | 8.296 | 7.328 |
| Provisionserträge | 9.962 | 9.916 | 10.571 |
| Sonstige Erträge | 3.686 | 1.875 | 3.181 |
| Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen | 0 | 2.963 | 0 |
| Erträge | 63.189 | 60.630 | 57.113 |
| Zinsaufwendungen | 18.096 | 15.571 | 13.541 |
| Provisionsaufwendungen | 326 | 331 | 331 |
| Personalaufwendungen | 19.831 | 19.872 | 19.663 |
| Sachaufwendungen | 8.349 | 8.656 | 9.179 |
| Steuern | 4.938 | 4.106 | 4.874 |
| Sonstige Aufwendungen | 2.172 | 7.006 | 2.460 |
| Abschreibungen a. Anlagevermögen | 1.589 | 1.409 | 1.364 |
| Abschreibungen a. Forderungen | 1.095 | 0 | 3.221 |
| Zuführung Fonds allgemeine Bankrisiken | 3.353 | 2.366 | 880 |
| Abschreibung / Wertber. auf Beteiligungen | 1.825 | 90 | 1.160 |
| Einstellung in Rückstellungen | 0 | 0 | 0 |
| Aufwendungen | 61.574 | 59.407 | 56.673 |
| Jahresüberschuss (+) | 1.615 | 1.223 | 440 |
| <u>Einstellung in Gewinnrücklagen</u> | 0 | 0 | 0 |
| Bilanzgewinn/-verlust | 1.615 | 1.223 | 440 |

Anhang

Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der substantiellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow
$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen

Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung.

Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

Anlage 2: Begriffserläuterungen

| | |
|------------------------------|--|
| Abschreibungen | Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außerplanmäßige Abschreibung). |
| Aktiva | Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme. |
| Anlagevermögen | Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.) und Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.). |
| Aufwendungen | Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen). |
| Betriebsergebnis | Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben. |
| Bilanz | Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage- und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres). |
| Bilanzgewinn/-verlust | Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage. |

| | |
|------------------------------------|--|
| Eigenkapital | Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an. |
| Erträge | Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Eigenkapital des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen). |
| Fremdkapital | Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich des Fremdkapitals ergibt das bilanzielle → Eigenkapital. |
| Gesellschafterversammlung | Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat. |
| Gewinn- und Verlustrechnung | Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert. |
| Gewinnrücklage | Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt. |

| | |
|-----------------------------|--|
| Gewinnvortrag | Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag). |
| Gezeichnetes Kapital | Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote. |
| Investitionen | Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen. |
| Jahresergebnis | Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag) |
| Kapitalrücklage | In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des →Gezeichneten Kapitals übersteigen. |
| Liquidität | Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsfähigkeit). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden. |
| Passiva | Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme. |

| | |
|-----------------------------------|---|
| Rechnungsabgrenzungsposten | Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen. |
| Rücklagen | Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage. |
| Rückstellungen | Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter. |
| Stammkapital | → Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen. |
| Umlaufvermögen | Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel. |
| Umsatz | wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises. |
| Verlustvortrag/-rücktrag | Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern. |

Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15.11.2016 (GV.NRW.S.966); [In Kraft getreten am 29.11.2016]

5. Teil Der Rat

§ 41 Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a)

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform von Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108a

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet

sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die

Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt. 3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108b Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, schriftlich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmgleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlperiode oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

12. Teil Gesamtabschluss

§ 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabchluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabchluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 118 Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabchlusses erfordert.

Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (FiskVtrUG) vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398) [in Kraft getreten am 19.07.2013]:

§ 53**Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen**

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54**Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde**

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.